Dienstag, 22. Mai 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 119 - 21.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 22,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Arbeitsmarkt: Für Mai wird mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit gerechnet, erfuhr dpa. Er habe jedoch vor allem saisonale Ursachen. Im Mai 1983 war die Zahl der Arbeitslosen um 107 000 zurückgegangen.

Abschirmdienst: Aufgrund der Affäre um General Kießling will die Sachverständigenkommission Veränderungen beim MAD vorschlagen. Dazu gehören „geordnete Meldewege" innerhalb des Dienstes und die Einrichtung einer „inneren Revision". (S. 4)

El Salvador: Nach fünfjähriger Unterbrechung will Bonn wieder Entwicklungshilfe geben. Amnesty International beschuldigt die Regierungstruppen, in fünf Jahren 40 000 Menschen ermordet zu haben. (S. 9)

Israel: Zwei Monate vor den Wahlen liegt die Opposition nach einer Umfrage in der Wählergunst klar in Führung. Sie würde 64 der 120 Parlamentssitze erhalten.

Golfkrieg: Kuwaits Außenminister Sabah al Ahmed hat westlichen Staaten das Recht zugestanden, die Schiffahrt im Golf mit militärischen Mitteln zu schützen. Der Golf sei ein internationales Gewässer, das für den Rest der Welt von vitaler Bedeutung sei.

Argentinien: Nach dreijährigem Exil in Spanien ist Isabel Perón zurückgekehrt. Die Regierung hofft, daß es ihr gelingt, die völlig zerstrittene Peronistische Partei wieder zu vereinen und zu einem Gesprächspartner für den angestrebten nationalen Dialog zu machen. (S. 8)

SPD-Parteitag: Peter Glotz ist vom neuen Parteivorstand im Amt des Bundesgeschäftsführers bestätigt worden. (S. 3)

Heute: Spitzengespräch der Tarifpartner der Druckindustrie. – Jahreskonferenz der europäischen Verkehrsminister in Oslo. – Erster kommerzieller Flug der Europarakete Ariane.

WELT-Report Berlin

„Das amerikanische Engagement für Berlin ist fest und unerschütterlich." Das bekräftigt US-Präsident Ronald Reagan in einem Exklusiv-Beitrag für den WELT-Report Berlin. Bundeskanzler Helmut Kohl nennt Berlin einen „Platz mit Zukunft". Richard von Weizsäcker, Rainer Barzel, Eberhard Diepgen und viel Prominenz aus Wirtschaft und Geistesleben skizzieren die Herausforderungen einer Stadt, die soviel Schlagworte, Kritik und Zuneigung auf sich zieht.

Morgen in der WELT

WIRTSCHAFT

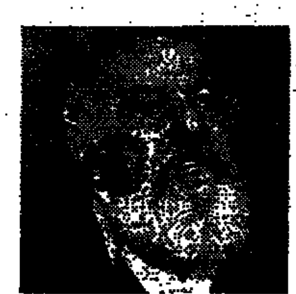
Sparkassen: 1983 wurden Darlehen für den Wohnungsbau in Höhe von 23,7 Milliarden DM oder 63 Prozent mehr als im Vorjahr neu zugesagt. (S. 11)

Bank für Gemeinwirtschaft: Das Rekordergebnis des Geschäftsjahres 1983 mit einer Steigerung des Überschusses um rund 20 Prozent auf 600 Millionen DM läßt sich in diesem Jahr wegen der rückläufigen Zinsspanne nicht wiederholen, erklärt Vorstandsvorsitzender Wegschneider. (S. 12)

Öffentlicher Dienst: Wirtschaftsminister Lambsdorff sieht derzeit keine Möglichkeit, von der für 1984 beschlossenen Null-Runde bei den Gehältern abzurücken.

Börse: Zum Wochenbeginn herrschte an den deutschen Aktienmärkten eine freundliche Tendenz. Der Rentenmarkt konnte sich weitgehend behaupten. WELT-Aktienindex 150,0 (149,3); Dollarmittelkurs 2,7656 - (2,7730) Mark; Goldpreis je Feinunze 380,75 (375,60) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Wenn sie einen Sacharow so behandeln, wie kann man der Unterschrift eines sowjetischen Politikers unter einem Abkommen noch trauen? «

Der ausgebürgerte sowjetische Schriftsteller Lew Kopelew auf einer Demonstration für die Freilassung des Friedensnobelpreisträgers Sacharow in Bonn
FOTO: H. SANDEN/DPA

KULTUR

Treffen in Berlin: Die Verabschiedung einer europäischen Kulturdeklaration steht im Mittelpunkt der Vierten Europäischen Kultusministerkonferenz, die morgen im Berliner Reichstagsgebäude eröffnet wird. (S. 5)

Cannes: Ingmar Bergmann, der unlängst „Fanny und Alexander" zu seinem letzten Film erklärt hatte, überraschte bei den 37. Filmfestspielen mit einem fürs schwedische Fernsehen gedrehten intimen Kammerspiel. „Nach der Probe", ein Stück über Theater und Schauspieler, steht in der Intensität der Dialoge Bergmanns „Szenen einer Ehe" in nichts nach. (S. 21)

SPORT

Tennis: Claudia Kohde, internationale Tennis-Meisterin von Deutschland, wird nicht am Federation-Cup der Nationalmannschaften im Juli teilnehmen.

Fußball: Toni Turek, der Torwart der WM-Mannschaft von 1954, ist gestern in Mettmann bei Düsseldorf beigesetzt worden. Turek (65) war am 11. Mai verstorben.

AUS ALLER WELT

Verdun: Erstmals seit den blutigen Schlachten des Ersten Weltkriegs vor fast 70 Jahren wehten auf dem Fort Douaumont bei Verdun die französische und die deutsche Flagge nebeneinander. Der Wärter des Forts, der gebürtige Deutsche Henry Sturges, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. (S. 22)

Tief-Punkt: Einen neuen Schlechtwetter-Rekord für den angeblichen Wonnemonat Mai haben Münchner Meteorologen registriert. In der Nacht zum Montag maß das Wetteramt mit 928,8 Hektopascal einen Mai-Tiefdruck wie seit 1878 nicht mehr. Das Wetter heute: Im Norden regnerisch, im Süden freundlicher. Bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Der arme reiche komplexbeladene Nachbar im Süden – Mexiko und Mittelamerika S. 2

Präsidentenwahl: Die Bundesversammlung, ein Wegweiser für Koalitionen S. 3

Ruhrgebiet: Aufschwung wirkt sich aus; April-Arbeitslosenquote allerdings gestiegen S. 4

Saurer Regen: Auswirkung der Verschmutzung auf Gebäude dramatischer als angenommen S. 5

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

Fernsehen: Frau Musica zu Diensten; Horst Stein dirigiert den Wettbewerb junger Künstler S. 7

USA: Zahlreiche Krisen können einen Sieg Reagans vereiteln. Analyse von Th. Kielinger S. 8

Schweiz: Bankgeheimnis bleibt unberührt; Initiative „Ausverkauf der Heimat" verworfen S. 16

Fußball: Karl-Heinz Rummenigge soll jetzt die Rolle von Bernd Schuster übernehmen S. 18

Oberammergau: Die Kirche ist beunruhigt über den Geschäftssinn der Passionsstadt S. 22

Geißler wirft Gewerkschaften „politische Streiks" vor

Neue Tarif-Verhandlungen bei Metall / Empörung über Ferlemann

DW. Bonn

In einem streng geheim gehaltenen Spitzengespräch haben Gesamtmetall-Präsident Wolfram Thiele und der erste Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, noch für diese Woche neue Verhandlungen zur Lösung des bundesweiten Tarifkonfliktes vereinbart. Stellvertretend für alle Tarifbezirke sollen die Verhandlungsführer in Nordwürttemberg/Nordbaden, Ernst Eisenmann und Hans Peter Stihl, in Stuttgart nach einem Ausweg aus der jetzigen Situation suchen. Damit scheint ein Kompromiß zwischen der Forderung der IG Metall nach regionalen Verhandlungen uhessischen ch der Arbeitgeber nach zentralen Lösungen gefunden worden zu sein.

Die Entscheidung für die Spitzen-Begegnung war am ersten Tag des Streiks in Hessen gefallen, an dem sich 33000 Beschäftigte aus neun Unternehmen, darunter das Opel-Werk Rüsselsheim, beteiligten. Im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden sollen heute die Aussperrungen beginnen. Beginn und Umfang der Aussperrung in Hessen am Donnerstag von der Mitgliederversammlung des regionalen Arbeitgeberverbandes festgesetzt.

Bei dem für heute angesetzten Spitzengespräch in der Druckindustrie wird eventuell eine vom Arbeitgeber-Verhandlungsführer Manfred Beltz Rübelmann angedeutete „zweite Schlichtung" diskutiert werden. Die Gewerkschaft Druck und Papier erklärte, es spreche nichts dagegen, diese „neue Idee" aufzugreifen. Die IG Druck habe ihre Kompromißbereitschaft angedeutet, die angestrebten Arbeitszeitverkürzungen kostenneutral zu gestalten. Vom Ausgang

SEITE 2
Kein Mißverständnis
SEITE 3
„Irgend jemand muß bezahlen"

des Spitzengesprächs will der Bundesverband Druck alle weiteren Schritte im Tarifkonflikt abhängig machen. Beltz Rübelmann: Die Arbeitgeber könnten sich die Streiktaktik der Gewerkschaft „nicht mehr länger gefallen lassen". Die Aussperrung rücke damit „dramatisch näher".

CDU-Generalsekretär Geißler hielt den Gewerkschaften vor, sie führten den Arbeitskampf als „politische Streiks", um die wirtschaftliche Entwicklung zu beeinträchtigen. Geißler forderte die SPD auf, sich von Äußerungen des IG Druck-Vorsitzenden Ferlemann auf dem SPD-Parteitag in Essen zu distanzieren. Ferlemann hatte bedauert, daß durch den Streik auch die Berichterstattung über den Parteitag beeinträchtigt werde. Er hatte hinzugefügt, es sei aber dafür gesorgt, daß zum (vergangenen) Wochenende zwei Zeitungen – darunter die „Süddeutsche Zeitung", die immer noch „liberalste Berichterstattung auch über SPD-Parteitage bringt" – ungestört erscheinen könnten. Der CDU-Generalsekretär wies darauf hin, daß diese Bemerkungen von den Delegierten beklatscht worden seien.

Auch der Deutsche Journalisten-verband warnte Ferlemann, das Erscheinen von Zeitungen nach deren politischer Nähe oder Ferne zu einer Partei erlauben oder verhindern zu wollen. Dies sei ein politisch motivierter Eingriff in die Pressefreiheit. Ferlemann wehrte sich gegen diesen Eindruck. Er argumentierte, die IG Druck und Papier habe während des CDU-Parteitages nicht gestreikt.

Zwei Chefredakteure: Psycho-Terror

XING-HU KUO, Stuttgart

Die Chefredakteure der zwei Stuttgarter Zeitungen, Jürgen Offenbach („Stuttgarter Nachrichten") und Thomas Löffelholz („Stuttgarter Zeitung") haben heftige Kritik am Verhalten der Streikposten vor dem Druckzentrum in Stuttgart-Möhringen geübt. Gleichzeitig bemängelten sie die Tatenlosigkeit der Stuttgarter Polizei gegenüber dem, wie sie sagten Psycho-Terror gegen arbeitswillige Mitarbeiter des Verlages.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz im Druckzentrum berichteten die zwei Chefredakteure gestern, bei den Aktionen gegen das Verlagshaus handelte es sich nich um einen Streik, sondern um eine „Belagerung, Blokkade und Geiselnahme" – wie Offenbach sagte. Seit drei Tagen gelten demnach für die Streikposten – von den der größte Teil nach Angaben der beiden Zeitungschefs nicht der IG Druck und Papier, sondern der IG Metall, der ÖTV sowie zahlreichen kommunistischen Gruppen angehörten – „Rechtmäßigkeit oder Gesetze" nicht mehr.

Entgegen der Rechtssprechung würden im Druckzentrum Möhringen Mitarbeiter von den Streikposten massiv am Betreten und Verlassen des Gebäudes gehindert, bedroht oder beleidigt. Dies gehe, so Offenbach, aus zahlreichen Beobachtungen hervor, die in den vergangenen Tagen gemacht worden seien:

Mitarbeiter, vor allem aus den Redaktionen, mußten sich ausweisen. Ihre Fahrzeuge wurden untersucht und durchsucht. Nicht nur Kofferräume mußten geöffnet werden, sondern es wurden „Kontrollen bis unter die Fußmatten" gemacht.

Auch seien ständig Mitarbeiter fotografiert worden, die Streikposten hätten ständig Patrouillen, teilweise sogar mit Hunden, durchgeführt.

Mit Fäusten hätten Streikposten die Autos von Mitarbeitern „bearbeitet", die das Gebäude betreten wollten. Manche Beschäftigte mußten ein Spießrutenlaufen über sich ergehen lassen, wenn sie Einlaß suchten: es wurden „Gassen" gebildet, unter oder durch die sie unter Gejohle und Beschimpfungen gehen oder sich bückend durchquälen mußten.

So sollte ein 70jähriger, der die Schach-Ecke in der Zeitung bearbeitet, unter ein rotes Tuch in Bauchhöhe kriechen, das von 30 bis 40 Streikposten gehalten wurde.

Das Verhalten der Polizei, die beispielsweise tatenlos zugesehen habe, als Kofferräume durchsucht wurden, war ebenfalls Gegenstand heftiger Kritik. Auf Fragen der Redaktion, weshalb gegen die offensichtlichen Rechtsverletzungen nicht vorgegangen werde, hätten die Polizeibeamten erklärt, es gebe „Anweisung von der Polizeiführung, die Streikposten nicht zu behindern". Auch das Versprechen des Stuttgarter Polizeipräsidenten Vermander, etwa 20 Mitarbeiter der Technik Schutz beim Betreten des Geländes zu gewähren, sei nicht realisiert worden. Stattdessen ließ die Polizei vor Ort zu, daß diese Gruppe eine Viertelstunde lang „eingekesselt und von Megaphonen traktiert wurde".

Auch aus Braunschweig wurde berichtet, daß von auswärts angereiste Schlägertrupps Mitarbeiter einer Druckerei bedroht und geschlagen hätten.

Genscher wehrt Gromykos Vorwürfe ab

Sowjets polemisieren massiv gegen die USA / Gespräche in Moskau „ernsthaft"

BERNT CONRAD, Moskau

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat gestern in Moskau harte Anschuldigungen seines sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko gegen die USA zurückgewiesen. „Wir empfinden die Vorwürfe an die Adresse unserer amerikanischen Freunde als ungerecht und unverdient", sagte Genscher bei einem Mittagessen, das Gromyko fast ausschließlich dazu verwandte, gegen die Reagan-Administration zu polemisieren.

Genscher wies darauf hin, daß die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen von besonderer Bedeutung seien. Für diese Beziehungen „könnte die Rückbesinnung auf den Zusammenhang zwischen der Anerkennung der Gleichberechtigung, der Verpflichtung zur Mäßigung und der Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der anderen Seite den Weg zu einem neuen konstruktiven Anlauf bahnen".

Schon in seinem ersten mehr als dreistündigen Gespräch mit dem am Sonntagabend aus Bonn angereisten Vizekanzler hatte der Sowjetpolitiker am Vormittag unter dem Widerspruch Genschers Washington attackiert. Bei Tisch wurde er dann noch massiver: „Die Administration der USA hat eindeutig auf Konfrontation und Willkür in den internationalen Beziehungen, auf die Zerstörung des entstandenen militärischen Gleichgewichts zu ihren Gunsten gesetzt", meinte Gromyko. Er beschuldigte Washington, das Scheitern der

SEITE 10:
Ustinow will einschüchtern

Genfer Abrüstungsverhandlungen „vorprogrammiert" zu haben. Die Heuchelei der USA springe in die Augen.

Der sowjetische Außenminister bezog auch Bonn in seine Beschuldigungen ein, indem er feststellte: „Die Bundesrepublik war eines von den NATO-Ländern, die zusammen mit den USA für amerikanische nukleare Raketen die Straße nach Europa gepflastert haben." Nur die Beseitigung dieser Raketen würde es erlauben, die Verhandlungen über nukleare Rüstungen – „sowohl die europäischen als auch die strategischen" – wiederaufzunehmen. „Selbstverständlich soll man eine Brücke zwischen Ost und West bauen", fuhr Gromyko fort. „Aber nukleare Raketen sind eine untaugliche Stütze für solch eine Brücke."

Trotz dieser Attacken und der bis kurz vor Genschers Besuch andauernden Pressekampagne Moskaus gegen die Bundesregierung bezeichneten deutsche Delegationskreise die Atmosphäre der ersten Genscher-Gromyko-Gespräche als „offen, sehr ernsthaft, sachlich und ohne Schärfe". Der sowjetische Außenminister meinte sogar, man habe „von Herzen zu Herzen" gesprochen.

Genscher hielt das nicht davon ab, die sowjetischen Presseangriffe mit Nachdruck abzuweisen. Er habe geglaubt die „Zerrbilder" der Sowjetpresse seien längst in der Mottenkiste verschwunden, sagte der FDP-Chef. Er behaupte, in der Bundesrepublik herrschten Militarismus und Revanchismus, er zeichne ein völlig falsches Bild von unserem Land.

Gromyko erwiderte, die Vorwürfe gegen Bonn seien nicht auf die sowjetische Presse beschränkt. Das veranlaßte Genscher zu der Feststellung, er

● **Fortsetzung Seite 10**

Ungewißheit über Schicksal Sacharows

Kreml teilt Frankreichs KP-Chef mit: Dissidenten-Ehepaar in ärztlicher Behandlung

DW. Paris/Bonn

Ungewißheit herrscht weiterhin über das Schicksal des sowjetischen Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow, der gestern 63 Jahre alt wurde. Der Chef der Kommunistischen Partei Frankreichs, Georges Marchais, erklärte am Sonntag im französischen Fernsehen, der Gesundheitszustand des sowjetischen Bürgerrechtlers und seiner Frau Jelena Bonner sei zufriedenstellend. Er berief sich auf ein Schreiben, das ihm als Antwort auf eine Anfrage „an höchste Stelle" in Moskau zugegangen sei. Danach sei Sacharow in der Klinik Semaschko in der Umgebung von Gorki auf seinen Gesundheitszustand überprüft worden. Auch seine Frau werde ärztlich behandelt.

Der französische Außenminister Cheysson sagte dazu gestern, diese Auskunft sei identisch mit einer Meldung der Nachrichtenagentur Tass, die sich auf den Gesundheitszustand Sacharows im April bezogen habe. Nach Angaben einer Bekannten, die ihn in Gorki besucht hatte, hat Sacharow am 2. Mai einen Hungerstreik

SEITE 2:
Die tönernen Füße beben

begonnen, um seiner Frau die Ausreise in den Westen zu ermöglichen, wo sie sich ärztlich behandeln lassen will. Seit dem 7. Mai hält er sich nicht mehr in Gorki auf. Jelena Bonner war am 12. Mai ebenfalls in den Hungerstreik getreten. Beides erwähnte Marchais nicht.

Der Fall Sacharow hat in Frankreich eine Kontroverse über die angekündigte Moskaureise von Staatspräsident Mitterrand ausgelöst. Marchais und Oppositionsführer Chirac sprachen sich für eine baldige Durchführung der Reise aus. Gegen eine Moskaureise zum jetzigen Zeitpunkt argumentierten die Oppositionspolitikerin Veil und der frühere Regierungschef Debré.

Der 1980 aus der Sowjetunion ausgereiste Schriftsteller und Regimekritiker Lew Kopelew hat bei einer Demonstration vor der sowjetischen Botschaft in Bad Godesberg gefordert, Bundesaußenminister Genscher solle sich bei seinen gegenwärtigen Gesprächen mit der Moskauer Führung für die Freiheit der Sacharows einsetzen. Er bezeichnete die Drangsalierung des Ehepaars als brutal und willkürlich.

DER KOMMENTAR

Wechselbäder

BERNT CONRAD

Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko hat seinen Bonner Gast Hans-Dietrich Genscher in Verlegenheit gebracht. Er widmete gestern seine Tischrede beim Mittagessen in Moskau nicht etwa vornehmlich den deutsch-sowjetischen Beziehungen, sondern nutzte sie fast nur zu heftigen Attacken gegen die Vereinigten Staaten, den Hauptverbündeten der Bundesrepublik Deutschland.

Genscher hat die Vorwürfe an Ort und Stelle mit Nachdruck zurückgewiesen. Aber damit ist der Fall nicht erledigt. Er zeigt in eklatanter Weise, wie sehr die Sowjetführung im Augenblick auf die Gegnerschaft zu Ronald Reagan fixiert ist. Das hemmt naturgemäß auch die Bemühungen Genschers, die derzeitigen West-Ost-Gegensätze durch Dialogbereitschaft zu überbrücken. Offensichtlich hat seine Mahnung „Schuldzuweisungen helfen nicht weiter" im Kreml ebensowenig Wirkung erzielt wie seine Warnung vor einer „Sprache der Konfrontation".

Gromyko jedenfalls tat so, als könne dies keineswegs auf die Sowjetunion gemünzt sein. Dabei hatten die Moskauer Massenmedien noch bis kurz vor der Ankunft Genschers ihre massive Propagandakampagne gegen die Bundesrepublik im Stil der sechziger Jahre fortgesetzt. Vermutlich wird die Polemik gegen „Revanchisten und Militaristen" nach der Abreise des Bundesaußenministers unverändert weitergehen, auch wenn Gromyko mit seinem Gast in einem zwischen beiden Politikern seit langem üblichen „offenen, sehr ernsthaften und sachlichen" Ton konferierte.

Im Grunde passen die sowjetischen Wechselbäder von Polemik und kritischem Gespräch zu Gromykos antiamerikanischen Ausfällen. Der offenkundige Zweck ist, der Bundesregierung die Schädlichkeit ihrer Bündnisrolle an der Seite Amerikas vor Augen zu führen. „Wir können auch nett zu euch sein", verhieß gestern Gromykos Aphorismus, er habe mit Genscher „von Herz zu Herzen" gesprochen. Aber diese Freundlichkeit endet genau in dem Augenblick, in dem Washington ins Spiel kommt.

Die sowjetische Haltung braucht weder die Bundesregierung noch die amerikanische Regierung zu entmutigen. Sie sollte jedoch dazu beitragen, übertriebene Hoffnungen zu dämpfen und alle NATO-Partner zu nüchternem Realismus anzuhalten.

Paris: Vorsichtig an Verkürzung der Arbeitszeit

DW. Paris

Unter dem Eindruck der Streiks in der Bundesrepublik Deutschland hat auch der französische Premierminister Pierre Mauroy die Forderung nach der 35-Stunden-Woche aufgegriffen, dabei aber seine Position sehr deutlich von der Haltung deutscher Gewerkschaften abgegrenzt. Mauroy riet ausdrücklich dazu, diese Art der Arbeitszeitverkürzung „vorsichtig" anzustreben. Sie müsse den Betrieben und Branchen angepaßt werden, sagte der Regierungschef in Villeneuve d'Ascq in Nordfrankreich.

Mauroy sprach sich an erster Stelle für Verhandlungen der Sozialpartner aus. Die seit Februar 1982 geltende 39-Stunden-Woche in Frankreich war zunächst gesetzlich festgelegt worden. Er trat gleichzeitig der Auffassung des Chefs der französischen Arbeitgeberverbände, Yvon Gattaz, entgegen, daß die Einführung der 39-Stunden-Woche keinen positiven Einfluß auf den Arbeitsmarkt gehabt habe.

Das Projekt zur weiteren Verringerung der Arbeitszeit auf 35 Stunden war im Frühjahr 1982 zurückgestellt worden, als die Regierung ihre Politik wieder stärker an den Unternehmensnotwendigkeiten orientierte. Offenbar will Mauroy den von der industriellen Sanierungspolitik enttäuschten Gewerkschaften jetzt ein neues Aktionsfeld anbieten. Allerdings hat der Premierminister nie ein Hehl aus seiner Auffassung gemacht, daß der „volle Lohnausgleich" abzulehnen sei. Viele Betriebe würden dadurch ruiniert, die Arbeitslosigkeit würde zunehmen.

Seite 6: CGT und IG Metall

Hessen-SPD begrüßt Votum der Grünen

gur. Frankfurt

Die hessische SPD hat die bedingte Zustimmung der Grünen zu einer Zusammenarbeit mit der SPD begrüßt. In einer Stellungnahme des Landesvorstandes wird die von den Grünen „mit überzeugender Mehrheit getroffene Entscheidung zur Verabschiedung des Landeshaushaltes 1984, zur längerfristigen Zusammenarbeit mit der hessischen SPD und zur Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung" gewürdigt.

Die CDU wertete die Stellungnahme der SPD als erneuten „Wortbruch". Die hessische FDP sagten der rot-grünen Einigung eine nur „wöchentliche Lebensdauer" voraus.

In Anspielung auf strittige Fragen in Zusammenhang mit der geplanten Sondermülldeponie in Mainhausen meinte Umweltminister Schneider, bisher ein energischer Befürworter dieses Projektes, das die Grünen ablehnen: Er habe als Fraktionsvorsitzender der hessischen SPD manche Angriffe auf die Partei abgewehrt. Er sei sicher, daß die Partei bei dem, „was mir jetzt bevorstehen könnte, in der gleichen Weise handeln" werde.

Beobachter werteten diese Äußerung als Hinweis auf interne Auseinandersetzungen in der SPD, bei denen es auch um Personalentscheidungen für das künftige Kabinett Börners geht. Noch vor wenigen Tagen hatte Börner erklärt, wenn die Grünen auf derartige Entscheidungen Einfluß zu nehmen suchten, „dann knallt's".

Seite 2: Partei des Gelachters

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kein Mißverständnis

Von Peter Gillies

Eine Zensur findet nicht statt, heißt es in der Verfassung. Es sei denn, so müßte man anfügen, sie findet durch die IG Druck und Papier statt. Erwin Ferlemann ließ uns auf dem Parteitag der SPD einen Blick in die Vorstellungswelt seiner Organisation werfen: Die Freiheit der Presse richtet sich danach, wer freundlich über die SPD berichtet. Willfährigkeit wird durch Erscheinen der Zeitung belohnt, mißliebige Darstellungen sollten „erst mit Zeitverzögerung erscheinen".

Abgesehen davon, daß Ferlemann bewies, daß er weder das Grundgesetz noch die von ihm bevorzugte „Süddeutsche Zeitung" zu lesen versteht – der Vorgang enthält weitere Peinlichkeiten. Sozialdemokraten bedachten den Oberzensor auf ihrem Parteitag mit Beifall. Niemand in dieser Partei, die den Kampf um Arbeiterrechte immer auch als Kampf um das hohe Gut der Pressefreiheit verstand, erhob sich zum Widerspruch. Beschämend. Auch der Deutsche Journalisten-Verband brauchte gar zu lange für seine Zurechtweisung, deren Milde überdies von sonstigen kraftvollen Mitteilungen abweicht.

Ferlemann hat nun seine Äußerungen „bedauert": sie seien mißverständlich gewesen, er habe auf dem Essener Parteitag schließlich ohne Manuskript gesprochen. Mißverständlich? Jedermann hat die empörenden Bemerkungen schon richtig verstanden. Auch ohne Manuskript bewegt sich die IG Druck in einer bestürzenden Tradition von Grundrechtsverständnis. Aus früheren Arbeitskämpfen erinnern wir uns an die weißen Flecken in Zeitungen, wo Kommentare oder Nachrichten stehen sollten, die den streikenden Scharfmachern nicht paßten. Auch in diesem Arbeitskampf haben wir unbedrucktes Papier gesehen, das eine so beredte Sprache führt.

Seit je schwebt dieser Gewerkschaft eine syndikalistisch kontrollierte Presse vor, am besten durch „Überführung in Gemeineigentum", wie man Verstaatlichung zu umschreiben pflegt. Anhänger der Mediengewerkschaft, um deren Wohlwollen die IG Druck buhlt, wissen jetzt immerhin, wohin der Zug fährt. Die bekannte Empörung, die bei Ereignissen zwischen Chile und Nicaragua postwendend auf dem Markt ist, scheint die demokratische Erosion vor der eigenen Haustür nicht zu sehen. So schärfen „Mißverständnisse" das Verständnis.

Halstenbergs Windungen

Von Manfred Schell

Lange Zeit hat die SPD gehofft, sie könnte in der Spenden-Affäre mit einem simplen Trick über die Runden kommen: Sie überschüttete die Koalition mit Vorwürfen und ließ die eigene Praxis unerwähnt. Nun hat sich das Blatt gewendet.

Der frühere Bundesbankpräsident Klasen, SPD-Mitglied seit 1931, hat offenbart, daß der SPD Großspenden von den Gewerkschaften und deren Unternehmen zugeflossen sind. Das hat die Partei bislang bestritten. Auf Veröffentlichungen der WELT hin hat der bisherige SPD-Schatzmeister Halstenberg obendrein einräumen müssen, daß Verstöße gegen die Veröffentlichungspflicht von Spenden gegeben hat.

Seine Notizen, die bei der Bonner Staatsanwaltschaft liegen, offenbaren freilich mehr: Millionenbeträge wurden im Wahljahr 1980 an Spenden eingenommen, aber erst später hat Halstenberg sie unter dem Namen seines Vorgängers Nau – der inzwischen verstorben ist – publiziert. Er hat auch dafür gesorgt, daß die Herkunft der Mittel im Dunklen blieb. Eine weitere Notiz, von der WELT veröffentlicht, zeigt, daß Halstenberg Millionenbeträge der Gewerkschaften notierte. Jetzt soll die Öffentlichkeit glauben, daß er auf diese Summen nur hoffte und sie nicht bereits in Händen hatte.

Außerdem gibt es Unterlagen, aus denen hervorgeht, daß SPD-Mandatsträger auch von Flick Spenden erhalten haben. Vogel selber ist bisher eine überzeugende Antwort schuldig geblieben, ob die Firma Krauss-Maffei – eine Flick-Tochter – für ihn 25 000 Mark gespendet hat.

Jetzt müßte eigentlich die Bonner Staatsanwaltschaft aktiv werden, die der SPD auf Anfrage im Mai versichert hat, bei ihr sei alles in Ordnung. Merkwürdig: Gegen andere Politiker ermittelt die Behörde seit 1981, ohne diesen Auskünfte zu geben. Als erster Zeuge müßte Karl Klasen gehört werden. Er weiß zumindest einiges darüber, was der SPD zugeschanzt wurde; auch von den Gewerkschaften. Dann mag die Staatsanwaltschaft klären, wie die Gewerkschaften es in ihren Büchern deklariert haben.

Die Koalition jedenfalls hat viel Stoff für die auf den Donnerstag angesetzte Spendenamnestiedebatte.

Partei des Gelächters

Von Dankwart Guratzsch

Hessen gibt in diesen Tagen eine erschreckende Lehre über den Verlust der Glaubwürdigkeit. Die Rede ist von den Winkelzügen und Kehrtwendungen des geschäftsführenden Ministerpräsidenten von Hessen, Holger Börner, um sich und die eigene Partei an der Macht zu halten – mit Hilfe einer Gruppierung, die er zuvor noch in die Nähe von Faschisten gerückt und für „politikunfähig" erklärt hatte: der Grünen.

So jedenfalls sieht es die hessische CDU und hat es pünktlich zur grünen Landesmitgliederversammlung in Lollar, die das rot-grüne Bündnis am Wochenende mit einem „Ja, aber" abgesegnet hat, in einer Broschüre dokumentiert. Unter dem Titel: „Des Börners neue Kleider" werden darin Äußerungen Börners über seine künftigen Bündnispartner zusammengestelt, und zwar nach dem Motto Vorher und Nachher.

Wenn nicht alles täuscht, ist das jüngste Kapitel für dieses Heftchen soeben geschrieben worden: Über die Sondermülldeponie von Mainhausen hatte Börner noch vor wenigen Tagen in Zeitungsinterviews erklärt, da sei über die Vereinbarungen hinaus „nichts mehr draufzusatteln". Unmittelbar nach Bekanntwerden der grünen Zusatzforderung von Lollar, daß nicht nur Gifte der Kategorie III, sondern auch Sondermüll der Kategorie II in Mainhausen nicht unter dem Grundwasserspiegel gelagert werden dürfe, signalisierte Börner neues Einlenken: Wenn Techniker diese Stoffe für schädlich hielten (woran kein Zweifel sein kann), werde der frühere Beschluß kassiert.

Wenig später gab der SPD-Fraktionsvorsitzende im hessischen Landtag, Horst Winterstein, Einblick in die tieferen Motivationen des Sinneswandels: „Wenn wir jetzt Nein zum Bündnis mit den Grünen sagen, lacht die ganze Republik über uns." Mindestens die Grünen in Hessen sah man indessen schon vorher schmunzeln: als sie nämlich in der CDU-Broschüre blätterten, die ihnen ihre Landtagsabgeordneten vorsorglich in tausend Exemplaren geordert hatten. Vielen von ihnen mag das Büchlein als eine einzige Erfolgsbilanz für den „Umerziehungsprozeß" der hessischen Sozialdemokraten durch die Grünen erschienen sein. Vielleicht nicht nur ihnen.



„Ihr Hungerstreik ist ein Angriff auf meine Gesundheit!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die tönernen Füße beben

Von Enno v. Loewenstern

Nehmen wir an, Linus Pauling würde nach Peoria im hintersten Illinois verbannt. Nehmen wir an, er und seine Frau wollten zur ärztlichen Behandlung ins Ausland, aber die Regierung erlaubte es nicht. Denn der Wissenschaftler und Friedensnobelpreisträger Pauling ist als scharfer Kritiker des Präsidenten hervorgetreten. Geheimpolizisten umstünden seine kleine Wohnung, seine Papiere würden gestohlen; die Regierung bezeichnete alle solchen Berichte zwar als Staatsverleumdung, ließe aber keine Journalisten hin, um das an Ort und Stelle zu überprüfen. Können wir uns die flammende Resolution etwa des Essener SPD-Parteitages vorstellen: „Freiheit für die Paulings", verbunden mit einem ebenso flammenden Kommentar, daß man schon immer gesagt habe, diesem Reagan und seinem Regime sei nicht zu trauen bzw. alles zuzutrauen?

Wir können uns nichts dergleichen vorstellen, denn in den Vereinigten Staaten ist ein solcher Vorgang nicht vorstellbar. Aber in der Sowjetunion ist er nicht nur vorstellbar, sondern schauerliche Wirklichkeit. Dort hat man es mittlerweile anscheinend sogar fertiggebracht, den einsamen Physiker aus Gorki in ein Krankenhaus zu *verschleppen. Georges Marchais*, des Kremls Sachwalter in Frankreich, behauptet, einen solchen Hinweis erhalten zu haben.

Möglich ist es in der Tat, daß Sacharow in ein Krankenhaus abgeführt wurde, um durch Zwangsernährung seinen Tod zu verhindern. Sacharow hat einen Hungerstreik begonnen, um eine Ausreiseerlaubnis für seine Ehefrau Jelena Bonner durchzusetzen. Sie ist schwer krank und braucht dringend eine Behandlung durch kompetente Spezialisten. Das KGB hat die Sacharows schon einmal in eine *Klinik verschleppt*, als sie im November 1981 einen Hungerstreik antraten. Damals wollten sie die Ausreiseerlaubnis für ihre Schwiegertochter durchsetzen: sie brachen den Hungerstreik nach siebzehn Tagen ab, als Frau Semjonowa ihre Ausreiseerlaubnis erhielt.

Warum läßt die UdSSR jetzt Sacharows Frau nicht ausreisen? Warum läßt sie Sacharow selber nicht ausreisen? Der berühmte Physiker und Menschenrechtler hat sich lange gegen den Gang ins Exil gewehrt, weil er die weniger bekannten Menschenrechtskämpfer in der UdSSR nicht allein lassen wollte. Nun ist er, selber schwer krank, auch bereit, das Land zu verlassen. Daß der Konstrukteur der sowjetischen Wasserstoffbombe, der seit – mindestens! – sechzehn Jahren keinen Zugang mehr zu Staatsgeheimnissen hat, den Amerikanern noch etwas Neues über den Stand der sowjetischen Rüstung mitteilen könnte, kann der Kreml niemandem einreden.

Die große Sowjetmacht hat schlicht und einfach Angst vor einem einzelnen Menschen; sie läßt es seine Angehörigen mit entgelten. Sie wagt es nicht einmal, Frau Bonner allein ins Ausland zu lassen, weil Frau Bonners Berichte die Öffentlichkeit alarmieren könnten. Umso größer ist die Furcht, daß Sacharow selber im Westen sprechen könnte. Andererseits scheint Moskau auch Angst davor zu haben, daß Sacharow sterben könnte und wie das im Westen aufgenommen würde – so pendelt das Verhalten zwischen Zermürbung einerseits und ärztlichen Maßnahmen gegen die Folgen dieser Zermürbungskampagne andererseits.

Interessant ist dabei, daß Moskau den Schwerpunkt der Kampagne auf Schmähungen gegen Frau Bonner legt. Sacharow genießt in der sowjetischen Öffentlichkeit so hohes Ansehen, daß man ihn als Opfer böser Machenschaften seiner Frau hinstellt, die ihn mißhandle und zur Kritik am Regime zwinge. Daß Frau Bonner Jüdin ist, ist bei dem latenten und latent geförderten Antisemitismus des Landes für die Propaganda hilfreich.



Angst vor ihren Stimmen: Sacharow, Frau Bonner FOTO: DPA

Das Schicksal Sacharows ist in vieler Hinsicht lehrreich. Es haben sich viele in der freien Welt für den Verbannten eingesetzt; es gibt welche, die sich nicht für die Sacharows einsetzen. Ihre Namen sollte man, um Kopelews Buch zu zitieren, „aufbewahren für alle Zeit" – nicht nur für die Generation, die heute fragt, warum ihre Großväter damals nicht im Unrechtsstaat dem Unrecht entgegentraten; sondern für alle Generationen, die fragen, wieso in freien Ländern so viele vor dem Unrecht katzbuckelten.

Es ist aber auch lehrreich für diejenigen, die heute noch die UdSSR für einen rocher de bronze halten, ein Tausendjähriges Reich, mit dem man sich auf Dauer einrichten müsse, ob man das nun begrüße oder bedauere. Ein Koloß, den ein einzelner in Angst versetzen kann, der muß schon Füße aus stark bröckelndem Ton haben. Es ist *nicht nur unanständig*, es ist schlicht dumm, mit diesem Staat business as usual zu suchen, ohne auch nur zu bedenken, vor wem man dort eines vielleicht nicht zu fernen Tages zu Verhandlungen erscheinen – und sich womöglich für die bisherigen Verhandlungen rechtfertigen muß.

Denn wer heute glaubt, die Russen seien nun einmal so und blieben nun einmal so, den erinnert das Beispiel der Sacharows daran, daß die Russen nicht so sind. Es ist das System, das so ist und bleibt, solange es noch *bleibt*; das die Menschen mit allen Mitteln des Zwanges niederhalten muß, damit sie sich nicht einen anderen Staat wählen – oder ein anderes System. Das ist es, weshalb die tönernen Füße vor einem einzelnen Russen ins Zittern geraten. Andrej Sacharow und seine Frau brauchen Hilfe; Trost brauchen sie nicht. Wir sind es, denen sie Trost spenden.

IM GESPRÄCH Horst Gobrecht

Steuerrat am Steuer-Rad

Von Herbert Schütte

Der Bundestag muß in Kürze auf einen passionierten Radfahrer verzichten: Horst Gobrecht, Steuerobmann der SPD-Fraktion, der sich auf dem Fahrrad sportlich fit hält, soll nach dem Willen von Hamburgs sozialdemokratischer Mehrheitspartei Finanzsenator werden. Ein Feuerwehrmann – der stellvertretende Hamburger SPD-Vorsitzende Uwe Hansen – rückt nach.

Für Hans-Jochen Vogels Oppositionsriege bedeutet Gobrechts Marschbefehl in die Heimatstadt einen herben Verlust. Denn der 47jährige Steuerrat a. D. gehörte nicht nur dem Fraktionsvorstand an, sondern hatte auch reelle Chancen, als Nachfolger Hans Apels Vorsitzender des Arbeitskreises Finanzen und damit stellvertretender Fraktionschef zu werden.



Mit Rekordverschuldung konfrontiert: Gobrecht FOTO: JUPP DARCHINGER

Man darf dem gebürtigen Hamburger, der den Umgang mit Geld von der Pike auf gelernt hat – Stationen waren Finanzschule, Kaufmannslehre, Tätigkeit bei der Finanzverwaltung und schließlich die Arbeit als selbständiger Steuerberater –, die Beteuerung abnehmen: „Ich bin mit Herz und Seele in Bonn."

Das Ticket für den Bundestag hat der eher zierlich wirkende ehemalige Juso-Funktionär – er war zuletzt stellvertretender Landesvorsitzender der SPD-Nachwuchsorganisation – freilich dreimal in strapaziösen innerparteilichen Kampagnen errungen. 1976, 1980 und im vergangenen Jahr mußte er sich in seinem Wahlkreis Hamburg-Altona mit einem Gegenkandidaten messen. In der Hansestadt mit Bundestagskandidaten wie Helmut Schmidt, Herbert Wehner und Hans Apel war Gobrecht so ziemlich der einzige Abgeordnete, der von einem SPD-Mitbewerber herausgefordert wurde. Wenn Gobrecht, ein Mann des Mitte-Rechts-Flügels, in dem linken Kreis Altona jedesmal eine Zwei-Drittel-Mehrheit bei der Nominierung errang, dann spricht das ebenso für sein Engagement beim innerparteilichen „Klinkenputzen" wie für den Respekt der Genossen vor seinem Sachverstand. Um das Amt ist der Senatsneuling nicht zu beneiden: Die Verschuldung des Stadtstaates hat Rekordhöhe erreicht, der linke Flügel flattert heftig, weil der Senat das Einfrieren und den späteren Abbau des Stellenbestandes der Verwaltung beschlossen hat, und die CDU-Opposition hat die Rathausregierung mit einer Verfassungsklage überzogen, weil sie die Umstellung des Etats auf das System der Netto-Kreditverschuldung für verfassungswidrig hält. „Harte Bandagen" gegenüber den Ausgabewünschen seiner SPD-Senatskollegen soll Gobrecht anlegen; das jedenfalls hat ihm der Oppositionsführer Hartmut Perschau empfohlen. Gobrecht will – so verspricht er heute – vernünftigen Rat suchen, auch bei Politikern außerhalb der eigenen Partei.

Hamburgs künftiger Steuer-Mann, der fließend Italienisch, Französisch und Englisch spricht, holt sich Rat auch bei großen Erzählern. Seine Lieblingsautoren sind Miguel Cervantes und Marcel Proust. Sollte sich Hamburgs Finanzlage weiter verdüstern – vielleicht kommt sich Gobrecht dann alsbald wie ein Don Quixote vor, der der verlorenen Zeit in Bonn nachtrauert.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Äußerung des IG-Druck-Vorsitzenden Ferlemann auf dem SPD-Parteitag löste Stellungnahmen aus:

Süddeutsche Zeitung

Es sei ja „nicht traurig", schwadronierte der Mann, wenn ein paar unfreundliche Kommentare über das SPD-Treffen nicht oder erst später zu lesen seien. Andererseits sei dafür gesorgt, daß zum Beispiel die „liberale" Süddeutsche erscheinen könne. Also die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen. Das Aha-Erlebnis ist entsprechend groß. Hat man so etwas nicht schon irgendwie vermutet? Ferlemanns Bekenntnisse erinnern an die schrillen Töne der Funktionäre auf dem Gewerkschaftstag in Nürnberg. Da wurde u. a. beschlossen, man solle politisch „nicht ausgewogen reagieren, sondern Partei ergreifen". Darf man fragen, ob dies demnächst auch für den Arbeitskampf selbst gelten soll, vielleicht dahingehend, daß nur Zeitungen mit gewerkschaftsfreundlichen Kommentaren herauskommen, die anderen „erst etwas später"? Erwin Ferlemann gilt in ruhigen Zeiten als ein besonnener und kompetenter Mann. Vielleicht darf man ihm zugute halten, daß seine Nerven von diesem Arbeitskampf geschlaucht sind. Notabene: Was die von ihm gelobte SZ von diesem Streik hält – E. Ferlemann hat es vermutlich nicht gelesen.

Frankfurter Rundschau

Auch auf die Gefahr hin, vom selbsternannten Oberzensor, dem IG-Druck-Vorsitzenden Erwin Ferlemann, auf den Index gesetzt zu werden – die Gewerkschaftsmehrheit steht sicher nicht hinter seiner Meinung, daß nur SPD-freundliche Zeitungen das Recht auf ungestörte Erscheinungsweise haben.

Frankfurter Allgemeine

Es ist allein Sache der IG Druck und Papier, wenn sie davon absieht, daß das Publizieren von Zeitungen – so das Bundesverfassungsgericht – *für die Demokratie „schlechthin konstituierend"* ist. Sein besonderes Verständnis davon hat der Vorsitzende Ferlemann auf dem Essener SPD-Parteitag zu erkennen gegeben.

NÜRNBERGER Nachrichten

Vollends zum Skandal wird Ferlemanns hinzugesetzte Garantie, daß am Wochenende die „Bielefelder" und die „Süddeutsche Zeitung" ungestört erscheinen könnten, wobei sich die Kollegen in München wohl selbst aufs schönste für das herablassende Kompliment ausgerechnet eines solchen Menschen bedanken werden, sie brächten „immerhin noch die liberalste Berichterstattung auch über SPD-Parteitage".



Die IG Druck und Papier sollte sich schleunigst umbenennen. Unser Vorschlag: IG Druck und Zensur.

Der arme reiche komplexbeladene Nachbar im Süden

Mexiko und Mittelamerika: Der Gringo-Haß bestimmt die Politik / Von Werner Thomas

Es hat in der Reagan-Ära noch keinen Besucher des Weißen Hauses gegeben, der eine unterschiedliche Meinung so trotzig präsentierte wie Miguel de la Madrid. Nein, die Mittelamerika-Misere habe nichts mit dem Ost-West-Konflikt zu tun, dozierte der mexikanische Präsident. Die Ursachen seien allein sozialer, wirtschaftlicher und politischer Natur. Diese Probleme könnten nur gelöst werden, wenn sich fremde Mächte nicht einmischen.

Es war ein sonniger Maitag, als Ronald Reagan seinen Gast begrüßte. Der amerikanische Fernsehkorrespondent Sam Donaldson sah Gewitterwolken über Washington heraufziehen, er beschrieb das atmosphärische Klima.

Der Auftritt des Mexikaners, der einen Tag später vor dem Kongreß etwa das gleiche sagte, überraschte nicht. De la Madrid, ein ruhiger, kühler Mann, folgte lediglich dem Beispiel seiner Vorgänger. Den amerikanischen Amtskollegen muß forsch gegenübergetreten werden, das kommt gut an bei den Landsleuten und liefert der Heimatpresse saftige Schlagzeilen. Diesmal mußte Mittelamerika herhalten, um dem Gesprächspartner die Leviten zu lesen.

Es gibt drei Länder Lateinamerikas, in denen antiamerikanische Gefühle besonders stark verbreitet sind: Castros Kuba, das sandinistische Nicaragua und Mexiko. Kritik an den Gringos gehört zum täglichen politischen Geschäft und zum guten Ton unter den Journalisten.

Ausländer, die in Mexiko leben, können leicht einen Minderwertigkeitskomplex entdecken. Es gehört auch zum guten Ton unter den Mexikanern, dergleichen entrüstet zu bestreiten. Dennoch, betrachtet man die Geschichte beider Länder sozusagen rein äußerlich, so bleibt das Gefälle zwischen ihnen rätselhaft. Die USA wurden 1776 unabhängig, Mexiko 1810. Aus der einen Nation ist in der Zwischenzeit eine Weltmacht geworden, die andere gehört noch immer zur Dritten Welt, obgleich es ihr nicht an einem guten Klima mangelt oder an Bodenschätzen. Sie avancierte zum viertgrößten Ölproduzenten der Erde. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verlor Mexiko allerdings auch fast die Hälfte seines Gebietes an die USA. Diese Kriege sind bis heute nicht vergessen. Aber sie sind keine Erklärung dafür, wieso Mexiko wirtschaftlich und sozial derart weit hinter den USA herhinkt – oder auch hinter Kanada, wo die Bedingungen in Klima und Boden weit schwieriger sind als in Mexiko, und die Bevölkerungszahl weit geringer ist, von der Bevölkerungsdichte gar nicht zu reden.

Etwa zwölf Millionen Mexikaner suchten ein besseres Leben in den Vereinigten Staaten, viele illegal. Zwei Millionen wagen jedes Jahr die Flucht über den Rio Grande. Die Reichen fühlen sich auf andere Weise mit den USA verbunden: Sie kaufen ein im nördlichen Nachbarland oder unterhalten dort Bankkonten. Hohe Regierungsvertreter, die öffentlich auf die Amerikaner schimpfen, sind keine Ausnahme.

Der Gringo-Haß, weniger der Wunsch für soziale Fortschritte, motiviert die Meinungsverschiedenheiten über Mittelamerika. Wenn es um soziale Probleme geht, unterscheidet sich Mexiko kaum von den südlichen Nachbarn.

Die Mehrheit des mexikanischen Volkes lebt in bitterer Armut. In Nezahualcoyotl, einem östlichen Vorortbezirk der Hauptstadt, wohnen drei Millionen Menschen in Holzbaracken ohne Kanalisation. Mexico City, heute bereits ein urbaner Alptraum mit 15 Millionen Menschen, kann um die Jahrhundertwende 35 Millionen Einwohner zählen. Schon die Vertreter der Mittelklasse beschäftigen uniformierte Dienstmädchen im Haushalt und fördern dadurch ein Kastensystem. Die obersten Bosse der Ölgewerkschaft sind Dollarmillionäre und fliegen gelegentlich am Wochenende in einer Boeing 727 zum Glücksspiel nach Las Vegas. Miguel de la Madrid soll ein integrer Mann sein, aber über seinen unmittelbaren Amtsvorgänger José Lopez Portillo kursieren die wildesten Korruptionsgerüchte. Die Mexikaner wären in der Lage gewesen, einen Beitrag zur Verhinderung dieses gefährlichen Mittelamerika-Konflikts zu leisten, wenn sie die sandinistischen Comandantes an ihre Grenzen erinnert hätten: kein Revolutionsexport, sonst kommt die Konfrontation mit den USA. Die USA werden nicht zulassen, daß auch El Salvador von einer marxistischen Guerillabewegung erobert wird. Aber die Verhältnisse in dem Land lassen es praktisch nicht zu, daß eine Stimme der Vernunft sich um die Macht bewirbt. Im Grunde weiß niemand, wie Reformen angepackt werden könnten, um Mexiko zu einem ordentlichen Staat zu entwickeln. Man schreit die Angst vor der eigenen Zukunft mit revolutionären Parolen nieder, man ahmt – natürlich – nicht das kubanische oder sandinistische Beispiel nach, aber man hat auch nicht den Mut, ihm entgegenzutreten.

Blinder Haß macht blind und schizophren. In Mexiko kursiert ein witziger Spruch, der das seltsame Verhältnis am besten beschreibt: „Gringos go home – aber nehmt mich mit."



Der rechte SPD-Flügel ist mausetot

Fünf Tage lang hat die SPD auf ihrem Parteitag in Essen nach ihren Antworten gesucht. Doch die „Zeichen der Hoffnung", die für die Anhänger errichtet werden sollten, wurden nicht fertig.

Von PETER PHILIPPS

Arbeitsam, fleißig, zum Teil bis in die Nacht hinein wühlten sich die mehr als 400 sozialdemokratischen Parteitagsdelegierten durch das dicke Antragspaket. Sie wollten Kompetenz beweisen auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik, bei ihrem Lieblingsthema Verteidigung und NATO-Strategien, in der Technologie- und in der Mediendiskussion. Befreit von Amt und Bürde in Bonn, packte die Genossen die Lust am Disput ohne Rücksicht auf Umsetzungszwänge in Regierungsverantwortung.

Willy Brandt, alter und neuer Parteivorsitzender, kämpferisch und von erstaunlicher Frische, gab die Richtung vor: Die Partei tue gut daran, wenn sie wie die Bonner Fraktion „das Handwerk der Opposition ernst" nehme und nicht, wie 1969 die Union, den Mehrheitsverlust in der Republik als Betriebsunfall ansieht, dessen Korrektur schon vor der Tür steht. Er traf damit auf offene Ohren, denn die Delegierten in Essen genossen sichtbar das Gefühl, als Oppositionspartei diskutieren zu können.

In der Gruga-Halle manifestierte sich die Veränderung der Partei. Die Linken, einst in der Minderheit, sind zur bestimmenden Kraft geworden. Sie handhabten in der Sachdebatte ihre Position der Stärke moderat, ließen aber bei der Wahl zum Parteivorstand die Muskeln spielen. Die Vertreter des Mitte/Rechts-Teils der Partei scheiterten reihenweise, beziehungsweise hatten bereits vorher auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

Helmut Schmidt konnte man keinen Denkzettel mehr erteilen, und so mußte Hans Apel dafür büßen, daß er noch als der „junge Mann" des ehemaligen Bundeskanzlers gilt. Nur mit dem Hinweis auf seine Berliner Kandidatur für das Amt des Regierenden Bürgermeisters konnte in den Vorbesprechungen der Linken – unter anderem von Harry Ristock – so viel Zustimmung mobilisiert werden, daß er wenigstens als 22. im ersten Wahlgang noch mit durchkam.

Herbert Ehrenberg, am ersten Tag des Parteikongresses als Vorsitzender der programmatischen Wirtschaftskommission noch bewußt herausgestellt, wurde von der linken Mehrheit ebenso aus dem Vorstand herausgewählt wie der noch amtierende Vorsitzende der niedersächsischen SPD, Karl Ravens; und das, obwohl der ehemalige Juso-Vorsitzende und designierte Spitzenkandidat in Hannover, Gerhard Schröder, auf seine sichere Gegenkandidatur verzichtet hatte. Doch Ravens hatte zwei Tage lang vom Präsidiumstisch aus die Debatte im Saal schweigend verfolgt und sich nicht einmal bei der Diskussion über das niedersächsische Rundfunkgesetz zu Wort gemeldet, so daß er seine Niederlage noch selbst mit beschleunigte.

Wer keine Frau war – die alle im ersten Wahlgang mit hohen Ergebnissen in den Vorstand hineinkamen –, mußte schon zum linken Teil des SPD-Spektrums gehören, um eine gute Chance zu haben. So sitzen jetzt in dem Leitungsgremium Hamburgs ehemaliger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose, der Bremer Sozialsenator Henning Scherf, der Kasseler Oberbürgermeister und Erprober des rotgrünen Bündnisses, Hans Eichel, die Europa-Abgeordnete und ehemalige Juso-Vorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul; Hans Apel, Georg Leber und Hermann Heinemann verlieren sich in diesem '36er-Gremium fast.

Der rechte Flügel der Partei, der Seeheimer Kreis – sie sind mausetot. Dies hat der Parteitag gezeigt. Während diese Gruppe in der Bonner Bundestagsfraktion unter Hans-Jochen Vogels moderierender Leitung durchaus noch eine Rolle spielt, ist sie auf Partei-Ebene kein Machtfaktor mehr. Ungestraft konnte einer der linken „Sekretäre", der Bundestagsabgeordnete Peter Conradi, rechte Genossen mit der Bemerkung anpflaumen: Wir überlegen schon, ob wir euch nicht zwei unserer Moderatoren so lange ausleihen sollen, bis ihr wieder auf eigenen Füßen stehen könnt. Was sonst im Vorfeld und am Rande von SPD-Parteitagen stattfand, das Aushandeln von Wortmeldungen und Vorstandskandidaturen zwischen Rechten und Linken – in Essen gab es dies nicht mehr. Es hätte auf der rechten Seite nicht einmal entsprechende Ansprechpartner gegeben.

Das Wir-Gefühl war dadurch um so stärker. Es manifestierte sich am späten Sonntagabend während des Parteiabends in einer Essener Brauerei bei der Ehrung Willy Brandts für 20 Jahre Tätigkeit als Parteivorsitzender.

Mit all seinem südländischen Temperament hielt der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzales in der bier- und rauchgeschwängerten Luft des überfüllten Raumes eine immer wieder von Beifall unterbrochene Eloge auf seinen Ziehvater und „Compañero" Brandt. Der Düsseldorfer Ministerpräsident Rau, der bei seiner Wiederwahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden offenbar auch aus dem großen Block seiner Landesdelegierten einen Nasenstüber erhalten hatte, versuchte in kabarettistischer Manier die gefühlsselige Stimmung ein wenig aufzulockern.

Doch die versammelten Genossen wollten ihr unumstrittenes Idol feiern, das nur durch gesundheitliche Probleme daran gehindert werden könnte, von der Woge der Zustimmung, ja fast liebevollen Zuneigung der Mitglieder an die Rekordzahl von 32 Jahren Parteivorsitz August Bebels herangetragen zu werden. Kaum war Raus letztes Wort gesprochen, da erhoben sie sich wie von einem unsichtbaren Regisseur dirigiert und stimmten das alte Arbeiterlied an: „Wann wir schreiten Seit' an Seit'".

Brandt konnte nicht nur deshalb mit den fünf Tagen von Essen zufrieden sein. Ohne das Korrektiv Helmut Schmidt entwickelt sich die Partei zu dem, was ihm vorschwebt, einer Organisation, die getragen wird vom „Prinzip Hoffnung" und dem „gewissenhaften Zweifel", der „zum eigentlichen Kristallisationspunkt dessen wird, was eine große Zahl von Menschen umtreibt bei den miteinander verbundenen Themen Wettrüsten und Welthunger".

„Irgend jemand muß doch bezahlen"

Arbeiter und Gewerkschaftsmitglied; keine Urabstimmung und doch geschlossene Betriebe. Die Summe dieser Bilanz heißt: kein Pfennig Geld. Zumindest für die Beschäftigten in nicht offiziell bestreikten Tarifgebieten.

Von PETER SCHMALZ

Ich halt vom Arbeitskampf überhaupt nichts." Der stämmige Arbeiter steht neben einem der stillgelegten Produktionsbänder bei Audi/NSU in Ingolstadt. 9600 der 22 000 Audi-Mitarbeiter sind seit gestern „suspendiert", wie die Werksleitung die momentane Arbeitslosigkeit dieser Metaller bezeichnet. „Der bringt doch überhaupt nichts, höchstens noch mehr Arbeitslose." Und sein Kollege sekundiert: „Die 35-Stunden-Woche, die schaut ganz gut aus jetzt am Anfang. Aber dann werden wir in der Weltwirtschaft wahrscheinlich nicht mehr konkurrenzfähig sein. Die fünf Stunden werden wir mitzahlen müssen."

Sie sind sauer in Ingolstadt. Auf das Unternehmen, das ihrer Meinung nach zu rasch den Strom der Bänder abschaltete, auf die Regierung, die sie als den Verantwortlichen hinter dem Beschluß der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit sehen, keine Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, und auch auf die Gewerkschaft, die sie in die Folgen eines Arbeitskampfes hineingezogen hat, ohne sie um ihre Zustimmung zu bitten: Urabstimmungen gab's nur in den Tarifgebieten Nordwürttemberg-Nordbaden und Hessen, nicht aber in Bayern, wo mit Audi, BMW, MAN und Krauss-Maffei ein wichtiger Teil der deutschen Autoproduktion konzentriert ist.

„Man hätte auch bei uns eine Urabstimmung durchführen sollen", meint der Audi-Arbeiter. Hat das die Gewerkschaft etwa unterlassen, weil sie sich bei den Bayern nicht so sicher war mit einer Streikzustimmung von über 75 Prozent? In dem Betrieb nahe der Donau ist man sich über den möglichen Ausgang eines solchen Urnengangs uneinig. Vor allem die älteren Kollegen halten wenig von einem Arbeitskampf um eine kürzere Wochenarbeitszeit.

Doch diese Diskussion ist für die betroffenen Arbeiter im Augenblick so effektiv wie der Versuch, Locken auf einer Glatze zu drehen: Sie stekken im Dilemma und hoffen auf den Strohhalm, der sie vor dem Sog in die finanzielle Not bewahrt.

„Irgend jemand muß doch zahlen", meint mit vager Zuversicht ein 31jähriger Monteur bei BMW, nachdem Heinrich Franke, der Chef der Nürnberger Anstalt, entschieden hatte: *Arbeitnehmer*, deren Betriebe die Produktion einschränken oder ganz einstellen müssen, weil infolge von Streiks der Nachschub ausbleibt, erhalten keine Arbeitslosenunterstützung. „Eine Sauerei", schimpft einer. „Da haben Kollegen 30 Jahre lang ihr Arbeitslosengeld gezahlt, und jetzt, wo sie mal was brauchen, kriegen sie keinen Pfennig Geld mehr. Aber wenn's in der Regierung um die Erhöhung der Diäten geht, dann sind's dort oben immer gleich dafür."

Den Strohhalm hofft Heinz Englisch, der Gesamtbetriebsratvorsitzende von MAN, in der Kurzarbeit gefunden zu haben. Das Münchner Werk, das seit langem an der mangelhaften Nachfrage nach Nutzfahrzeugen leidet, mußte bereits 21 Monate lang mit gebremster Kraft und Kurzarbeit produzieren. Vorsorglich, wie die Unternehmensleitung sagt, wurde schon vor dem Streik für die zweite Juni-Hälfte erneut Kurzarbeit angemeldet.

Nach einer stürmischen außerordentlichen Betriebsversammlung, bei der die MAN-Führung gestern vormittag zu erklären versuchte, warum nun auch hier vorübergehend 3000 Arbeiter ohne Lohn und Arbeit nach Hause geschickt werden müssen, setzten sich Betriebsleitung und Betriebsrat an einen Tisch. Thema der Diskussion, die zur Stunde noch nicht beendet ist: Kann die ohnehin geplante Kurzarbeit nicht vorgezogen werden, damit wenigstens Kurzarbeitergeld gezahlt wird? Denn das würde bei einem Verheirateten mit Kindern immerhin 68 Prozent des letzten Nettoeinkommens bedeuten, bei einem Junggesellen fünf Prozent weniger.

Das ist doch allemal besser als die Sozialhilfe, die den freigestellten Arbeitern die allerletzte Rettung wäre *und ohnehin erst dann gezahlt würde*, wenn der privat ersparte Notgroschen auf weiger als 2000 Mark geschrumpft wäre.

Von den Gewerkschaften ist zur Zeit wenig mehr als markige Worte zu erhalten. Wenn es nicht bald zu einem Kompromiß komme, so drohte BMW-Betriebsratsvorsitzender Kurt Golda bei einer Protestversammlung vor den Toren des Münchner Pkw-Produzenten, dann werde man den Herren von Gesamtmetall eine Antwort geben, „*die sie in den nächsten* zehn Jahren nicht vergessen werden".

Die Antwort, die die bayerischen Arbeiter derzeit von ihren Gewerkschaften erhalten, wenn sie nach Unterstützung fragen, werden viele von ihnen womöglich auch lange nicht vergessen. „Die Entscheidung von Nürnberg ist ein klarer Rechtsbruch", heißt es da. Doch damit kann keine Rate für's verschuldete Haus gezahlt werden, kann nicht einmal ein Liter Milch gekauft werden.

Nun will Bayerns DGB für seine Mitglieder vor Gericht ziehen. Es sei „eindeutig" eine kalte Aussperrung, sagte Hans Büttner, DGB-Chef von Ingolstadt. „Wir werden die Ansprüche der Arbeitnehmer aus ihren Verträgen rechtlich verfolgen." Sollte dieser Weg erfolglos bleiben, deutet der regionale Gewerkschaftsführer an, die Mitglieder könnten Zuwendungen aus der Notfall-Unterstützung erhalten. Den Notfall sehen viele ohnehin für die Gewerkschaft längst gegeben. Sie muß die Kasse öffnen, sonst, so einer in Ingolstadt, „geht denen bestimmt die Hälfte der Mitglieder flöten".

In den Wind geschrieben sind derweilen mehrstellige Millionenbeträge. MAN schätzt den täglichen Umsatzverlust auf neun Millionen Mark, *Audi spricht* von 35 bis 40 Millionen, BMW von bis zu 50 Millionen. „Dauert der Streik vier bis sechs Wochen", so Audi-Sprecher Jost Ulrich Meyer, „dann ist der Ertrag dieses Jahres dahingeschmolzen."

Die Gewerkschaften werfen den Unternehmen vor, sie hätten dies kaltschnäuzig in ihre Strategie einbezogen, schuld an der Nachschub-Misere sei nur die knappe Lagerhaltung. Dagegen betont ein Sprecher von MAN, man habe die Teilebevorratung *aus Kostengründen optimieren* müssen. Gegen diese marktwirtschaftliche Erkenntnis hatten die Gewerkschaften bisher nichts einzuwenden, doch nun erkennen sie, daß der Computer, der die rationelle kurze Lagerfrist erst ermöglichte, auch hier einen Pferdefuß haben kann.

Die Wahl von Theodor Heuss zum Bundespräsidenten begründete die erste Koalition der Union mit der FDP.
FOTO DPA

Die Bundesversammlung, ein Wegweiser für Koalitionen

Morgen wird die Bundesversammlung Richard von Weizsäcker zum Bundespräsidenten wählen. Die Abstimmungsschlacht ist schon im voraus entschieden. Das war in der Vergangenheit mehr als einmal so, aber keineswegs immer. Doch fast ausnahmslos war die Wahl des Bundespräsidenten ein Wegweiser für gewünschte oder bekämpfte Regierungskoalitionen.

Von GEORG SCHRÖDER

Am 12. September 1949 kürt die Bundesversammlung auf Betreiben Konrad Adenauers den Parteivorsitzenden der FDP, Theodor Heuss, in einer bis zur letzten Stunde offenen Abstimmungsschlacht zum Bundespräsidenten. Drei Tage später wählt die gleiche *Koalition aus CDU, CSU, FDP und* Deutscher Partei Konrad Adenauer zum Bundeskanzler.

Am 1. Juli 1959 wird der von Adenauer nicht geliebte CDU-Landwirtschaftsminister Heinrich Lübke mit den Stimmen von CDU, CSU und Deutscher Partei gewählt gegen Carlo Schmid (SPD) und Max Becker (FDP).

Die Freien Demokraten kehren zwar 1961 in die Koalition mit den Unionsparteien zurück, aber diese *Koalition hat Risse. Als es 1964* zur Wiederwahl Lübkes kommt, stimmen die Sozialdemokraten für ihn, aber Koalitionspartner FDP stellt ihm Ewald Bucher entgegen. Das war eine gewollte Demonstration der Liberalen. Der zwei Jahre später erfolgende Bruch mit ihnen und die Bildung der Großen Koalition mit der SPD kündigten sich schon an.

Würde die FDP nach der Auflösung dieser Großen Koalition mit den Unionsparteien oder mit der SPD eine *Regierung bilden?* Die Vorentscheidung darüber fiel am 5. März 1969, als die Bundesversammlung im dritten Wahlgang den SPD-Minister Gustav Heinemann gegen den CDU-Minister Gerhard Schröder zum Präsidenten wählte, ein Ergebnis, das vor allem auf das Antreiben des FDP-Parteivorsitzenden Walter Scheel zurückging.

Sah Scheel 1974 schon wieder nach einem anderen Ufer aus, als er den Wunschtraum mancher Sozialdemokraten nach einem Bundespräsidenten Walter Arendt zerstörte und seine eigene Kandidatur dem Koalitionspartner aufzwang? Sicher ist nur, daß Scheel bereits im Frühjahr 1973 in einem Gespräch, an dem auch ich teilnahm, sorgfältig eingewickelt seine mögliche Präsidentschaft andeutete und dabei das bekannt gewordene Wort sprach, die Gemeinsamkeiten einer Koalition würden eines Tages aufgebraucht sein: „Aber noch ist es nicht soweit."

Offensichtlich glaubte Scheel damals, er würde als Kandidat für das Präsidentenamt auch die Stimmen der CDU erhalten. Aber als es am 15. Mai 1974 in der Bundesversammlung zum Schwur kam, waren die Koalitionsfronten noch starr, die FDP noch unbeweglich an der Seite der SPD. Deshalb hatte die CDU/CSU Richard von Weizsäcker in die Schlacht gegen Scheel geschickt, auch wenn er wußte, daß er sie nicht gewinnen konnte.

War die Lage bei der Präsidentenwahl im Jahre 1979 wirklich anders? In einem entscheidenden Punkt gewiß: Die CDU/CSU hatte nun in der Bundesversammlung die absolute Mehrheit. Kein Zweifel, Walter Scheel hätte gern weitere fünf Jahre das höchste Amt der Bundesrepublik *innegehabt. Helmut Kohl hätte dem* sicherlich zugestimmt, wenn dies der Schlüssel für die Rückkehr der FDP zur Koalition mit den Unionsparteien gewesen wäre. Aber diesen Schlüssel besaß Scheel nicht.

Als risikoreicher Minderheitskandidat wollte er sich trotz allem Zureden von Brandt und Schmidt nicht verheizen lassen. Es gab keinen Keil, der zwischen Kohl und Strauß getrieben werden konnte. Scheel paßte, und mit der Wahl von Karl Carstens demonstrierte die Union ihre Geschlossenheit und ihre Überzeugung, daß sie bald so oder so auch auf die Regierungsbank in Bonn zurückkehren werde.

Ist die Wahl eines Bundespräsidenten wirklich nur eine Frage der politischen Macht, des parteipolitischen Ringens? Der damalige Bundespräsident Walter Scheel sagte einmal: „Nun wäre es einfach weltfremd anzunehmen, die Parteien würden sich bei ihren Überlegungen strikt nur an die Eignung des Kandidaten halten. Nein, die Parteien werden alle politischen Probleme, die zur Wahlzeit eine Rolle spielen, mit in ihre Überlegungen einbeziehen." Das sei legitim, fügte Walter Scheel hinzu.

Das Koalitionskalkül ist gewiß nur ein Faktor bei der Präsidentenwahl, aber wie 35 Jahre Geschichte uns lehrten, der wichtigste. Im offenen oder verdeckten Ringen zwischen Willy Brandt und Herbert Wehner, im vergeblichen Versuch Konrad Adenauers, Ludwig Erhard von der Kanzlerschaft fernzuhalten, spielte dieser Faktor seine Rolle. Da läßt Brandt 1964, als die Wiederwahl Lübkes ansteht, über den Berliner Senator Hoppe bei der FDP-Führung sondieren, ob man nicht zusammen Thomas Dehler zum Präsidenten wählen könne. Nur eine damals noch kleine Gruppe der Liberalen – Gegner der Koalition mit der Union – stimmte zu, der FDP-Führung aber grauste bei dem Gedanken an einen Bundespräsidenten Dehler.

Während Brandt erste Versuche in Richtung sozial-liberale Koalition startete, hatte sich gleichzeitig Herbert Wehner am 6. Januar 1964 mit einer „persönlichen Erklärung" für die Wiederwahl Lübkes ausgesprochen, *für Lübke als den Freund der* Großen Koalition.

Und wie war es 1968? Damals suchte Wehner eine Fortsetzung der Großen Koalition durch die Wahl des katholischen SPD-Ministers Georg Leber zum Bundespräsidenten zu erreichen. Wehner scheiterte, weil die CDU unter dem Druck ihrer norddeutschen Abgeordneten auf einem evangelischen CDU-Kandidaten bestand und weil Brandt, seine Augen auf Scheel gerichtet, Gustav Heinemann präsentierte.

Daß ein CDU-Kandidat Weizsäcker anstelle Gerhard Schröders 1969 mit großer Wahrscheinlichkeit zur Spaltung der FDP beim Wahlgang in der Bundesversammlung und damit zur Wahl Weizsäckers geführt hätte, wissen wir heute mit Bestimmtheit.

PLO: Neue Offensive gegen Israel

WERNER KAHL, Bonn

Der Repräsentant der PLO in der Bundesrepublik Deutschland, Abdallah Frangi, hat eine neue militärische Offensive der Al Fatah gegen Israel im Untergrund angekündigt. Die von Yassir Arafat gegründete und geleitete größte Kampforganisation der PLO bereitet sich nach ihrem Rückzug aus Beirut und Tripoli darauf vor, „wieder für den gesamten Widerstand die Verantwortung zu tragen", sagte Frangi in Bonn der „Tageszeitung". Bei den jüngsten Überfällen in Israel habe die Fatah vor allem jüngere Kämpfer eingesetzt: „Die Kommandos sind gerade erst 18 Jahre alt", bestätigte er.

Frangi warf der syrischen und libyschen Führung vor, sie hätten mit ihren Verbündeten die Fatah aus Tripoli vertrieben und damit „gar mit den Israelis zusammengearbeitet". Die Politik Arafats sei auf Annäherung mit Ägypten ausgerichtet, sagte Frangi, auch wenn die – moskauorientierte – PFLP den Rücktritt des PLO-Chefs forderte. Frangi bezeichnete die PFLP als „Volksfront", die „kaum Kämpfer" habe. 95 Prozent der Kämpfer in Beirut und Tripoli seien Angehörige der Fatah beziehungsweise der „Befreiungsarmee PLA" gewesen. Die PLO könne deshalb nicht mehr akzeptieren, daß ihre Politik von so kleinen Gruppen entscheidend beeinflußt werde. Frangi betonte, daß die PLO „nicht mehr zu Kompromissen bereit ist".

Kriegsmaterial für die „DDR"?

AFP, Stockholm

Der Weitertransport hochentwickelter elektronischer und optischer Ausrüstungen aus den USA, die offenbar für die „DDR" bestimmt waren, ist von den schwedischen Behörden blockiert worden. Wie von gutunterrichteter Seite in Stockholm bekannt wurde, hatte der französische Konzern „Thomson Brandt" das Material angekauft und über Großbritannien nach Schweden transportieren lassen. Die zuständigen Behörden in Schweden stuften die Ausrüstung als „Kriegsmaterial" ein, dessen Weitergabe verboten ist.

Aufschwung wirkt sich auf Ruhrgebiet aus

Arbeitslosenquote ist im April allerdings gestiegen

AP/rtr, Duisburg

Der konjunkturelle Aufschwung hat nach Angaben der Industrie- und *Handelskammern im Ruhrgebiet* auch die dort angesiedelte Wirtschaft erfaßt. In ihrem Bericht „Zur aktuellen Lage der Ruhrwirtschaft – Perspektiven 1984", der auf einer Umfrage in 1100 Betrieben basiert, weisen die Kammern darauf hin, daß die Auftragseingänge in nahezu jedem dritten Unternehmen gestiegen seien. In jedem vierten Industrie- und jedem fünften Handelsunternehmen hat sich danach die Ertragslage verbessert. Nach den Worten des Präsidenten der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer, Wolf Aengeneyndt, hat sich der Konjunkturaufschwung allerdings noch nicht auf den Arbeitsmarkt der Region ausgewirkt. Er begründete dies mit dem Anwachsen der Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet im April um weitere 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat auf 14,3 Prozent.

Zur Beschäftigung sagte Aengeneyndt, daß immer noch die Zahl der Betriebe, die mit rückläufiger Beschäftigung rechnen, größer sei als die, die zusätzliche Einstellungen signalisieren. „Die Probleme des Ruhrgebiets können mit einem konjunkturellen Aufschwung keinesfalls als erledigt oder auch nur wesentlich vermindert angesehen werden". Daher sollten wirtschaftspolitische Weichenstellungen für Strukturverbesserungen mit mehr Kraft als bisher vollzogen werden. Gerade dafür biete der Aufschwung eine Chance. Die gegenwärtige Wirtschaftslage beurteilten 12,6 Prozent der Befragten positiv, sechs Monate früher waren es noch 8,3 Prozent gewesen. Dieser Aufschwung erfaßte laut Aengeneyndt „nahezu alle Branchen". Günstig beurteilten die Befragten auch die Entwicklung bei Investitionsgütern.

„Von der Konjunktursonne beschienen" sind nach Darstellung des niederrheinischen IHK-Hauptgeschäftsführers Theodor Pieper auch die bisherigen Problemgebiete Kohle und Stahl, doch hätten beide dennoch keinen Beitrag zur Besserung der Beschäftigungsprobleme leisten können. Pieper sagte, generell sei der Investitionsmotor zwar angesprungen, doch das Durchsetzungsvermögen der Aufwärtsentwicklung sei noch nicht endgültig abzuschätzen.

Brodeßer zur Kandidatur entschlossen

hey, Bonn

Karl-Friedrich Brodeßer, der Nachfolger von FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer werden soll, steht für dieses Amt zur Verfügung. Das erklärte er gestern der WELT. Auch FDP-Chef Genscher, der für diesen Posten das alleinige Vorschlagsrecht hat, will offenbar trotz kritischer Stimmen in der FDP an seinem Kandidaten festhalten. Dies soll Genscher jedenfalls in einem Gespräch mit Brodeßer kurz vor Einbringung des Amnestiegesetzes bekräftigt haben. Allerdings wollen FDP-Vorstand und Bundestagsfraktion morgen abend auf einer gemeinsamen Sondersitzung über die Zusammensetzung der FDP-Spitze, über die der Parteitag Anfang Juni in Münster entscheiden muß, noch einmal „insgesamt" beraten.

Luise Rinser versteht sich als „Alternative"

rtr/dpa, Bonn

Die 73jährige Schriftstellerin Luise Rinser, die morgen von den Grünen der Bundesversammlung als Nachfolgerin von Karl Carstens vorgeschlagen werden soll, versteht sich nicht als Gegenkandidatin zu dem bisher einzigen Bewerber um das Amt des Bundespräsidenten, Richard von Weizsäcker. Mit ihrer „praktisch aussichtslosen Kandidatur" wolle sie vielmehr ein grundsätzliches Alternativangebot sicherstellen. Frau Rinser betonte, daß sie keinerlei Vorbehalte gegen Weizsäcker habe, sondern daß sie ihn für einen „integren Charakter" halte, der nicht korrumpierbar sei. *Luise Rinser, die seit 25 Jahren in* Italien lebt, gehört bisher keiner Partei an. Sie werde vermutlich Mitglied bei den Grünen werden, kündigte sie an, nicht jedoch aktiv Politik treiben.

Für „Revision" beim MAD

Höcherl-Kommission spricht von einem „Pfusch-Handwerk" einzelner Mitarbeiter

MANFRED SCHELL, Bonn

Die unabhängige Sachverständigen-Kommission unter Vorsitz des früheren Bundesministers Hermann Höcherl wird aufgrund der Affäre um General Kießling eine Reihe von Veränderungen beim Militärischen Abschirmdienst (MAD) vorschlagen. Dazu gehört die Forderung nach Einrichtung „geordneter Meldewege" innerhalb des Nachrichtendienstes und die Einrichtung einer „inneren Revision", wie sie im Bankgewerbe üblich ist. Die Kommission wird ihren Bericht am Mittwoch in Bonn Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner übergeben. Ihm obliegt dann die Entscheidung darüber, ob er den Empfehlungen folgt oder nicht.

Neben Höcherl gehören der Kom*mission der frühere* Verfassungsrichter Rottmann und Admiral Ahrendt an. Nach WELT-Informationen ist das Gremium zu dem Ergebnis gekommen, daß die Affäre um General Kießling dem MAD insgesamt nicht angelastet werden dürfe. Das „Pfusch-Handwerk" sei von einzelnen Mitarbeitern zu verantworten. Der Nachrichtendienst insgesamt, so heißt es, habe in den zurückliegenden Jahren „gute Arbeit" geleistet.

Die Kommission plädiert dafür, daß auch künftig ein General an der Spitze des MAD stehen sollte. In jüngster Zeit hatte es innerhalb der Bundesregierung Überlegungen gegeben, nach den schlechten Erfahrungen mit Militärs in der Kießling-Affäre einen Zivilisten mit der MAD-Führung zu betrauen, der über juristische Kenntnisse verfügt. Auch Bundeskanzler Helmut Kohl trug sich mit einem solchen Gedanken. Die Sachverständigenkommission ist der Auffassung, daß der MAD, dessen Aufgaben sich ausschließlich auf die Bundeswehr und deren Einrichtungen begrenzen, von einem Offizier geführt werden müsse. Der MAD-Chef solle jedoch, um seine Stellung gegenüber dem Ministerium und in der Bundeswehr zu dokumentieren, mindestens ein Generalmajor sein. Bisher war es jeweils ein Brigadegeneral. Außer*dem müsse der MAD-Chef* sehr sorgfältig nach charakterlichen und fachlichen Gesichtspunkten ausgesucht werden. Es könne nicht so sein, daß auf diesen Posten Offiziere aus den drei Teilstreitkräften entweder „abgeschoben" oder aber mit der Aufgabe betraut würden, um sie zum General oder Admiral befördern zu können.

Empfehlungen wird die Kommission auch hinsichtlich der Personalauswahl für den MAD unterbreiten. Danach soll sich der Dienst nicht mehr in dem Umfang wie bisher auf die Einschätzung und Beurteilung von Soldaten durch die jeweiligen Truppenteile stützen. Der MAD, so lautet der Vorschlag, solle sich seine Leute selber aussuchen und sie auch besser schulen.

Die enge Anbindung des Dienstes an die „zivile Verantwortung" im Bundesverteidigungsministerium soll betont werden. Der Kommission ist die bisherige Unterstellung des MAD zunächst gegenüber dem stellvertretenden Generalinspekteur und dann weiteren Instanzen offenkundig zu kompliziert. Sie empfiehlt deshalb eine stärkere und direktere Zuordnung des MAD an einen Staatssekretär des Ministeriums. Gemeint ist damit Staatssekretär Günter Ermisch, der dieses Metier aufgrund seiner früheren Tätigkeiten beim Bundeskriminalamt und im Bundesinnenministerium kennt und vor allem ein Gespür für politische Risiken hat.

Herausgestellt wird die Forderung nach einer „inneren Kontrolle" im MAD, die von „unabhängigen" Personen ausgeübt werden müsse. Dadurch könnten solche gravierenden Fehlleistungen des Dienstes wie im Fall Kießling vermieden werden. Die politische Verantwortung für diese Affäre hatte die Kommission nicht zu untersuchen.

Vielfältige Kooperation mit Peking

Zimmermann vereinbart in China vor allem Zusammenarbeit im Polizeiwesen

MANFRED SCHELL, Bonn

Die chinesische Führung hat gegenüber Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) ihre Sorge wegen der sowjetischen Bedrohung an Chinas Nordgrenze zum Ausdruck gebracht.

Der erste stellvertretende Ministerpräsident Wan Li sagte zu Zimmermann während dessen Aufenthalts in Peking, über 200 atomare Mittelstreckenraketen des Typs SS 20 hätten die Sowjets entlang der chinesischen Grenze stationiert. China, so versicherte der Politiker, werde nie als erster Atomwaffen einsetzen.

Politische Gespräche mit außenpolitischem Charakter führte Zimmer*mann außerdem mit dem ersten Vize*außenminister Yao Guang, der als Kernpunkt der chinesischen Außenpolitik den „Kampf gegen Hegemonismus" bezeichnet. Die Sowjetunion verfolge eine „aggressive Außenpolitik". China sei jedoch zu einer Normalisierung der Beziehungen zu Moskau bereit.

Der chinesische Politiker äußerte sich dabei auch zur *Zukunft von* Hongkong. Nach der Rücknahme der Souveränität würden sich die chinesisch-britischen Beziehungen rasch entwickeln. Das kapitalistische System in Hongkong bleibe unverändert, auch über den Zeitpunkt der Übergabe Mitte der 90er Jahre hinaus.

Nach dem offiziellen Besuch des Bundesinnenministers in Peking – Bundeskanzler Helmut Kohl kommt im Oktober zum Staatsbesuch in die *Volksrepublik China – zeichnet sich* eine vielfältige Kooperation zwischen China und der Bundesrepublik Deutschland vor allem auf dem Gebiet des Polizeiwesens ab. Der Minister für öffentliche Sicherheit, Liu Fuzhi, bekundete in den Gesprächen mit Zimmermann das Interesse an Ausrüstungsgütern für die chinesische Polizei, deren Gesamtstärke auf 1,2 Millionen Mann geschätzt wird.

Es geht dabei vor allem um Fahrzeuge, um Funkgeräte und fernmeldetechnische Einrichtungen. Es ist vorgesehen, daß Peking jetzt Kontakte mit deutschen Unternehmen aufnimmt. Auch ein Beitritt Chinas zur internationalen Polizeiorganisation Interpol wurde erörtert.

Zimmermann hat sich zu einem Erfahrungsaustausch über Methoden der Terrorismusbekämpfung auf der Ebene der Fachbeamten bereit erklärt und chinesische Spezialisten zum Besuch bei dem Anti-Terrorkommando GSG 9 eingeladen. Der Minister zeigte sich mit den Gesprächen insgesamt zufrieden.

Pauschale für Landwirte noch höher?

HEINZ HECK, Bonn

Die Bonner Unionsfraktion will den Landwirten noch stärker als bisher geplant finanziell unter die Arme greifen. Wie nach der gestrigen Sitzung des Fraktionsvorstands bekannt wurde, dürfte die Fraktion heute einen Antrag stellen, die Vorsteuerpauschale für Landwirte zum 1. Juli von acht auf 13 Prozent zu erhöhen. Der Regierungsentwurf sah eine Erhöhung zum 1. September von acht auf elf Prozent vor.

Die unionsgeführten Länder hatten bereits am Freitag im Bundesrat für ein Vorziehen auf den 1. Juli plädiert (Die WELT vom 19. Mai). Diesen Antrag hatte der nordrhein-westfälische *Finanzminister Diether* Posser für die SPD-regierten Länder abgelehnt. Die abermalige Leistungsverbesserung wird damit begründet, daß die Ertragseinbrüche der Landwirtschaft stärker ausfielen, als von Brüssel geschätzt worden war.

Abgeordneter festgenommen

dpa, Mutlangen

Der baden-württembergische Landtagsabgeordnete der Grünen, Winfried Hermann, ist gestern bei einer Protestaktion vor dem Pershing II-Depot der US-Armee in Mutlangen (Ostalbkreis) in Vorbeugegewahrsam genommen worden. Wie die Polizei mitteilte, hatten insgesamt vier Nachrüstungsgegner versucht, einen Militärtransport zu behindern, mit dem nach Auffassung des „Friedenscamps" in Mutlangen mehrere Pershing II-Raketen nach Straß bei Neu-*Ulm gebracht werden sollten.* Ein Sprecher der US-Armee erklärte dazu, bei diesem Transport habe es sich um eine „ganz gewöhnliche Feldübung" der 56. Artillerie-Brigade gehandelt. Das Ziel des Transports gab die US-Armee nicht bekannt. Hermann und andere Nachrüstungsgegner wurden, wie die Polizei mitteilte, nach Beendigung der „Militäraktion" wieder auf freien Fuß gesetzt.

DIE WELT (uspa 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Empörung über Absage der Feier zum 17. Juni

Politiker der Union kritisieren Bundestag-Ältestenrat

BERND HUMMEL, Eschwege

Auf Verärgerung und Unverständnis ist in den Reihen der CDU/CSU-Fraktion der Beschluß des Ältestenrates des Deutschen Bundestages gestoßen, mit Rücksicht auf die Wahlen zum Europaparlament erstmals am 17. Juni auf eine parlamentarische Feierstunde in Bonn zum Tag der Deutschen Einheit zu verzichten.

Der frühere Abgeordnete Johann Baptist Gradl erklärte, ihn habe die Absprache der Bundestagsfraktionen im Ältestenrat „enttäuscht und überrascht". Er forderte die Abgeordneten der Unionsfraktionen auf, umgehend für eine Rücknahme der Vereinbarung einzutreten. Gradl: „Die traditionelle Gedenkstunde aus Anlaß des Volksaufstandes in Mitteldeutschland ist ein Stück Glaubwürdigkeit im Bemühen um die Einheit Deutschlands."

Auch der fraktionslose Sonthofener Abgeordnete Eckehard Vogt – früher CSU - forderte, den Beschluß des Ältestenrates rückgängig zu machen. Er protestierte in einem Brief an Bundestagspräsident Rainer Barzel gegen die getroffene Vereinbarung und nannte sie ein „Ergebnis unverständlicher Bequemlichkeit".

Demgegenüber erklärte Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger auf eine telefonische Anfrage des Melsunger CDU-Bundestagsabgeordneten Wilfried Böhm, wenn in diesem einzigen Fall von der bisherigen Regelung abgegangen werde, dann sei dies „eine Angelegenheit des Terminkalenders, die keinen Anlaß zu politischen Mißdeutungen geben werde".

Doch gerade das befürchten die Abgeordneten. So formulierten bereits am Donnerstag vergangener Woche die Delegierten des Bezirksparteitages der nordhessischen CDU in Kassel ihr Unverständnis gegenüber der getroffenen Regelung. Bestärkt durch Kritik aus seinem Wahlkreis, schrieb Wilfried Böhm an den Bundestagspräsideten. Der Abgeordnete wörtlich: „Der 17. Juni als Tag, der den Willen zur Einheit des deutschen Volkes bekunden soll, läßt es – aus welchen Gründen auch immer – nicht zu, auf eine eindeutige Willenskundgebung des einzigen freigewählten Parlaments in Deutschland zu verzichten." Wer das Bewußtsein für die Notwendigkeit der Einheit Deutschlands stärken wolle, der dürfe dies nicht dem Terminkalender unterordnen.

Der Deutsche Bundestag hatte erstmals am Vorabend des ersten Jahrestages im Juni 1954 des Volksaufstandes in der damaligen „sowjetisch besetzten Zone" gedacht. An diesem ersten Staatsakt nahmen seinerzeit Bundespräsident Professor Heuss, Bundeskanzler Adenauer, die Mitglieder des Kabinetts und des Bundesrates sowie die Abgeordneten des Deutschen Bundestages teil. Die Feierstunde im Plenum wurde seither ohne Unterbrechung von sämtlichen Bundesregierungen mitgetragen.

Vor diesem Hintergrund meldete sich auch der CDU-Abgeordnete Dieter Weirich (Eschwege) mit Kritik zu Wort. Er habe zwar Verständnis für organisatorische Probleme am Tag der Europawahl, erklärte er, dieser Anlaß – so der Abgeordnete – hätte sich jedoch gut geeignet, darauf aufmerksam zu machen, daß die europäische Einheit nur durch die deutsche Einheit erreicht werden kann.

Maschinen für Polen

Kreml will durch technische Exporte Warschau an sich binden

JGG. Düsseldorf

In Karczewo bei Warschau hat die Firma des sowjetischen Landwirtschaftsministeriums „Traktorexport – Maschinoexport" ein großes Liefer- und Schulungszentrum eröffnet, dem zwei weitere, bereits bestehende Warschauer Filialen des Unternehmens angeschlossen wurden. Es wird die gesamte polnische Landwirtschaft mit Maschinen und Traktoren beliefern. Jährlich sollen hier auch 4000 polnische Agrarfachleute – vom Maschinenschlosser angefangen – geschult werden.

Politische Beobachter in Warschau sind der Auffassung, daß damit die UdSSR die polnische Landwirtschaft enger an die Sowjetunion binden und die geplante Westhilfe für Polens Agrarwirtschaft unterlaufen möchte. Damit, so befürchten sie, wäre auch die letzte große Bastion einer privaten Landwirtschaft gefährdet.

Das Schulungszentrum in Karczewo wird auch von der Opposition als Art Gegenstück zur unabhängigen ersten „Bauernuniversität" in Pulawy gesehen, die kürzlich eröffnet wurde. Zur Modernisierung ihrer Betriebe erhalten die polnischen Freien kaum Staatszuschüsse. 60 Prozent der 2 842 000 Höfe sind Klein- und Kleinstbetriebe in einer Größenordnung von 0,5 bis fünf Hektar. Dennoch leisten sie nach Angaben des polnischen „Statistischen Hauptamtes" mehr als die Produktionsgenossenschaften und Staatsgüter. Die privaten Bauern liefern 77,4 Prozent des Getreides, 92 von 100 der Kartoffeln, 82,7 des Zuckers, 85,5 der Milch, 72,4 des Schlachtviehs sowie 92 Prozent des Gemüses.

Hennig: SPD torpedierte die Veranstaltung

Schü. Berlin

Deutschland-Politik ist nach Auffassung der Bundesregierung nicht allein auf das Verhältnis zwischen Bonn und Ost-Berlin beschränkt. Sie ist zugleich in den außenpolitischen Rahmen der langfristigen Bemühungen der Bundesregierung um die Wiederherstellung der deutschen Einheit eingebettet. Das erklärte der parlamentarische Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium, Ottfried Hennig, auf einer deutschlandpolitischen Tagung der Berliner CDU.

Hennig wandte sich gegen die in der Bundesrepublik verbreitete Auffassung, daß die westlichen Verbündeten gegen die Wiedervereinigung seien. Sowohl der amerikanische Präsident Ronald Reagan als auch der französische Staatspräsident François Mitterrand hätten in jüngster Zeit betont, daß sie Verständnis für das Streben der Deutschen nach nationaler Einheit hätten.

Hennig ging in diesem Zusammenhang auf den Verzicht des Bundestages in diesem Jahr auf eine Gedenkfeier am 17. Juni ein. Die Union bedauere diese Entscheidung, die allerdings von der SPD herbeigeführt worden sei. Die Sozialdemokraten hätten die Feier torpediert, indem sie erklärt hätten, daß sie angesichts der Wahlen zum Europäischen Parlament am 17. Juni nicht ihre Zustimmung dazu geben könnten, daß der ehemalige Bundesaußenminister Gerhard Schröder auf der Gedenkveranstaltung die Festrede halte.

Hennig bezeichnete die bevorstehenden Europawahlen als wichtig auch in deutschlandpolitischer Hinsicht. Der europäische Weg sei der „einzige Lösungsweg" der deutschen Frage.

Sowohl Hennig als auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, warnten davor, im Rahmen des deutsch-deutschen Dialogs die Gegensätze unter den Tisch zu kehren und das deutschlandpolitische Ziel der Wiederherstellung der Einheit aus den Augen zu verlieren. Es dürfe nicht übersehen werden, daß der Schießbefehl und die Mauer „uns fundamental trennen", sagte Diepgen. Er plädierte in diesem Zusammenhang für eine Aufgabenteilung in der deutschlandpolitischen Auseinandersetzung. Die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit dem System im anderen Teil Deutschlands sei im wesentlichen die Aufgabe der politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen in der Bundesrepublik. Aufgabe der Regierung und der Exekutive sei es hingegen, „konkrete Ergebnisse" zu erreichen, die mit dazu beitrügen, die Folgen der Trennung zu mildern.

„Steinpest" kostet Milliarden

Auswirkung der Luftverschmutzung auf Gebäude dramatischer als angenommen

D. GURATZSCH, München

Die Auswirkungen der Luftverschmutzung auf Bauten und Baudenkmäler werden von der Bundesregierung als wesentlich schwerwiegender angesehen als noch vor wenigen Wochen. Nach einem offiziellen Schriftsatz der Bundesrepublik Deutschland für die kürzlich durchgeführte internationale Umweltkonferenz in München werden die Immissionsschäden an ausgewählten Sachgütergruppen jetzt auf drei bis vier Milliarden Mark pro Jahr beziffert. „Die insgesamt anfallenden Kosten", so heißt es wörtlich, „dürften noch viel höher liegen."

Mit diesen Zahlen werden die bisher angenommenen und auf Schätzungen des Umweltbundesamtes beruhenden Richtwerte um mehr als 100 Prozent übertroffen. So hatte Bundesbauminister Oskar Schneider (CSU) erst kürzlich darauf hingewiesen, daß die durch Luftverunreinigungen verursachten Schäden an Bauwerken sich pro Jahr auf 1,5 Milliarden Mark beliefen. Nach dem jetzt in München vorgelegten Papier, das zu den Vorbereitungsmaterialien für die Konferenz der Umweltminister aus 30 Ländern Ende Juni in München gehört, müssen diese Schätzungen als überholt angesehen werden.

Der Münchner Schriftsatz weist ausdrücklich darauf hin, daß nicht nur Kunstwerke von unschätzbarem Wert betroffen sind, sondern daß gerade auch Beton. Verkehrsbauwerke sowie sonstige Industrie- und Gebrauchsbauten in Mitleidenschaft gezogen werden. Am Rande der Konferenz wurden als Beispiele Brücken, die Berliner Kongreßhalle, der Hamburger Fernsehturm und die Bochumer Universität genannt.

Wie es in der Denkschrift heißt, werden die Schäden „seit Beginn der fünfziger Jahre ... in der Bundesrepublik Deutschland in zunehmendem Maße" beobachtet. Sie erforderten „erhebliche Mehraufwendungen für Wartungs- und Sanierungsmaßnahmen". Im einzelnen würden neben mineralischen Baustoffen auch Metalle, Anstriche, Folien und Textilien angegriffen oder zersetzt. Dabei falle die Hauptschuld den „sauren Luftverunreinigungen" zu. Wie beim Waldersterben sei Schwefeldioxid „wegen seiner weiten Verbreitung als bedeutsamster materialschädigender Stoff" anzusehen.

So nennt das Papier den Verbrauch der Alkalireserve des Betons durch die atmosphärische Schwefelsäure „maßgeblich ursächlich für das Rosten von Stahl im Stahlbeton". Auch die Zerstörung von Natursteinbauten, Bronze, Ölfarben und Glasfenstern müsse im wesentlichen diesem Schadstoff aus den Abgasen der kohle- und ölbefeuerten Kraftwerke angelastet werden. In diesem Zusammenhang weist die Denkschrift auf die Zerstörung der Bau- und Kunstdenkmäler hin, die als „unersetzbare Werte" bezeichnet werden.

Wie die Denkschrift darlegt, müssen für die Erhaltung der Kunst- und Baudenkmäler erhebliche Beträge aufgewandt werden, allein für den Kölner Dom und seine Glasfenster jährlich fünf Millionen Mark. Diese Angaben decken sich unter anderem mit Berechnungen der hessischen Landesregierung, nach denen Luftverunreinigungen allein an vier Bauten in Wiesbaden Schäden in Höhe von acht Millionen Mark verursacht haben.

Nach dem Wortlaut des von der Bundesregierung in München vorgelegten Schriftsatzes müssen die Gesamtschäden an der gebauten Substanz in Höhe von drei bis vier Milliarden Mark jährlich bei der Bewertung der Kosten von dringend erforderlichen Luftreinhaltungsmaßnahmen in Rechnung gestellt werden. So habe eine grobe Hochrechnung für die Bundesrepublik ergeben, daß für eine Reduzierung des Schwefeldioxidausstoßes um 37 Prozent zwar eine Milliarde Mark aufgewandt werden müsse, gleichzeitig aber die Schäden an verzinkten und beschichteten Stahlkonstruktionen um etwa 600 Millionen Mark gemindert werden könnten.

Die Arbeitsmediziner melden Erfolge

PETER JENTSCH, Aachen

Die letzten der Mohikaner verdienen sich heute in Nordamerika als Hochbauarbeiter ihr Geld. Gegenüber Weißen haben diese Indianer einen Vorteil: Wie Gemsen können sie sich in großer Höhe schwindelfrei bewegen. Diese „genetische Disposition" entdeckten Arbeitsmediziner in den USA.

Der Schichtarbeiter Heinrich Brandl, seit 1962 im Beruf, erkrankte 1970 erstmals an einem Magengeschwür. Ein Jahr später bereits das zweite Mal. Und geheilt ist er heute noch nicht. Arbeitsmediziner stellten die Ursache fest: „Das Leben eines Nachtarbeiters," so das Max-Planck-Institut in Dortmund „spielt sich trotz oberflächlicher Anpassung immer noch entgegen dem biologischen Rhythmus ab. Nachtarbeiter müssen dieselbe Leistung wie ihre Kollegen von der Tagschicht erbringen, haben aber weniger Erholung, da ihr Schlaf kürzer und unruhiger ist."

Vor einigen Jahren fiel dem Betriebsarzt der Hamburger Gaswerke auf, daß jeder sechste Gaswerker an Krebs der Atemwege gestorben war (im Bundesdurchschnitt ist es jeder 16. Bürger). Das Lungenkarzinom, so stellte Alfred Manz weiter fest, traf Raucher wie Nichtraucher gleichermaßen. Die gefährlichen Hamburger Arbeitsplätze wurden entschärft, indem Arbeitsvorgänge mechanisiert und giftige Stoffe durch krebsunverdächtige ersetzt wurden.

Diese drei Beispiele zeigen, wie Arbeitsmediziner heute tätig werden und welche Aufgaben sie zu lösen haben. Im jetzt den Delegierten des 87. Deutschen Ärztetages vorgelegten Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer wird die Arbeitsmedizin definiert als „Lehre von den Wechselbeziehungen zwischen Arbeit und Beruf einerseits sowie dem Menschen, seiner Gesundheit, seinen Krankheiten andererseits. Sie beruht auf dem Studium der physischen und psychischen Reaktionen des Menschen auf Arbeit und Arbeitsumwelt."

In der Praxis bedeutet das nach den Worten des Arbeitsmediziners Prof. Gustav Lehnert, Hamburg: „Die Arbeitsmedizin will dazu beitragen, Arbeitseinrichtungen so zu gestalten und Arbeitsbedingungen so zu beeinflussen, daß berufsbedingte Gesundheitsverfahren nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. Zugleich sollen für bestimmte Arbeitsbereiche nur noch solche Personen zugelassen werden, die nach ihrem Gesundheitszustand ein möglichst geringes Risiko eingehen."

Wie erfolgreich die Arbeitsmedizin auf diesem Wege vorangeschritten ist, beweisen folgende Zahlen: 1960 lag die Zahl der Arbeitsunfälle bei 2,26 Millionen, zehn Jahre später waren es nur noch gut zwei Millionen. 1976 war die Zahl der Unfälle bereits auf 1,4 Millionen gesunken, heute liegt sie an der Millionenschwelle.

Diese positive Entwicklung ist sicher auch eine Folge des Arbeitssicherheitsgesetzes, das 1974 in Kraft trat. Es bestimmt unter anderem, daß sich ein Arzt Arbeitnehmern in stark gefährdeten Berufen jährlich 1,25 Stunden widmen muß; je geringer die Gefährdung, um so weniger Zeitaufwand fordert das Gesetz – für Büropersonal nur noch zwölf Minuten im Jahr. Für diese Aufgabe standen bis 1974 nur etwa 2000 für eine betriebsärztliche Tätigkeit qualifizierte Mediziner zur Verfügung.

„Die Bundesrepublik gehört, was Sicherung der Gesundheit am Arbeitsplatz anbelangt, in Europa zur Spitzengruppe", stellt der Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer fest. So werden zum Beispiel rund 50 verschiedene gefährliche Berufstätigkeiten ständig überprüft (in Frankreich nur 32). Bei soviel Suche nach mehr Sicherheit am Arbeitsplatz fand man indes immer mehr berufsspezifische Krankheiten. Heute gibt es 53 – und jährlich kommen neue hinzu.

„Kultur-Charta" wird in Berlin verabschiedet

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Verabschiedung einer europäischen Kulturdeklaration steht im Mittelpunkt der Vierten Europäischen Kultusministerkonferenz, die von morgen an drei Tage im Berliner Reichstagsgebäude stattfinden wird. Auftakt des Treffens der Kultusminister der 23 Mitgliedsstaaten des Europarates, Finnlands und des Vatikans bildete am Wochenende bereits ein in mehrere Länder übertragenes „Concert for Europe" im Berliner Olympiastadion, wo unter dem geistigen Schirm eines „europäischen Kulturfestes" Popstars aus acht Ländern zu einer der attraktivsten Veranstaltungen des Berliner Sommers aufspielten.

Wirkung der Medien

Mit den Auswirkungen der Medientechnologie auf die Kultur als Thema steht ein „heißes Eisen" auf dem Themenplan der Kultusminister, das ebenso kontrovers diskutiert wird wie die „Europäische Kulturerklärung", die in diesen Tagen in Berlin nach sechsjähriger Vorbereitung einen formellen Abschluß finden soll. 1978 bereits hatte der Europarat damit begonnen, eine „Kultur-Charta" vorzubereiten, die allen Unterzeichner-Staaten der europäischen Kulturkonvention „kulturelle Ziele unterbreiten soll, die sie bei ihrer Politik in allen Bereichen in Betracht ziehen können". Der jetzt erarbeiteten Erklärung lag in erster Linie die Überlegung zugrunde, daß Europa als bloße Wirtschaftsgemeinschaft die Menschen kaum zu einen und zu mobilisieren vermag.

Stark geschrumpft

Nach den sechsjährigen Beratungen zu der Erklärung, in deren Verlauf der Text immer wieder komprimiert, modifiziert und besonderen nationalen Interessen bestimmter Mitgliedsländer angepaßt wurde, verabschieden die Kultusminister in dieser Woche ein zweiseitiges Papier, das als wichtigste Thesen den Schutz und die Bereicherung des kulturellen Erbes, die Förderung menschlicher Fähigkeiten, Wahrung der Freiheit und gößere aktive Teilnahme am Gemeinschaftsleben enthält.

Daß die „Europäische Charta" nunmehr auf ein zweiseitiges Thesenpapier geschrumpft ist, führen Beobachter vor allem auf Spannungen innerhalb des Europarates zurück. So gaben beispielsweise die Länder der „Nordischen Allianz", Norwegen, Schweden und Dänemark, immer wieder zu erkennen, daß sie kulturelle Zusammenarbeit in erster Linie als rein „technische Kooperation" auf Länderebene verstehen und vom Gedanken gemeinsamer geistiger europäischer Werte eher abrücken.

Englands Kumpel werden streikmüde

Wachsende Kritik in den eigenen Reihen an Scargills Kompromißlosigkeit / Kein Verständnis für Radikalisierung

FRITZ WIRTH, London

Der Streik der britischen Bergarbeiter ist am Montag in die elfte Woche gegangen, und es verstärken sich die Anzeichen dafür, daß er sein entscheidendes Stadium erreicht. Die Aktionen des britischen Bergarbeiterchefs Arthur Scargill werden seit einigen Tagen immer verzweifelter, die Spaltung innerhalb der britischen Gewerkschaftsbewegung wird immer tiefer. Erste Signale des Streikverdrusses sind unter den Bergarbeitern sichtbar geworden, und die Labour Party wird in wachsendem Maße nervöser über die negativen politischen Auswirkungen des Streiks auf das Image ihrer Partei.

Der Ausstand der Bergarbeiter, der sich gegen die beabsichtigte Schließung von 20 unwirtschaftlich gewordenen Zechen richtet, hat bei der britischen Industrie bisher wenig Wirkung hinterlassen, er hat dagegen die britische Gewerkschaftsbewegung in eine der schwersten Krisen der Nachkriegszeit gestürzt. Das wurde am Montag offenbar, als Gewerkschaftsfunktionäre in Nordengland zu einem 24stündigen Sympathiestreik für die Bergarbeiter aufriefen.

Sympathiestreiks sind nach den neuen Gewerkschaftsgesetzen der Regierung Thatcher illegal. Len Murray, der Chef des britischen Gewerkschafts-Dachverbandes TUC, distanzierte sich deshalb von diesen Streikaktionen und warnte seine nordenglischen TUC-Untergebenen, daß sie zu derartigen Sympathieaktionen nicht autorisiert seien.

Die Gewerkschaften in Nordengland ignorierten die Warnung Murrays und legten, besonders in Yorkshire, für 24 Stunden den Eisenbahn- und Busverkehr lahm. Zugleich griffen sie scharf ihren TUC-Chef Murray an, der zum Herbst seinen Rücktritt angekündigt hat, und warfen ihm mangelnde Solidarität mit den streikenden Bergarbeitern vor. Auch Bergarbeiterchef Scargill äußerte sich überaus kritisch über Murray. Es hat den Anschein, als würden die Bergarbeiter-Funktionäre nun Murray zum Sündenbock für die mangelnde Solidarität machen, die ihr Streik bisher bei anderen Gewerkschaften fand.

Tatsächlich hat sich der britische Gewerkschafts-Dachverband zehn Wochen lang völlig aus dem Bergarbeiterstreik herausgehalten. Der Grund: Scargill wünschte es so, denn er wollte die Regie dieses Streiks, die bisher allein bei ihm lag, nicht aus den Händen geben. Inzwischen wird trotz aller Sympathiestreikaktionen in Nordengland deutlich klar, daß die übrigen Gewerkschaften immer mehr auf Distanz zu Scargills Streikstrategie gehen. Die Kraftwerk- und Elektrizitätsarbeiter, die durch einen Sympathiestreik innerhalb weniger Tage die gesamte britische Industrie stillegen könnten, haben derartige Aktionen in den letzten Wochen kategorisch abgelehnt.

Die Labour Party lastet alle Schuld an der Streikentwicklung der Regierung Thatcher an, die bisher nicht interveniert hat. Labour hat durch seinen Schatten-Energieminister Orme am Montag eine Initiative unternommen, die festgefahrenen Streikfronten aufzulockern. Orme hatte gestern ein Gespräch mit dem Chef der Bergbaubehörde Ian MacGregor. Die Erfolgchancen dieser Initiative sind jedoch gering, solange Scargill mit der Bergbaubehörde nicht über Zechenschließungen, sondern nur über die Expansion der Bergbauindustrie sprechen will.

Der Streikaufruf Scargills ist bisher nur von 75 Prozent der Bergarbeiter befolgt worden. Auch am Montag wurde in 44 von insgesamt 183 Zechen gearbeitet. Die Polizei hat in den letzten zehn Wochen über 5000 Beamte einsetzen müssen, um den arbeitswilligen Kumpeln den Weg zu ihren Zechen freizuhalten und sie vor Angriffen der streikenden Bergarbeiter zu schützen. In einigen Zechenrevieren sind auch die Familien der arbeitswilligen Bergarbeiter von Streikposten bedroht worden.

Insgesamt sind seit dem Beginn des Streiks 2285 Bergarbeiter wegen Landfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt verhaftet worden. 248 Polizeibeamte sind bei Zusammenstößen mit streikenden Bergarbeitern verletzt worden.

„Wegbereitender Kampf“

Frankreichs Kommunisten berufen sich auf IG-Metall

A. GRAF KAGENECK, Paris

Französische Metaller, die seit einer Woche fünf Werke des Automobilkonzerns Citroën-Peugeot im Raum Paris bestreikten, kehrten am Montagmorgen vereinzelt wieder an ihre Arbeitsplätze zurück. Die Regierung hatte sich vorher verpflichten müssen, die von der Werksleitung angekündigte Entlassung von 2300 Werksangehörigen (4000 weitere sollen in den vorzeitigen Ruhestand versetzt werden) nicht zuzulassen. Auch bei diesem Arbeitskonflikt war die von der Kommunistischen Partei kontrollierte Gewerkschaft CGT wieder federführend. CGT-Metaller-Chef Andre Sainjon hatte die Rücknahme der Entlassungen unter Drohung, den Streik auf andere Werke auszudehnen, bei Premierminister Mauroy durchgedrückt.

In Lothringen aber bleiben die Stahlarbeiter hochgradig mobilisiert gegen den „Stahlplan“ des Industrieministers Fabius, der Entlassungen in Höhe von 20 000 vorsieht. In der Stadt Thionville konnte sich der kommunistische Bürgermeister Paul Souffrin bei einer Nachwahl zu den Kommunalwahlen mit knapp 50,4 Prozent der Stimmen gegenüber der Opposition nur behaupten, weil er sich gegen die Industriepolitik der Regierung ausgesprochen hatte.

Hier wie im Pariser Raum geht es aber in Wahrheit um ein überbrückendes Thema, das seit den Beginn des Arbeitskampfes in der Bundesrepublik immer mehr in den Vordergrund der französischen sozialen Szene rückt: die Reduzierung der Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche bei vollem Lohnausgleich. Die CGT hat sich unter ausdrücklicher Berufung auf den „wegbereitenden Kampf der deutschen Metaller“ zum Schrittmacher dieser Entwicklung gemacht. Sie verlangt vor allem den vollen Lohnausgleich und will bei Citroën einen ersten „exemplarischen“ Arbeitskampf hierfür führen. Die Kommunisten stehen damit indes vorerst allein. Sowohl die linkssozialistische Gewerkschaft CFDT wie die gemäßigte Gewerkschaft FO will ebenfalls die 35-Stunden-Woche, aber verlangt keinen vollen Lohnausgleich.

Hanois „Fünfte Kolonne“

Son Sann wirft Vietnam Eskalation in Kambodscha vor

PIERRE SPOERRI, Bonn

Son Sann, der Ministerpräsident der Koalitionsregierung für ein „Demokratisches Kambodscha“, führt zur Zeit Gespräche mit Vertretern der Bundesregierung und verschiedener humanitärer Hilfsorganisationen in Bonn. Seine Koalitionsregierung, zu der auch der frühere Staatschef Prinz Norodom Sihanouk, und die Roten Khmers gehören, wird von einer großen Zahl von Staaten und von der UNO als legitime Regierung Kambodschas anerkannt. Das Regierungshauptquartier befindet sich im Dschungel in einem „befreiten“ Grenzstreifen an der kambodschanisch-thailändischen Grenze. In der Hauptstadt Phnom Penh regiert der von vietnamesischen Truppen eingesetzte und beschützte aber nur von den Oststaaten anerkannte Ministerpräsident Heng Samrin.

Son Sann beschuldigt die Vietnamesen, eine neue Eskalation in ihrer Besetzungspolitik in Kambodscha einzuleiten. Durch eine systematische Siedlungskampagne würde der demographische Charakter des Khmer-Volkes verwandelt. Schon heute seien 600 000 Vietnamesen angesiedelt worden, zusätzlich zu den circa 200 000 vietnamesischen Soldaten, die das Land besetzt halten. Von diesen vietnamesischen Siedlern hätten 200 000 auch schon die kambodschanische Staatsbürgerschaft erhalten. So wüßte man in der Zukunft nicht, wie groß die „fünfte Kolonne“ sei, die Vietnam bei einem etwaigen Rückzug zurücklassen würde. Meldungen, wonach sein Hauptquartier bei der jüngsten Offensive Hanois überrannt worden sei, weist Son Sann als „Falschmeldung“ zurück. Seine Organisation verfügt über 13 000 Mann, die in Kommandoeinheiten operieren und weit bis in das „besetzte Land“ eindringen.

Nguyen Co Thach, der vietnamesische Außenminister, „sagt über uns, daß man kein großes Netz braucht, um kleine Fische zu fangen“, meint Son Sann in einem Gespräch mit der WELT. „Er versteht offensichtlich nicht viel vom Fischen. Auch wenn wir kleine Fische sind, sind wir ihm immer durch das Netz gegangen.“



Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel: 0228/30 41, Telex 8 85 714

Idealkandidatin der Grünen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie vermelden, daß die „Grünen“ Luise Rinser als Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten aufgestellt haben (WELT vom 17. Mai). Luise Rinser als Kandidatin der „Grünen“, die sich in „Antifaschismus“ und antiautoritärem Gehabe nicht genug tun können, ist besonders pikant.

Erstens hat die Dame, deren literarisches Werk ich nicht beurteilen will, während des Zweiten Weltkrieges ein Gedicht „Junge Generation“ geschrieben, in dem es u. a. heißt:

„Wir, des großen Führers gezeichnet Verschworene ...

Todtreu verschworene Wächter heiliger Erde,

Des großen Führers verschwiegene Gesandte,

Mit seinem flammenden Zeichen auf unserer Stirn,

Wir jungen Deutschen, wir wachen, siegen oder sterben,

denn wir sind treu!“

Zweitens: Nach 1945 darauf angesprochen, meinte Frau Rinser, sie habe damit nicht Hitler, sondern Stalin gemeint ...

Man könnte über diese „ollen Kamellen“ gut und gern hinweggehen, hätte die Dame, die jetzt bei den „Grünen“ gelandet ist, nicht ihren Hang zu „starken Männern“ beibehalten. Es ist noch nicht lange her, da schwärmte sie nach einem Nordkoreabesuch vom kommunistischen Diktator Kim Il Sung: „Diese Begegnung hat mich mit Kraft geladen. Ich glaube wieder an die Zukunft der Menschheit.“

Den „Grünen“ ist offenbar alles Grün, und man möchte ihnen zurufen: Ihr seid mir schöne Antiautoritäre!

Mit freundlichen Grüßen
Peter Dehoust,
Coburg

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Nachricht über die Aufstellung von Frau Rinser als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten durch die Grüne Partei hat mich sehr nachdenklich gestimmt.

Ich will mich gar nicht am unschönen Streit über besondere poetische Leistungen von Frau Rinser während der Zeit des Dritten Reiches beteiligen; als Student der Geschichte fühle ich mich den Quellen verpflichtet. Als eine Erkenntnisquelle habe ich vor mir liegen das Halbjahresverzeichnis der Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels, Zweites Halbjahr 1942, 289. Band, herausgegeben vom Verlag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig 1943. Das dort veröffentlichte Autorenverzeichnis enthält ausschließlich solche Autoren, denen im Dritten Reich kein Schreibverbot auferlegt war.

Ein Schreibverbot war solchen Schriftstellern und Publizisten auferlegt, die sich öffentlich schriftlich gegen die herrschende Ideologie geäußert haben. Daraus ist der Umkehrschluß zu ziehen, daß in dem genannten Verzeichnis nur solche Autoren aufscheinen, die den braunen Machthabern genehm waren, da ja alles gleichgeschaltet war. So habe ich daher vergeblich die Namen von Berthold Brecht, Hermann Hesse oder Thomas Mann gesucht. Gefunden habe ich allerdings den Namen von Frau Luise Rinser, damals noch Rinser-Schnell. Ihr Name steht dort in bedrückender Nachbarschaft neben Hitler, Goebbels, Göring und anderen Nazigrößen. Demnach gehörte Frau Rinser immerhin noch zu solchen Autoren, die – offensichtlich in der Gunst der Machthaber stehend – ihrem schriftstellerischen Tagewerk nachgehen konnten. Und das in einer Zeit, in der schon die Todesmaschinerie eines Freislers auf vollen Touren lief. Daß ausgerechnet die Grünen nun in die merkwürdige Doppelmoral verfallen, die sie stets den anderen Parteien ankreiden, empfinde ich als außerordentlich beschämend. Es zeigt, welch hohles Pathos hinter dem angeblich hohen moralischen Niveau der politischen Äußerungen führender Grüner steckt. Anspruch und Wirklichkeit dieser Partei, die sich selbst bezeichnender Weise als „Bewegung“ empfindet, klaffen unüberbrückbar auseinander.

Ihr treuer Leser
Eduard Luhmann,
Bonn 2

Nur geschäftig

„Informieren allemal“; WELT vom 10. Mai

Thomas Kielinger sieht nüchtern von Washington aus, der Metropole unserer Schutzmacht und ersten Weltmacht, deren Zivilisation sich vor europäischer Kultur nicht mehr zu schämen braucht, die weite Welt in ihren realpolitischen Größenordnungen. Unser geschäftiger Außenminister dagegen, der in „Kontinuität seiner Fehler und Fehlleistungen“ der die Welt zur Hochspannung geführten „Entspannungspolitik“ unterwegs ist, scheint immer noch zu meinen, er könnte in Washington dem Regierungschef „konsultativ“ beibringen, was eigentlich im westlichen Interesse sei und wie er besser mit Moskau umgehen sollte.

Bundesdörfliches Kleinparteitaktieren, welches wesentlich zur Aushöhlung des politischen Willens unserer Bürger und ihres Staatsbewußtseins beigetragen hat, muß, wenn es auf weltpolitisches Handeln übertragen wird, dazu führen, daß man uns nicht mehr ernst nimmt – in Washington und auch in Moskau.

Günter Poser,
Bonn

U. S. Air Force

„Heute vor 35 Jahren endete die 'Luftbrücke' in den freien Teil Berlins“; WELT vom 12. Mai

Ich bedanke mich für den Artikel, aber es ist ein Fehler unterlaufen.

Immer wo Air France geschrieben wurde, sollte U. S. Air Force stehen. Ich bin die Luftbrücke für die U. S. Air Force geflogen, nicht für die Air France.

Weder Air France noch die französische Luftwaffe hatten mit der Luftbrücke etwas zu tun.

Mit freundlichen Grüßen
Jack O. Bennett,
Berlin 33

Dienstleistung?

„Leerung der Briefkästen nur noch mittags“; WELT vom 2. Mai

Mit der Ankündigung der Post, die Briefkästen nur noch von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr zu leeren, ist ein Höhepunkt bei der negativen Entwicklung der Post erreicht.

Gab es einmal Zeiten, in denen ein Brief von Mannheim nach Frankfurt einen halben Tag dauerte, in denen bis zu drei Mal am Tag die Post ausgetragen wurde, so macht die Post im Zeitalter der Superschnellzüge, der Flugzeuge und bequemen Autoverbindungen erhebliche Rückschritte im Bereich der Dienstleistungen: Selbst ein Brief, der bei der Hauptpost z. B. von Hannover eingeworfen würde (vor 18.00 Uhr), erreicht trotz direkter Bahnverbindung einen Adressaten in Würzburg oft erst nach zwei Tagen – vor zwei Jahren noch war ein bis 19.00 Uhr bei der Post eingeworfener Brief am folgenden Tag am Ziel. Und für diesen miesen Service muß man noch sehr hohes Porto bezahlen. Die Post müßte sich einmal überlegen, ob man nicht durch geringeres Porto den Briefverkehr wieder interessanter machen könnte, so daß auch hier wieder Gewinne erzielt werden können!

Aber auch bei der Bundesregierung sollte man sich Gedanken machen, ob eine solche Schnecken-Post ein gutes Aushängeschild für einen hochmodernen Industriestaat sein kann, oder ob man nicht an eine Privatisierung der Post denken sollte?!

Michael Steding,
Nürnberg

Prinzipientreu

„Olympisches Störfeuer“: WELT vom 10. Mai

Sehr geehrter Herr Doktor Kremp,

es kann doch niemand den Genossen Sportfreunden Tschernenko, und jetzt auch Honecker, vorwerfen, sie wären nicht prinzipientreu. Sie sind es natürlich, ist doch die sozialistische Außenpolitik organisch mit der Innenpolitik des sozialistischen Staates verknüpft. Während also die sozialistische Innenpolitik – wozu selbstverständlich die sozialistische Kultur und mit ihr der Sport gehören – sich um den inneren Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und um ihre Entwicklung bemüht, dient die sozialistische Außenpolitik der Schaffung der günstigen äußeren Bedingungen eben für dieses innere Bemühen. Der „unpolitische“ sozialistische Sport, der im übrigen ja nur von den „Imperialisten“ für ihre „aggressiven Zwecke“ mißbraucht wird, z. B. zur Asylgewährung von „verführten“ Ostsportlern, ist also systemimmanent.

Sozialistische Außenpolitik „beruht auf den Grundlagen der sozialistischen Moral und deshalb sind ihr jegliche Ausbeutung, Raubkriege und Versklavung von Völkern und Staaten“ natürlich „wesensfremd“, wie W. I. Lenin doch sagte: „daß der sozialistische bzw. kommunistische Staat auf Grund seiner inneren Natur nur eine friedliche Außenpolitik betreiben könne“. Unsere afghanischen Sportfreunde werden das ganz sicher bestätigen können?

Wegen dieser moralischen Friedfertigkeit beruht die sowjetische Außenpolitik, inter alia, „auf dem Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker und Staaten“. Und weil „sowjetische Außenpolitik prinzipientreu und vorausschauend“, „das reale Kräfteverhältnis in der internationalen Arena berücksichtigend“, und deshalb „elastisch“ ist, haben die o. a. Sportfreunde die L. A.-Olympiade vorausschauend und elastisch dazu benutzt, sich aus dem beginnenden Wahlkampf im Gastland USA herauszuhalten.

Mit besten sportlichen Grüßen
Günter Mitschka,
Hanau 1

Wort des Tages

„Du sollst die Organe kennen und beständig beobachten, aber niemals das selbst verrichten, was diese Organe ausführen können. Denn die wichtigste Arbeit ist jene, die kein andrer vollbringen kann, und deren gibt es stets genug.“

Walther Rathenau; dt. Politiker (1867–1922)

Personalien

EHRUNGEN

Aus Solidarität mit seinem protestantischen Kollegen hat der Bevollmächtigte der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Prälat **Paul Bocklet**, seine Teilnahme bei einem Empfang von Bundespräsident **Karl Carstens** abgesagt. Das ihm verliehene Bundesverdienstkreuz Erster Klasse will er bei anderer Gelegenheit entgegennehmen. Der Bonner Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Prälat **Heinz Georg Binder**, möchte die ihm zugedachte Auszeichnung nicht annehmen, weil er Hamburger ist und hanseatische Tradition die Annahme von Orden und Ehrentiteln ablehnt. Bei dem Empfang in der Villa Hammerschmidt am 23. Mai wird der Bundespräsident etwa vierzig Personen auszeichnen, darunter die Politiker **Alfred Dregger** (CDU), **Theo Waigel** (CSU) und **Gerhard Jahn** (SPD), die Schriftsteller **Rainer Kunze** und **Hermann Lenz**, die Entertainer **Mireille Matthieu**, **Freddy Quinn** und **Heinz Schenk** sowie Persönlichkeiten mit Verdiensten im sozialen Bereich, vom Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes **Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein** bis zur ehemaligen Gemeindeschwester **Elisabeth Logemann** von der Hallig Langeneß. Für seine Leistungen beim Aufbau der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und bei der Förderung von Kontakten zur orthodoxen Theologie und Kirche erhält der Bonner Neutestamentler Professor **Wilhelm Schneemelcher**, 69, den Stern zu dem ihm 1976 verliehenen Großen Verdienstkreuz des Bundesverdienstordens.

*

Mit dem Internationalen Rheinland-Preis für Umweltschutz 1984 ist der britische Professor **Frederick Warner** in Köln ausgezeichnet worden. Der mit 25 000 Mark dotierte Preis wird alle zwei Jahre vom Technischen Überwachungs-Verein Rheinland für Leistungen auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes verliehen.

*

Der Journalistenpreis der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAG) ist Dr. **Stephan Geiger**, für seinen in der „Stuttgarter Zeitung“ erschienenen Artikel „Armut in der Bundesrepublik“ und **Evelyn Holst** für ihre „Stern“-Dokumentation über das Schicksal eines Querschnittsgelähmten verliehen worden. Zum BAG-Dachverband zählen unter anderem die deutsche Caritas und das Diakonische Werk.

*

Mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen für Verdienste um die Gemeinschaft ist aus Anlaß des 80. Geburtstages der frühere Stadtamtmann **Karl Tscherneck** ausgezeichnet worden. Karl Tscherneck erhielt diese Ehrung für sein jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement im Sport. Von 1950 bis 1980 war er unter anderem Organisator und Leiter der Lohrberg-Feste der Frankfurter Turnjugend.

Alfred Bauer, Inhaber des drittgrößten Medienunternehmens der Bundesrepublik mit 20 Publikumszeitschriften (wöchentlich verkaufte Auflage: Rund 18 Millionen) ist im Alter von 86 Jahren in Hamburg gestorben. Der gelernte Setzer und Drucker, der im väterlichen Betrieb „Rothenburgsorter Zeitung“ lernte, hatte nach 1945 mit Lohnsteuertabellen und Programmzeitungen die ersten Bestseller, ehe er, unterstützt von **Siegfried Moenig**, sein Unternehmen zur heutigen Größe ausbaute.

H. Stein dirigiert den Wettbewerb junger Künstler

Frau Musica zu Diensten

Er ist nicht der berühmteste aller Musikwettbewerbe, aber er wird schließlich auch erst zum zweiten Mal durchgeführt. Doch trägt er einen vielverheißenden Namen, auch wenn es nicht gerade der eines Komponisten ist. Schließlich – selbst wer noch nie von Tschaikowsky oder Chopin gehört hat: Eurovision ist keinem mehr unbekannt. Der Eurovisionswettbewerb für junge Musiker hat die Chance, seine Preisträger international im optischen Handstreich auf Anhieb bekannter zu machen als die der traditionsreicheren Konkurrenz. Man darf rätseln allerdings, ob das tatsächlich ein Segen ist. An Wettbewerben ist ja kein Mangel, und längst gibt es junge Musiker, die geradezu auf die Wettbewerbsteilnahme programmiert sind. Es sind nicht immer die besten.

Man hätte sich natürlich auch denken können, man brauche in Eurovision nur das Schlußkonzert etwa des Königin Elisabeth-Wettbewerbs für Geiger aus Brüssel zu übertragen oder das des italienischen Dino Ciani-Wettbewerbs für Pianisten, um Frau Musica auf die feinste Weise zu Diensten zu sein und sich von vornherein musikalische Qualität zu sichern. Doch so einfach wollte man es sich nun auch wieder nicht machen.

Wohl aber den Preisträgern. Man stellt ihnen in Genf das renommierte Orchestre de la Suisse Romande zur Seite unter Leitung seines Chefdirigenten Horst Stein. Man engagierte in ihm die musikalische Verläßlichkeit in Person.

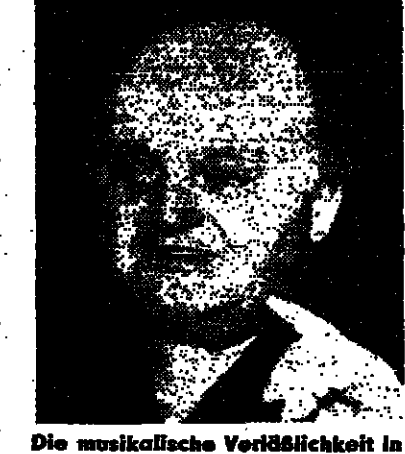
Seit langem gehört Stein zu den Dirigenten, denen Musiker, Manager, Publikum blindlings vertrauen. Ihn zu verpflichten gleicht dem Abschluß einer Lebensversicherung für Musik – und das gilt für junge Musiker ganz besonders. Stein ist der Mann des großartigen musikalischen Handwerks. Er verströmt Sicherheit. Seine Kunst des Begleitens löst alle interpretatorischen Nervositäten. Als junger Musiker muß man sich geradezu einen Künstler von der Kompetenz Steins zur Seite wünschen. Bei ihm weiß man verläßlich: Er wird alles musikalisch schon richten.

Kaum ein Opernhaus von Weltrang, das auf Horst Steins Können verzichtet hätte. Er schmiedete (unter Liebermann) mit am Hamburger Opernruhm. Die Wiener Staatsoper verpflichtete sich sein Können – und immer gerade für die gewichtigsten Fälle. Horst Stein wurde so etwas wie der strapazierfähige Lastträger des ausladenden Repertoires. Seine Aufführungen verloren künstlerisch niemals die Puste.

2. Eurovisionswettbewerb für junge Musiker 1984 – ZDF, 22.05 Uhr

Er übernahm von Wolfgang Sawallisch die Leitung des berühmten Orchesters der Romanischen Schweiz: Ansermets altes Orchester, in Genf ansässig, das sich vor allem mit Interpretationen französischer Musik einen Namen gemacht hatte – einschließlich der des großen Russen, den die Franzosen ebenso zu den ihren rechnen können wie die Amerikaner ihn zu den Amerikanern: Igor Strawinsky.

Durch die Verpflichtung von Sawallisch und später Stein hat sich das Orchestre de la Suisse Romande allerdings nachdrücklich entgallifiziert, was bei der Verfallenheit Frankreichs wie der französischen Schweiz an das Werk Richard Wagner eigentlich auch kein Wunder war. Das Orchestre de la Suisse Romande unter einem erzdeutschen Temperament wie Horst Stein spielen zu hören, ist schon von ganz besonderem Reiz.



Die musikalische Verläßlichkeit in Person: Dirigent Horst Stein
FOTO: DUVIRAGE

Der Eurovisionswettbewerb, wie auch immer er ausfallen mag (Musikwettbewerbe sind mitunter ebenso leer an Talent wie Filmfestspiele), bedient sich jedenfalls hochrangiger Hilfen. Aber auch das allgemeine Niveau der Wettbewerbsteilnehmer ist weltweit inzwischen derart hoch, daß man kaum aus dem Staunen herauskommen dürfte. Damit ist allerdings noch gar nichts über die künstlerische Zukunft der Preisträger gesagt.

Ein Dozentenplatz irgendwo an einer Musikhochschule steht ihnen wohl offen. Dort bilden sie künftige Eurovisionspreisträger heran, aus deren Kreis sich wiederum künftige Eurovisionspreisträger-Ausbilder rekrutieren. Sechs aus 36 000 – das ist nun einmal das ungesunde Treffer-Verhältnis im Lotto einer gesunden Musik.
KLAUS GEITEL

KRITIK

Die Angst des Autors vor der Vermarktung

Ein Typ mit vielen Ecken und Kanten ist der 19jährige Peter, der die Schule vorzeitig verlassen hat und in einer Waschstraße arbeitet. Hochfliegende Pläne hat er: er will Schriftsteller werden – und tatsächlich kann er in einem renommierten Münchner Verlag seinen ersten Roman unterbringen. Aber das Buch wird nicht der Erfolg, den sich Autor und Verleger davon versprechen, zumal Peter die Mechanismen des Buchmarktes nicht interessieren: Er legt keinen Wert auf „Kontakte", findet Autorenlesungen „Scheiße", richtet sich lieber in seiner Waschstraße ein.

Der Tod in der Waschstraße war sowohl der Titel von Peters Erstlingserfolg als Autor wie der des Films von Friedemann Schulz (ARD). Eine Erfolgsstory, die im Sande verläuft. Denn Peter, den Benjamin Völz mit allen Widersprüchen, Hoffnungen und Enttäuschungen einprägsam verkörperte, will sich nicht vermarkten lassen, nicht „clever" sein wie die anderen, die in ihm ein willkommenes Objekt sehen, die eigenen Träume zu verwirklichen. Darüber verkracht er sich sogar mit der minderjährigen Freundin (Beate Finckh), die genauso erfolgsorientiert schon denkt wie die Erwachsenen, obwohl sie deren Denkungsart (noch) vehement ablehnt. Nur zu der alternden Frau Jesky, der die Waschstraße gehört, faßt er ein zärtliches Zutrauen, nachdem sie ihm bei einem Gespräch über Konservierungszusätze und Wirtschaftslage zwischen den Zeilen eine anrührend-hilflose Liebeserklärung gemacht hat. Für diese Nebenrolle hätte die wunderbare Rosemarie Fendel einen Preis verdient!

Schulz hat einen Film über viele Themen gedreht, ohne mit dem Holzhammer aufzutreten: die erste Liebe, die Entfremdung und nicht zuletzt den schmerzvollen Kampf um das Erwachsenwerden. Aber vielleicht ist Schulz die Realität zum guten Schluß doch ein wenig aus dem Blickfeld geraten – welcher Junge, der Pubertät gerade entronnen, würde denn (ausgerechnet) einer „Hanser"-Vermarktung die kalte Schulter zeigen!
RAINER NOLDEN

Überlegungen im IOC / Ein Vorschlag von Karamanlis wird wieder aktuell

Olympische Spiele 88 nicht in Seoul?

dpa, Zürich

In der Führung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) werden gegenwärtig Überlegungen angestellt, die Olympischen Spiele 1988 nicht wie vorgesehen in Seoul abzuhalten. Dies bestätigte der IOC-Vizepräsident Ashwini Kumar gegenüber der „Los Angeles Times". Absicht des IOC ist es, nach den Boykott-Spielen von 1980 in Moskau und 1984 in Los Angeles endlich wieder einen möglichst ungefährdeten Olympia-Austragungsort zu finden. Vertreter der UdSSR hatten in der Vergangenheit erklärt, eine sowjetische Teilnahme an den Spielen in der Hauptstadt Südkoreas sei noch ungewiß.

Eine Verlagerung der Olympischen Spiele 1988 wäre jedoch nur möglich, wenn Seoul freiwillig auf die Ausrichtung verzichten würde. Nach der Vergabe der Sommerspiele 1981 in Baden-Baden besteht zwischen dem IOC und Seoul eine vertragliche Vereinbarung, die nur in beiderseitigem Einvernehmen gelöst werden kann. Offenbar denkt man in der IOC-Führung daran, die südkoreanische Hauptstadt zu einer Verschiebung der Spiele auf 1992 zu bewegen. Als aussichtsreichste Kandidaten für die Olympiade 1988 kämen dann Paris, Barcelona oder auch Neu Delhi in Frage. Alle drei Städte wollen sich für die Sommerspiele 1992 bewerben.

Als ein Indiz für das Nachdenken im IOC über eine Verschiebung der Seoul-Spiele wird die Tatsache gewertet, daß das IOC die abschließenden Verhandlungen mit den amerikanischen Fernseh-Stationen ABC, NBC und CBS über die Vergabe der US-Übertragungsrechte von den Sommerspielen 1988 ausgesetzt hat. Sie sollten nach der ursprünglichen Planung im Mai zu einem Vertragsabschluß führen. Nun hat das IOC die Verhandlungen auf die Zeit nach den Los Angeles-Spielen verschoben. In diesem Zusammenhang spielt auch die Höhe der Vertragssumme eine Rolle. Nachdem sogar bis zu einer Milliarde Dollar im Gespräch war, wollen die durch den sowjetischen Boykott zur Vorsicht gemahnten US-Fernsehstationen für die amerikanischen Übertragungsrechte aus Seoul nicht mehr als 500 Millionen Dollar zahlen.

Die „Los Angeles Times" führte das Gespräch am Sonntag mit Kumar im Zug von Lausanne nach Zürich im Beisein von IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch.

Die Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der USA und der UdSSR haben sich inzwischen auf ein bilaterales Abkommen geeinigt, daß künftig jede Einflußnahme ihrer Regierungen auf Olympische Spiele ausschließen soll. Dies teilte der Exekutiv-Direktor des US-NOK, Don Miller, in Washington mit. Unberührt davon bleibt jedoch der sowjetische Boykott-Beschluß für die Spiele in Los Angeles.

„Wir bieten ein Stück griechischer Erde"

PRINZ ZU LÖWENSTEIN, **Bonn**

Die Forderung: „Olympia zurück nach Olympia!" ist heute aktueller denn je! Sie geht zurück auf Konstantinos Karamanlis, den Präsidenten der hellenischen Republik. In einem Interview mit der WELT hat er bereits am 25. April 1980 seine Haltung ausführlich begründet. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan habe seine Haltung zwar bestärkt, aber nicht veranlaßt, erklärte Karamanlis damals.

„Bereits am 31. Juli 1976, während der Olympischen Spiele in Montreal, habe ich in einem Schreiben an IOC-Präsident Lord Killanin vorgeschlagen, die Spiele, die immer mehr politisiert und kommerzialisiert werden, vor allem aus ideologischen Auseinandersetzungen herauszuhalten. Darum sollten sie in ihrem griechischen Ursprungsland eine den Sportlern der ganzen Welt zugängliche 'neutrale' Heimstätte finden."

Unter Berufung auf dieses Schreiben, fuhr Karamanlis 1980 fort, wiederhole er jetzt sein Angebot. „Dies geschehe aus politischen, aber auch aus wirtschaftlichen, vor allem aber moralischen Gründen. Das Politische habe ich schon angedeutet: Ideologische Konflikte flammen auf, jedesmal, wenn eine Stadt für die Spiele gewählt wird. Statt der vieltausendjährigen antiken Tradition ... friedensfördernd und völkerverbindend zu wirken, sind sie zu einem Zankapfel geworden, in ihrem Geiste verfälscht und politisch mißbraucht. Bei einer Eskalation im Vierjahresrhythmus werden die Spiele in absehbarer Zeit einen tödlichen Schlag erleiden. Und wirtschaftlich? Nur noch einige reiche Länder werden sich leisten können, Gastgeber zu sein."

Aber Griechenland ist doch selbst ein armes Land. Wie will es die Spiele finanzieren? „Wir bieten ein Stück griechischer Erde an", sagte der Präsident, „exterritorial, unter internationaler Verwaltung, eine bleibende Einrichtung, nicht nur in jedem vierten Jahr, für die Sportverbände und überhaupt für die sporttreibende Jugend der ganzen Welt. Daher könnte man diese, ohne Unterschied von Rasse und Nationalität um die entsprechenden Beiträge bitten."

Karamanlis in dem Interview weiter: „Die Welt ist heute moralisch führungslos – sie taumelt in eine moralische Anarchie. Es ist höchste Zeit, daß wir auf einige der immer noch gültigen Ideale der klassischen Antike zurückgreifen: die Brüderlichkeit, die Verständigung über alle Differenzen hinweg. Wir Griechen mmöchten durch die Abtretung eines Teils unseres Landes dem Wiedererwachen der wahren olympischen Idee dienen – die eine sittliche ist, die der Menschenwürde gerecht wird."

Eine Gefährdung der historischen Stätte sieht der Präsident nicht. „Die Umweltschützer brauchen keine Sorgen zu haben. Das klassische Olympia, mit seinem Stadion, seinen Tempeln, soll strengstens geschont werden. Ich denke an moderne, großzügige Neuanlagen, ungefähr 40 bis 50 Kilometer westlich, in Küstennähe, mit herrlichen Stränden, ungefähr gegenüber der Insel Zanthikos."

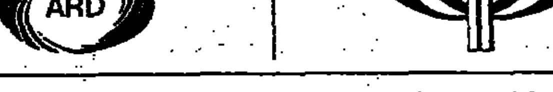
Die WELT hatte Gelegenheit, Olympia und die vom Präsidenten genannten Gelände und auch die sehr schönen und sauberen Badestrände zu besichtigen. Sein Autonomievorschlag entspricht genau der antiken Tradition: Olympia stand unter seiner eigenen Verwaltung. Es gehörte allen Hellenen, nicht nur denen im eigentlichen Griechenland, sondern auch jenen in *Magna Graecia* in Süditalien und Sizilien. Im Laufe der Entwicklung wurden auch Nicht-Griechen zugelassen, erst die Makedonen, dann die Römer, schließlich römische Bürger, gleich welcher Abstammung.

Im Jahre 426 n. Chr. wurde Olympia, auf Geheiß des frommen Eiferers, des Kaisers Theodosios II., geschlossen, also der erste Einbruch einer „Ideologie" in diese jugendlichen Wettspiele, die zwar der Gottheit gewidmet waren, aber in keiner Weise dogmatisch festgelegt.

Und nun heute? Sport habe doch nichts mit Politik zu tun, versichert Herr Daume. Wie war es schon 1936, als die Olympischen Spiele in Berlin zur gigantischen, internationalen Aufwertung des Nationalsozialismus mißbraucht wurden? Und 1980 in Moskau, womit die Aggression gegen Afghanistan zugedeckt und die Überlegenheit des „sozialistischen" Sports über den „kapitalistischen" demonstriert werden sollte?

Los Angeles wird auch ohne die Ostblock-Propagandasportler auskommen – aber vielleicht sollte der kommunistische Boykott dazu führen, den Rat des Präsidenten Konstantinos Karamanlis zu befolgen. Er gab jenes WELT-Interview 1980. Fast prophetisch hat er vorausgesehen, daß „im Vierjahresrhythmus" die Olympischen Spiele einen neuen Schlag erleiden würden – einen Schlag, der zum Guten führen kann – zur Reinigung der auf der Menschenwürde ruhenden olympischen Idee, unvereinbar mit jeder Art von totalitärem Staat.







III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD
9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Vor dem Sturm (4)
11.05 Umschau
11.20 Die Hände über der Stadt
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Gefühls-Sachen
Alle reden vom Glück
Obwohl viele Menschen vom Glück reden, versteht doch jeder etwas anderes darunter. Heike Mundzeck läßt in ihrem Film Menschen verschiedenen Alters erklären, was für sie dieser Begriff im alltäglichen Leben bedeutet.
16.55 Spaß am Dienstag
Mit Stefanie und Frank

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 ARD-Sport aktuell
Fußball-Länderspiel Deutschland – Italien
Sprecher: Heribert Faßbender
Live-Übertragung der SRG aus dem Letzigrund-Stadion in Zürich
In der Pause: Parteien zur Europawahl
22.00 Dallas
Eine Falle für Pam
Der Waffenstillstand zwischen J. R. und Bobby hat jedermann stark beeindruckt. Bobby hofft nun, daß Pam zu ihm zurückkehrt, aber J. R. gefällt diese Ansicht ganz und gar nicht. Er verbündet sich mit Katherine Wentworth, um die Versöhnung der beiden zu hintertreiben ...
22.45 Tagesthemen
23.15 Kulturweltspiegel
Mit Hansjürgen Rosenbauer
Die Kulturszene der britischen Hauptstadt London, die freien Radiostationen Frankreichs und ein Porträt des ehemaligen Rennfahrers Franco Maria Ricci sind Themen der heutigen Kultursendung.
0.00 Tagesschau

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

ZDF

16.00 Aus Straßburg:
Heute im Europäischen Parlament
Debatte über Menschenrechte und Jugendsekten
16.00 heute
16.04 Mosaik
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Ravioli
12. Teil: Total verrückt
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Waldheimat
18.20 Die Lehmanns
13teilige TV-Serie
1. Teil: Die Entlassung
19.00 heute
anschl. Parteien zur Europawahl
19.30 Das gelbe Taschentuch
Japanischer Spielfilm (1978)
Regie: Yoji Yamada
Aus Liebeskummer gibt der Fabrikarbeiter Kinya seinen Job auf, kauft sich einen roten Sportwagen, um in Hokkaido, der nördlichsten Insel Japans, seinen Schmerz zu vergessen. Schon auf der Fahrt verfliegen seine traurigen Gedanken.
21.15 WISO
Tip: Urlaubsanspruch für Eltern, wenn die Kinder krank werden / Hintergrund: Tarife der Kfz-Versicherung / Sozialreport: Vorruhestandsregelung / Situation bei Druck/Metall – Lage der Unternehmer und Gewerkschaften, Auswirkungen auf die Familie, Schäden, Kosten ...
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 2. Eurovisionswettbewerb für junge Musiker 1984
Mit Instrumentalsolisten aus 7 Ländern
0.20 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.10 Auslandsreporter
20.45 Die neue Deutsche Lufthansa
21.00 Formel Eins
21.45 Reizthema: Allergien
22.15 Wir sind eine kleine Schicksalsgemeinschaft
23.00 Abschied von Bonn
23.45 Nachrichten

NORD
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Haste Töne?
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
21.15 Evas Töchter (1)
22.05 Was Hänschen nicht fühlt – bringt Hans auf die Couch
22.50 Letzte Nachrichten

HESSEN
19.45 Tips für Schule und Beruf
20.10 Wie heiratet man seine Chefin? (1)
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Hessische Theatertage
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
21.15 Der Besessene
23.30 Les cuisines régionales françaises

BAYERN
18.15 Auf die Plätze ...
18.45 Rundschau
19.00 Geliebte Hexe
Italienischer Spielfilm (1980)
20.30 Die Shadoks
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Im Gespräch
23.15 Rundschau



Auf seiner Fahrt durch Hokkaido lernt Kinya (Tetsuya Takeda, l.) die junge Akemi (Kaori Momoi) kennen und verliebt sich in sie (Das gelbe Taschentuch – ZDF, 19.30 Uhr).
FOTO: RÖHNERT

Reagan ist populär, doch sein Wahlsieg steht keineswegs fest

Von TH. KIELINGER

Der landläufigen Meinung nach geht Präsident Ronald Reagan im November einem imposanten Wahlsieg entgegen, der ihm die gewünschte zweite Amtszeit bescheren und dem Land jene Stabilität zurückgewinnen wird, die es seit der Wahl John F. Kennedys 1960 so konsequent verpaßt hat.

Vor voreiligen Schlüssen dieser Art warnen heute immer mehr Auguren in den USA. In der Tat mischen sich in das Wahljahr immer mehr Imponderabilien, die einen „sicheren" Ausgang der Wahl alles andere als sicher erscheinen lassen.

Seit langem hat es nicht diese Anhäufung an Krisenherden gegeben, die in das politische Geschehen der USA eingreifen. Der eine Komplex ist mit Zentralamerika als Region ausreichend umschrieben. Von der Lage in El Salvador nach dem Sieg Präsident Duartes wird es abhängen, ob so etwas wie Stabilisierung eintritt und die Reagan-Regierung damit vor die Öffentlichkeit treten kann mit dem Argument, Washington habe die Krise in diesem Land hinreichend im Griff.

Die Indizien weisen eher in die andere Richtung. Kubanische Planer gehen auf eine Großoffensive der Guerrilla im Herbst zu, von der Reagans Sicherheitsberater McFarlane bereits vor einer Woche in unglückseliger Anspielung auf den Vietnam-Krieg voraussagte, es werde die „Tet-Offensive" in El Salvador werden. In die Annalen der publizistischen Kriegsbeschreibung ging sie als amerikanische „Niederlage" ein, die den Anfang vom Ende Südvietnams als unabhängigem Staat einläutete.

Will die Reagan-Regierung solche Zustände in El Salvador entstehen lassen, ohne mit eigenen Kampftruppen einzugreifen? Immerhin steht gerade dieser Präsident mit seiner schon 1981 abgegebenen Zusicherung im Wort, daß unter seiner Ägide der Kommunismus sich nicht weiter in der Welt werde vorwagen können. Der Test in El Salvador kann zum Test für Reagans Präsidentschaft überhaupt werden.

Als zweiter Schauplatz gesellt sich die Lage im Persischen Golf hinzu. Auch hier stehen sich zwei unversöhnliche und unvereinbare Prinzipien gegenüber: ein amerikanischer Präsident – Ronald Reagan –, der gelobt hat, die Ölausfuhr durch die Straße von Hormuz freizuhalten, und ein Revolutionär wie Ayatollah Khomeini, der nicht minder daran interessiert sein muß, den „Satan Amerika" zu demütigen und seinen Präsidenten von der Bühne des Zeitgeschehens zu entfernen. Welche Mittel stehen Reagan zur Verfügung, sein Versprechen sicherer Passage durch die Meerenge von Hormuz einzulösen, und wie wird der amerikanische Wähler auf den Einsatz amerikanischen Militärs reagieren, falls das nötig werden sollte?

Der dritte Problemkreis beschreibt die ungewisse Aussicht des amerikanischen Wirtschaftsaufschwungs, der bis zum Herbst seinen Dampf verloren haben und die

DIE ● ANALYSE

tönernen Füße entblößen könnte, auf denen er steht: das geborgte Geld zur Überbrückung eines schwindelerregenden Haushaltsdefizits. Die Zinsentwicklung in den USA weist eher nach oben, was wiederum negativ auf den Kapitalmarkt wirken und die Liquidität all jener bedrohen muß, die schon jetzt zu enorm teuren Konditionen ihren Kapitalbedarf decken.

Übertroffen wird die Problemlage auf diesen Feldern durch die systematische Verweigerungspolitik des Kreml seit September 1983. Es ist aufschlußreich, diese vergangenen Monate der Ost-West-Nichtbeziehungen Revue passieren zu lassen:

die ungeheure Steigerung der gegenseitigen Beschuldigungsrhetorik im Gefolge des Abschusses eines südkoreanischen Flugzeuges am 1. September 1983; der Auszug Moskaus aus den INF- und START-Abrüstungsverhandlungen im November und Dezember 1983; die Brüskierung der Reaganschen Versöhnungsrede vom 16. Januar 1984; die Zurückweisung der Vorschläge Washingtons zu einem neuen Vertrag zur Ächtung chemischer Waffen im März.

Die Weigerung im Monat danach, einen persönlichen Emissär Reagans in Moskau auf hoher Ebene zu empfangen und ein Schreiben des Präsidenten entgegenzunehmen; die Weigerung, einen fast unterschriftsreifen Vertrag zur Verbesserung des „heißen Drahts" zwischen Moskau und Washington zu Ende zu verhandeln.

Das Muster ist von faszinierender Konsequenz und beunruhigender Lesart. Niemand weiß, wohin genau dieser diplomatische Zerstörungsfahrplan führen soll, es sei denn zur Beseitigung Präsident Reagans als dem bestgehaßten amerikanischen Gegenüber seit langem.

Wird die sowjetische Rechnung aufgehen? Im Augenblick sieht es nicht danach aus. Eher könnte die grobe Einmischungspolitik des Kreml nach hinten losgehen (wie im Frühjahr 1983 in der Bundesrepublik) und dem amerikanischen Präsidenten genau jenen Solidaritätsbonus schenken, der ihm zum Gewinn der Wahl gerade noch fehlt. Doch kann auch der umgekehrte Fall eintreten: daß eine Portion Schuld für den Zustand der Ost-West-Nichtbeziehungen auch auf Reagan abfällt.

Wenn überhaupt etwas, dann hat der Kreml eine Prämisse der Reaganschen Sicherheitspolitik gründlich demoliert: daß Moskau um so bereitwilliger auf Abrüstungsverhandlungen eingehen werde, je stärker die Amerikaner aufrüsten. Dieses Lieblingsargument des Präsidenten läßt sich im Wahljahr nicht mehr verwenden.

Addiert man zu all diesen Faktoren noch den starken Anti-Reagan-Mobilisierungseffekt, den der Reverend Jesse Jackson unter den schwarzen Wählern Amerikas auszulösen versteht, so summiert sich ein Katalog von Gründen, warum der persönlich populärste Präsident Amerikas seit langem beim nächsten Wahltermin durchaus als Verlierer dastehen könnte. Freilich bedürfte es dazu auch noch einer glaubwürdigen Alternative unter den Demokraten – aber die wiederum ist bis jetzt nicht in Sicht.

Im Panschirtal den Feind ausgetrickst

Unterirdische Verstecke schützen vor Bomben / Die Mudschahedin greifen nachts an

WALTER H. RUEB, Bonn

Die jüngsten Meldungen aus dem hart umkämpften Panschirtal widersprechen den bisherigen Behauptungen von Moskau und Kabul, wonach die Widerstandskämpfer eine entscheidende militärische Schlappe erlitten hätten. Trotz eines Aufgebots von 20 000 sowjetischen und regulären afghanischen Soldaten sowie von Hunderten von Flugzeugen, Panzern und Hubschraubern ist es der Roten Armee auch bei der siebenten Offensive im Panschirtal nicht gelungen, die Widerstandskämpfer entscheidend zu schwächen oder gar aus dem strategisch wichtigen Tal zu vertreiben.

Nach Berichten von Guerrillas, die jetzt in Pakistan eingetroffen sind, haben die Mudjahedin die sowjetischen Agressoren mit einer neuen Taktik überrascht: Sie ziehen sich tagsüber während Bombardierungen und Infanterieangriffen in unterirdische Verstecke zurück, die sie während des 15monatigen Waffenstillstandes im Panschirtal gebaut haben. Die Verstecke sind sogar mit Sanitätsstationen, Munitionsdepots und Waffenlagern ausgerüstet. Nach Einbruch der Dunkelheit starten die Guerrillas aus ihren Verstecken Überfälle auf Sowjets und afghanische Soldaten. Ihre Stellungen werden tagsüber von Spähern ausgekundschaftet.

Die Rote Armee soll dadurch allein in den ersten zwei Wochen ihrer Frühjahrsoffensive 2700 Mann verloren haben. Am achten Tag des Überfalls auf die Kämpfer von Ahmed Schah Massoud wurden auf der engen, steilen und kurvenreichen Straße durch das Tal 40 sowjetische Panzer zerstört. Nach Aussagen von Widerstandskämpfern sollen im Panschirtal erneut auch kubanische Soldaten eingesetzt worden sein.

Um die Sowjets abzulenken, befinden sich rund 10 000 Widerstandskämpfer unter dem Kommando von Sayed Hassan im Anmarsch auf die Region am Salangpaß und -tunnel. Sie haben die Aufgabe, die Verkehrsverbindung über den Paß und durch den Tunnel zu unterbrechen. Sollte ihr Vorhaben gelingen und der sowjetische Nachschub gestoppt werden, wäre ein Ende der roten Offensive nicht mehr fern. Mit besonderer Genugtuung meldet die Guerrilla den Abschuß von drei MiG 21 sowie neun Helikoptern des Typs Mi 24. Die Boden-Luft-Raketen, über welche die Mudschahedin neuerdings verfügen, machen sie seit einiger Zeit für ihre Gegner sogar in der Luft gefährlich.

Die günstigen Nachrichten von der militärischen Lage im Panschirtal werden getrübt von Schreckensmeldungen aus Kabul: Dort gab der kommunistische Regierungs-Rundfunk am 11. Mai bekannt, daß die 26jährige Medizin-Studentin Malalai und ihr 31 Jahre alter Bruder Rateb „wegen konterrevolutionärer Umtriebe und Verbrechen zum Tode verurteilt und gehängt worden sind".

Es war das erste Mal, daß in Kabul eine Frau gehängt wurde. Malalai und ihr Bruder, ein Jurist, waren im Februar 1982 verhaftet worden. Über zwei Jahre lang versuchten die Machthaber in Kabul, sie „umzudrehen". Als dies nicht gelang, sollten die beiden Konterrevolutionäre im Fernsehen wenigstens öffentlich Verbrechen und Schuld eingestehen. Als sie sich weigerten, dies zu tun, wurden sie dem Henker übergeben.

Alfonsin sucht Dialog mit Peronisten

Richtungskämpfe in der Bewegung / Ex-Präsidentin Isabel Perón wieder in Argentinien

WERNER THOMAS, Miami

Nach dreijährigem Exil in Spanien ist Isabel Perón nach Argentinien zurückgekehrt. Etwa 2500 Anhänger bereiteten ihr bei ihrer Ankunft in Buenos Aires einen begeisterten Empfang.

Über die Dauer ihres Aufenthaltes hat sich Frau Perón, die während zweier chaotischer Jahre (1974–1976) Präsidentin des Landes war, nicht geäußert. Vorgesehen ist ein Treffen mit Präsident Alfonsin. An der Spitze einer Delegation der Peronistischen Partei wird sie auch an Gesprächen Alfonsins mit Vertretern der Opposition teilnehmen.

Die Perón-Witwe sieht, bleibt sie in Argentinien, einer ungewissen Zukunft entgegen. Richtungs- und Machtkämpfe spalten die peronistische Bewegung nach ihrer Wahlniederlage im Jahre 1983 gegen Alfonsin und seine radikale Bürgerunion. Frau Perón steht noch immer an der Spitze der Partei, aber der Metallarbeiterführer Lorenzo Miguel amtiert als Generalsekretär. Er hat damit eine Schlüsselfunktion inne. Lediglich die gemeinsame Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung Alfonsin einigt die einst so mächtige Organisation.

Die wirtschaftlichen Entwicklungen sind der wunde Punkt der Regierung. Die Inflation hat explosive Ausmaße erreicht: In den ersten drei Monaten dieses Jahres stiegen die Lebenshaltungskosten um 58,3 Prozent – was eine Jahresrate von 529 Prozent bedeutet. Innenminister Antonio Troccoli sprach von einer „Orgie der Inflation". Kritiker warnen vor einem Scheitern des wirtschaftlichen Stabilisierungsprogramms, wenn Alfonsin den Gewerkschaften keine Lohnkonzessionen abringen kann. Die Arbeitnehmerverbände werden jedoch nach wie vor von den Peronisten kontrolliert.

Weniger spürbar, aber genauso gefährlich ist die Schuldensituation. Auf den 28 Millionen Argentiniern lasten Schulden von etwa 45 Milliarden Dollar. Die Nation steht seit sechs Monaten am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Die Regierung will umschulden, braucht jedoch zuvor ein Stabilisierungsabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), das weitere Auflagen zur Austerity enthalten wird.

Wenn sich Raul Alfonsin heute noch einer breiten Popularität erfreut, hat er das neben seinem Charisma den politischen Entscheidungen zu verdanken. Die meisten Argentinier waren damit einverstanden, daß der forsche Präsident die Streitkräfte zügelte und die Menschenrechtsvergehen der siebziger Jahre (zwischen 6000 und 15 000 Vermißte) untersuchen und die Junta-Vertreter der letzten drei Militärregierungen vor Gericht stellen läßt.

Alfonsin konnte dagegen ein weiteres Ziel der ersten 100 Tage nicht erreichen: die Entmachtung der peronistischen Gewerkschaften. Ein Gesetz zur Reorganisierung der Arbeitnehmerverbände ist am Einspruch des Senates gescheitert, in dem die Perón-Anhänger über eine Mehrheit verfügen.

Die Gewerkschaftsbosse haben dem Präsidenten diese im März niedergestimmten Pläne nicht vergessen. Sie steuern seither einen Konfrontationskurs, jede Woche kommt es zu Warnstreiks. Alfonsin hofft, daß Isabel Perón diese militanten Peronisten bändigen und mit ihnen Vereinbarungen über eine „konstruktive Zusammenarbeit" aushandeln kann. Sie war zu Alfonsins Amtseinführung Anfang Dezember nach Argentinien gereist und nannte den neuen Staatschef damals einen „brillanten Mann".

Für Isabel Perón (52) kommt diese Rückkehr einer Rehabilitierung gleich. Sie stand nach dem Militärputsch im März 1976 unter Hausarrest, gegen die Ex-Präsidentin liefen Verfahren wegen Amtsmißbrauchs und Unterschlagung. Vor drei Jahren würde sie schließlich ins spanische Exil geschickt. (SAD)

Duarte: In Zentralamerika wird eine Schlacht geschlagen



Christdemokrat Napoleon Duarte, alter und neuer Präsident El Salvadors: Demokratische Einflüsse werden die Spannungen in der Region abbauen. FOTO: UPI

Von MANFRED SCHELL

WELT: Im Westen ist das Bild von El Salvador durch militärische Kämpfe und durch Mordanschläge geprägt. Haben Sie Hoffnung, daß sich El Salvador alsbald stabilisieren und beruhigen wird?

Duarte: Man darf sich da keine Illusionen machen: Es gibt keinen leichten Weg. Im Land gibt es Krieg, Gewalt, Haß, das ist die Realität. Und das werden wir tun: Den Haß durch die Toleranz, Gewalt und Krieg durch Frieden ersetzen.

WELT: Eine Sorge lautet, ob die Demokratie in El Salvador Bestand haben wird. Sie waren schon einmal gewählt und dann durch einen Putsch der Militärs gestürzt worden.

Duarte: Damals, 1972, war es so, aber die Geschichte ist weitergegangen. Heute stehen wir am Anfang eines Prozesses der Demokratisierung. Und dies werden wir in unserer Regierungsarbeit berücksichtigen, wir werden uns nicht anmaßend gebärden, sondern einen Weg suchen, bei dem sich alle als Beteiligte fühlen können. Ich hoffe, am Ende unserer Regierungszeit dem Volk einen dauerhaften Weg zur Demokratie geebnet zu haben.

WELT: Wie werden Sie sich gegenüber den linksgerichteten Guerrillas verhalten – wollen Sie deren Vernichtung oder werden Sie auf diskrete Weise das Gespräch mit ihnen suchen?

Duarte: Ich denke, in erster Linie sind unter den Guerrilleros Idealisten, andere handeln aus Rache und Haß. Nun, wer aus Idealismus zur Guerrilla gegangen ist, hat vielleicht geglaubt, es gäbe keine andere Lösung als die der Gewalt, um die Gewaltsysteme in unserer Gesellschaft zu beseitigen.

Der Hauptgrund für die Gewalt von links ist die institutionalisierte Gewalt in unserer Gesellschaft, so wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben. Meine Aufgabe wird es sein, ein Modell moralischen und sozialen Verhaltens zu suchen und dafür zu sorgen, daß die Autoritäten die Macht nicht mißbrauchen, daß es keine Übergriffe der Todesschwadronen gibt, daß es eine Atmosphäre der Sicherheit für alle gibt. Und das müssen wir schaffen! Schließlich haben wir die moralische Autorität, um mit den linksextremen Guerrilleros einen Dialog zu führen und ihnen zu sagen: keine Gewalt wider die Gewalt ,denn es gibt eine Autorität ,die dies tut.

WELT: Die extreme Rechte in Ihrem Land, die in der Präsidentenwahl unterlegen ist, können Sie nicht zu den Kräften zählen, die Sie unterstützen werden. Ist dadurch Ihr Handlungsspielraum gefährdet?

Duarte: Natürlich, die noch immer fanatisierte extreme Rechte hat ähnliche Absichten wie die extreme Linke, sie ist auch eine Guerrilla, eine subversive Guerrilla. Die wollen nichts außer ihrer eigenen Macht akzeptieren. Deshalb suchen sie die Wege einer permanenten Destabilisierung des Landes. Es gibt keinen Zweifel daran, daß ich mit Gottes Hilfe, mit der Hilfe meiner Freunde auf der ganzen Welt versuchen werde, den Grundstein für die Demokratie zu legen. Und ich glaube, das können wir schaffen!

WELT: Versteht sich El Salvador in dieser Region als ein Stabilitätsfaktor zugunsten der USA – wie würden Sie das Verhältnis zur Regierung in Washington definieren?

Duarte: Ich würde sagen, zur Zeit läuft in Zentralamerika eine Schlacht, nicht nur eine militärische, sondern eine ideologische. Und von

INTERVIEW

jetzt ab werden sich zwei Formen gegenüberstehen: die marxistische Form in Nicaragua und die demokratische Form in Salvador. In diesem Schema, so verstehe ich es, wird es Einflüsse auf der einen und auf der anderen Seite geben. Und ich glaube, wir beeinflussen dabei genauso, wie wir selbst beeinflußt werden.

Aus diesem Grunde werden demokratische Einflüsse automatisch die Spannungen in Zentralamerika abbauen. Was die Absichten der USA angeht: Ich glaube, die USA sind durch alles, was in Zentralamerika abgelaufen ist – der Sturz Somozas, die Entwicklung in Nicaragua, in El Salvador – beeinflußt worden; es hat sich der Eindruck gebildet, daß die nationale Sicherheit der USA gefährdet ist.

Und aus diesem Grunde haben die USA Vorsichtsmaßnahmen in der Region ergriffen. Das Ernsteste, was dabei die USA betraf, war die Ausweitung des Problems Salvador, und das hatte Auswirkungen auf die Regierung, die Administration Reagans, auf die politischen Parteien. Man brachte dann die ganzen Probleme mit den Todesschwadronen, mit dem Machtmißbrauch und mit der strukturellen Gewalt im Lande in die öffentliche Diskussion, denn das bewegte das Bewußtsein im Volk der USA. Ich sage: So wie wir regieren werden, mit der Regierung, die wir bilden werden, mit einer Ordnung, die Machtmißbrauch verhindert und die die Todesschwadrone unter Kontrolle bringt, werden wir den Meinungsdruck auffangen. Es ist gar nicht verwunderlich, daß dieser Meinungsdruck auch von europäischen Ländern ausgeht. Nun, eine demokratische Regierung wird diesen Druck vermindern, und deshalb gehe ich davon aus, daß unsere Beziehungen zu den Ländern der Welt und insbesondere zu den USA freundschaftlich sein werden.

WELT: Wie wird sich nach Ihrer Einschätzung die Situation in Nicaragua entwickeln?

Duarte: Nicaragua wird von einer diktatorischen, totalitären, extrem linken Regierung regiert, die etwas durchsetzen will, was sie nicht schafft. Sie schafft es nicht, weil sich Nicaragua in einer Region befindet, in der es seine Nachbarländer beeinflussen, so wie Nicaragua selbst auch seine Nachbarn beeinflußt. Das macht es unmöglich, so weiterzumachen; denn selbst innerhalb des Volkes gibt es eine Opposition gegen diesen Prozeß zur Diktatur, die ihrerseits demokratische Strukturen erhalten will. Und nun bedenken wir noch, wie sehr das außenpolitische Verhalten Nicaraguas – zum Beispiel die logistische Unterstützung für die Guerrilla in El Salvador – andere Nationen, gerade auch die USA, beeinträchtigt. Das setzt eine Isolierung Nicaraguas in Gang, und die wird anhalten, solange man seine Revolution exportieren will.

WELT: Welchen Rat würden Sie Washington geben, das Verhältnis zu Nicaragua zu gestalten?

Duarte: Mein Rat wäre: Exportiert Demokratie und unterstützt keine Diktaturen.

WELT: Können Sie sich eine militärische Intervention der USA in Nicaragua vorstellen?

Duarte: Ich persönlich glaube nicht daran, denn das ließen schon die öffentliche Meinung und der Kongreß nicht zu. Aber man geht so weit zu sagen, daß man dazu fähig wäre, aber es nicht will. Mit anderen Worten: Man versucht eine Strategie der symbolischen Destabilisierung, um die Regierung Nicaraguas zu warnen, nicht vom demokratischen Weg abzuweichen. Aber: Zur Aktion selbst schreitet man nicht. Ich selbst glaube deshalb nicht, daß es eine reale Möglichkeit eines Angriffs der USA auf Nicaragua gibt.

WELT: Ihr Land braucht Hilfe. Was erwarten Sie in dieser Hinsicht vom Westen, von der Bundesrepublik Deutschland?

Duarte: Kein Zweifel, das Land braucht humanitäre Hilfe, wirtschaftliche und – natürlich – auch militärische Hilfe, um überhaupt Fortschritte zu machen. Aber noch wichtiger ist die Präsenz Europas in diesem Prozeß der Demokratisierung El Salvadors. Und ich erwarte von meinen Freunden in Deutschland, daß sie sich der Notwendigkeit solidarischer Hilfe auf dem Weg von der Diktatur zur Demokratie bewußt sind.

WELT: Werden Sie Bonn alsbald einen offiziellen Besuch abstatten?

Duarte: Noch habe ich keine Einladung erhalten, aber ich würde sie mit großem Vergnügen annehmen.

EG: Kohl und Mitterrand optimistisch

DW. Saarbrücken

Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand haben ihren Willen bekräftigt, gemeinsam die derzeitige Krise in der EG überwinden zu wollen und der Europäischen Gemeinschaft neuen Elan zu geben. Nach einem Gespräch in Saarbrücken zur Vorbereitung auf den Weltwirtschaftsgipfel in London vom 7. bis 9. Juni und das nächste europäische Spitzentreffen in Fontainebleau am 25. und 26. Juni sagte Kohl, man sei „ein Stück weitergekommen".

Nachdem auf dem Gipfeltreffen in Brüssel bereits eine Reihe der anstehenden Probleme der Gemeinschaft gelöst worden seien, komme es nun darauf an, in der weiterhin strittigen Frage des britischen EG-Beitrags aufeinander zuzugehen: „Ich glaube, es gibt eine Chance, daß dies so sein wird."

Auch der französische Staatspräsident bewertete die Begegnung in Saarbrücken positiv. Schwierigkeiten in der Europäischen Gemeinschaft sind nach seiner Auffassung über die intensive deutsch-französische Freundschaft schon häufig aus dem Weg geräumt worden. In allen besprochenen Punkten habe Einverständnis geherrscht. Die Ergebnisse von Saarbrücken müßten nun mit den anderen EG-Partnern diskutiert werden.

Hauptproblem der EG ist nach wie vor die Forderung Großbritanniens nach Rückerstattung von 1,25 Milliarden Ecu (etwa drei Milliarden Mark) aus der EG-Kasse. Zuletzt hatte sich die Gemeinschaft darauf geeinigt, London 250 Millionen Ecu zurückzuerstatten. In der EG-Finanzfrage ist nach den Worten von Mitterrand nicht über eine Erhöhung des deutschen Beitrags für die Gemeinschaft gesprochen worden. Der französische Staatspräsident sagte, der deutsche EG-Beitrag sei nicht „der Stein des Anstoßes".

Während des Besuchs der beiden Politiker in Saarbrücken protestierten rund 100 saarländische Bauern mit Traktoren gegen die jüngsten Agrarbeschlüsse der EG und die daraus erwachsenden Einkommensverluste.

Bankgeheimnis in der Schweiz bleibt unberührt

Initiative gegen „Ausverkauf der Heimat" verworfen

WALTER H. RUEB, Bonn

Die Schweizer lehnten am Wochenende sowohl die Bankeninitiative der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) wie auch die Volksinitiative der rechtsextremen Nationalen Aktion (NA) gegen den „Ausverkauf der Heimat" ab. Haushoch wurde die Bankeninitiative verworfen: nur 464 764 Eidgenossen unterstützten die sozialdemokratische Initiative „gegen den Mißbrauch des Bankgeheimnisses und der Bankenmacht", 1 257 914 aber waren dagegen. Knapper fiel das Ergebnis in der zweiten Volksabstimmung aus: Hier standen 875 519 Nein-Stimmen immerhin 837 754 Ja-Stimmen gegenüber.

Die Regierung äußerte Genugtuung über den Ausgang der Abstimmung, sie hatte den vier Millionen Stimmberechtigten die Ablehnung der Volksinitiativen empfohlen. Gegen den angeblichen Mißbrauch des Bankgeheimnisses bestehen nach Meinung der Regierung, der übrigens auch die Sozialdemokraten angehören, ausreichende Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen. Der „Ausverkauf der Heimat" wird seit Jahren durch die sogenannte „Lex Furgler" gebremst, am 1. Januar 1985 tritt die „Lex Friedrich" in Kraft. Dieses neue Bundesgesetz läßt den verschiedenen Regionen der Schweiz Spielraum, beschränkt jedoch generell den jährlichen Immobilienhandel zwischen Eidgenossen und Ausländern auf zwei Drittel des Umfangs der vergangenen fünf Jahre. Die Annahme der Volksinitiative hätte demgegenüber den Immobilienhandel über die Landesgrenzen hinweg vollständig gestoppt.

Das Fiasko der sozialdemokratischen Bankeninitiative war keine Überraschung. Neben der Lockerung des legendären Bankgeheimnisses verlangte die Initiative auch eine schärfere Kontrolle und erhöhte Transparenz der Bankentätigkeit – nach Ansicht von bürgerlichen Parteien, Banken, Wirtschaft und Industrie nichts anderes als „ein Ende der Handlungsfreiheit der Banken, eine Gefährdung von Wirtschaft und Arbeitsplätzen und letztlich die Einrichtung eines regelrechten Schnüffelstaates".

Dabei hatten die Initianten ihre Forderungen, die übrigens von Gewerkschaften und sämtlichen Linksparteien unterstützt wurden, griffig und populär formuliert: Die Steuerhinterziehung sollte bekämpft, der Zustrom ausländischen „Fluchtkapitals" und „Schmutzgeldes" abgewehrt, die Sparer geschützt und die wirtschaftliche Macht der Großbanken beschränkt werden.

Die Volksinitiative war bereits vor sieben Jahren gestartet worden. Die Schweizer Sozialdemokraten berücksichtigten jedoch in ihrem Verfassungs-Entwurf die zwischenzeitlich durchgeführten Revisionen von Bankgesetzen und Aktienrecht nicht, was die „Neue Zürcher Zeitung" schließlich zur Feststellung veranlaßte „Das Feindbild muß – Realität hin oder her – erhalten bleiben".

Verständlich ist deshalb die Reaktion von seiten der schweizerischen Bankiervereinigung, die Stimmbürger hätten sich „eindeutig für einen wirksamen Persönlichkeitsschutz und ein starkes, auf liberaler Grundlage funktionierendes Bankwesen" ausgesprochen. Die Kunden der eidgenössischen Banken im In- und Ausland würden die „klare Stellungnahme des Souveräns" mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen.

Die Sozialdemokraten, die vorher mit der Behauptung operiert hatten, dem Schweizer Fiskus gingen durch das Bankgeheimnis jährlich zwei Milliarden Franken verloren, gestanden am Sonntagabend ihre Niederlage ein. Sie sei allerdings nur deshalb so deutlich ausgefallen, weil die Banken eine „massive und millionenschwere Gegenkampagne" gestartet hätten. Was sie weder vor noch nach der Volksabstimmung erwähnten: Der sogenannte Bankgeheimnis-Artikel war nicht etwa von dickleibigen Bankiers mit Zigarre und Taschen voller Geld lanciert, sondern 1934 im schweizerischen Gesetzeswerk untergebracht worden, nachdem Nazi-Agenten versucht hatten, bei helvetischen Banken Informationen über jüdische Vermögen zu erhalten.

Streik verhindert Mercedes-Feier

Offizielle Eröffnung des Bremer Werkes kurzfristig abgesagt / Kein neuer Termin

W. NEITZEL, Stuttgart/Bremen

Die für gestern vorgesehene feierliche Eröffnung des Bremer Renommier-Projekts, des neuen Pkw-Werks von Daimler-Benz, ist nun auch ein Opfer des Arbeitskampfes in der Metallindustrie geworden.

Der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick, der dieser modernsten Automobilfabrik Europas bei der offiziellen Eröffnungsfeier die Ehre geben wollte, hat sein Redemanuskript wieder einstecken müssen. Denn auch in diesem Werk, das in engem Produktionsverbund mit den Daimler-Benz-Werken Sindelfingen und Untertürkheim arbeitet, ruht die Produktion seit Ende vergangener Woche praktisch vollständig. Ein lahmgelegtes Werk läßt sich schlecht der Öffentlichkeit präsentieren. Die Feierlichkeiten wurden kurzerhand abgeblasen.

Für den von hoher Arbeitslosigkeit als Folge der Werftenkrise geschüttelten Stadtstaat Bremen bedeutet die Ansiedlung von Daimler-Benz einen Glücksfall. Vor nunmehr genau fünf Jahren hatte der Aufsichtsrat das Signal für ein milliardenschweres Investitionsprogramm gegeben. Nach dem Daimler-Benz in dem früheren Borgward-Werk schon seit geraumer Zeit die sogenannte T-Reihe, also die Kombilimousinen, mit gutem Erfolg montiert hatte, war es nur folgerichtig, dem zweiten Standort (neben Sindelfingen) für ein Pkw-Werk vollends zum Durchbruch zu verhelfen.

In engem Verbund mit dem Sindelfinger Pkw-Werk nahm Daimler-Benz gegen Ende 1983 die ersten Anläufe für die Produktion des Kompakt-Pkw-Modell 190. Die eigentliche Serienproduktion startete mit Beginn dieses Jahres. Inzwischen verlassen je Werktag mehr als 200 Wagen des Typs 190 die Bremer Montagehallen. Zusammen mit der Sindelfinger 190er Produktion beläuft sich die Tagesproduktion auf mehr als 630 Stück. Den Marktmöglichkeiten entsprechend soll das Bremer Werk Zug um Zug weiter „hochgefahren" werden. Dort laufen zur Zeit außerdem auch noch 130 T-Modelle täglich vom Band. Die Bremer Fertigung leichter Mercedes-Transporter soll demnächst nach Düsseldorf verlagert werden. Dies wird Reserven freimachen für die beschleunigte Pkw-Produktion.

Mit dem Produktionsanlauf des 190er in Bremen, der in Werksanlagen montiert wird, deren Produktionseinrichtungen ihresgleichen suchen, hat der Stuttgarter Automobilkonzern in der strukturschwachen Bremer Region 3500 neue Arbeitsplätze geschaffen. Zur Zeit zählt das Bremer Werk rund 9000 Beschäftigte. Weitere Arbeitsplätze sollen entstehen. Nicht zu reden von der Vielzahl kleiner und mittlerer Betriebe der verschiedensten Sparten, die von der in der Automobilproduktion üblichen Arbeitsteilung profitieren.

Der Standort Bremen hat sich den Stuttgartern aus vielerlei Hinsicht angeboten: Schließlich wurden dort (Borgward) schon immer gute Autos gebaut. Die Nähe des Hafens und die Bereitschaft des Bremer Senats, das Projekt nach Kräften zu unterstützen, waren wichtige Kriterien. Inzwischen dürften bereits mehr als 15 000 Kompakt-Mercedes die Bremer Montagebänder verlassen haben.

Westen: Ustinow will einschüchtern

Bahr beruft sich bei Forderungen nach Stationierungsstopp auf Prager Minister

DW. Bonn/Moskau

Als Teil einer gezielten Einschüchterungskampagne ist in westlichen politischen Kreisen die jüngste Drohung des sowjetischen Verteidigungsministers Ustinow bewertet worden, weitere Raketen vom Typ SS 20 würden in Stellung gebracht, wenn der Westen mit der Stationierung der Pershing 2 und der Marschflugkörper in Westeuropa fortfahren sollte. Ustinow hatte in seiner von der offiziellen Nachrichtenagentur Tass verbreiteten Erklärung die Darstellung Moskaus wiederholt, daß als Folge der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa in der „DDR" und in der Tschechoslowakei mit der Aufstellung sowjetischer operativ-taktischer Raketen größerer Reichweite begonnen worden sei. Diese Raketen seien in Gefechtsbereitschaft versetzt worden, womit ein „adäquates Gegengewicht zu der vom Westen ausgehenden Bedrohung" geschaffen worden sei.

In der Ustinow-Erklärung hieß es weiter: „Die Einstellung der Stationierung amerikanischer Raketen und die Entfernung der bereits aufgestellten Raketen aus Europa würden die Notwendigkeit auch unserer Gegenmaßnahmen überflüssig machen. Sie könnten dann auch aufgehoben werden. Wir sind der Auffassung, daß dadurch die Spannung in Europa und in der ganzen Welt verringert und die internationale Sicherheit gefestigt werden könnte."

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr griff gestern die verschiedenen Vorstöße der Sowjetunion und anderer Staaten des Ostblocks, einen Stopp der NATO-Nachrüstung zu erreichen, auf. Im Westdeutschen Rundfunk appellierte Bahr an die Bundesregierung, sich im Bündnis für eine solche Politik einzusetzen. Dann, so meinte der sozialdemokratische Politiker, werde die Sowjetunion ebenfalls die Stationierung neuer Raketen einstellen.

Bei seinen öffentlich vorgetragenen Empfehlungen stützte sich Bahr auf Äußerungen des tschechoslowakischen Außenministers Chnoupek. Das Mitglied der Prager Regierung habe ihm, Bahr, nach der jüngsten Konferenz der Außenminister des Warschauer Pakts mitgeteilt, daß sich die Sowjetunion einem solchen Stopp anschließen werde. Der SPD-Politiker fügte hinzu, in Zusammenarbeit mit den anderen, nicht über Kernwaffen verfügenden europäischen Staaten – insbesondere mit Italien – könnte die Bundesregierung in Bonn eine Unterbrechung der Stationierung im Westen durchsetzen.

Ceausescu reist vor Gipfeltreffen nach Moskau

dpa, Moskau

Wenige Tage vor dem Gipfeltreffen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wird der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu am 4. Juni zu einem eintägigen Besuch nach Moskau reisen. Der Besuch steht offenbar nicht im Zusammenhang mit den Olympischen Sommerspielen in Los Angeles, doch könnte der Boykott der Sowjetunion und anderer Ostblockländer nach Ansicht von Beobachtern in Moskau eine Rolle spielen. Nach Angaben aus Bukarest wird Rumänien heute über die Teilnahme bei den Spielen entscheiden.

Der RGW-Gipfel, der am 12. Juni in Moskau beginnen wird, tritt auf Initiative des rumänischen Parteichefs zusammen. Während die UdSSR ihre Energielieferungen an die RGW-Staaten eingeschränkt und verteuert hat, ist Bukarest vor allem an einer vermehrten und preisgünstigen Energie- und Rohstoffversorgung interessiert. Ausdrücklich hatte die rumänische Führung noch im vergangenen Jahr betont, daß die Zusammenarbeit im RGW „auf der Basis der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten" der Mitgliedsländer stehen müsse.

Bonn zahlt wieder an El Salvador

dpa, Bonn

Nach rund fünfjähriger Unterbrechung erhält das zentralamerikanische Krisenland El Salvador wieder Entwicklungshilfe von der Bundesregierung. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke, erklärte gestern in Bonn, mit der Wahl des Christdemokraten Duarte zum Staatspräsidenten sei in El Salvador eine wesentliche Voraussetzung für die Achtung der Menschenwürde und für eine ausgewogene soziale Entwicklung des Landes geschaffen worden.

Über Art und Umfang der künftigen Hilfe sollen in Kürze bilaterale Gespräche geführt werden. Im Haushalt von Warnke sind dem Vernehmen nach 20 Millionen Mark für El Salvador eingeplant. SPD und Grüne hatten sich gegen die Wiederaufnahme der Hilfe ausgesprochen, weil in dem Land eine positive Entwicklung noch nicht eingetreten sei.

Moskau erhöht sein nukleares Drohpotential

Sowjetunion installiert eine neue mobile Fernrakete

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Während in den USA die politische Auseinandersetzung um den Bau der neuen MX-Fernrakete weitergeht, schafft die Sowjetunion offensichtlich militärische Fakten bei der strategischen Rüstung. Nach jüngsten Informationen, die von der amerikanischen Satellitenaufklärung stammen, wird die Sowjetunion Anfang 1986 die erste strategische Rakete mit nuklearem Gefechtskopf, die nicht mehr in gehärteten Silos untergebracht ist, sondern auf Schwerfahrzeugen mobil sein wird, einsatzbereit machen.

Diese Erkenntnisse brachte der CDU-Bundestagsabgeordnete Willi Wimmer von seinem gerade beendeten Besuch aus Washington mit. Gemeinsam mit seinem SPD-Kollegen Peter Wiefel hatte er im Auftrag des Bundestages Einrichtungen der US-Streitkräfte besucht. Der sowjetische Schritt zur absehbaren Installierung einer mobilen Fernrakete vom Typ SS 25 greift der Entwicklung in den USA weit voraus. Dort sind erst Anfangsstudien zum Bau einer mobilen Fernrakete im Gange. Mit der Einsatzbereitschaft des amerikanischen Typs ist theoretisch erst Mitte der neunziger Jahre zu rechnen.

Die sowjetische strategische Rakete mit einer interkontinentalen Reichweite von mehr als 5500 Kilometer versetzt Moskau künftig in die Lage, das gegen die USA gerichtete nukleare Drohpotential mit der neuen Beweglichkeit auf dem Lande der Zielerfassung durch amerikanische Fernwaffen zu entziehen. Einem theoretisch möglichen Erstschlag, der den Gegner mit Hilfe des Überraschungsmoments strategisch entwaffnen würde, kann die Sowjetunion nach diesem technologischen Durchbruch mit ihren landgestützten Fernraketen dann entgehen.

Für die SS 25 wendet Moskau dieselbe Technik an, die sie bei den Mittelstreckenwaffen des Typs SS 20 inzwischen vielfach beherrscht. Wie bei der weniger weit reichenden Rakete wird auch die SS 25 auf einem schweren Sattelschlepper transportabel sein und zusammen mit den erforderlichen Führungs-, Versorgungs- und auch wahrscheinlichen Nachladeeinrichtungen in relativ kurzer Zeit in verschiedenen Stellungen im Gelände feuerbereit gemacht werden können. Bei ihrer Stationierung in Friedenszeiten wird sich die SS-25-Fernrakete, die ungefähr die Größe der amerikanischen Minuteman-Rakete hat und mit einem Gefechtskopf ausgerüstet sein wird, von der sowjetischen Mittelstreckenrakete SS 20 nicht unterscheiden. Auf der ständigen Heimbasis wird das System über Garagen für die Werferfahrzeuge mit Schiebedächern verfügen. Im übrigen hat die Sowjetunion eine zweite Fernrakete, den Typ SS 24, in Entwicklung, die nach Expertenansicht zuerst in Silos, aber später auch beweglich stationiert werden dürfte.

Gensche verteidigt USA

● Fortsetzung von Seite 1

gehe davon aus, daß sich die Sowjetregierung selbst darüber klar sei, daß der Vorwurf des Revanchismus und Militarismus ungerechtfertigt sei. Sein gegenwärtiger Besuch solle dazu beitragen, Fehleinschätzungen abzubauen.

Energisch appellierte Genscher an die sowjetische Führung, die zur Zeit fast ganz zum Stillstand gekommene Aussiedlung von Deutschen aus der Sowjetunion wieder in größerem Umfang zu ermöglichen. „Dies ist für uns ein ganz wesentlicher Punkt der gegenseitigen Beziehungen", sagte er zu Gromyko.

Die Wahrung der Menschenrechte bezeichnete der Bundesaußenminister als ein zentrales Anliegen der Bonner Politik. „Das muß sich für jeden einzelnen Menschen erweisen, es muß gelten für die bekannten und die unbekannten", bemerkte er. Genscher wollte damit klarmachen, daß nicht nur prominente Dissidenten wie André Sacharow – für den sich Genscher intern noch sehr nachdrücklich einsetzen will –, sondern auch andere Fälle, vor allem bedrängte Rußlanddeutsche, Unterstützung verdienten.

Das Ziel seines zweitägigen Besuches umriß der Bundesaußenminister mit dem Hinweis, die gegenseitigen Schwierigkeiten im Ost-West-Verhältnis sollten durch „konstruktives, ausgewogenes und nüchternes Handeln" überwunden werden. „Der Dialog muß sachbezogen fortgeführt und, wo er abgerissen ist, wiederaufgenommen werden", stellte Genscher fest.

Gestern nachmittag legte der Vizekanzler den Grundstein für ein neues deutsches Botschaftsgebäude in Moskau. Die Kosten des Baues belaufen sich auf mehr als 100 Millionen Mark. Es handelt sich um den größten Botschaftskomplex, den die Bundesrepublik bisher im Ausland errichtet hat.

Moskau wirft Bern Beeinflussung vor

dpa, Bern

Moskau hat dagegen protestiert, daß zwei von drei am Wochenende aus Schweizer Internierung entlassene frühere Sowjetsoldaten, die in Afghanistan eingesetzt waren, in der Schweiz bleiben. In dem Protestschreiben, das der sowjetische Botschafter in Bern am 30. April dem Außenministerium übergeben hatte, wirft Moskau der Schweiz vor, die beiden Zurückgebliebenen beeinflußt zu haben. Die Schweizer Behörden haben diesen Vorwurf zurückgewiesen. Nach Auskunft eines Sprechers des Außenministeriums hat die Sowjetunion das mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz geschlossene Übereinkommen über die Gefangenen-Internierung allerdings nicht in Frage gestellt. Wie der Sprecher weiter erklärte, haben die beiden 23jährigen Soldaten Ende April den Wunsch zum Verbleib in der Schweiz geäußert. Aus „staatspolitischen Gründen" sei ihnen eine Jahresaufenthaltsgenehmigung erteilt worden. Der dritte Haftentlassene flog am Sonntag mit einer Aeroflot-Maschine von Zürich in seine Heimat zurück.

Fritz Dietz gestorben

dpa, Frankfurt

Der ehemalige Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Fritz Dietz, ist gestern im Alter von 74 Jahren gestorben. Dem Zuckergroßhändler waren für seine Verdienste um die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland zahlreiche Auszeichnungen verliehen worden. 1977 hatte der aus einer Kaufmannsfamilie stammende Frankfurter das Amt als BGA-Präsident wegen einer Affäre um Bürgerschafts-Anliegen zurückgegeben. Noch im Oktober 1977 wählten ihn die Mitglieder des Verbandes nach seiner Rehabilitierung zum Ehrenvorsitzenden.

Algerien: Gründet Ben Bella neue Partei?

AP, Genf

Fast zwei Jahrzehnte nach seinem Sturz hat der ehemalige algerische Staatspräsident Ahmed Ben Bella seine Rückkehr in die Politik angekündigt. In einem Interview mit der Genfer Tageszeitung „La Suisse" sagte Ben Bella, er werde noch in diesem Monat eine neue Partei gründen, die ein „pluralistisches, demokratisches Regierungssystem anstrebe". Der erste Kongreß der Bewegung für Demokratie in Algerien (MDA) werde bald in seiner Heimat stattfinden.

Arbeit vom Kabel

Bm. – Den Tanz der Echternacher Springprozession vollführte der Geschäftsführer der SPD, Glotz, auf deren Parteitag in Essen. Das private Fernsehen sei nicht mehr aufzuhalten, erkannte er richtig, also sollten sich die Genossen aufmachen, die Lokomotive dieses neuen Mediums zu entern, um der neuen Macht den richtigen Weg zu weisen. Während er beim Privatfernsehen den Sprung auf die Lok empfahl, predigte er gleichzeitig, unverdrossen im Bremserhäuschen die Verkabelung anzuhalten.

Doch was werden die Genossen denken? Hatte Glotz sich nicht immer für Beschäftigungsprogramme eingesetzt, für Schuldenmilliarden, die nach dem Gießkannenprinzip über die Republik vergossen werden sollen und die dann regelmäßig fruchtlos versickern?

Sollte der Geschäftsführer der SPD die Studie der Union internationale de Télécommunication (UIT) in Genf nicht kennen, die voraussagt, daß durch die Telekommunikation weltweit bis zum Jahr 2000 (in 16 Jahren also) zehn Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Von der Produktion der Kabel, der Erschließung der Rohstoffe und der Verlegung schließlich ganz zu schweigen sagt die UIT, daß in den Post- und Telefonverwaltungen 230 000 bis 240 000 neue Jobs geschaffen werden müßten.

Daß die unterentwickelten Länder von der Telekommunikation besonders profitieren, liegt auf der Hand, denn von den 550 Millionen heute schon installierten Telefonanschlüssen liegen 75 Prozent in nur acht Industrienationen. Aber auch da winken Arbeitsplätze – für den Export. Wann wird Glotz diese Kunde erreichen?

Selbstbedienung

HH – Was Entwicklungsminister Warnke (CSU) recht ist, scheint Innenminister Zimmermann (CSU) billig zu sein. Holte Warnke den CDU-Abgeordneten Schröder (Lüneburg) in die Geschäftsführung der bundeseigenen Entwicklungsgesellschaft (DEG), so hat Zimmermann jetzt die Berufung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Althammer (CSU), in den Vorstand „seiner" Lastenausgleichsbank (LAB) durchgesetzt. Dem Verwaltungsrat der Bank gehörte Althammer bereits an. Solche Entscheidungen zeigen – leider nur sehr indirekt – die Segnungen einer Privatisierung öffentlicher Gesellschaften. Gehörte die LAB nicht dem Bund, sondern privaten Aktionären, so wäre es sicher nicht zu dieser umstrittenen Berufung gekommen. Wenn der Bundesregierung wirklich an der Eindämmung und sogar Verminderung des Staatseinflusses gelegen ist, wie in Regierungserklärungen und bei anderen feierlichen Anlässen behauptet wird, dann sollte sie diese Praktiken nicht einreißen lassen.

Hoffen und Bangen

Von HEINZ HILDEBRANDT

Der deutschen Möbelindustrie hat das Jahr 1983 tatsächlich die vielzitierte Wende gebracht. Zwar sind die reale Produktionssteigerung von 1,6 Prozent und das Umsatzplus von 3,3 Prozent noch kein Anlaß, in Jubelgeschrei auszubrechen, aber erstmalig nach mageren fünf Jahren gab es überhaupt wieder einmal Wachstum zu verzeichnen, nachdem die Durststrecke von 1978 bis 1982 die Branche erheblich gebeutelt hatte.

Hervorgerufen wurde sie durch die Stagnation der Realeinkommen und durch die zurückhaltende Nachfrage der Konsumenten als Folgeerscheinung. Dabei stellte sich heraus, daß Möbel eben doch zu den langlebigen Gebrauchsgütern zählen, deren Ersatzbeschaffung im Gegensatz zum Auto in Zeiten konjunktureller Einbrüche beliebig herausschiebbar ist. Eben das hatten die Verbraucher praktiziert. Die hohe Zinsbelastung bei Kreditkäufen, wie es bei fast der Hälfte aller Möbelkäufe der Fall ist, hatte selbstverständlich auch nicht gerade stimulierende Wirkung.

Die Folgen der Umsatzstagnation trafen vor allem die mittelständischen Produzenten, die zumeist kaum über Kapitalreserven verfügte, bei ihrem Fertigungsvolumen wenig rationalisieren konnten und deren Marketingpraxis, wenn überhaupt vorhanden, zumindest Lücken aufwies. Die zunehmende Konzentration im Möbelhandel, direkt oder indirekt durch Zusammenschlüsse zu Einkaufsverbänden, verschärfte die Situation. Preisnachlässe auf dieser Seite wurden auf die Hersteller abgewälzt, deren Gewinnspanne dabei auf der Strecke blieb.

So ging die Zahl der Herstellungsbetriebe in der Bundesrepublik von 1671 im Jahre 1978 auf 1448 in 1982 zurück, eine Verminderung um immerhin 13 Prozent. Dazu trugen allerdings auch die Importe bei, die laufend anstiegen, vor allem aus den Billigpreisländern des europäischen Ostens.

Vor diesem Hintergrund ist die Umsatzsteigerung des vergangenen Jahres tatsächlich als ein Lichtblick zu sehen. Die genannten 3,3 Prozent bedeuten nämlich real 600 Millionen Mark, um die der 18,7 Milliarden-Mark-Umsatz 1983 über dem von 1982 lag. Nicht zuletzt diese konkreten Zahlen haben in der Branche denn auch eine mehr optimistische Einstellung ausgelöst, wie auf den Hausmessen der Produzenten, die derzeit in den Möbelhochburgen veranstaltet werden, deutlich zu erkennen ist. Dieser Optimismus wird nicht zuletzt von einem verbesserten Konsumklima im privaten Sektor und einer verstärkten Nachfrage aus dem gewerblichen Bereich getragen. Davon profitieren einerseits Küchen- und Kleinmöbel, andererseits Büro- und Ladeneinrichtungen. Bei letzteren gab es bereits 1983 ein Umsatzplus von 17 Prozent.

Gut werden auch die Chancen für den Export beurteilt, dessen Volumen sich bei zwei Milliarden Mark und somit rund 12 Umsatzprozente einpendelt. Zwar gab es bei den traditionellen Abnahmeländern Frankreich und Belgien erhebliche Einbrüche, bedingt durch Wechselkursänderungen und staatliche Subventionierung der dortigen heimischen Industrie, aber andere Märkte sorgten für einen Ausgleich. Wichtige Abnehmer bleiben weiterhin die Niederlande, Österreich und die Schweiz, wachsende Ausfuhren aber gehen auch in die USA und sogar nach Japan. Vor allem deutsche Küchen werden in Übersee zunehmend zum Exportschlager.

Allerdings stiegen auch die Importe, die sich wertmäßig mit den Exporten etwa die Waage halten. Beachtlich ist hier der Marktanteil der Italiener, der bereits bei 27 Prozent liegt, nicht zuletzt mit handwerklich hergestellten Stilmöbeln erzielt, die vermehrt auch in der jüngeren Generation Anklang finden.

Sorgen macht sich die Branche jedoch um die weitere Kostenentwicklung und hier vor allem im Personalbereich. Sollten die Tarifverhandlungen in der zweiten Jahreshälfte durch Arbeitszeitverkürzungen zusätzliche Belastungen bringen, wäre eine neue Rationalisierungswelle die zwangsläufige Folge, und das in einer Branche, deren Mitarbeiterzahl bereits von 1978 bis 1983 um mehr als 32 000 auf 196 000 zurückging und damit um fast 20 Prozent abnahm. Betroffen wären wie in der Vergangenheit wiederum in erster Linie die unteren Lohngruppen, und für die Ballungsgebiete der Möbelindustrie wie Ostwestfalen und Baden-Württemberg würde das zu sehr negativen Auswirkungen führen.

VERKEHRSMINISTER-KONFERENZ / Diskussion um die Investitionspolitik

Dollinger will wieder auf Abbau der Autobahngebühren dringen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Oslo

Die Verkehrsminister aus 19 europäischen Staaten wollen auf ihrer diesjährigen Konferenz, die heute in Oslo beginnt, den Abbau von Behinderungen im internationalen Verkehr, vor allem an den Grenzübergängen, vorantreiben. Dabei geht es auch um die Beseitigung der Autobahngebühren. Daneben wollen die Minister Maßnahmen beraten, um die Attraktivität der Eisenbahnen im grenzüberschreitenden Verkehr zu erhöhen. Breiten Raum soll auch die künftige Investitionspolitik einnehmen, da in den meisten Staaten die Ausgaben für den Ausbau der Infrastruktur gesunken sind.

Dem Ministerrat der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister (CEMT) gehören neben den zehn EG-Staaten noch Österreich, Finnland, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden, die Schweiz, die Türkei und Jugoslawien an. Dieses Gremium, dem die USA, Kanada und Japan assoziiert sind, berät seit 1953 über Verbesserungen des internationalen Verkehrsflusses.

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger mißt dem Abbau von Behinderungen eine große Bedeutung nicht nur für den Warenaustausch, sondern auch für den Personenverkehr bei. Ein wichtiges Ziel ist es, die Grenzkontrollen und Formalitäten in allen Mitgliedstaaten denen anzupassen, die vom nächsten Jahr an in der EG gelten sollen.

Die Brüsseler EG-Kommission schätzt, daß allein in der Gemeinschaft durch organisatorische Verbesserungen jährlich rund 800 Millionen Mark gespart werden könnten. Eine britische Studie, die den Ministern in Oslo als Diskussionsgrundlage dient, geht sogar von „mehreren Milliarden Pfund Sterling" aus, wenn einschneidendere Maßnahmen ergriffen werden.

Allein im grenzüberschreitenden Lkw-Verkehr haben die Briten folgende verkehrsbezogene Behinderungen aufgelistet: Prüfung der Kraftstoffmengen in den Tanks und ihre Verzollung; Prüfung der nationalen und internationalen Genehmigungen; die Erhebung statistischer Daten; Verkehrstüchtigkeitsprüfungen; Kontrollen der Maße und Gewichte sowie der Führerscheine. Dazu kommen die nicht verkehrsbezogenen Behinderungen wie die Kontrollen der Versicherungskarten; tierärztliche und pflanzengesundheitliche Untersuchungen sowie Prüfung gefährlicher Güter; Paß- und Devisenkontrollen, unterschiedliche Öffnungszeiten der Zollbüros und Fahrverbote für Lastwagen an Sonn- und Feiertagen. In einer Resolution wollen sich die Minister für Verbesserungen einsetzen.

In einem anderen Teil der Konferenz sollen Schlußfolgerungen aus dem Umstand gezogen werden, daß die Eisenbahnen im internationalen Verkehr viel Terrain gegenüber dem Personenwagen und dem Flugzeug verloren haben. Ein hinsichtlich Reisezeit, Pünktlichkeit und Komfort verbessertes Angebot würde, so die Einschätzung einer Arbeitsgruppe, zu einem höheren Verkehrsaufkommen führen. In erster Linie werden die Minister an die Eisenbahnen appellieren, intensiver zusammenzuarbeiten. Ob sie sich als Vertreter der „Eigentümer" selber in die Pflicht nehmen werden, ist noch offen.

Der in einem Bericht der norwegischen Delegation angesprochene europaweite Rückgang der Verkehrsinvestitionen bereitet auch der deutschen Seite Sorgen. Denn dieser wirke sich auf die Leistungsfähigkeit von Industrie und Handel aus und beeinträchtige den Arbeitsmarkt. Die Bemühungen um höhere Investitionen seien daher notwendig.

Offen ist noch, ob die deutsche Delegation des multilateralen CEMT-Kontingents für den grenzüberschreitenden Lkw-Verkehr zustimmen wird. Dagegen sprechen die unausgenutzten Kapazitäten bei anderen Verkehrsträgern, vor allem bei den Eisenbahnen. Zugeständnisse werden erwartet, wenn es gleichzeitig Fortschritte bei der Harmonisierung gibt. In diesem Zusammenhang will Bundesverkehrsminister Dollinger auf die Beseitigung der Autobahngebühren dringen, die nicht nur ein ständiges Ärgernis sind, sondern auch zu Wettbewerbsverzerrungen führen.

SPARKASSENVERBAND

Die Ersparnis finanziert sich aus sich selbst

PETER GILLIES, Bonn

Eine schwächere Sparneigung, aber eine „dynamische" private Nachfrage nach Konsum- und Wohnungsbaukrediten prägten das Jahresergebnis 1983 der deutschen Sparkassen. Ihr Spitzenverband hält ein reales Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent in diesem Jahr für erreichbar, wenn nicht der Arbeitskampf den Aufschwung gefährde. In der Sparförderung wird die Bundesregierung kritisiert.

Privatpersonen legten bei den Sparkassen 1983 rund 16,4 Milliarden neu an, 36 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Zwei Drittel davon sind aus Zinsgutschriften gespeist, was der Verband damit kommentiert, die Ersparnis finanziere sich zunehmend aus sich selbst. Offenbar hätten die Haushalte bei gesunkenen Realeinkommen auf Ersparnisse zurückgegriffen, um den gewohnten Lebensstandard zu halten.

Andererseits zog jedoch auch die Kreditaufnahme stark an. Die Ausleihungen wuchsen um 25 Prozent auf 25,5 Milliarden Mark. Eine „besondere Dynamik" stellten die Institute bei den langfristigen Wohnungs- und den Konsumentenkrediten fest. An Baukrediten zahlten sie 55 Prozent mehr aus. Dieser positive Trend setzt sich offenbar fort, denn auch die zugesagten, aber noch nicht ausgezahlten Kredite liegen um rund die Hälfte über den Vorjahreszahlen. Die Gruppe hat an der Finanzierung von 245 000 Wohnungen mitgewirkt. Das Wachstum der Konsumentenkredite hat sich nahezu verdoppelt. Dies erkläre den lebhaften privaten Verbrauch, meint der Deutsche Sparkassen- und Giroverband in seinem Jahresbericht. Er beziffert seinen Marktanteil in dieser Sparte auf 40 Prozent. Die Mittelstandskredite erhöhten sich um 5 auf 91 Milliarden Mark, wobei Dienstleistungsbetriebe und freie Berufe im Vordergrund standen.

Das Geschäftsvolumen aller Sparkassen habe sich um gut sechs Prozent auf 633 Milliarden Mark erhöht. Die Gruppe beschäftigte in den Sparkassen, den Girozentralen und den öffentlichen Bausparkassen am Jahresende rund 218 500 Mitarbeiter, das sind etwa 4000 mehr als 1982. Besonders streicht sie ihre Ausbildungsleistung heraus (24 000 Lehrlinge, rund drei Prozent mehr als im Vorjahr).

Konjunkturell äußert sich die Sparkassenorganisation recht zuversichtlich. Der Wirtschaftsaufschwung werde „breiter und stärker", so daß mit einem realen Wachstum von bis zu 3,5 Prozent gerechnet werden könne. Den Hoffnungen stünden jedoch auch Gefahren gegenüber, beispielsweise kostentreibende Tarifverträge oder der internationale Protektionismus. Die Regierung wird für ihren Plan kritisiert, bei der Vermögensbildung produktive statt reiner Geldanlagen zu fördern. Der Verband nennt das eine „Diskriminierung", die breite Sparerschichten mit geringem Einkommen treffe.

AUF EIN WORT

„Für die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie wie für viele andere Wirtschaftszweige – vor allem des Mittelstands – würde die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich das unvermeidliche Aus bedeuten, sozusagen Demontage auf Zeit oder Tod auf Raten."

Gerd Somberg, Vorsitzender des Bundesverbandes der Bekleidungsindustrie FOTO: DIE WELT

Umsatzplus bei den Reisebüros

DW. Frankfurt

Eine erfreuliche Umsatzentwicklung ergab sich für die deutschen Fachreisebüros in den ersten vier Monaten dieses Jahres. Wesentlichen Anteil daran hatten ein lebhafter Geschäftsverlauf im April sowie ein reges Winter- und Osterreisegeschäft. Nach dem neuesten „Reisebüro-Spiegel" stieg der Reisebüro-Gesamtumsatz um acht Prozent. Auch in den wichtigsten Geschäftssparten liegen nach vier Monaten durchweg Umsatzsteigerungen vor: Deutsche Bundesbahn 7,7 Prozent, IATA-Linienflugverkehr 8,6 Prozent, Pauschalreisen 8,1 Prozent, Reiseversicherungen 5,8 Prozent, Schiffsfahrscheine/Fährverkehr 2,3 Prozent und Hotelgutscheine 16 Prozent.

UNLAUTERER WETTBEWERB

Zentrale konnte Zahl der Gerichtsverfahren senken

HANNA GIESKES, Bonn

„Wir treten mit Entschiedenheit für die Einhaltung der Spielregeln im Wettbewerb ein." Marcel Kisseler, Hauptgeschäftsführer der Zentrale zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, ist stolz darauf, daß seine Organisation im vergangenen Jahr in über 90 Prozent aller 649 geführten Gerichtsverfahren obsiegt hat. Außerdem sei es gelungen, die Zahl der Gerichtsverfahren durch gütliche Einigung wiederum zu senken, berichtete Kisseler am Vorabend der Mitgliederversammlung seiner Organisation in Bonn.

Gleichwohl mußte die Zentrale, die von der deutschen Wirtschaft getragen wird, im vergangenen Jahr 12 537 gegenüber 12 171 Beschwerden im Vorjahr bearbeiten; auch 1984 habe sich der Arbeitsumfang weiter ausgeweitet. Gesunken sei dabei allerdings der Anteil der Verstöße gegen das Verbot der Irreführung. Kisseler hält es für denkbar, daß die strikte Verfolgung durch die Zentrale auf die Dauer in der Wirtschaft die Erkenntnis bewirken kann, „daß Irreführung eben kein Mittel eines fairen Wettbewerbs ist".

Viel Arbeit machen den Wächtern über den fairen Wettbewerb nach wie vor die Verstöße gegen die guten Sitten – etwa die verschiedenen Formen des psychologischen Kaufzwangs oder des übersteigerten Anlockens. Von einer Novellierung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb hält Kisseler trotzdem nichts. Darum unterstütze die Zentrale „mit Nachdruck" die Bemühungen der Spitzenverbände, sich auf die Fortschreibung der gemeinsamen Erklärung zur Sicherung des Leistungswettbewerbs zu einigen.

VOLKS- UND RAIFFEISENBANKEN

KWG-Novelle könnte eine Strukturkrise auslösen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Vor einer „Banken-Strukturkrise per Gesetz" durch die Novelle zum Kreditwesengesetz (KWG) hat der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), Bernhard Schramm, gewarnt. Während des Verbandstages in Düsseldorf betonte er die wichtige Finanzierungsfunktion der Kreditgenossenschaften für die mittelständische Wirtschaft. Wenn mit der vorgesehenen KWG-Novelle die Großkreditgrenze gesenkt und überlegt werde, kumulativ den Haftsummenzuschlag der Genossenschaftsbanken abzubauen, könnte dies schwerwiegende Folgen für die gesamte Bankenstruktur haben. Dies könnte sogar teilweise zum Rückzug der Kreditgenossenschaften „auf dem flachen Land" führen.

Beim Haftsummenzuschlag handelt es sich über die gezeichneten Anteile der Genossenschaftsmitglieder hinaus um deren zusätzliche verbindliche Nachschußverpflichtungen, die zum Eigenkapital gerechnet werden und bei einer Streichung das Kreditgeschäft einschränken würden.

Schramm legte ein verfassungsrechtliches Gutachten von Prof. Raimund Wimmer und Friedrich-Karl Feyerabend vor, in dem es heißt, daß „eine Abschaffung des Haftsummenzuschlags für Genossenschaftsbanken gegen Art. 12 Abs. 1 und 14 Abs. 1 sowie 3 Abs. 1 des Grundgesetzes und gegen das Rechtsstaatsprinzip verstieße". Insbesondere gebe es keine vernünftigen Erwägungen des Gemeinwohls, die eine Einschränkung der Grundrechte der freien Berufsausübung und der Eigentumsgarantie rechtlich billigenswert erscheinen ließen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Lloyds will Schiffe im Golf nicht mehr versichern

Washington (VWD) – Die Londoner Versicherungsbörse Lloyds will wegen der jüngsten Luftangriffe keine Schiffe im Persischen Golf mehr versichern. Die Versicherungsgesellschaften der arabischen Golfstaaten haben nach US-Fernsehberichten deshalb beschlossen, Schiffe im Golf selbst zu versichern. Wie die Fernsehgesellschaft NBC meldete, seien die arabischen Golfstaaten außerdem entschlossen, zum Schutz der Schiffahrt ihre eigenen Luftstreitkräfte und nicht die USA oder andere westliche Staaten zu Hilfe zu rufen. Der Irak hat unterdessen seine Absicht bekräftigt, die iranische Ölausfuhr durch weitere, verstärkte Angriffe zur See zu blockieren.

Allianz: Wieder zehn Mark

München (VWD) – Unverändert zehn DM Dividende zahlt die Allianz Versicherungs-AG, München, für 1983. Nach Angaben der Gesellschaft sind 500,4 (417) Mill. DM Kapital gewinnberechtigt, so daß für die Dividende 100,08 (83,4) Mill. DM erforderlich sind. Den Rücklagen werden 146,3 (115,3) Mill. DM zugeführt. HV ist am 11. Juli.

Stahlhilfen für Hoesch

Bonn (VWD) – Die Hoesch Werke AG, Dortmund, hat gestern die Bescheinigung für die Inanspruchnahme der Stahlinvestitionszulage erhalten. Wie das Bundeswirtschaftsministerium mitteilte, wird die Auszahlung der ersten Rate der Strukturverbesserungshilfen in den nächsten Tagen erfolgen.

Millionen-Optionsanleihe

Frankfurt (VWD) – Eine Optionsanleihe über 300 Mill. DM kündigt die Commerzbank AG an. Sie soll bei einer Laufzeit von fünf Jahren mit einem Nominalzins von acht Prozent ausgestattet werden. Die kleinste Stückelung beträgt 500 DM. Die Optionsverschreibungen werden den Aktionären im Verhältnis 3 : 1 zum Ausgabekurs von 120 Prozent börsenumsatzsteuerfrei angeboten. Die Bezugsfrist läuft vom 30. Mai bis zum 14. Juni 1984. Jeder Teilschuldverschreibung je 500 DM sind Inhaber-Optionsscheine mit Berechtigung zum Bezug von vier Commerzbank-Aktien beigefügt. Das Optionsrecht kann zum Preis von 140 DM je Aktie bis zum 15. Juni 1989 ausgeübt werden.

Kontroverse beigelegt

Washington (VWD) – Die Kontroverse zwischen den USA und Japan über das Finanzierungsarrangement für die Weltbank und ihre Tochter Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) ist offenbar beigelegt. Dem Vernehmen nach wird in einer von der Weltbank für Donnerstag angekündigten Sitzung der Weg für die seit langem schwebende IDA-Finanzierungsvereinbarung freigemacht.

Waffen für Dritte Welt

Buenos Aires (dpa/VWD) – Deutsche Firmen haben der argentinischen Regierung nach Berichten aus dem Verteidigungsministerium vorgeschlagen, in gemeinsamen deutsch-argentinischen Unternehmen auf argentinischem Boden moderne Waffen unter Lizenz für den Export in die Dritte Welt zu produzieren. Entsprechende Vorschläge seien bei dem Besuch des Unterstaatssekretärs Emilio Cuchiara in Bonn besprochen worden.

Computermißbrauch

Hamburg (dpa/VWD) – Das Risiko des Computermißbrauchs und die damit verbundenen Konsequenzen für die Unternehmen werden weitgehend noch unterschätzt, fand die Hermes Kreditversicherungs AG, Hamburg, bei einer Umfrage heraus. Den Angaben zufolge hätten bereits 30 Prozent der Firmen Veruntreuungen hinnehmen müssen.

SPEDITEURE

Werksverkehr vom Streik besonders hart getroffen

INGE ADHAM, Frankfurt

Bei den Spitzenverbänden des Werks- und Güterverkehrs ist der Ärger über die Streikfolgen noch nicht angekommen. Tatsache freilich ist, und davon sind besonders jene der rund 22 000 Unternehmen des Werksfernverkehrs betroffen, die für bestreikte Unternehmen arbeiten, daß fehlende Produktion ganze Flotten zum Stillstand bringt, zum Schaden des betroffenen Unternehmens. Denn die vertraglich für den Werksverkehr verpflichteten Unternehmen können eben nicht aus dem Stand auf andere Transporte ausweichen. Stillstehende Fahrzeuge aber kosten Geld.

Etwas günstiger sieht es dagegen bei den rund 50 000 Unternehmen des Güternah- und -fernverkehrs aus: Hier sorgt die Findigkeit der meist kleinen Unternehmen mit dem Ziel, die „Wagen am Laufen zu halten" dafür, daß man bisher noch über die Runden kommt. Bei längerer Streikdauer freilich reißt auch hier das fehlende Güteraufkommen erhebliche Löcher in die Kasse, wie schon jetzt bei den auf gewerblichen Autotransport spezialisierten Unternehmen, die eben nicht die Chance haben, ihre Frachtkapazität mit anderen Gütern zu füllen.

Am schlimmsten hat es bisher jene Spediteure getroffen, die mit den seit einer Woche bestreikten Zulieferunternehmen für die Autoindustrie in Baden-Württemberg zusammenarbeiten und die Schwierigkeiten haben, die für das jeweilige Unternehmen bereitgehaltene Kapazität anderweitig zu füllen. Das heißt: Keine Einnahmen, aber die Kosten laufen weiter. Und die sind bei einem 250 000-DM-Lastwagen nicht nur in Form des Fahrergehaltes erheblich.

UMWELTSCHUTZ / Immer neue Auflagen schaffen erhebliche Rechtsunsicherheit

Japans Erfahrungen nicht übertragbar

HEINZ HECK, Bonn

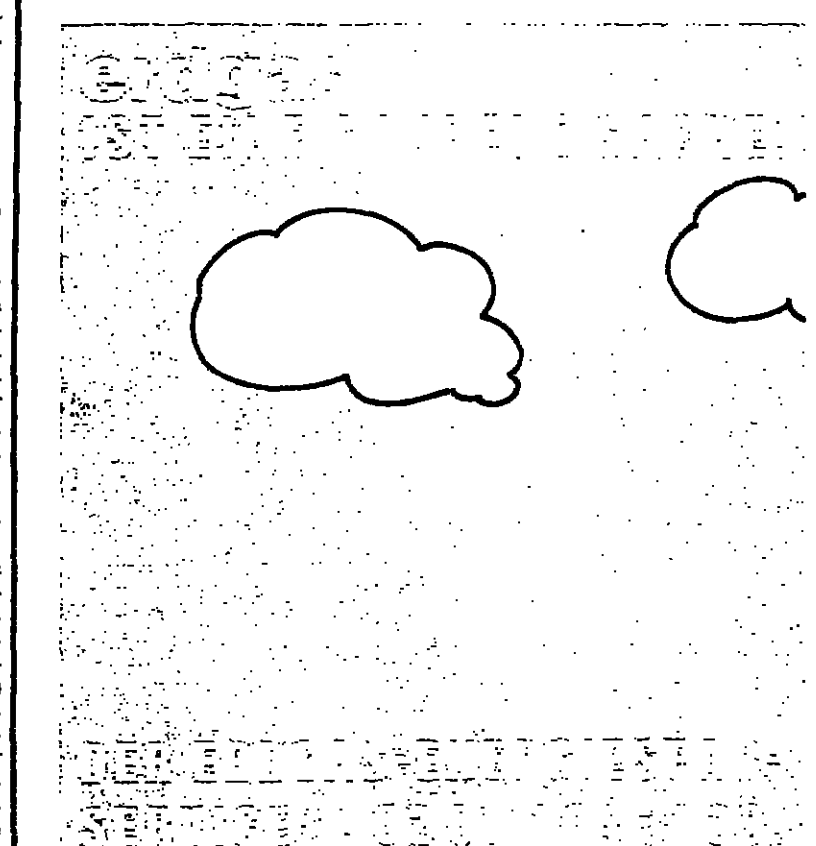
Der bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann (CSU) und RWE-Vorstand Franz-Josef Spalthoff sind sich einig, daß der von der Umweltministerkonferenz empfohlene Grenzwert für Stickoxidemissionen derzeit unrealistisch ist. Während der Sachverständigenrat für Umweltfragen im November letzten Jahres noch einen Grenzwert von 400 Milligramm je Kubikmeter vorgeschlagen hatte, sind die Umweltminister in ihrer Empfehlung an die Genehmigungsbehörden am 5. April auf den halben Wert gegangen.

Jaumann und Spalthoff halten diesen „für derzeit schlicht nicht realisierbar". Spalthoff erinnert zudem daran, daß in Japan für 1987 erst 410 mg/cbm gefordert werden, in besonders belasteten Gebieten allerdings auch niedrigere Grenzwerte.

Mit ständig neuen Auflagen werde auch keine Rechtssicherheit geschaffen. „Ich möchte, gerade im Interesse des Umweltschutzes, auch davor warnen, mit jetzt übereilten und überzogenen Forderungen zur Stickoxidreduzierung die bereits in Gang gekommenen Planungen der Unternehmen zur Entschwefelung zu verzögern und Verunsicherungen hervorzurufen", betonte Jaumann auf einer RWE-Veranstaltung. „Die Wirtschaft muß sich auf verläßliche Bedingungen einstellen können."

Die erforderlichen Reinigungsmaßnahmen für den empfohlenen Grenzwert von 200 mg/cbm befänden sich erst am Anfang ihrer Entwicklung und seien weltweit noch nicht großtechnisch erprobt, macht Spalthoff geltend. Katalytisch arbeitende Verfahren würden zwar seit einigen Jahren in Japan eingesetzt. Doch gebe es dort keine Braunkohle, und die eingesetzte Steinkohle sei wesentlich asche- und schwefelärmer als deutsche. Japanische Erfahrungen seien daher nicht ohne weiteres auf deutsche Verhältnisse übertragbar. Außerdem gäben japanische Katalysatorenhersteller nur eine Garantie für 8000 Betriebsstunden (also bei einem Grundlastkraftwerk gut ein Jahr, bei Mittellast etwa zwei Jahre).

Mit feuerungstechnischen Primärmaßnahmen (wie Brennerumbau und Rauchgasrückführung) ließen sich „relativ kurzfristig und mit vertretbaren Kosten" die Stickoxid-Grenzwerte der Großfeuerungsanlagen-Verordnung (800 bis 1800 mg für Neu- und 1000 bis 2000 mg für Altanlagen) „einhalten und teilweise deutlich unterschreiten", lautet Spalthoffs Wertung. Der 200-mg-Grenzwert sei nur mit Sekundärmaßnahmen zu erreichen, deren großtechnische Erprobung (daran arbeitet auch das RWE) noch Jahre erfordere.



NORDHYPO / Bedauern über gescheiterte Fusion

Jetzt neue Wege gesucht

JAN BRECH, Hamburg

Die Dresdner Bank, jeweils mit Mehrheit an der Norddeutschen Hypotheken- und Wechselbank AG, Hamburg, und der Oldenburgischen Landesbank (OLB) beteiligt, hat mit Beduern den Beschluß von Aufsichtsrat und Vorstand der OLB zur Kenntnis genommen, eine geplante Fusion beider Institute nicht weiter zu prüfen. Wie der Aufsichtsrats-Vorsitzende der Nordhypo, Horst Schmeling (Vorstandsmitglied der Dresdner Bank) in der Hauptversammlung erklärte, halte die Dresdner Bank eine Zusammenlegung nach wie vor im Interesse beider Institute und der Aktionäre. Durch die Fusion würde im norddeutschen Raum eine gemischte Hypothekenbank mit rund 9 Mrd. DM Bilanzsumme entstehen.

Es sei bedauerlich, so betonte Schmeling weiter, daß ein wirtschaftlich sinnvolles Projekt nicht einmal mehr geprüft werden könne, sondern aus nicht ökonomischen Gründen von vornherein abgelehnt würde. Um das Privileg einer gemischten Bank zu wahren, hätte die Nordhypo aufnehmende Gesellschaft sein müssen. Offenbar haben die Bremer Landesbank und die Versicherungsgruppe Hannover als weitere Aktionäre bei der OLB die Selbständigkeit dieser Regionalbank in Gefahr gesehen.

Die Dresdner Bank müsse sich nun andere Gedanken machen, erklärte Schmeling, nachdem die Fusion zunächst erledigt sei. In welche Richtung, ließ Schmeling offen. Mit Bestimmtheit wandte sich Schmeling gegen Vermutungen, eine allein bleibende Nordhypo werde das allgemeine Bankgeschäft einstellen, das sich seit der Wiederaufnahme vor 13 Jahren selbst noch immer nicht trägt.

Zur Entwicklung in den ersten vier Monaten dieses Jahres erklärte der Vorstand, daß sich die Nachfrage nach Baufinanzierungen deutlich abgeschwächt habe. Nachdem die stimulierenden Einflüsse bereits im Verlauf des Jahres 1983 an Kraft verloren hätten, würden seit Beginn dieses Jahres anscheinend in der „eher irrigen Erwartung" wieder sinkender Kapitalmarktzinsen zinsvariable Angebote der Sparkassen und Volksbanken bevorzugt.

MANAGEMENT-SYMPOSIUM / Larosière hebt Erfolge in Lateinamerika hervor

Leutwiler lobt Fiskalpolitik der USA

HEINZ STÜWE, St. Gallen

Recht gute Noten gibt der Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Fritz Leutwiler, der amerikanischen Fiskalpolitik. Am ersten Tag des Internationalen Management-Symposiums an der Hochschule St. Gallen lobte Leutwiler, daß die US-Regierung sich bisher geweigert habe, das Budgetdefizit mit Steuererhöhungen zu verringern. Er beurteile die amerikanische Haushaltspolitik zwar anders als die Keynesianer. Per Saldo sei ihre Wirkung aber durchaus positiv, denn „ohne sie hätten wir nicht diesen Aufschwung". Leutwiler knüpft seine Einschätzung allerdings an eine wichtige Voraussetzung: Die Staatsausgaben müßten weiter abgebaut werden. Die bereits beschlossenen und derzeit im Kongreß diskutierten Kürzungsprogramme hält er für richtig.

Leutwiler setzt sich darüber hinaus mit den Ursachen für die weltweit hohen staatlichen Haushaltsdefizite auseinander. Sie erklären sich seiner Auffassung nach zum Teil aus dem politischen Entscheidungsmechanismus. Die starke Stellung der Verbände begünstige staatliche Interventionen in den Wirtschaftsablauf. Bei punktuellen Eingriffen des Staates gehe die Kosten-Nutzen-Rechnung jedoch selten positiv auf. Da viele öffentliche Leistungen praktisch zum Nulltarif erhältlich seien, unterlägen die Bürger häufig der Illusion, daß die öffentlichen Güter sehr billig seien. Eine wesentliche Hemmschwelle, die das Ausufern von Haushaltsdefiziten verhindern könne, sieht Leutwiler in einem wachsenden Widerstand gegen Steuererhöhungen.

Wie das Ergebnis der Defizit-Politik, die bedrohliche Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer, bewältigt werden kann, war zentrale Frage in einem weiteren Beitrag. Jacques de Larosière, geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), zeigte sich dabei sehr zuversichtlich. Die an strikte wirtschaftspolitische Auflagen gebundene finanzielle Hilfe des IWF hat seiner Meinung nach in vielen Ländern den Anpassungsprozeß vorangebracht und das Vertrauen weiterer Geldgeber wiederhergestellt.

Erfolge sieht de Larosière vor allem in Lateinamerika. In Mexiko beispielsweise sei das Defizit des öffentlichen Sektors 1983 von 18 auf acht Prozent des Bruttosozialprodukts gedrückt worden. Im Zusammenwirken mit dem Fonds hätten einige südamerikanische Staaten ihre Leistungsbilanz erheblich verbessert, und zwar ohne neue Handelsbeschränkungen.

Damit die hochverschuldeten Staaten den schmerzhaften Anpassungsprozeß auch in Zukunft durchhalten können, müssen nach Ansicht des IWF-Chefs zwei Voraussetzungen gegeben sein: Die Industrieländer sollten eine Politik betreiben, die die gegenwärtige Erholung sichert, ohne neue Inflationsgefahren heraufzubeschwören. Zum andern müßte für die Schuldner der erforderliche finanzielle Rückhalt sichergestellt werden. Nachdem die Gefahr eines abrupten Rückzugs gebannt worden sei, müßten die Geschäftsbanken auch in Zukunft dazu einen wenn auch reduzierten Beitrag leisten. Der als Direktinvestition fließende Kapitalstrom sollte dagegen verbreitert werden, forderte de Larosière.

BFG / Rekordertrag von 1983 nicht wiederholbar

Risiken sind gut abgesichert

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) erwartet für dieses Jahr wieder einen „beachtlichen" Jahresüberschuß, der nach Einschätzung von Vorstandssprecher Thomas Wegscheider den vorjährigen (100 Mill. DM), in die Rücklagen eingestellten, übertreffen wird. Über seine Verwendung wollte Wegscheider noch nichts aussagen. Das Betriebsergebnis werde jedoch nicht wieder den '83er Rekordbetrag von mehr als 600 Mill. DM (plus 25 Prozent) einschließlich Handelserträge und Renten-Realisierungsgewinne der BfG selbst und von über 800 Mill. DM der BfG-Gruppe erreichen. Denn die Zinsspanne ist inzwischen unter Druck geraten (gut zwei Prozent nach 2,42 im letzten Jahr), so daß sich das Teilbetriebsergebnis (Zins- und Provisionsüberschuß abzüglich Verwaltungsaufwand) im ersten Quartal auf knapp 70 Mill. DM im Vergleich zu 107 Mill. DM im Vorjahresquartalsdurchschnitt ermäßigt hat.

Der Vorstand betrachtet dies als Normalisierung nach dem Superjahr '83 und hofft, den Rückgang der Zinsspanne teilweise durch eine Volumen-Ausdehnung kompensieren zu können. Überdies erwartet Wegscheider einen deutlichen Rückgang des Wertberichtigungsbedarfs. Das Engagement des BfG-Konzerns in Problemländern bezifferte Wegscheider auf rund fünf Prozent des Kreditvolumens (48 Mrd. DM), wofür eine im Branchendurchschnitt überdurchschnittliche Vorsorge gebildet worden sei.

Im Kreditgeschäft, das 1983 recht lebhaft war, tat sich in diesem Jahr noch nicht viel. Darum und wegen des gewinnsichernden Abbaus der Rentenposition von 3,7 auf inzwischen 2,1 Mrd. DM ist die Bilanzsumme von 45,7 auf 42,9 Mrd. DM per Ende März zurückgegangen, was zum Teil auch saisonal bedingt war. Die damit gewonnene Liquidität erlaubte der BfG eine Rückführung der Banken- und Kundengelder und einen Verzicht auf Teilnahme an von der Bundesbank gebotenen Pensionsgeschäften, womit Wegscheider wohl indirekt sagen wollte, daß die BfG kein Geld zur Streikfinanzierung sammelt.

CHINA / Versorgungsengpässe bereiten Probleme

Produkten fehlt oft Qualität

dpa/VWD, Peking

Die chinesische Führung hat große Probleme in verschiedenen Wirtschaftsbereichen zugegeben. Vor dem Nationalen Volkskongreß erklärte Planungsminister Song Ping, die Qualität vieler Industrieprodukte sei ungenügend, so daß diese auf dem Weltmarkt nicht abgesetzt werden könnten. Es bestünden Engpässe bei der Versorgung mit Energie und Rohstoffen sowie mit Stahl und Holz. In wichtigen chinesischen Häfen gebe es lange Wartezeiten beim Güterumschlag. Viele Produkte würden nicht rechtzeitig fertig, und eine beträchtliche Zahl von Betrieben arbeite weiterhin mit Verlust. In einigen Regionen seien verschiedene Lebensmittelpreise um bis zu 14 Prozent gestiegen.

Trotz der Schwierigkeiten lag die Produktion der chinesischen Industrie nach Angaben des Planungsministers 1983 um 10,5 Prozent höher als im Vorjahr. Die Agrarproduktion verzeichnete ein Plus von 9.5 Prozent. Für 1984 nannte der Minister sehr viel niedrigere Planziffern. Für die Industrieproduktion wurde ein Zuwachs von nur fünf Prozent, für die Landwirtschaft von vier Prozent angesetzt.

Beim Außenhandel wird mit Im- und Exporten von zusammen 81.6 Mrd. Yuan (105 Mrd. DM) sogar ein gegenüber 1983 um 4.4 Mrd. Yuan (5.7 Mrd. DM) verringertes Volumen genannt.

Song Ping meinte dazu, viele der im Plan genannten Ziffern würden „den Umständen entsprechend" korrigiert werden. Beobachter äußerten daher die Vermutung, daß zunächst niedrige Planvorgaben genannt würden, um später Steigerungsraten um so wirkungsvoller herausstreichen zu können. Beim Außenhandel sei dies allerdings fragwürdig, weil es im Ausland Zweifel an den Chancen im China-Geschäft nähren könnte, hieß es in diplomatischen Kreisen.

In einem Bericht über die Staatsfinanzen sagte Finanzminister Wang Bingqian, in diesem Jahr sei mit überplanmäßigen Ausgaben von drei Mrd. Yuan (3,9 Mrd. DM) zu rechnen. Die Ausgaben für den Ausbau der Energieversorgung und des Transportwesens – in beiden Bereichen gibt es große Engpässe – werden nach seinen Angaben um 15,4 Prozent höher sein als im Vorjahr. Für die Landesverteidigung sind 17,87 Mrd. Yuan (23 Mrd. DM) vorgesehen.

SCHRAUBENINDUSTRIE / Schwäche überstanden

Wichtige heimische Quelle

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die etwa 100 deutschen Hersteller der deutschen Schrauben-, Muttern- und Nietenindustrie mit ihren rund 12 000 Beschäftigten haben eine Schwächephase von drei Jahren hinter sich. Sie haben sie aber – wenn auch mit Einbußen in Umsatz, Ertrag und Beschäftigung – überstanden. Der Deutsche Schraubenverband führt das nicht zuletzt auf die zeitweise eingetretenen Engpässe bei importierten Muttern zurück: „Eine gesicherte Versorgung aus heimischen Quellen ist und bleibt wichtig." Billigimporte hatten dazu geführt, daß viele der mittelständischen deutschen Hersteller ihre eigene Mutternproduktion reduzieren mußten, da sie angesichts der hohen deutschen Gestehungskosten mit dem Ausland nicht mehr konkurrieren konnten.

Das Anziehen der Konjunktur hat sich in den Zahlen für 1983 noch nicht ausgewirkt. Der Produktionswert blieb mit 1,65 Mrd. DM um 2 bis 3 Prozent, die Produktionsmenge mit rund 327 000 um 3 Prozent unter dem Vorjahr. Der Export hat einen Anteil von 42 Prozent (690 nach 701 Mill. DM) Gesamtumsatz. Er umfaßt fast ausschließlich höherwertige Teile von der Minischraube mit einem Millimeter Durchmesser bis zur 45 Kilo schweren Kupplungsschraube. Der mit über 6700 DM hohe durchschnittliche Tonnenerlös der Exporte spricht nach Ansicht des Verbandes für die „Wertschätzung deutscher Qualitätsprodukte im Ausland".

Demgegenüber bestehen die Importe, 1983 allein 126 000 t für 464 (445) Mill. DM, aus Standardprodukten, deren Fertigung vom Kostenaufwand in der Bundesrepublik nicht mehr lohnt. Seit 1970 haben sich die Importe, letztes Jahr allein 40 Prozent aus Italien, vervierfacht. Der EG-Anteil ist auf 57 (75)Prozent gesunken, im gleichen Umfang ist der Ostblock- und Asienanteil gestiegen.

Seit Mitte 1983 disponieren die Abnehmer im Inland zusehends lebhafter, dagegen verfolgt die Branche mit Sorge die von der Stahlindustrie geforderten höheren Vormaterialpreise, die nach drei mageren Jahren mit entsprechend schlechter Ertragslage weder aufzufangen noch weiterzugeben sind.

Israel: Anleger vom Ausland gesucht

SAD, Jerusalem

Die Eintrittskarte war ein Jahresumsatz von 100 Mill. Dollar in den USA oder 30 Mill. in Europa. Damit fanden sich rund 500 Manager führender Industriefirmen, Banken und anderer wirtschaftlicher Körperschaften zur „Jerusalemer Wirtschaftskonferenz" ein, die am Sonntagabend mit einem feierlichen Empfang bei Staatspräsident Herzog begann.

Besonders sei an der bisher größten Konferenz dieser Art in Israel, erklärte Wirtschaftsminister Jacob Meridor, daß Israel ausschließlich an ausländischen beteiligungen interessiert ist; aber auf rein geschäftlicher Grundlage, nicht auf der Basis von Gefühlen. Aus der Bundesrepublik kamen Vorstände und Direktoren von Firmen wie Motoren und Turbinen Union, Messerschmitt-Bölkow-Blohm, M. A. N., Salzgitter, Schering, Rohde und Schwarz, Commerzbank und AEG. Überrascht waren die Israelis über die zahlreichen Vertreter aus deutschen Ministerien und Verbänden – wie Bundesforschungsministerium und Bundesverband der Deutschen Industrie.

Efta-Mitglieder beraten in Schweden

dpa/VWD, Stockholm

Die sieben Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) haben gestern in der schwedischen Stadt Visby auf der Insel Gotland eine dreitägige Konferenz begonnen. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen unter anderem eine engere Abstimmung der Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik, die Entwicklung der Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) und die zukünftigen Beziehungen zu den Entwicklungsländern. Der Efta gehören Schweden, Norwegen, Island, Finnland, Österreich, die Schweiz und Portugal an. Das Treffen wurde am Vormittag mit einer Sitzung des ratgebenden Komitees eröffnet, in dem Gewerkschaften und Arbeitgeber vertreten sind. Heute treffen sich die Handelsminister, am Mittwoch die Regierungschefs.

ZÜNDAPP / Hoffnung auf ausgeglichenes Ergebnis

Wettbewerb weiter ruinös

DANKWARD SEITZ, München

Nach fast drei Jahren andauernder Schwäche im Markt für Leichtkrafträder gibt es für die Branche nach Feststellungen der Zündapp-Werke GmbH, München, wieder erste Anzeichen für eine leichte Erholung. Spätestens aber mit der Ifma, der größten Zweiradschau der Welt (20. bis 24. 9. in Köln), werde für die Motorrad-Hersteller Belebung einsetzen. Das Unternehmen wird aber schon in den nächsten Wochen mehrere neue Modelle auf den Markt bringen. Impulse erhofft man sich auch von einem Umbausatz, der es den Besitzern von Leichtkrafträdern (80 ccm) erlaubt, ihre Maschinen auf 100 ccm „aufzurüsten", um in eine günstigere Versicherungsklasse zu kommen.

Eine Prognose über die Geschäftsentwicklung 1984 wollte Dieter Neumeyer, geschäftsführender Gesellschafter, wegen zu vieler Unwägbarkeiten seitens des Gesetzgebers (Helmpflicht, schwerere Führerscheinprüfungen) nicht abgeben. Erheblich belasten würde zudem der unverändert ruinöse Preiswettbewerb der Japaner, obwohl sie in jüngster Zeit ihre Preise wegen geänderter Währungsrelationen hätten spürbar anheben müssen. Insgesamt hoffe man aber, 1984 ein ausgelichenes Ergebnis erreichen zu können.

Im Geschäftsjahr 1983 ist es Zündapp nach den Worten von Neumeyer zwar gelungen, wieder Tritt zu fassen, aber nicht aus den roten Zahlen herauszukommen, in die das Familienunternehmen erstmals in der Nachkriegszeit 1982 geraten war. Genaue Zahlen werden nicht genannt, doch wird angedeutet, daß nach Saldierung des Fehlbetrags mit dem Eigenkapital (Stammkapital: 10 Mill. DM) die Eigenkapitalquote von „deutlich über 35 auf um 30 Prozent" zurückgefallen ist. Mit mehreren Mill. DM belastete der Personalabbau von 1117 auf 770 Mitarbeiter.

Obwohl die Produktion mit rund 42 000 Einheiten auf dem Stand von 1982 gehalten werden konnte – 1981 waren es noch etwa 70 000 –, mußte ein weiteres Umsatzminus von 24 (18) Prozent auf 101 Mill. DM hingenommen werden. Auf Leichtkrafträder entfielen davon etwa 20 Prozent, auf Mokicks 30 und auf Mofas rund 50 Prozent. Ein Teil dieses Rückgangs erklärt sich durch die Einstellung der Rasenmäherproduktion 1982 (etwa 5 Mill. DM). Recht deutlich fiel auch noch einmal der Absatz um 18 (25) Prozent auf 41 000 Stück zurück. Exportiert wurden rund 25 (26) Prozent.

Erfreulich entwickelt sich, so Neumeyer, das 1982 mit der Enfield India vereinbarte Lizenzabkommen. Nachdem im Januar 1984 das erste Mokick vom Band gelaufen sei, könne man bereits in diesem Jahr für etwa 5 Mill. DM Teile nach Indien liefern. Mit weiteren Firmen in Fernost stehe Zündapp inzwischen in aussichtsreichen Lizenzverhandlungen.

LUFTFAHRT-AUSSTELLUNG / Reger Andrang der Fachbesucher in Hannover

Beteiligt sich Peking am Airbus 320?

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Internationale Luftfahrt-Ausstellung ILA '84, die am Sonnabend in Hannover von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher eröffnet wurde, ist durch den Unglücksfall am ersten Tag überschattet worden. Zwei Kleinflugzeuge waren unweit des Ausstellungsgeländes zusammengestoßen. Eine der beiden Maschinen stürzte ab, wobei die drei Insassen den Tod fanden. Zufrieden sind die Veranstalter mit den Besucherzahlen, wenngleich das trübe Wetter am Montag einige Wünsche offenließ. Nach dem „Publikumstag" mit zahlreichen Flugvorführungen am Sonntag (rund 30 000 Besucher) prägten am Montag vor allem die Fachbesucher das Bild.

MBB konsolidiert

Der Luft- und Raumfahrtkonzern Messerschmidt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) befindet sich in einer Konsolidierungsphase, die bis 1987/88 abgeschlossen sein soll. Hanns Arnt Vogels, Vorsitzender der MBB-Geschäftsführung, rechnet dabei mit einem gegenüber dem heutigen Stand niedrigeren Umsatzniveau (1983: 5,9 Mrd. DM). Danach aber sei wieder eine Periode des Wachstums geplant, wobei die geschäftlichen Aktivitäten beträchtlich erweitert würden. Vogels sprach von einer „Politik des gezielten Beteiligungserwerbs". Dazu gehöre die Gründung einer Hubschrauberfirma in Kanada zusammen mit der Firma Fleet Industries. Intensiv bemühe sich MBB um den Einstieg in den Markt für „Roboter der nächsten Generation", um Neuentwicklungen auf dem Gebiet der Werkstoffe und um die Stärkung des Bereichs Kommunikation. Die Situation sei gekennzeichnet von knapper bemessenen Mitteln der öffentlichen Hand und einer deutlichen Verschärfung des Wettbewerbs im Inland. Im internationalen Bereich werde eine „gewisse Kooperationsmüdigkeit" spürbar, die vor allem bei Großprojekten „zu schaffen macht".

Kooperation verstärken

Die Präsidenten der Luft- und Raumfahrtverbände Frankreichs und der Bundesrepublik, Jacques Mitterrand und Ernst Zimmermann, haben sich für eine bessere und verstärkte Zusammenarbeit beider Länder ausgesprochen. Die bisher schon gute Kooperation bei der Bewältigung gemeinsamer Programme auf dem Gebiet der zivilen und militärischen Luft- und Raumfahrt müsse weiter mit Leben erfüllt werden, hieß es im Anschluß an das Treffen. Die Industrien beider Länder müßten künftige Programme schon vorbereiten, während die laufenden noch in der Realisierungsphase seien.

Dornier zeigt Zuversicht

Die Deutsche Dornier GmbH, die am Wochenende zwei von insgesamt sechs Maschinen vom Typ DO-228 an die amerikanische Fluggesellschaft Precision Airlines übergeben hat, dürfte nach eigener Einschätzung „den Durchbruch am Weltmarkt" geschafft haben. Vorstandsmitglied Rainer Hainich bedauerte zugleich die mangelnde Unterstützung bei der Finanzierung von Exportaufträgen in der Bundesrepublik. Die Konkurrenz auf dem Gebiet der Kleinverkehrsflugzeuge habe es sehr viel leichter. Das für den Regionalflugverkehr entwickelte Flugzeug ist bislang 60mal verkauft worden. Insgesamt liegen Bestellungen und Vorverträge für 120 Maschinen vor. Um den Break-even-point zu erreichen, müssen rund 300 Flugzeuge dieses Typs verkauft werden. Derzeit liegt die Produktion bei drei Maschinen pro Monat.

Gespräche mit China

Vertreter der europäischen Airbus Industrie und der VR China haben im Rahmen der Internationalen Luftfahrt-Ausstellung Gespräche über eine mögliche Partnerschaft geführt. Bernard Lathière, Präsident der Airbus Industrie, wollte Einzelheiten zwar nicht mitteilen. Offenbar wird aber über eine Beteiligung Chinas am Bau des „kleinen" Airbus A 320 nachgedacht. Bislang haben fünf Fluggesellschaften insgesamt 51 dieser Maschinen geordert. Den Finanzbedarf für die beiden neu vorgeschlagenen Airbus-Projekte, das Langstreckenflugzeug TA 11 und den Kurzstrekkenjet TA 9, veranschlagt Lathiere auf etwa 5 Mrd. DM.

Unser lieber Vater, Schwiegervater und Opa

Friedrich H. Wolff

geb. 12. 10. 1910 gest. 12. 5. 1984

ist völlig unerwartet und für uns alle unfaßbar von uns gegangen.

Wir werden ihn sehr vermissen.

Elke Mathies geb. Wolff
Justus Mathies
Rainer Wolff
Ursula Wolff
Hendrik und Mathias

Hamburg, im Mai 1984
Borstels Ende 77
2000 Hamburg 63 (Klein-Borstel)

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Am 12. Mai 1984 verstarb völlig unerwartet unser Firmengründer und Seniorchef

Friedrich H. Wolff

im Alter von 73 Jahren.

Im Jahre 1945 gründete er mit viel Fleiß und großer Aufopferung seine Firma. Diese blieb bis zum Schluß sein Lebenswerk. Wir verlieren mit ihm einen umsichtigen und jederzeit verständnisvollen Chef. Er wird uns immer ein Vorbild bleiben.

Die Mitarbeiter der Firma
ARMATUREN-WOLFF
Friedrich H. Wolff KG.

Hamburg, im Mai 1984
Oehleckerring 29
2000 Hamburg 62

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Nach schwerer Krankheit verstarb am 19. Mai 1984 der Präsident der Hauptvereinigung des ambulanten Gewerbes und der Schausteller in Deutschland e. V., Sitz Bonn, und Präsident des Landesverbandes des ambulanten Gewerbes und der Schausteller Hamburg e. V. sowie Ehrenpräsident des Landesverbandes der Schausteller, des Markt- und Reisegewerbes Schleswig-Holstein e. V.

Josef Schippers

Wir sind in tiefer Trauer über den allzu frühen Heimgang unseres allseits geschätzten Präsidenten. Mit ihm ist eine Persönlichkeit von uns gegangen, die weit über die Landesgrenzen hinaus ein Begriff war.

Die Hauptvereinigung des ambulanten Gewerbes und der Schausteller in Deutschland und die ihr angeschlossenen zwölf Landesverbände mit ihren Präsidenten, Bundesvorsitzenden und Mitgliedern trauern um ihren Präsidenten.

Wir nehmen Abschied von unserem Josef Schippers und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Für das Präsidium
die Vizepräsidenten
Horst Rennebaum
und Berthold Brinck

Für die Geschäftsführung
Ministerialrat a. D.
Bernhard Fechner
Ministerialrat a. D.
Dr. O. H. Faull

Trauerfeier am 24. Mai 1984 um 11 Uhr in der Kirche Molkenbuhrstraße in Hamburg-Stellingen.

Nach kurzem, schwerem, mannhaft ertragenem Leiden ist unser Präsident

Josef (Jupp) Schippers sen.

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

am Sonnabend, dem 19. Mai 1984, im Alter von 75 Jahren entschlafen. Wir verlieren in ihm einen Kollegen, dem wir es auf Grund seiner hervorragenden Leistungen und unermüdlicher Schaffenskraft verdanken, daß unser Verband Ansehen und Anerkennung genießt.

Dein Andenken wird uns immer verpflichten, in Deinem Sinne zu handeln.

Präsidium, Kolleginnen und Kollegen
des Landesverbandes des ambulanten Gewerbes
und der Schausteller Hamburg e. V.

Die Beisetzung findet statt am Donnerstag, dem 24. Mai 1984, um 11 Uhr in der Stellinger Kirche, Molkenbuhrstraße.

Wegen der Arbeitsruhe am Tage Christi Himmelfahrt fehlt uns wichtige Zeit bei der Vorbereitung unserer Wochenendausgabe vom 2. Juni.

Wir bitten deshalb unsere Inserenten:

Schicken Sie Anzeigenaufträge für die Samstag-Ausgabe vom 2. Juni möglichst frühzeitig an uns ab

Sie helfen uns damit, Ihre Aufträge mit üblicher Sorgfalt ausführen zu können.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

4300 Essen 18/Kettwig
Im Teelbruch 100
Telefon (0 20 54) 10 11
Telex 08-579 104

1 Berlin 61, Kochstraße 50
Telefon (0 30) 2 59 11
Telex 01-84 611

2 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1
Telefon (0 40) 34 71
Telex 02-17 001 777

Der langjährige 2. Vorsitzende und Ehrenmitglied des Bürgervereins der Innenstadt

Josef Schippers

ist nach tückischer Krankheit von uns gegangen.

Der Verstorbene hat stets in vorbildlicher Weise die Bestrebungen und Ziele unserer Organisation tatkräftig unterstützt. Wir werden Josef Schippers stets in dankbarer Erinnerung behalten.

Ich habe meinen besten Freund verloren.

Dr. Hans Daube
1. Vorsitzender des Bürgervereins der Innenstadt

Jürgen Schmuck

* 7. 5. 1933 † 16. 5. 1984

Plötzlich und unerwartet, für uns alle viel zu früh, wurde er uns genommen.

In Liebe und Dankbarkeit
Ruth Schmuck
Kathrin, Christian
und alle Angehörigen

Wiesenweg 65
2000 Hamburg 65

Beerdigung am Donnerstag, dem 24. Mai 1984, um 11 Uhr auf dem Friedhof Hamburg-Bergstedt.

Unfaßbar für uns alle wurde unser Mitarbeiter

Theo Kuhnekath

am 17. Mai 1984 durch einen tragischen Verkehrsunfall aus unserer Mitte gerissen.

In 26 Dienstjahren war Theo Kuhnekath mit außerordentlicher Schaffenskraft und großer Einsatzfreude für unser Unternehmen tätig. Als Vorsitzender des Betriebsrats unseres Werkes in Kleve, als stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats und als Mitglied des Aufsichtsrats der Union hat er sich außerordentliche Verdienste um das Unternehmen erworben.

Theo Kuhnekath hat durch seine Mitarbeit auch in vielen weiteren Gremien sein besonderes Engagement für die Arbeitnehmerschaft zum Ausdruck gebracht.

In Würdigung dieser Verdienste wurde ihm 1983 das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Mit Theo Kuhnekath haben wir eine Persönlichkeit verloren, die durch ihr selbstloses Wirken viele menschliche Probleme und unternehmerische Aufgaben lösen half.

Theo Kuhnekath hinterläßt eine Lücke. Er wird für uns unvergessen bleiben.

Hamburg, 18. Mai 1984

Aufsichtsrat, Geschäftsleitung,
Belegschaft und Betriebsrat
der
Union Deutsche Lebensmittelwerke GmbH
Hamburg

Die Beisetzung findet am 24. Mai 1984, 10 Uhr, Friedhof 4180 Goch, statt.

Voller Schmerz müssen wir Abschied nehmen von

Dr. med. Hans-Günther Manthey

geb. 28. 3. 1923 gest. 18. 5. 1984

Dörte Manthey geb. Steinwärder
Dirk Manthey
Jens Manthey
Johann und Dörte Manthey-Weser

Fährhausstraße 22, 2 Hamburg 76

Trauerfeier am Freitag, dem 25. Mai 1984, um 11 Uhr, Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.

Kursgewinne bei Autoaktien

Anleger setzen auf Abkürzung des Arbeitskampfes

DW.– Am Montag herrschte am Aktienmarkt eine verbreitet freundliche Tendenz. Sie hat um so mehr überrascht als das Umfeld für Aktienanlagen eher problematisch angesehen wird. Wenn in- und ausländische Anleger dennoch Meinungskäufe auf breiter Front besonders auch bei Autoaktien vornahmen, so taten sie dies in der Erwartung, daß die Weigerung der Bundesanstalt für Arbeit, für beschäftigungslos gewordene Arbeitnehmer in nicht bestreikten Betrieben Kurzarbeitergeld zu zahlen, den Arbeitskampf abkürzen wird.

Autoaktien lagen bis zu 9 DM fester. Darüber hinaus kamen Porsche mit einem Tagesgewinn von knapp 30 DM zu einem neuen Höchststand. Die Anlagekäufe erstreckten sich auch auf Papiere der Großchemie, die insbesondere von ihren ertragsstarken Abschlüssen für 1983 profitierten, ein untrügliches Zeichen dafür, daß sich bei der Kursbildung zunehmend wieder wirtschaftliche Fakten durchzusetzen beginnen. Das erklärt auch den kräftigen Anstieg bei PKI und SEL. Tewidata, ein Papier, das erst im letzten Jahr an die Börse gebracht worden war, setzten ihren Abstieg beschleunigt fort. Das Unternehmen hatte für 1983 eine Dividende angekündigt, weist aber statt dessen einen hohen Verlust aus.

Düsseldorf: Alexander verminderten sich um 5,50 DM auf 124,50 DM, Gerresheimer Glas gaben um 2,50 DM auf 148,50 DM nach und Sternbräu ermäßigten sich um 8 DM auf 188 DM. Pegulan St. befestigten sich um 3 DM auf 253 DM, Stinnes zogen um 5 DM auf 620 DM an und Conc. Chemie schlossen mit einem Plus von 20 DM ab.

Frankfurt: Bei den Elektro- und Versorgungsaktien blieben Elikraft bei Plusankündigung 39 DM plus 3,30 DM. Neckarwerke 280 DM plus 10 DM und Thüringer Gas 330 DM minus 12 DM. Bei den Maschinenwerten waren Krauss Maffei auf 1825 DM plus 25 DM verbessert und Allweiler Pumpen Va. lagen bei 241 DM plus 11 DM.

Hamburg: Triton wurden mit 131 DM plus 5 DM gehandelt. Phoenix Gummi beganen schwächer zu 133 DM und lagen danach bei 135 DM plus 0,50 DM. HEW waren bei 97 DM plus 0,40 DM sowie NWK-Vz. bei 180,20 DM gut behauptet.

München: Etienne Aigner gaben um 1 DM auf 282 DM nach, Agrob Vz. fielen um 2 DM auf 231 DM und Dywidag ermäßigten sich um 4 DM auf 183 DM. Deckel AG erhöhten sich um 1,50 DM auf 140 DM, Süd Chemie verbesserten sich um 2 DM auf 364 DM und Zahnräder Renk zogen um 0,50 DM auf 231,50 DM an.

Berlin: Detewe und Spinne Zehlendorf lagen um je 5 DM, DUB-Schultheiss um 4 DM und Berliner Kindl um 2,50 DM fester. Um je 2 DM konnten sich Berthold, Kempinski, Orenstein und Rheinmetall erholen. Schering bröckelten um 1 DM ab.

Nachbörse: freundlicher

WELT-Aktienindex: 150,8 (149,5)
WELT-Umsatzindex: 2004 (2235)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Wien

Kopenhagen

Brüssel

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 21. 5. 84: 412 Optionen = 22 700 (36 800) Aktien, davon 137 Verkaufsoptionen = 6950 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-100/2, 7-110/1,4, 10-100/5,9, BASF 7-160/8,7, 7-170/4, 7-180/1,5, 10-170/7,3, 10-180/3,5, 1-190/3,5, Bayer 7-170/7,5, 7-180/3, 10-170/12,2, 10-180/7, 10-190/4,05, 1-180/11, Bekula 10-95/3, 1-100/5,7, Commerzbank 10-180/6,5, 10-190/4, 1-190/4, 1-180/10, 1-190/6,4, Conti 7-103,7/18, 7-120/6,4, 7-123,7/5,4, 7-130/2,5, 10-120/12, 10-130/5,2, 1-130/11, Deutsche Bank 7-380/5, 1-400/11,7, Dresdner Bank 7-170/5,4, 10-180/5,5, GHH ST 7-150/6,8, Hoechst 7-190/1,9, 10-190/5, 1-190/9, Hoesch 7-110/9, 7-120/3,9, 10-120/6, Klöckner 7-60/3,9, 1-60/8, 1-65/5,45, Lufthansa ST 7-140/5, Mercedes 10-510/15, Mannesmann 7-150/2,8, Preussag 7-270/5, 10-280/10, Schering 10-360/5, Siemens 7-390/9, 7-400/7,2, Thyssen 7-85/2,6, 10-90/3, Veba 10-170/5,4, 10-180/2,5, VW 7-190/9, 7-200/4, 10-190/12, 10-210/7,7, 1-210/14,5, 1-230/7,5, Alcan 10-90/4, [illegible] Chrysler 7-[illegible], 10-65/[illegible], 10-70/4, 1-75/[illegible] Elf 7-[illegible], 7-65/22, 7-70/20, 7-75/12,5, [illegible] Philips 10-45/2,5, 1-45/4, Roayal Dutch 7-115,2/35,05, 7-125,2/19, Xerox 10-110/7,4, **Verkaufsoptionen:** AEG 7-100/6, 10-90/1,6, 1-90/3,4, 1-95/5,8, BASF 7-160/1,5, BBC 10-230/18, BMW 7-400/33, 10-380/15, Conti 7-120/2,4, 10-120/3, 1-130/5, Daimler 7-570/14, Deutsche Bank 7-360/3,5, 10-360/8, Dresdner Bank 7-170/4, 10-170/4,5, Klöckner 7-70/9, 10-60/4, 10-70/10, Mannesmann 7-140/2,6, RWE ST 7-160/2,6, 10-160/3, Siemens 1-370/3,6, Thyssen 7-85/3,5, VW 7-180/3, 7-190/6,4, 7-200/8,2, 7-210/17, 10-180/3,5, 10-190/7, 1-180/4,9, 1-200/17,9, Alcan 7-80/3, 10-80/3,2, Chrysler 10-60/3, IBM 10-250/4,85. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.7.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 21. 5., Redaktionsschluß 14.30 Uhr.

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅝–10⅞	5⅝–5⅞	3¼–3½
3 Monate	11⅞–11⅞	5¾–6⅛	3¾–4
6 Monate	12 –12⅛	6⅛–6¼	4 –4¼
12 Monate	12¾–13	6½–6⅞	4¼–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financiere Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 21. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1325,00	1658,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1255,00	1514,06
5 US-Dollar (Liberty)	473,00	656,30
1 £ Sovereign alt	245,00	302,10
1 £ Sovereign Elizabeth II.	239,00	295,28
20 belgische Franken	188,00	241,68
10 Rubel Tscherwonez	258,00	321,48
2 südafrikanische Rand	238,00	294,12
Krüger Rand, neu	1072,00	1261,98
Maple Leaf	1072,00	1261,98
Platin Noble Man	1109,00	1304,16

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	268,00	332,88
20 schweiz. Franken „Vreneli"	196,00	249,66
20 franz. Franken „Napoléon"	194,00	245,10
100 österr. Kronen (Neuprägung)	969,00	1191,30
20 österr. Kronen (Neuprägung)	197,00	247,38
10 österr. Kronen (Neuprägung)	106,00	137,94
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	468,00	573,42
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	149,34

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

21. 5. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs¹)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,7616	2,7696	2,7385	2,72	2,81
London¹)	3,845	3,859	3,822	3,79	3,94
Dublin¹)	3,066	3,080	3,028	3,01	3,16
Montreal³)	2,1315	2,1395	2,1086	2,09	2,19
Amsterd.	88,840	89,060	88,91	88,00	90,00
Zürich	120,550	121,750	121,65	120,25	123,00
Brüssel	4,913	4,923	4,836	4,76	4,96
Paris	32,475	32,635	32,025	31,75	33,50
Kopenh.	27,265	27,385	27,005	26,25	28,25
Oslo	35,170	35,290	34,65	34,50	36,25
Stockh.**)	34,045	34,205	33,765	33,25	35,00
Mailand²) **)	1,619	1,629	1,586	1,58	1,68
Wien	14,210	14,250	14,194	14,12	14,34
Madrid**)	1,789	1,799	1,748	1,79	1,93
Lissabon**)	1,961	1,981	1,891	1,65	2,45
Tokio	1,1855	1,1885	–	1,15	1,21
Helsinki	47,320	47,520	46,26	46,50	48,35
Buen. Air.	–	–	–	–	10,00
Rio	–	–	–	0,09	0,32
Athen*) **)	2,5100	2,3640	–	2,20	3,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4645	2,4835	–	2,40	2,52
Johannesbg.*)	2,1530	2,1720	–	1,70	1,95

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar;
*) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die Kursentwicklung der US-Dollars wurde von einem Rückgang der Euro-Dollarzinssätze um ein ¼ Prozentpunkt am 21. 5. beeinflußt, wodurch sich im Tagesverlauf eine Bewegung zwischen 2,7720 und 2,76,00 einstellte. Die Ausweitung der Streiks in der Metallindustrie auf das Tarifgebiet Hessen blieb ohne Auswirkung, die Gesprächsbereitschaft beider Verbände wurde günstig aufgenommen. Die Bundesbank war zur amtlichen Notiz mit einem Verkauf von 27,20 Mill. Dolar in Erscheinung getreten. Die Ölwährung Pfund notierte mit 3,852 nochmals höher, wogegen der Yen aus den gleichen Gründen auf 1,1870 zurückfiel. Die Ablehnung der sozialdemokratischen Bankeninitiative in der Schweiz wirkte sich letztlich kursmäßig nicht aus. Nachdem der schweizer Franken zunächst über 122 gehandelt wurde, fiel er zur Börse auf die Freitagsnotiz von 121,65 zurück. Dollar in: Amsterdam 3,1110; Brüssel 56,1850; Paris 8,4965; Mailand 1703,90; Wien 19,4880; Zürich 2,2734; Ir. Pfund/DM 3,073; Pfund/Dollar 3,852.

Ostmarkkurs am 21. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,75; Verkauf 19,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Der Rückgang der Dollar-Depots um ein ¼ Prozent in der Spitze bewirkte am 21. Mai eine deutliche Schrumpfung der Swapsätze für Dollar gegen D-Mark per Termin.

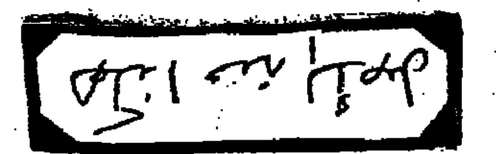
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,33/1,23	3,95/3,85	8,00/7,80
Pfund/Dollar	0,26/0,28	0,83/0,86	1,76/1,80
Pfund/DM	1,70/0,30	3,80/2,40	6,90/5,50
FF/DM	27/11	81/45	124/108

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 21. 5.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 21. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 21. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,68). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.



BADENWERK / Stromabgabe stark gestiegen

1987 am Strukturziel

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Durch die schrittweise Inbetriebnahme noch im Bau befindlicher konventioneller und nuklearer Kraftwerksblöcke erreicht die Badenwerk AG, Karlsruhe, praktisch ab 1987 die von ihr seit Jahren angestrebte Zusammensetzung ihres Kraftwerkparks: Die Grundlast (55 Prozent der Leistung und 70 Prozent der Stromerzeugung) wird dann aus Laufwasser- und Kernkraftwerken gedeckt werden. Für die Mittellast (35 Prozent der Leistung und 25 Prozent der Stromerzeugung) stehen dann flexibel einsetzbare Steinkohlekraftwerke mit modernen Rauchgasreinigungsanlagen bereit. Für Spitzenlaststrom werden wie bisher Pumpspeicherwerke im Schwarzwald eingesetzt.

Getrübt ist nach Angaben der Verwaltung freilich die Kostenentwicklung durch zahlreiche Bauverzögerungen. Mit Wirkung vom 1. Juli 1984 will das Badenwerk seine Strompreise, um durchschnittlich 6,5 Prozent erhöhen. Die letzte Preisanhebung liegt eineinhalb Jahre zurück.

Im ersten Jahresdrittel 1984 entwickelte sich die Stromabgabe ähnlich lebhaft wie gegen Ende des vergangenen Jahres. Die Stammabgabe nahm um fast 7 Prozent, die gesamte Stromabgabe sogar um über 16 Prozent zu. Hierin spiegele sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung wider. Für die kommende Zeit geht man von einer gewissen Normalisierung der Zuwachsraten aus.

In 1983 hatte das Badenwerk seine nutzbare Stromabgabe um 2,1 Prozent auf 15,3 Mrd. kWh gesteigert, die Stammabgabe nahm um 4,8 Prozent auf 12,8 Mrd. kWh zu. Die Strombereitstellung stammte zu 41,3 (38,2) Prozent aus Kohlekraftwerken und zu 36,2 (34,5) Prozent aus Kernenergie. Die Erlöse aus dem Stromverkauf erhöhten sich um 8,8 Prozent auf 2,24 Mrd. DM.

Es wird ein auf 41,8 (37,2) Mill. DM erhöhter Jahresüberschuß ausgewiesen, aus dem unverändert 9 Prozent Dividende auf die indirekt im Besitz des Landes Baden-Württemberg befindlichen 225 Mill. DM Namensaktien ausgeschüttet werden. Die freien Aktionäre (75 Mill. DM Inhaberaktien) erhalten wiederum 12 Prozent Dividende. Der Gewinn je Aktie hat um 11,8 Prozent auf 12,74 DM zugenommen, der Cash-flow stieg um 8,4 Prozent auf 270 Mill. DM. Investiert wurden im Berichtsjahr insgesamt 318 Mill. DM (plus 22 Prozent).

EFFEM / In diesem Jahr soll die Umsatzmilliarde überschritten werden

Markt bietet noch Wachstumsreserve

HANNA GIESKES, Zürich

„Das alte Jahr war gut, das neue Jahr wird besser." Karl H. Wiese, Geschäftsführer der Effem GmbH, Verden, ist sicher, „daß wir in diesem Jahr die Umsatzmilliarde überschreiten werden". Wachstumschancen für Tierfertignahrung eröffne nicht nur der Export, sagte Wiese während der Vorlage der Effem-Bilanz in Zürich, sondern auch der heimische Markt: Der Anteil der Fertignahrung an der Fütterung von Haustieren liege hierzulande erst bei 35 Prozent, während er in den USA oder Großbritannien über 70 Prozent betrage.

Tatsächlich wächst dieser Markt derzeit mit einer jährlichen Rate zwischen zehn und 20 Prozent, „so daß wir für die nächsten fünf Jahre ganz deutlich optimistisch sind". Insgesamt kauften deutsche Tierfreunde im vergangenen Jahr für ihre 3,4 Mill. Hunde, 3,6 Mill. Katzen sowie ungezählte Kanarienvögel und Wellensittiche Fertigprodukte für rund 1,452 Mrd. DM; das waren rund zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Die Verdener Tochter des US-Nahrungsmittelkonzerns Mars hatte daran einen Anteil von rund 75 Prozent.

Der Umsatz der Effem stieg 1983 um 16 Prozent auf 893,7 Mill. DM. Dazu trug der heimische Markt 708 Mill. DM bei, während im Export 186 Mill. DM erlöst wurden. Den größten Zuwachs brachten die Katzen: Die Marke Brekkies wuchs um 26 Prozent, gefolgt von Kitekat mit einem Plus von 24 Prozent; Whiskas legte nochmals 15 Prozent zu. Beim Hundefutter waren Chappi und Pal am erfolgreichsten, berichtete Wiese weiter. Derzeit werde am Testmarkt Hamburg das neuartige Katzenfutter „Cato" getestet, „denn nur die Suche nach neuen Produkten kann gewährleisten, daß wir unsere Position im Wettbewerb behaupten".

Das Unternehmen erwirtschaftete im vergangenen Jahr einen Überschuß von 33 Mill. DM, der vollständig als Bilanzgewinn (Vorjahr: 28 Mill. DM) ausgewiesen und an die Mutter ausgeschüttet wird. Die Umsatzrendite liegt bei 3,7 Prozent. Auf Rücklagen sei verzichtet worden, „denn Effem ist ein kerngesundes Unternehmen", das im Ernstfall ja auch auf die Mutter in Baltimore zurückgreifen könne. Einen solchen Ernstfall hält Wiese indes bis auf weiteres für absolut unwahrscheinlich.

Investiert wurden 23,5 Mill. DM nach 24,4 Mill. DM im Vorjahr. Davon entfielen 15,1 Mill. DM auf das Stammwerk Verden und 8,4 Mill. DM auf das 1982 in Betrieb genommene Werk in Minden. Die Zahl der Effem-Mitarbeiter betrug zum Ende 1983 1075; das waren 51 mehr als 1982.

Die Effem-Marken werden nahezu ausschließlich über den Lebensmittelhandel vertrieben, der für das Verkaufs-Management in Verden wegen seiner starken Konzentration ein harter Verhandlungspartner ist. Zu Beginn des Jahres gelang die Durchsetzung einer Preisanhebung um zwei Prozent, doch Verkaufs-Chef Heinz Koch läßt durchblicken, daß er gern etwas mehr zugelangt hätte.

Vor „no names", den „weißen Produkten", fürchtet er sich nicht. Die Welle sei vorbei, meint er, und außerdem lasse sich Tiernahrung nicht über den Preis verkaufen, sondern nur über Qualität. Deshalb habe Effem sich seine Forschung und Produktentwicklung im vergangenen Jahr 13 Mill. DM kosten lassen. Ganz wesentlich trägt dazu freilich auch die Werbung bei, die 1983 rund 60 Mill. DM kostete.

CONTINENTAL ILLINOIS NATIONAL BANK

Potenter Käufer gesucht

H.-A. SIEBERT, Washington

Auf der Problemliste des Comptroller of the Currency in Washington – eine der drei Aufsichtsbehörden – stehen mehr als 600 amerikanische Geschäftsbanken. Wie 1983 wird vermutlich in diesem Jahr ein halbes Hundert wieder Pleite machen. Das wären 0,3 Prozent der rund 15 000 lizenzierten Institute. Ob die achtgrößte US-Bank, die Continental Illinois National Bank and Trust Company mit Hauptsitz in Chicago, dabei sein wird, hängt vom Vertrauen der institutionellen Einleger ab, von denen besonders viele in Europa und Japan sitzen.

Zunächst scheint Continental gerettet, nachdem die Regulatoren am Potomac zusammen mit 28 privaten Instituten das größte Auffangnetz in der amerikanischen Bankengeschichte geknüpft haben. Das Paket besteht aus 7,5 Mrd. Dollar (etwa 21 Mrd. DM), wobei die US-Notenbank die Bereitstellung weiterer Mittel im Notfall zugesagt hat. Zustande gekommen ist es in einer Nacht- und Nebelaktion, als sich herausstellte, daß die am Montag letzter Woche vereinbarten Hilfsmaßnahmen der 16 US-Banken, die 4,5 Mrd. Dollar umfaßten, den internationalen Run nicht stoppen würden.

Nach dem am Donnerstagmorgen unterzeichneten Papier investieren die Federal Deposit Insurance Corp. (FDIC) und die größeren US-Banken 2 Mrd. Dollar in die Continental Illinois; die staatliche Einlagen-Versicherungsgesellschaft bringt allein drei Viertel des neuen Kapitals. Es handelt sich um untergeordnete Schuldverschreibungen ohne Fälligkeitsdatum, die jederzeit abgerufen werden können. Die Verzinsung liegt um ein Prozent über Treasury Bills mit einjähriger Laufzeit.

Unter Führung der Morgan Guaranty Trust Co., New York, haben die amerikanischen Geschäftsbanken zudem ihre Zusagen um 1 auf 5,5 Mrd. Dollar aufgestockt. Diese Mittel bestehen in der Hauptsache aus Notenbanktagegeld (Federal Funds), das sich die Banken gegenseitig über Nacht leihen. Grob gerechnet müßte Continental damit aus dem Schneider sein; denn die in den Büchern stehenden faulen Kredite über 2,3 Mrd. Dollar sind nun mehr als gedeckt, da der Bank aus der „Montagsabsprache" schon 2,2 Mrd. Dollar zugeflossen sind, also sogar ein Polster von 1,9 Mrd. Dollar existiert.

Mindestens ebenso wichtig ist die Entscheidung der FDIC, die Limitierung der Einlagen-Versicherung auf jeweils 100 000 Dollar aufzuheben. Das heißt, bei Continental sind jetzt die Depositen insgesamt geschützt. Die Retail-Basis der Bank ist klein. 90 Prozent der Einlagen – 28 Mrd. Dollar – stammen von anderen Banken, Pensions- und Investmentfonds sowie Unternehmen, wovon wiederum die Hälfte auf Europa und Japan entfällt.

Gleichzeitig hat das Continental-Management dem Brokerhaus Goldman, Sachs &.Co. den Auftrag erteilt, unter den 50 größten Banken in der Welt nach einem Aufkäufer Ausschau zu halten. In Chicago weiß man, daß sich die schlechte Gewinnlage, die den Run der Ausländer ausgelöst hat, vorerst nicht ändert. Entsprechend schwierig ist es, einen Käufer zu finden, der in der Lage wäre, die Bilanzsumme von 41,4 Mrd. Dollar zu „schlucken". Als wahrscheinlichster Anwärter gilt im Augenblick die First National Bank Of Chicago. Von den weiteren Interessenten ist nur Citicorp bekannt, die jedoch jeden Kommentar ablehnte.

Continental zahlt heute den Preis für die allzu aggressive Expansion in den 70er Jahren. Das einseitige Engagement im Energiegeschäft kostete vor zwei Jahren mehr als eine Milliarde Dollar, als die Penn Square Bank in Oklahoma City zusammenbrach.

GERVAIS DANONE / Ergebnis verbessert

Am Preiskampf nicht beteiligt

DANKWARD SEITZ, München

Obwohl die Auswirkungen der zu erwartenden Brüsseler Entscheidungen zur EG-Agrarmarktreform für die Milchverarbeiter noch völlig im unklaren liegen, hofft die Gervais Danone AG, München, 1984 ein ähnlich gutes Ergebnis wie im vergangenen Jahr erzielen zu können. Nach Ansicht der Geschäftsführung besteht beim Verbraucher eine weiterhin hohe Konsumbereitschaft für Frischmilchprodukte, was sich im Marktwachstum (1983 um gut 5 Prozent) als auch im guten Absatz größerer Portionierungen und Mehrfachverpakkungen zeige.

Der Optimismus basiert aber auch darauf, sich 1984 wieder weitgehend aus dem unverändert harten Preiswettbewerb heraushalten zu können. Denn während die Branche 1983 ihre Preise um durchschnittlich 3 Prozent zurücknehmen mußte, waren es bei Gervais etwa 1 Prozent. Gleichzeitig konnte das Unternehmen, das sich als Marktführer in der Bundesrepublik sieht, seinen Umsatz um 5 Prozent auf 380,6 Mill. DM ausweiten. Dazu steuerten Frischkäse rund 45 Prozent, Desserts etwa 30 und Joghurt gut 25 Prozent bei. Die Exportquote bezifferte Verwaltungsdirektor Heiner Haslinger auf 10 Prozent.

Ihren Niederschlag fand diese Entwicklung, verstärkt durch Rationalisierungen und starke Kostenreduzierungen in der Produktion, in dem auf 5,9 (2,0) Mill. DM verbesserten Jahresüberschuß. Beteiligungserträge von 2,2 (1,5) Mill. DM brachten die österreichische Tochter sowie die inzwischen verkaufte Handelsbeteiligung Köppen & Co., Berlin.

Der Cash-flow erhöhte sich auf 19,1 (16,8) Mill. DM. Die langfristigen Verbindlichkeiten – gegenüber Banken bestehen keine – wurden um fast 4 Mill. auf 18,3 Mill. DM abgebaut. Aus dem Bilanzgewinn von 3,9 (2) Mill. DM erhält die französische Muttergesellschaft, die BSN SA in Paris, eine Dividende von 16 (6) Prozent auf das Grundkapital von 21 Mill. DM.

NAMEN

Gert Jennes, ist per 1. Juli zum Geschäftsführer der Bunawerke Hüls GmbH bestellt worden. Er tritt die Nachfolge von **Heinz Gröne** an, der aus Altersgründen ausscheidet.

Hans Jürgen Knauer wird zum 1. Juli Vorstandsvorsitzender bei der Stinnes AG, Mülheim/Ruhr. Er ist Nachfolger von **Günter Winkelmann**, der nach Vollendung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand treten wird. Bis auf weiteres bleibt Knauer Vorstandsvorsitzender der Veba Glas AG.

Rolf Beyer (49) ist zum 1. Oktober zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Ruhrgas AG, Essen, bestellt worden.

Dr. Leo König, persönlich haftender Gesellschafter der König-Brauerei KG, Duisburg, ist zum Vorstandsmitglied des Markenverbandes e.V. berufen worden.

Karsten Weber, Geschäftsführer der Towntree Mackintosh GmbH, Hamburg, wird sich per 30. Juni aus dem aktiven Dienst zurückziehen und ab 1. Juli 1984 den Vorsitz im Aufsichtsrat übernehmen. Sein Nachfolger als Geschäftsführer wird **Rainer J. Schicke**.

Rüdiger Schütte, zuletzt bei der Lindener Gilde-Bräu AG, Hannover, übernimmt am 1. Juli 1984 bei der Gerolsteiner Sprudel GmbH & Co., Gerolstein/Vulkaneifel, als stellvertretender Geschäftsführer das Ressort Vertrieb/Marketing.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

4 DM bei Ackermann

München (sz.) – Mit einer Ausschüttung von 4 DM je 50-DM-Aktie für 1983 nimmt die Ackermann-Göggingen AG, Augsburg, die Dividendenzahlung wieder auf. Zuletzt war das Grundkapital von 28 Mill DM mit 2,50 DM für 1981 bedient worden. Der Umsatz für das abgelaufene Geschäftsjahr wird mit 124 (129) Mill. DM angegeben. Die Hauptversammlung findet am 9. Juli statt.

Kupferberg zahlt Bonus

Mainz (dpa/VWD) – Die Christian Adalbert Kupferberg & Cie. KGaA, Mainz, schlägt der Hauptversammlung am 5. Juli für das Geschäftsjahr 1983 die Ausschüttung einer Dividende von unverändert 16 Prozent sowie zwei Prozent Bonus vor. Ausgewiesen wird ein Bilanzgewinn von rund 1,3 (Vorjahr 1,19) Mill. DM. Das 7,2 Mill. DM betragene Grundkapital liegt mehrheitlich bei A. Racke, Bingen.

AVU: Wieder 7 DM

Gevelsberg (VWD) – Die Aktiengesellschaft für Versorgungs-Unternehmen (AVU), Gevelsberg, schlägt der HV am 22. Juni für 1983 auf das Grundkapital von 60 Mill. DM eine unveränderte Dividende von 7 DM je 50-DM-Aktie vor.

Nürnberger 100 Jahre

Düsseldorf (Py.) – Die Nürnberger Lebensversicherung AG, Muttergesellschaft der Nürnberger Versicherungs-Gruppe, besteht 100 Jahre. Die Gesellschaft ist Bayerns älteste Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft und erster bayerischer Unfallversicherer. Im Jubiläumsjahr hatte die Nürnberger erstmals ein Neugeschäft von über 3 Mrd. DM. Der Bestand erreichte 20,2 Mrd. DM, die Kapitalanlagen 5,6 Mrd. DM.

Dorma-Türtechnik wächst

Düsseldorf (Py.) – Mit einer Umsatzsteigerung von 14 Prozent auf 193 Mill. DM hat die Dorma Baubeschlag GmbH + Co. KG, Ennepetal, in ihrem 75. Gründungsjahr ihre starke Marktposition im Bereich Türtechnik ausgebaut. Nahezu 45 Prozent des Umsatzes wurde im Ausland erzielt. Auf dem Inlandsmarkt wurde ein Umsatzplus von 12 Prozent erreicht.

Dividende in Sicht

Essen (Bm) – Die Stern-Brauerei Carl Funcke AG, Essen, will für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. September) erstmals nach vier Jahren wieder eine Dividende zahlen. Wie Vorstandschef Jürgen Siewert auf der HV ankündigte, werden zumindest die Kleinaktionäre bedacht werden. Dagegen habe sich der Großaktionär, die englische Gruppe Wattney Mann, die über 75 Prozent des Stern-Kapitals hält, entschieden, auf Zahlung dann zu verzichten, wenn das Ergebnis schlechter ausfällt als dies aus heutiger Sicht zu erwarten sei.

Deutsche Hilti sieht kaum Zuwachsraten

sz. München

Auf keine wesentlichen Zuwachsraten stellt sich die deutsche Hilti GmbH, 100prozentige Vertriebstochter der Liechtensteiner Hilti AG, im Geschäftsjahr 1984 ein. Im ersten Quartal konnte der Verkaufsumsatz noch um etwa 8 Prozent gesteigert werden. Doch ist nach Angaben Geschäftsführer Rolf Hilgers aufgrund der konjunkturellen Unsicherheiten und speziell in der Bauwirtschaft eine deutliche Zurückhaltung spürbar geworden.

Im vergangenen Jahr erzielte die Deutsche Hilti, die sich in den Bereichen Direktmontage und professionelle Bohrtechnik zu den führenden Unternehmen zählt, ein Umsatzplus von 8 Prozent auf 250 Mill. DM. Dieses Ergebnis wurde mit rund 1000 Mitarbeitern, davon knapp 800 im Vertrieb und technischen Beratung, erreicht. Das Betriebsergebnis war, so Hilgers, ausgeglichen und der Cash-flow mit „mehreren Millionen" positiv. Die Bilanzsumme gab er mit 154 Mill. DM und das Eigenkapital mit 37,4 Mill. DM an.

Die drei deutschen Produktionsstätten der Gruppe in Kaufering, Straß und Hemmingen mit zusammen fast 700 Beschäftigten unterstehen direkt der Mutter in Liechtenstein. Sie erzielte 1983 einen Gewinn von 23,4 Mill. sfr.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Eschweiler Tiefbau Enrico Pelline GmbH & Co., Eschweiler; **Berlin Charlottenburg:** Brille 54 Augenoptik GmbH; **Goslar:** „Tego" Schuh-GmbH; **Hannover:** Staha Verwaltungsges. mbH; **Hildesheim:** Johannes Anton Janssen; **Neustadt:** Gerold Mädge. Neustadt-Laderholz; **Offenburg:** Klein Autozubehör-Vertriebs GmbH; **Wiesbaden:** bonbon-cartes Produktions- u. Handelsges. mbH.

Vergleich beantragt: Hildesheim: Hildesheimer Büromöbel-Fabrik GmbH & Co. KG. Hildesheimer Büromöbel-Fabrik Verwaltungs GmbH; **Mainz:** Schweikhard Ingelheim GmbH.

RADIO- UND FERNSEHHANDEL / Besseres Konsumklima kaum spürbar

Preiswende kommt in zwei Schüben

HARALD POSNY, Köln

Die Preisentwicklung im Bereich Rundfunk, Fernsehen und Video wird auch 1984 sehr unterschiedlich bleiben. Während sich im Bereich Farbfernsehen die Hersteller bemühen, mit Preiserhöhungen aus den eigenen roten Zahlen herauszukommen, ist in anderen Bereichen, so im Hifi-Sektor, nur punktuell mit Preissteigerungen zu rechnen. Allein im Videobereich wird es keine Erhöhungen geben, eher ist mit dem Gegenteil zu rechnen.

Aus der Sicht des Deutschen Radio- und Fernsehfachverbands (DRFFV) in der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels dürften jetzt nach und nach die zu Anfang des Jahres beim Handel durchgesetzten Preissteigerungen für Farbfernseher mit drei bis 3,5 Prozent zum Verbraucher durchschlagen. Noch fließen Lagervorräte zu alten Preisen ab. Weitere Preiserhöhungen in ähnlicher Größenordnung will der Vorsitzende des DRFFV, Günter Preuten, bis zum Jahresende nicht ausschließen. Diese Preiserhöhungen dürften dann auch die angestrebten Umsatzsteigerungen von drei Prozent übers Jahr beherrschen, denn das Farbfernsehgeschäft machte 1983 mit einem Absatz von 2,5 (2,45) Mill. Stück im Wert von 4,2 (3,9) Milliarden Mark fast 30 Prozent des Umsatzes im Fachhandel aus. Der Videobereich bestreitet mit einem Absatz von 1,42 (1,2) Millionen Stück im Wert von 2,64 (2,54) Milliarden DM etwa 27 Prozent.

Derzeit spürt Preuten „trotz äußerst attraktiver Produkte" noch wenig vom gestiegenen Konsumklima, obwohl zwei sportliche Großveranstaltungen unmittelbar bevorstehen. Für Preuten steht außer Zweifel, daß sich z. B. der Videorecorder wegen der nächtlichen Sendezeiten aus Los Angeles als besonders nützlich erweisen wird.

Der Fachhandel, wo sich etwa 11 700 Betriebe tummeln, aber rund 7140 nur knapp 17 Prozent des Gesamtumsatzes bestreiten, hat wegen des schlechten Weihnachtsgeschäfts die angestrebte Umsatzsteigerung von vier bis fünf Prozent nicht erreicht. Bescheiden blieb der Zuwachs um ein Prozent, preisbereinigt bei drei Prozent. Das Inlandsmarktvolumen in Unterhaltungselektronik zu Endverbraucherpreisen bezifferte DRFFV-Geschäftsführer Holger Wenzel auf rund 14,6 (13,9) Milliarden Mark.

Die Ertragssituation hat sich im Handel weiter verschlechtert. Das habe die an sich erfreuliche Tatsache belastet, daß der Handel seine Marktanteile bei problemvollen Artikeln deutlich ausdehnen konnte. Der Verkauf von Videospielen erlebte 1983 seinen Höhepunkt mit 392 000 Konsolen und 1,6 Millionen Spielcassetten.

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Montag die Gold- und Kupfernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Leicht abgeschwächt ging Silber aus dem Markt. Fester, mit Ausnahme des schwachen verfügbaren Monats, notierte Kaffee. Durchweg niedriger wurde Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

	21. 5.	18. 5.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	396,50	383,00
Juli	369,00	358,00
Sept.	369,00	358,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	21. 5.	18. 5.
St. Lawrence 1 CW	245,25	245,25
Amber Durum	230,90	223,65
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	geschl.	141,50
Juli	geschl.	142,50
Okt.	geschl.	144,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	geschl.	143,50
Juli	geschl.	138,00
Okt.	geschl.	135,80
Hafer Chicago (c/bush)	21. 5.	18. 5.
Mai	193,00	187,75
Juli	191,50	183,00
Sept.	186,25	186,25
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	355,50	355,75
Juli	354,50	343,75
Sept.	327,25	322,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	21. 5.	18. 5.
Mai	geschl.	144
Juli	geschl.	140,40
Okt.	geschl.	130,20

Genußmittel

	21. 5.	18. 5.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Mai	154,00	155,00
Juli	156,10	154,25
Sept.	155,00	151,75
Kakao		
New York ($/t)	21. 5.	18. 5.
Terminkontr. Juli	2686	2705
Sept.	2690	2707
Dez.	2537	2580
Umsatz	5495	10579
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	6,09	5,83
Sept.	6,37	6,12
Okt.	6,60	6,36
Jan.	7,10	6,90
März	7,73	7,48
Umsatz	12 265	4 925
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	21. 5.	18. 5.
	5,56	–
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	21. 5.	18. 5.
Kontrakt Mai	2490–2500	2444–2448
Juli	2505–2510	2473–2475
Sept.	2408–2410	2345–2348
Umsatz	7803	8436
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	2065–2068	2001–2005
Juli	2074–2075	2012–2014
Sept.	2066–2067	2011–2012
Umsatz	–	5976
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Aug.	169,40–170,00	157,20–157,40
Okt.	177,40–178,40	166,00–166,20
Dez.	189,00–190,80	173,40–173,60
Umsatz	–	1175
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	21. 5.	18. 5.
schw. Sarawak spez.	647,50	350,00
weißer Sarawak	640,00	640,00
weißer Muntok	350,00	647,50

	21. 5.	18. 5.
Orangensaft		
New York (c/lb)		
Juli	179,10	180,50
Sept.	179,00	179,90
Nov.	177,40	177,50
Jan.	177,20	177,50
März	177,10	177,10
Umsatz	1200	2000

Öle, Fette, Tierprodukte

	21. 5.	18. 5.
Erdnußöl		
New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	59,00	59,00
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	40,25	39,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	39,55	41,00
Juli	39,25	39,75
Aug.	37,60	38,25
Sept.	35,70	36,00
Okt.	32,50	32,80
Dez.	30,55	30,60
Jan.	30,00	30,00
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	41,50	42,00
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	35,00	35,50
Choice white hog 4% fr. F.	22,00	22,00
Talg		
New York (c/lb)		
top white	23,00	23,00
fancy	22,75	22,25
bleichfähig	21,00	21,00
yellow max. 10% fr. F.	18,75	18,75
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Juni	53,35	53,80
Juli	57,30	57,80
Aug.	58,05	58,85
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Mai	65,05	68,55
Juli	64,40	66,10
Aug.	63,35	65,00
Rinder		
Chicago (c/lb)	21. 5.	18. 5.
Ochsen ausb. schwere River Northern	63,00	63,00
Kühe ausb. schwere River Northern	70,00	70,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Mai	888,00	888,00
Juli	892,50	888,00
Aug.	878,00	867,00
Sept.	802,00	800,00
Nov.	745,50	747,00
Jan.	756,50	759,00
März	769,00	770,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Mai	198,30	197,00
Juli	204,00	202,00
Aug.	205,00	203,00
Sept.	197,00	197,00
Okt.	187,50	185,00
Dez.	188,20	187,50
Jan.	189,50	189,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	21. 5.	18. 5.
Mai	geschl.	398,50
Juli	geschl.	400,00
Okt.	geschl.	392,50
Kokosöl		
New York (c/lb)	21. 5.	18. 5.
Westküste fob Werk	66,00	66,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	21. 5.	18. 5.
jegl. Herk. cif	1200,00	1175,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	645,00	635,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	1080,00	995,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	305,00	292,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1550,00	1450,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	345,00	337,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	21. 5.	18. 5.
Baumwolle		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
Juli	85,35	84,80
Aug.	82,35	80,80
Okt.	80,82	79,90
Dez.	77,45	76,80
März	78,50	77,80
Mai	78,90	78,30
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	50,25	51,00
Wolle		
Lond. (Neus. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	21. 5.	18. 5.
Mai	420–437	42,00–43,70
Aug.	448–451	45,00–45,40
Okt.	449–452	45,10–45,40
Umsatz	41	74
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	21. 5.	18. 5.
Mai	52,00	51,90
Juli	50,10	50,00
Okt.	50,80	50,50
Dez.	50,60	50,50
Umsatz	2250	0
		Tendenz: stetig
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	21. 5.	18. 5.
Mai	572,0–576,0	572,0–575,0
Juli	580,0–581,0	580,0–582,0
Okt.	569,0–570,0	570,0–571,0
Umsatz	26	66
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	21. 5.	18. 5.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	21. 5.	18. 5.
Mai	13 897	13 887
Juni	13 866	13 848
Kautschuk		
London (p/kg)	21. 5.	18. 5.
Nr. 1 RSS loco	69,00–71,00	71,00–73,50
Juni	68,00–71,00	70,00–72,00
Juli	69,50	71,70–73,00
Aug.	72,00–72,50	73,40–74,00
		Tendenz: ruhig
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	21. 5.	18. 5.
Juni	221,00–221,50	226,50–227,00
Juli	226,00–226,50	231,50–232,50
Nr. 2 RSS Juni	218,50–219,50	222,50–223,50
Nr. 3 RSS Juni	214,00–215,00	218,00–220,00
Nr. 4 RSS Juni	207,00–208,00	212,00–213,00
		Tendenz: ruhig
Jute London (£/lgt)	21. 5.	18. 5.
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. = 76 lbs – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	21. 5.	18. 5.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	131,21–131,59	123,23–123,42
drittfolg. Monat	129,88–129,88	124,95–125,95
Zink: Basis London		
laufend. Monat	268,27–288,65	274,01–274,40
drittfolg. Monat	264,53–264,92	265,53–264,92
Produz.-Preis	301,80	298,88
Feinzinn 99,9%	3828–3864	3833–3871

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	21. 5.	18. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke		
(DEL-Notiz*)	395,93–397,88	395,71–397,63
Blei in Kabeln	139,00–140,00	131,00–132,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	21. 5.	18. 5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	389–393	388–389
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	430–437	430–432
MS 63	421–425	421–426

Zinn-Preis Penang

	21. 5.	18. 5.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	21. 5.	18. 5.
Leg. 225	410–423	415–428
Leg. 226	412–425	417–430
Leg. 231	442–455	447–460
Leg. 233	452–465	457–470

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	21. 5.	18. 5.
Platin (DM je g)	37,30	37,00
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	34 300	33 500
Rücknahmepr.	33 550	32 750
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	34 200	33 370
Rücknahmepr.	33 670	32 850
verarbeitet	35 890	35 020
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 880	32 930
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	827,20	799,40
Rücknahmepr.	810,50	783,30
verarbeitet	863,00	834,90

Internationale Edelmetalle

	21. 5.	18. 5.
Gold (US-$/Feinunze)		
London 10.30	380,35	374,80
15.00	380,75	375,25
Zürich mittags	379,80–380,30	375,50–376,00
Paris (1 kg-Barren) mittags	103 400	101 100
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	640,40	640,40
3 Monate	654,95	654,95
6 Monate	670,30	670,30
12 Monate	700,80	700,80
Platin (£-Feinunze)		
London fr. Markt	281,85	279,20
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	112,25	112,15

New Yorker Preise	21. 5.	18. 5.
Gold H & H Ankauf	380,75	375,00
Silber H & H Ankauf	919,50	889,00
Platin fr. Händlerpr.	385,00–388,50	385,00–388,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	155,00–158,00	154,50–155,50
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Mai	909,00	911,80
Juni	911,00	913,80
Juli	919,00	922,00
Sept.	938,00	941,00
Dez.	968,00	971,80
Jan.	978,00	980,40
März	995,00	1050,00
Umsatz	27 000	32 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	21. 5.	18. 5.
Mai	63,35	62,80
Juni	63,40	63,05
Juli	64,00	63,80
Sept.	65,45	65,10
Dez.	67,50	67,10
Jan.	68,20	67,80
März	69,55	69,30
Umsatz	7 000	1 000

Londoner Metallbörse

	21. 5.	18. 5.
Aluminium (£/t)		
Kasse	900,00–901,00	899,50–900,00
3 Monate	917,50–918,50	917,00–917,50
Blei (£/t) Kasse	343,00–344,00	340,00–341,00
3 Monate	339,50–340,00	336,00–336,50
Kupfer		
Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	1013,0–1014,0	1013,0–1014,0
3 Monate	1030,0–1030,5	1030,0–1030,5
abends Kasse	1018,5–1019,0	–
3 Monate	1035,0–1035,5	–
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1021,0–1022,5	1015,0–1016,0
3 Monate	1031,0–1033,0	1026,5–1027,0
Zink (£/t) Kasse	743,80–744,00	747,00–748,00
3 Monate	682,00–682,50	685,50–686,50
Zinn (£/t) Kasse	9070–9075	9975–9080
3 Monate	8950–8960	8960–8965
Quecksilber		
$/Fl.)	300–315	–
Wolfram-Erz		
($/T-Einh.)	85–90	–

Einladung zur Hauptversammlung der Bayerischen Motoren Werke Aktiengesellschaft München

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am Donnerstag, dem 5. Juli 1984, um 10.00 Uhr, im BMW Haus in München, Petuelring 130, stattfindenden 64. ordentlichen Hauptversammlung eingeladen.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1983, des Geschäftsberichts und des Berichts des Aufsichtsrats sowie des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 1983 und des Konzerngeschäftsberichts.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns.
3. Beschlußfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands.
4. Beschlußfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats.
5. Wahlen zum Aufsichtsrat.
6. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens 28. Juni 1984 bei unserer Gesellschaft in München oder einer der nachstehenden Stellen hinterlegt haben und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen. Hinterlegungsstellen sind außer unserer Gesellschaft in München, Petuelring 130, folgende Banken in München, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg und Saarbrücken: Dresdner Bank AG, Bank für Handel und Industrie AG, Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Berlin AG, ADCA-Bank AG Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Bank für Gemeinwirtschaft AG, Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, Bayerische Landesbank Girozentrale, Bayerische Vereinsbank AG, Berliner Bank AG, Berliner Commerzbank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Commerzbank AG, Merck, Finck & Co., Trinkaus & Burkhardt, Vereins- und Westbank AG, M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Westdeutsche Landesbank Girozentrale, Commerz-Credit-Bank AG Europartner, Deutsche Bank Saar AG

in Österreich:
Creditanstalt-Bankverein, Wien, Österreichische Länderbank AG, Wien

in der Schweiz:
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich, Schweizerische Kreditanstalt, Zürich, Schweizerischer Bankverein, Basel.

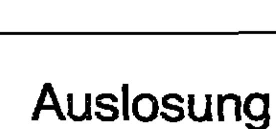
Werden die Aktien bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank hinterlegt, so ist die Bescheinigung des Notars oder der Wertpapiersammelbank über die erfolgte Hinterlegung spätestens am 29. Juni 1984 bei unserer Gesellschaft einzureichen.

Die Hinterlegung kann auch in der Weise geschehen, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Die Einladung zur Hauptversammlung mit vollem Wortlaut der Tagesordnung ist im Bundesanzeiger Nr. 96 vom 22. Mai 1984 veröffentlicht.

München, den 22. Mai 1984 Der Vorstand

Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft München



BMW AG

HARPENER AKTIENGESELLSCHAFT

Dortmund

Wir erlauben uns, die Aktionäre unserer Gesellschaft zu der

am Montag, dem 2. Juli 1984, 11.00 Uhr
im großen Saal des Restaurants „Krone",
Dortmund, Markt 10,

stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

einzuladen.

Tagesordnung

1. a) Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. 12. 1983 mit dem Geschäftsbericht des Vorstands und dem Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983
   b) Vorlage des Teilkonzernabschlusses und des Teilkonzerngeschäftsberichts zum 31. 12. 1983
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 1983
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1983
4. Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984

Die vollständige Einladung mit den Vorschlägen zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 96 vom 22. Mai 1984 veröffentlicht worden. Außerdem verweisen wir auf die unseren Aktionären von ihren Depotbanken zugehenden Unterlagen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am **Dienstag, dem 26. Juni 1984,** bei der Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der in der vollständigen Einladung aufgeführten Hinterlegungsstellen in den üblichen Geschäftsstunden hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen.

Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer Bank bis zum Ende der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden.

Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank ist die von diesen hierüber auszustellende Bescheinigung spätestens am **Mittwoch, dem 27. Juni 1984,** bei der Gesellschaft einzureichen.

Den zur Teilnahme berechtigten Personen werden Eintritts- und Stimmkarten erteilt.

Dortmund, im Mai 1984

Der Vorstand

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Dietrich Windberg
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Auslosung

Am 15. Mai 1984 wurde unter Mitwirkung unseres Treuhänders die 3. planmäßige Auslosung folgender Emission vorgenommen:

7½% Hypothekenpfandbriefe Reihe 102 J/J
– 237 097 –

Es wurde die Gruppe 2
in allen Wertabschnitten ausgelost.

Die Einlösung der ausgelosten Stücke wird ab 1. Juli 1984 zum Nennwert gegen Einreichung der Stücke mit den noch nicht fälligen Zinsscheinen per 2. 1. 85 ff. durchgeführt. Fehlende Zinsscheine werden vom Kapitalbetrag gekürzt. Einreichungen können bei unserer Gesellschaft in Hamburg bzw. Berlin sowie bei allen Banken im Bundesgebiet und West-Berlin vorgenommen werden.

Mit Ablauf des 30. Juni 1984 endet die Verzinsung der ausgelosten Schuldverschreibungen.

Restantenliste

– Stand vom 2. Mai 1984 –

Aus folgenden Emissionen, die zu den genannten Terminen ausgelost, gekündigt oder endfällig waren, sind uns noch nicht alle aufgerufenen Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

237 013	4 % Hyp.-Pfe. Reihe 18 J/J alle restl. Stücke	verl./gek. z. 1. 7. 65–1. 7. 76
237 021	4 % Hyp.-Pfe. Reihe 26 J/J alle restl. Stücke	endf. z. 1. 7. 81
237 030	5 % Hyp.-Pfe. Reihe 35 J/J alle restl. Stücke	gek. z. 1. 7. 78
237 091	8½% Hyp.-Pfe. Reihe 96 A/O alle restl. Stücke	endf. z. 1. 10. 80
237 100	8 % Hyp.-Pfe. Reihe 105 J/J alle restl. Stücke	endf. z. 1. 7. 81
237 101	8 % Hyp.-Pfe. Reihe 106 A/O alle restl. Stücke	gek. z. 1. 4. 78
237 103	8 % Hyp.-Pfe. Reihe 108 J/J alle restl. Stücke	gek. z. 1. 7. 78
237 105	7½% Hyp.-Pfe. Reihe 110 A/O alle restl. Stücke	endf. z. 1. 4. 84
237 109	7½% Hyp.-Pfe. Reihe 114 J/J alle restl. Stücke	endf. z. 1. 7. 82
237 111	8 % Hyp.-Pfe. Reihe 116 J/J alle restl. Stücke	gek. z. 1. 7. 78
237 113	8 % Hyp.-Pfe. Reihe 118 A/O alle restl. Stücke	endf. z. 1. 10. 82
237 115	7½% Hyp.-Pfe. Reihe 120 A/O alle restl. Stücke	endf. z. 1. 4. 84
237 116	8 % Hyp.-Pfe. Reihe 121 A/O alle restl. Stücke	gek. z. 1. 10. 78
237 121	8 % Hyp.-Pfe. Reihe 126 J/J alle restl. Stücke	endf. z. 2. 1. 78
237 122	8 % Hyp.-Pfe. Reihe 127 J/J alle restl. Stücke	gek. z. 2. 1. 79
237 125	9 % Hyp.-Pfe. Reihe 130 J/J alle restl. Stücke	gek. z. 1. 7. 79
237 126	9 % Hyp.-Pfe. Reihe 131 1. 8. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 8. 83
237 129	9 % Hyp.-Pfe. Reihe 134 J/J alle restl. Stücke	gek. z. 2. 1. 79
237 131	5½% Hyp.-Pfe. Reihe 136 A/O alle restl. Stücke	endf. z. 1. 10. 81
237 159	5¾% Hyp.-Pfe. Reihe 164 1. 9. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 9. 83
237 163	5¾% Hyp.-Pfe. Reihe 168 1. 9. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 9. 83
237 166	5½% Hyp.-Pfe. Reihe 171 1. 9. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 9. 83
237 343	8 % Komm.-Schuldv. Reihe 49 A.O. Gr. 9 Gruppe 6	verl. z. 1. 10. 82 verl. z. 1. 10. 83
237 347	8 % Komm.-Schuldv. Reihe 53 A/O alle restl. Stücke	endf. z. 1. 10. 82
237 354	8 % Komm.-Schuldv. Reihe 60 1. 7. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 7. 82
237 356	7 % Komm.-Schuldv. Reihe 62 1. 4. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 4. 81
237 359	8 % Komm.-Schuldv. Reihe 65 1. 7. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 7. 81
237 364	7½% Komm.-Schuldv. Reihe 70 1. 10. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 10. 79
237 368	7 % Komm.-Schuldv. Reihe 74 1. 10. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 10. 80
237 370	6½% Komm.-Schuldv. Reihe 76 2. 1. alle restl. Stücke	endf. z. 2. 1. 82
237 377	6 % Komm.-Schuldv. Reihe 83 1. 10. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 10. 81
237 385	5 % Komm.-Schuldv. Reihe 91 1. 12. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 12. 82
237 397	5½% Komm.-Schuldv. Reihe 103 1. 11. alle restl. Stücke	endf. z. 1. 11. 83

Hamburg/Berlin, im Mai 1984

DG HYP Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank – Hypothekenbank der Volksbanken und Raiffeisenbanken

---



ADCA-BANK

Aktiengesellschaft
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Berlin – Frankfurt am Main

- Wertpapier-Kenn-Nummer 800000 -

EINLADUNG
zur ordentlichen Hauptversammlung

Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu der am Dienstag, dem 3. Juli 1984, 10.00 Uhr, im Hotel Kempinski, Berlin, Kurfürstendamm 27, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung unseres Hauses ein.

Die vollständige Veröffentlichung der Tagesordnung und der Teilnahmebedingungen (Stimmberechtigung und Hinterlegung der Aktien) erfolgt am 22. Mai 1984 im Bundesanzeiger Nr. 96 und im Handelsblatt Nr. 97.

Berlin – Frankfurt am Main, im Mai 1984

ADCA-BANK
Aktiengesellschaft
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
DER VORSTAND

Electricity Supply Commission (ESCOM)

Sandton/Südafrika

6¼% Anleihe von 1972/87 über DM 100 000 000,–

– Wertpapier-Kenn-Nr. 462 401 / 410

Die am 1. September 1984 fällige siebte Tilgungsrate ist am 9. Mai 1984 gemäß § 3 der Anleihebedingungen ausgelost worden.

Gezogen wurde die Serie 5
in Höhe von DM 10 000 000,–
– Kenn-Nummer 462 405 –
umfassend
10 000 Teilschuldverschreibungen
zu je DM 1000,–
Nr. 040 001 – 050 000

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen (mit Zinsscheinen zum 1. September 1985 uff.) werden den Inhabern kostenfrei zum Nennwert eingelöst.

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend aufgeführten Banken und deren Niederlassungen:

Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Crédit Commercial de France & Co. oHG
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
Effectenbank-Warburg Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Merck, Finck & Co.
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Norddeutsche Hypotheken- und Wechselbank Aktiengesellschaft
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Reuschel & Co.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M.M. Warburg – Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) bei den Hauptniederlassungen der in den Anleihebedingungen aufgeführten Banken unter den dort genannten Bedingungen.

Die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen endet mit dem Tage, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden.

Für noch nicht fällige Zinsscheine, die bei der Einlösung nicht mit eingereicht werden, wird der Kapitalbetrag der eingelösten Teilschuldverschreibungen um den Betrag der fehlenden Zinsscheine gekürzt.

Von den zum 1. September 1978, 1979, 1980, 1981, 1982 und 1983 ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 4, 10, 3, 1, 6 und 2 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Frankfurt am Main, im Dezember 1983

Im Auftrag
Dresdner Bank Aktiengesellschaft

Pflichtblatt für Deutschland

Die WELT ist Pflichtblatt für Finanzveröffentlichungen an allen acht deutschen Wertpapierbörsen in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.

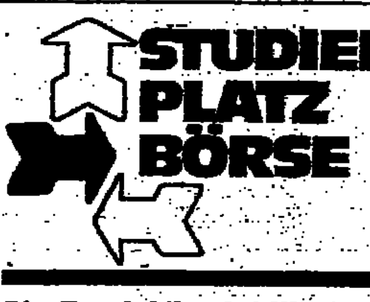
W 3482

Der Uhu braucht unsere Hilfe

Rettung des Königs der Nacht durch die Noahs von heute

Sie wollen wissen warum?
Sie wollen wissen wie?
Dann fordern Sie bei der Aktion zur Wiedereinbürgerung des Uhus, Hertzweg 13, 5650 Solingen, die Info-Mappe an (3,50 DM in Briefmarken beilegen).

Die Veröffentlichung dieser Anzeige wurde durch die Spende des Verlages ermöglicht.



Qualitäts-Karriere

Es geht um Komponenten und Systeme für die Qualitätssicherung in der metallverarbeitenden Industrie, um ihre Entwicklung und Herstellung. Im Marketing-Bereich warten Aufgaben auf Diplom-Ingenieure und Diplom-Wirtschaftsingenieure: In einem nordrhein-westfälischen Unternehmen können sie Marktstrategien in hoher Eigenverantwortlichkeit planen und realisieren. Diese und viele andere interessante Stellenangebote finden Sie am Samstag, 26. Mai, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85

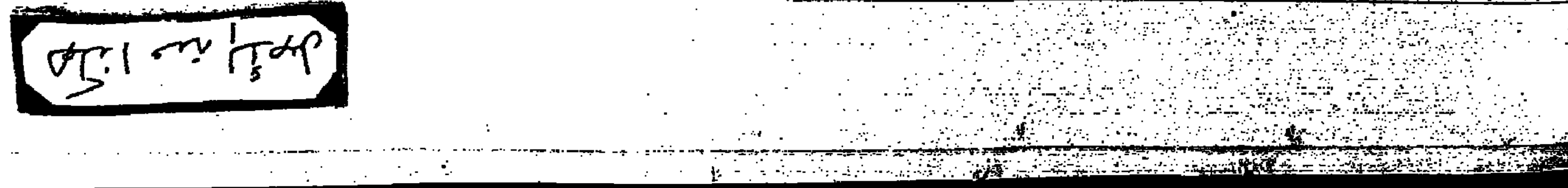
Humanmedizin
2. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Bonn
2 Aachen	Erlangen
3 Aachen	Lübeck
4 Aachen	Münster
5 Bonn	Freiburg
6 Bonn	Hamburg
7 Bonn	Lübeck
8 Bonn	Uni Kiel
9 Bonn	Münster
10 Bonn	Tübingen
11 Bochum	Münster
12 Düsseldorf	Freiburg
13 Düsseldorf	Hannover
14 Düsseldorf	Hamburg
15 Düsseldorf	Marburg
16 Düsseldorf	TU München
17 Essen	Aachen
18 Essen	Bonn
19 Essen	Düsseldorf
20 Essen	Heidelberg
21 Essen	Lübeck
22 Essen	Mainz
23 Essen	Tübingen
24 Essen	Ulm
25 Frankfurt	Bochum
26 Frankfurt	Heidelberg
27 Frankfurt	Münster
28 Frankfurt	Mainz
29 Freiburg	Hamburg
30 Gießen	Freiburg
31 Gießen	Göttingen
32 Gießen	Würzburg
33 Göttingen	Bochum
34 Göttingen	Münster
35 Göttingen	Würzburg
36 Hannover	Bonn
37 Hannover	Heidelberg
38 Hannover	Tübingen
39 Heidelberg	Münster
40 Heidelberg	Uni München
41 Hamburg	Freiburg
42 Hamburg	Heidelberg
43 Hamburg	Uni Kiel
44 Hamburg	Tübingen
45 Uni Kiel	Heidelberg
46 Uni Kiel	TU München
47 Uni Kiel	Uni München
48 Uni Kiel	Tübingen
49 Uni Kiel	Würzburg
50 Marburg	Erlangen
51 Marburg	Freiburg
52 Marburg	Gießen
53 Marburg	Hannover
54 Marburg	Hamburg
55 Marburg	Lübeck
56 Marburg	Uni Kiel
57 Marburg	Uni München
58 Marburg	Würzburg
59 Münster	Düsseldorf
60 Münster	Heidelberg
61 Münster	Lübeck
62 Münster	TU München
63 Münster	Uni München
64 Münster	Tübingen
65 Mainz	Erlangen
66 Saarbrücken	Hamburg
67 Saarbrücken	Lübeck
68 Saarbrücken	Uni Kiel
69 Tübingen	TU München
70 Tübingen	Uni München
71 Ulm	Mainz
72 Würzburg	Erlangen
73 Würzburg	Uni München

Humanmedizin
3. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Freiburg
2 Aachen	Uni München
3 Aachen	Tübingen
4 FU Berlin	Hamburg
5 FU Berlin	Uni Kiel
6 Erlangen	TU München
7 Erlangen	Uni München
8 Frankfurt	Bonn
9 Hamburg	Uni München
10 Köln	Aachen
11 Köln	Hamburg
12 Marburg	Frankfurt
13 Marburg	Hamburg
14 Marburg	Köln
15 Marburg	Mannheim
16 Marburg	Mainz
17 TU München	Freiburg
18 TU München	Tübingen

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1984



Renten wenig verändert

Trotz des weiteren Dollaranstiegs konnte sich der Rentenmarkt am Wochenbeginn weitgehend behaupten. Mit Spannung verfolgt man die weitere Zinsentwicklung in den USA, denn letzten Endes entscheidet sich dort auch der Zinstrend in der Bundesrepublik. Rentenmarktexperten glauben nicht, daß sich das Zinsniveau noch weiter von dem in den USA abkoppeln läßt. Öffentliche Anleihen schwankten um 0,10 Prozentpunkte nach beiden Seiten. Ähnlich war die Situation bei DM-Auslandsanleihen. Pfandbriefe blieben bei ruhigem Geschäft nahezu unverändert.

Bundesanleihen

		21. 5.	18. 5.
F 8 Bund 78 III	9/84	99,85	99,95
8¼ dgl. 78	9/84	100,35G	100,35
8 dgl. 78 IV	12/84	99,95	99,55
6¼ dgl. 79	1/85	99,9	99,9
8½ dgl. 73 I	3/85	101,4G	101,4
7 dgl. 79	4/85	100,3	100,3
7¼ dgl. 78 II	6/85	100,6	100,6G
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,15	101,2
8 dgl. 76 IV	10/85	101,4	101,4
5½ dgl. 78 II	2/86	98,2	98,25
5¼ dgl. 78	5/86	98,2G	98,2
7¼ dgl. 78 I	12/86	99,85	99,85
6½ dgl. 79	1/87	98,8	98,8G
7¼ dgl. 78 II	1/87	99,7	99,8G
8¾ dgl. 77	4/87	98,75G	98,9G
6½ dgl. 77	7/87	97,5	97,4
6 dgl. 72	10/87	95,35	95,2
6 dgl. 78 I	1/88	95,15	95,15
6½ dgl. 78 I	9/88	96,45	96,45G
6½ dgl. 78 II	12/88	96,4G	96,4G
6¾ dgl. 79	1/89	97,25G	97,25
7¼ dgl. 79 I	4/89	98G	98
10 dgl. 81	4/89	107,6	107,6
7½ dgl. 79 I	6/89	98,2	98,2
8 dgl. 79 I	7/89	100,3	100,35
8 dgl. 79 II	8/89	100,3	100,35
7½ dgl. 79 II	9/89	98,4G	98,4
7¾ dgl. 79 II	11/89	99,1G	99,1
7¾ dgl. 80 I	1/90	99,2G	99,2
10 dgl. 80	4/90	108,7	108,7
5¾ dgl. 78	5/90	91,9	91,9
8¼ dgl. 80 I	7/90	100,5G	100,56
8¼ dgl. 80 II	11/90	100,85	100,35
7¾ dgl. 82	11/90	98G	98
9 dgl. 81	2/91	103,7	103,7
10¼ dgl. 81	7/91	110,15bG	110,25
10¾ dgl. 81	9/91	112,8	112,98
10 dgl. 81 II	12/91	109,25	109,25
9¾ dgl. 82 I	1/92	107,76	107,7
9¾ dgl. 82 II	3/92	107,85	107,85
6 dgl. 78 II	3/93	90G	90
9,5 dgl. 82	4/92	106,65G	106,65
9 dgl. 82	5/92	103,80G	103,75

		21. 5.	18. 5.
F 6½ dgl. 79	2/85	99,95	99,95
8½ dgl. 73	2/85	101,2	101,2
7 dgl. 77	2/87	98,1G	98,1
6 dgl. 77	9/87	95,4G	95,4
6 dgl. 78 II	7/88	93,5	93,5
6½ dgl. 77	5/88	94,65G	94,65
8 dgl. 79 I	7/89	100,15	100,15
6 dgl. 78 I	2/90	91,1	91,1
8 dgl. 80 II	7/90	99,65	99,55
9 dgl. 81	3/91	104	104
10½ dgl. 81	9/91	111,8G	111,8
10¼ dgl. 81	11/91	110,75G	110,75
8 dgl. 80 I	2/92	98,25	98,35
10 dgl. 82	2/92	109,45	109,45
9½ dgl. 82	7/92	106,8	106,8
8 dgl. 82	11/92	98,05	98,05
7¾ dgl. 83	1/93	96,55	96,55
8¼ dgl. 83	10/93	99,7	99,7

Bundespost

		21. 5.	18. 5.
F 6½ Bdpost 68	8/88	98,8G	98,8G
8 dgl. 72 I	9/87	100,5	100,45
10 dgl. 81	3/89	107,85	107,85
10¼ dgl. 81	6/89	108,9	108,9
8 dgl. 80	3/90	99,75	99,7
7¾ dgl. 80	9/90	98,1	98,1
8¾ dgl. 80	12/90	102,65	102,85
10½ dgl. 81	10/91	112G	112
9¾ dgl. 82	2/92	107,8G	107,2
8¾ dgl. 82	6/92	102,6	102,55
8½ dgl. 82	10/92	100,95	100,95
7¾ dgl. 83	2/93	96,4	96,5
8½ dgl. 83	9/93	101G	100,9
8¼ dgl. 84	2/94	99,75	99,7

Länder – Städte

		21. 5.	18. 5.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	97,75G	97,75
8¼ dgl. 82	92	99,85	99,9

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

	21. 5.	16. 5.
M 5½ Bayer.Habs Pf 14	92,25G	95,25G
8 dgl. Pf 20	82G	82G
8¾ dgl. Pf. 2	95,25G	95,25G
7 dgl. Pf 3	94,75G	94,75bG
7 dgl. Pf 27	100bG	100bG
8½ dgl. KS 14	97,5G	97,5G
7¼ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5¾ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	74,25G	74,25G
8 dgl. KO Pf 50	100G	100G

	21. 5.	16. 5.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	118G
6 dgl. 14	90,1	90,1G
6 dgl. 47	79G	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,4G	94,4
8 dgl. Pf 73	100,8G	101,8G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp.l.Hbg. Pf 99	81,25	81,25
8½ dgl. Pf 80	89,9G	89,9G

	21. 5.	16. 5
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	76G	76G
7 dgl. Pf 100	100,1G	100,1G
D 8 WestLB Pf 350	101,1G	101,2G
8¾ dgl. Pf 403	97,85G	97,8G
9¾ dgl. Pf 1007	105,35G	105,35G
8 dgl. Pf 1015	99G	98,75G
7 dgl. KO 556	100,15G	100,35G
6¼ dgl. KS 420	95,45G	95,4G
9¼ dgl. KO 1301	104,6G	104,6G

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Ausländische Aktien in DM

ZAHLEN

LEICHTATHLETIK

Nationales Meeting der „DDR" in Karl-Marx-Stadt, zweiter Tag. Männer: 400 m: 1. Carlowitz (Karl-Marx-Stadt) 45.40 – Frauen: 200 m: 1. Koch (Rostock) 22.13. – **Internationales Meeting in Los Angeles:** Männer: Stabhoch: 1. Tully 5.77 (USA-Rekord, Jahres-Weltbestleistung). – **Internationales Meeting in Pulman/Washington:** Männer. 800 m: 1. Cruz (Brasilien) 1:45.12 (Welt-Jahresbestleistung). – **Internationales Sportfest** in Sofia: Männer. Hochsprung: 1. Kotowitsch (UdSSR) 2.33 m. – Frauen: 100 m (0.3 m Gegenwind): 1. Georgieva (Bulgarien) 11.22 Sek.. . . . 3. Gaugel (Deutschland) 11.33 (DLV-Jahresbestleistung). – **Zehnkampf** in Gotzis, Endergebnis: 1. Degtjarow 8579 Punkte (Welt-Jahresbestleistung), 2. Newski (beide UdSSR) 8476, 3. Wentz (Deutschland) 8401 (100 m: 10.99, Weit: 7.45, Kugel: 14.78, Hoch: 2.08, 400 m: 47.68, Hürden: 14.16, Diskus: 43.76, Stabhoch: 4.50, Speer: 66.50, 1500 m: 4:28.71).

MOTORSPORT

Großer Preis von Frankreich in Dijon (79 Runden = 307,072 km): 1. Lauda (Österreich) McLaren Porsche-Turbo, 1:31:11,951 Std., 2. Tambay (Frankreich) Renault-Turbo, 7.154 Sek. zur., 3. Mansell (England) Lotus-Renault-Turbo, 23,969 Sek., 4. Arnoux (Frankreich) Ferrari-Turbo, 43,706 Sek., 5. de Angelis (Italien) Lotus-Renault-Turbo, 1:06,125 Min., 6. Rosberg (Finnland) Williams-Honda-Turbo, eine Rd. zur. – WM-Stand: 1. Prost 24 Punkte, 2. Lauda 18, 3. Warwick und Arnoux je 13, 5. de Angelis 12, 6. Rosberg 10.

REITEN

Deutsche Meisterschaften in Balve, Endstand. Springreiter: 1. Huck (Neumünster) Calando 2.25 Fehlerpunkte, 2. Sloothaak (Damme) Farmer 7.30, 3. Luther (Wedel) Livius 7.65.

GALOPP

Henckel-Rennen in Gelsenkirchen-Horst (Europa-Gruppe II, 90 000 Mark, 1600 m): 1. Grande (P. Remmert), 2. Odenat (E. Schindler), 3. Boss (D. Richardsson).

BASKETBALL

Olympia-Qualifikation der Herren in Frankreich, zweiter Endrunden-Spieltag: Schweden – Israel 80:79, England – Griechenland 106:104, Spanien – Deutschland 99:78, UdSSR – Frankreich 124:99.

HOCKEY

Vier-Nationen-Turnier der Herren in Frankfurt, letzter Spieltag: USA – Frankreich 3:2, Deutschland – Malaysia 2:1; Turniersieger: Deutschland.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Rom, Herren-Einzel, Finale: Gomez (Ecuador) – Krickstein (USA) 2:6, 6:1, 6:2, 6:2. – **69. Internationale Meisterschaften von Bayern** in München, Einzel, Finale: Pimek (CSSR) – G. Mayer (USA) 6:4, 4:6, 7:6, 6:4. – Doppel: Finale: Becker/Fibak (Deutschland/Polen) – Segarceanu/Fromm (Rumänien/USA) 6:4, 4:6, 6:1.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 2 2 1 0 2 2 1 2 2 2 1. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 20, 28, 40, 42, 44, 45, Zusatzspiel: 24. (Ohne Gewähr)

NATIONALELF / Heute die WM-Revanche in Zürich gegen Italien

Ohne Schuster – Derwall: „Nun sind wir alle enger zusammengerückt"

BERND WEBER, Zürich

Wenn die Eindrücke, die die deutsche Fußball-Nationalmannschaft derzeit in die Öffentlichkeit trägt, auch nur annähernd dem inneren Betriebsklima entsprechen, dann liegt der Schluß nahe, daß Jupp Derwalls Team den zunächst aufgetretenen Schock über Bernd Schusters Europameisterschafts-Absage relativ schnell überwunden hat. Ob im Umgang mit den Fans, die wohl selten so mühelos zu Autogrammen gekommen sind wie hier in Zürich, ob gestern beim anderthalbstündigen Morgentraining – der Umgangston war ausgesprochen locker. Die Spieler setzten sogar auch dann noch ihre freundlichsten Gesichter auf, als die Fotografen ihnen ein Übung abverlangten, die ihnen gewiß nicht den allergrößten Spaß gemacht hat: Bei strömenden Regen mußten sie minutenlang für Mannschaftsfotos posieren. Der Bundestrainer vermittelte eine geradezu sprühende Laune. „Ach ja," sagte er gleich mehrfach, „es macht doch riesigen Spaß mit den Jungs zusammenzuarbeiten". Auch wenn es viele nicht immer wahrhaben wollten, ganze Kerle seien das, und da habe er überhaupt keine Zweifel mehr, sie würden es bei der Europameisterschaft schon beweisen. Derwall wörtlich: „Dadurch sind wir alle noch ein bißchen enger zusammengerückt".

In nahezu gleicher Weise äußerte sich Mannschaftskapitän Karl-Heinz Rummenigge. Er sagte: „Natürlich ist der Bernd nicht zu ersetzen. Seine Spielintelligenz, seine Fähigkeit, im richtigen Moment den richtigen Paß zu spielen, wird uns fehlen. Dennoch sehe ich durchaus Möglichkeiten, den schweren Verlust durchaus brauchbar aufzufangen." Rummenigge, der heute abend beim FIFA-Jubiläumsspiel gegen Italien selbst ein Jubiläum feiern kann (er trägt zum 75. Mal das Nationaltrikot) wird bei dem schwierigen Unterfangen eine Schlüsselrolle zukommen: Er wird nicht, wie gewohnt, Angriffsspitze sein, sondern versuchen aus zurückgeschobener Position das Spiel zu dirigieren. „Um Irrtümern vorzubeugen," erläutert er, „ich kann und will nicht Schuster kopieren. Trotzdem bin ich der Meinung, daß sich in unserem Mittelfeld, das ja zuletzt beim 0:1 gegen Frankreich sehr hart kritisiert worden ist, daß ich dort der notwendige Ruhepunkt sein, daß ich unsere beiden echten Sturmspitzen Rudi Völler und Klaus Allofs in Schußposition bringen kann."

Rummenigge ist der Spieler, der heute abend am meisten im Blickpunkt stehen wird (das ergibt sich schon aus seinem zukünftigen Gastspiel bei Inter Mailand), neben ihm wird, zumindest auf deutscher Seite, ein Neuling die größte Aufmerksamkeit auf sich lenken: Guido Buchwald vom VfB Stuttgart, der ausgerechnet gegen den amtierenden Weltmeister Italien seine Feuertaufe bestehen muß. Der Bundestrainer hat sich gestern endgültig festgelegt. Der 22jährige wird von Beginn an spielen, und er soll nach Möglichkeit auch über die volle Distanz auf dem Feld bleiben. Derwall: „Ich will nun wirklich sehen, was er bringen kann". Buchwald wurde vor lauter Glück fast stumm, als er von seiner Aufstellung erfuhr. Dann schüttelte er mehrfach den Kopf und sagte: „Ich kann es gar nicht so recht fassen. Vor einem Jahr war ich noch völlig unbekannt als Zweitliga-Spieler bei den Stuttgarter Kickers. Jetzt bin ich innerhalb von drei Tagen deutscher Meister und Nationalspieler geworden." Die Frage, ob ihn der Riesensatz nach vorne nicht nervös mache, beantwortet er nach kurzem Zögern mit einem freundlichen, entwaffnend ehrlichen: „Ja doch". Derweil schaute der Mönchengladbacher Lothar Matthäus als einziger im Nationalmannschaftskreis sehr finster drein. Er hat seinen Platz an Buchwald verloren und darf, für wen steht noch nicht fest, nur in der zweiten Halbzeit mitmachen.

Sollte das Spiel unentschieden enden, so wird es ein Elfmeterschießen geben, da die FIFA einen Pokal an den Sieger übergeben wird. So werden sie spielen: Deutschland: Schumacher – Stielike – B. Förster, K.-H. Förster, Briegel – Buchwald, Rummenigge, Rolff, Brehme – Völler, Allofs. – Italien: Bordon – Scirea – Bergomi, Vierchowod, Nela, – Baresi, Bagni, Dossena, Tardelli – Conti, Altobelli.

STATISTIK

Italien gilt als der Angstgegner der deutschen Mannschaft, denn in 18 Spielen gab es nur drei Siege: 1929 mit 2:1 in Turin, 1939 mit 5:2 in Berlin und 1977 mit 2:1 ebenfalls in Berlin, als Karl-Heinz Rummenigge sein erstes von mittlerweile 40 Toren im DFB-Trikot schoß. Zwei von insgesamt zehn Niederlagen waren besonders bitter: 1970 im Halbfinale der WM in Mexiko ein 3:4 nach Verlängerung, das 1:3 am 11. Juli 1982 im WM-Finale von Madrid.

Bundestrainer Derwall steht zum 64. Mal in der Verantwortung. Seine Bilanz: 43 Siege, zehn Unentschieden und zehn Niederlagen.

JUBILÄUM

Der Kaiserslauterer Hans-Peter Briegel wird als 19. Nationalspieler der Länderspiel-Geschichte heute in Zürich zum Gold-Jubiläum seines 50. Länderspieles kommen. Sein Debut gab Briegel 1979 als Auswechselspieler beim 5:1-Erfolg über Wales in Köln.

Hans-Peter Briegel gehörte zur Mannschaft, die 1980 in Rom Europameister und 1982 in Madrid Vize-Weltmeister wurde. Übriggeblieben vom Madrider Finale sind im aktuellen Aufgebot noch Torwart Schumacher, die Förster-Brüder, Stielike, Rummenigge und Littbarski. Karl-Heinz Rummenigge bestreitet heute sein 75. Länderspiel.

FERNSEHEN

Das Länderspiel in Zürich wird das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) heute abend live ab 20.15 Uhr übertragen. Komplett wird die WM-Revanche durch den Einsatz des brasilianischen Schiedsrichters Arnaldo Cesar Coelho, der auch das Finale in Madrid geleitet hat.

Der Brasilianer ist 41 Jahre alt, von Beruf Lehrer und bezeichnet Tennis als seine Ausgleichs-Sportart. Coelho hatte bei der Weltmeisterschaft in Spanien auch das 0:0 der deutschen Mannschaft gegen England gepfiffen.

Seit Wochen ist das Letzigrund-Stadion in Zürich mit 30 000 Besuchern ausverkauft.

STAND ● PUNKT / *Kohde nun die Nummer eins*

„Die letzten Bälle habe ich nur noch im Unterbewußtsein mitbekommen". Mit diesen Worten kommentierte Claudia Kohde die entscheidende Phase im Endspiel der Internationalen Deutschen Damen-Tennismeisterschaften gegen Kathy Horvath. Und fast wäre sie, ähnlich wie früher Björn Borg, nach dem verwandelten Matchball in die Knie gegangen, „wenn der Sandboden nicht so weh tun würde". So blieb es beim Aufschrei und den Freudentränen der 20jährigen Saarbrückerin. Claudia Kohde hat mit diesem Erfolg auf der Berliner Rot-Weiß-Anlage ihr großes Ziel, „einmal unter die Top Ten in der Welt zu kommen", fast schon erreicht.

Das Berliner Sportpublikum erlebte in diesen Tagen eine wie verwandelt junge, selbstbewußte Dame. Von der ersten Runde an strahlte sie eine unerhörte Ausgeglichenheit aus. Spielten der Saarbrückerin früher häufig in kritischen Momenten ihre schwachen Nerven einen Streich, so gelangen ihr nun auf einmal in brenzligen Situation die mutigsten Bälle. Überhaupt ist ihr Spiel für Tennis-Experten eine Augenweide. Herrlich erfrischend versuchte sie mit einer offensiven Spielweise die Punkte am Netz zu gewinnen. Klassisch ihre Grundschläge und Flugbälle, verbunden mit ihrer wichtigsten Waffe, dem Aufschlag. Um den Sprung in die absolute Weltspitze zu schaffen, fehlt ihr jetzt nur noch ein offensiv geschlagener Rückhand-Passierball (mit Vorwärtsdrall). Und vor allem das Durchlaufen an das Netz. Denn zu häufig spielte sie den ersten Flugball an der T-Linie und vergaß dann das Aufrücken. So machte sie es ihren Gegnerinnen mit deren Passierschlägen leichter. Denn der Winkel ist dann ungleich größer, um longline oder cross passiert zu werden.

Mit ihrem Triumph hat sie die Position der ersten Repräsentantin des gesamten deutschen Tennissports eingenommen. Bleibt die Frage auf die Reaktion des Deutschen Tennis-Bundes (DTB). Denn Claudia Kohde wird im Juli nicht für den DTB beim Federationscup in Sao Paulo antreten. „Meine Gefühle gegenüber dem Deutschen Tennis-Bund sind augenblicklich bestimmt nicht die besten." Daß das Herren-Tennis im DTB nach wie vor die erste Rolle spielt, ist bekannt. Dennoch hätte vielleicht der neugewählte Sportwart des Verbandes, Dr. Peter von Pierer (verantwortlich auch für das Damen-Tennis), den Weg nach Berlin finden können. Dann hätte er die internationale deutsche Tennis-Meisterin zumindest einmal kennengelernt.

H. J. POHMANN

IM BLICKPUNKT / Gewinner Huck und Langer, Verlierer Lagunas

Jentzsch sauer auf Bocskai

K. GÖNTZSCHE, Gelsenkirchen

Das klassische Henckel-Rennen 1984, am Sonntag in Gelsenkirchen ausgetragen, wird als Sensation in der deutschen Turf-Geschichte Einzug halten. Der 12:10-Favorit Lagunas aus dem Gestüt Fährhof erreichte nur als Vierter das Ziel, es siegte Soto-Grande (108:10) mit Jockey Peter Remmert (45) vor Odenat und Lucky Boss. Lagunas war insgesamt fast sieben Längen vom Sieger geschlagen.

Das Dilemma begann schon vor dem Start: Die offenbar nicht ausreichend geschulten Pferde Bergfürst und vor allem Walgardo (zweimal) entfernten sich von ihren Plätzen, ehe Starter Jobst Spengemann die Boxentüren öffnete. Walgardo stand direkt neben Lagunas, den diese Ereignisse offenbar gleichgültig werden ließen. Der Starter wollte Walgardo schon vom Rennen ausschließen, aber die dann eintretenden Umsatzrückzahlungen an den Wettschaltern hielten davon ab, die Rennleitung wies ihn jedenfalls per Funk an, es mit Walgardo doch noch zu versuchen. Lagunas mußte dann von seinem Jockey Georg Bocskai energisch aufgemuntert werden, das Rennen überhaupt aufzunehmen. Dann aber verlor Bocskai restlos die Nerven: Er jagte mit Lagunas überhastet hinter dem ca. 40 m enteilten Feld her und hatte viel zu schnell wieder die Spitze erreicht. Diese Aufholjagd kostete Kraft, die Lagunas dann auf der Zielgeraden fehlte. Championtrainer Heinz Jentzsch sauer: „Für diesen Ritt fehlen mir die Worte. Fragen Sie Bocskai, das ist doch der Meisterjokkey."

Der Henckel-Sieger Soto-Grande gehört Margrit Wetzel aus Hamburg, deren Pferde unter dem Decknamen „Stall Margarethe" laufen. Soto-Grande wurde im Gestüt Buschhof aufgezogen. Die Züchterin und Besitzerin war nicht nach Gelsenkirchen gekommen, sie hatte ihrem Pferd gegen Lagunas keine Siegchance eingeräumt.

Jockey Peter Remmert stürzte eine Stunde nach seinem Sieg im Henckel-Rennen im Rahmenprogramm auf Neithard. Mit zwei Rippenbrüchen, Bluterguß in der Niere, Muskelriß oberhalb des Knies und Prellungen liegt er im Bergmannsheil-Krankenhaus von Gelsenkirchen-Buer.

Andreas Tylicki schenkte in der Jockey-Stube von München-Riem Schaumwein aus. Der 27jährige Pole, zweiter Jockey hinter Georg Bocskai bei Trainer Jentzsch, hatte auf Apollonios den Großen Hertie-Preis für das Gestüt Schlenderhan gewonnen, Siegpreis: 70 000 Mark. Er servierte dem Hengst ein Rennen nach typischem Jentzsch-Rezept: Vorne weg marschieren und das Tempo bestimmen.

Ein Profi nur aus Versehen

KLAUS BLUME, Bonn

„Also wenn ich ganz ehrlich bin, muß ich das zugeben: Als nach mir Paul Schockemöhle ritt, und die erste Stange fiel, habe ich mich gefreut. Der Paul hat sich schließlich im vorigen Jahr gleich fünfmal freuen dürfen." Gedanken des neuen deutschen Meisters der Springreiter, Worte des 38jährigen Diplomkaufmanns und Reitlehrers Karsten Huck aus Boostedt bei Neumünster. In Balve hatte er sie alle hinter sich gelassen, Schockemöhle und Koof, Wiltfang und Luther. Doch nach Los Angeles wird Huck nicht fahren, weil er als Profi gilt. Die Sache mit dem Profi ist ihm 1978 unterlaufen, als er seine Reitlehrer-Prüfung ablegte (Huck: „Zwei Füße sind besser als einer") und dabei die Rubrik „Berufsreiter" ankreuzte. „Wider besseren Wissens" sagt er heute.

Aber Kreuz ist Kreuz – egal, was daraus wird. So trainierte der Reitlehrer Karsten Huck zuweilen dänische Springreiter und nun die besten holsteinischen Junioren. Die lernen eine Menge von ihm, denn Huck ist ein überaus sensibler Stilist, einer, der nicht nur erfolgreich, sondern auch schön reitet. Huck geht freilich auch weiterhin seinem Beruf als Kaufmann nach – hat sich was von wegen Berufsreiterei. Doch er darf nicht von Olympia träumen, obwohl er nun deutscher Meister geworden ist.

Gedanken mache er sich deshalb nicht, „denn ich kann doch jetzt immer ganz locker reiten, während die anderen ständig daran denken müssen, es geht um Los Angeles." Außerdem: Auf den großen internationalen Turnieren treffe er ohnehin auf dieselbe Konkurrenz wie die deutsche Nationalmannschaft in etwa zwei Monaten in Los Angeles. „Rein reitsportlich gesehen," sagt Karsten Huck, "ist also eine Siegerschleife von einem großen Turnier genauso viel Wert wie eine vergoldete oder versilberte Medaille." Die Logik dieser Gedanken ist nicht von der Hand zu weisen, wenngleich wohl die von ihm in Balve Geschlagenen ihr nicht ohne weiteres folgen werden.

Huck, der den elfjährigen Holsteiner Hengst Calando im Winter in der Hallen-Saison bereits bei größeren Turnieren ritt („Er steht seit gut einem halben Jahr bei mir im Stall") will mit diesem Pferd auch im Sommer bei großen Reitsportfesten auftreten. Denn außerhalb Olympias darf der Berufsreiter aus Versehen durchaus die deutschen Farben vertreten. So, wie kürzlich in Rom, und so, wie er es für diesen Sommer geplant hat.

In Boostedt (4000 Einwohner/ 4000 Soldaten) – Olympia hin, Olympia her – ist Huck aber nun der bekannteste Bürger.

Das Siegen noch nicht verlernt

GERD A. BOLZE, Hamburg

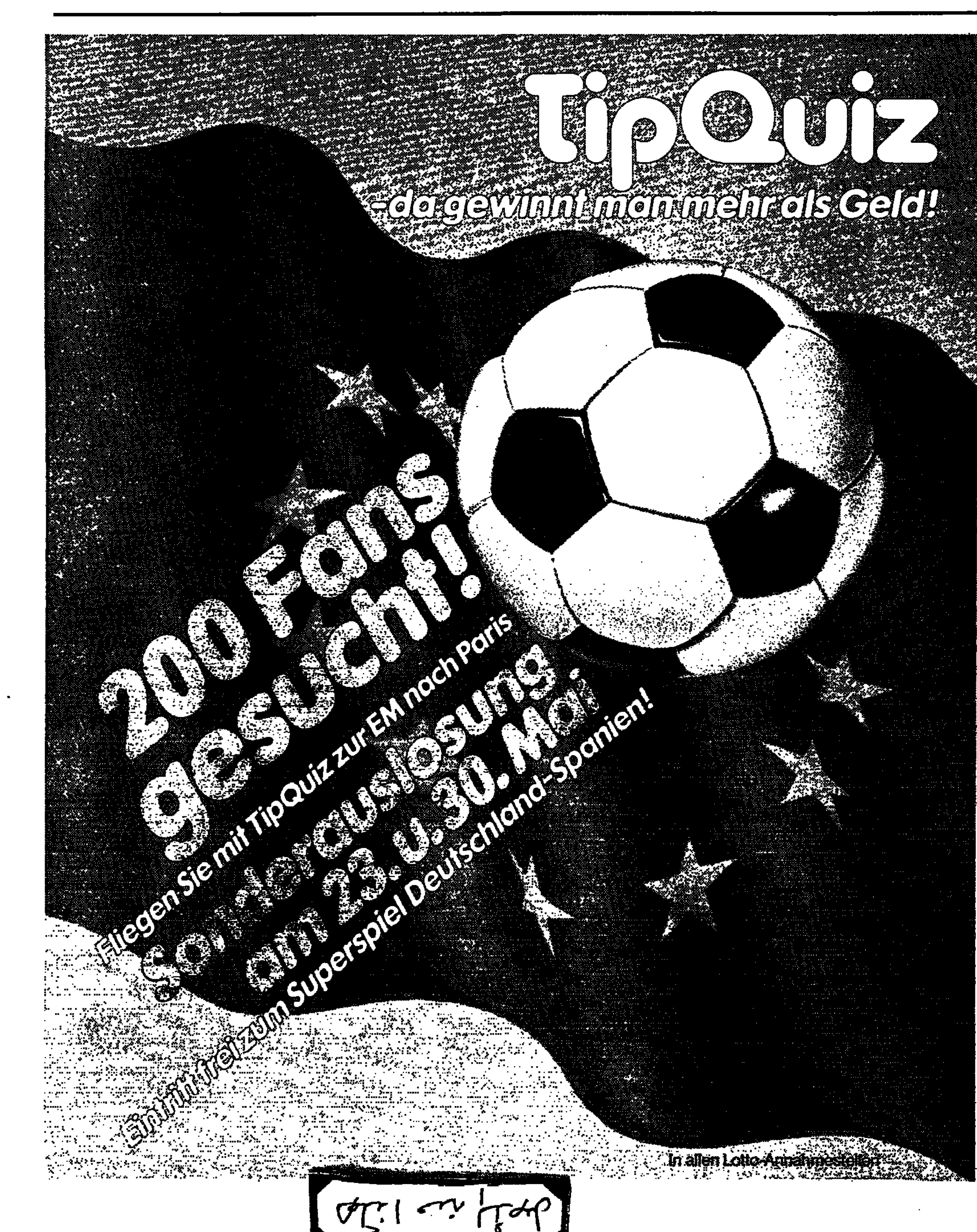
Das Siegen hat Bernhard Langer noch nicht verlernt, in seinem zwölften Turnier dieses Jahres wurde der 26jährige Golf-Profi aus Anhausen in Paris-St. Cloud als neuer Offener Meister von Frankreich gefeiert. Durch ein großartiges Finish siegte er mit 68+71+67+64=270 Schlägen (bei Par 72) knapp vor José Rivero (Spanien) 67+69+68+67=271 und dem Titelverteidiger Nick Faldo (England) 71 + 68 + 66 + 68 = 273. Es war insgesamt der zwölfte internationale Turniersieg in Langers bisher zwölfjähriger Profi-Karriere.

Mit den in Paris gewonnenen rund 54 000 Mark hat sich Deutschlands einziger Golfer von Weltklasseformat in der europäischen Geldgewinner-Liste mit rund 17 000 Pfund (fast 70 000 Mark) bereits an die vierte Stelle hochgearbeitet, hinter Howard Clark (England) 28 000 Pfund, Nick Faldo 19 500 und Sandy Lyle (Schottland) mit 18 000. „Wieder in Europa die Nummer eins werden, daß ist für 1984 mein gestecktes Ziel", hatte Langer schon erklärt, als er im Februar und März noch sehr erfolgreich an der US-Tour teilgenommen hatte. Europas Nummer eins war er 1981 mit der damals neuen Rekord-Gewinnsumme von 96 000 Pfund, es folgte 1982 der sechste Platz mit 48 000 Pfund und 1983 der dritte Platz mit 84 000 Pfund. Insgesamt hat der blonde Bayer auf der Europa-Tour seit 1976 fast 300 000 Pfund, also rund 1,2 Millionen Mark an Preisgeldern gewonnen.

Doch auch auf der viel höher dotierten US-Tour hat Langer in diesem Jahr schon gutes Geld gemacht: Mit gewonnenen 82 500 Dollar (rund 200 000 Mark) in nur acht Turnieren rangierte er an 21. Stelle in der US-Rangliste.

Als Mitglied des letztjährigen europäischen Ryder-Cup-Teams hatte Langer zehn Einladungen für die US-Tour, von denen er acht wahrnahm. Nach dem hervorragenden zweiten Platz im australischen Masters-Turnier in Melbourne waren seine besten Plazierungen auf der US-Tour: Dritter der Bay Hill-Classic, Fünfter der Hawaiian-Open und Sechster der New Orleans-Open. Beim berühmten „Masters" in Augusta langte es dann nur zum 31. Platz. Danach brach Langer seinen US-Abstecher ab. „Ich habe täglich seit Anfang Februar gespielt und dabei an neun schweren Turnieren teilgenommen. Ich bin einfach müde und brauche dringend eine kurze Erholungspause," meinte Langer.

Der Start in der diesjährigen Europa-Tour war dann für Langer nicht so erfreulich: Als Titelverteidiger wurde er Achter der Italien-Open und sogar erst 20. im englischen Moortown.



SPORT-NACHRICHTEN

Neun Gegner für Kolbe

Ratzeburg (sid) – Ein unerwartet hohes Meldeergebnis verzeichnen die 71. Deutschen Ruder-Meisterschaften am Wochenende auf dem Küchensee bei Ratzeburg. 178 Boote in 20 Rennen bedeuten ebenso Rekord wie die 143 gemeldeten Vereine und Renngemeinschaften. Der viermalige Weltmeister Peter-Michael Kolbe (Hamburg) hat es gleich mit neun Konkurrenten zu tun.

Schrempf verletzt

Paris (dpa) – Die Chancen der deutschen Basketball-Nationalmannschaft, beim olympischen Turnier dabeizusein, sind wieder gesunken. Weniger durch die eingeplante 78:99- (40:57-)Niederlage gegen Vize-Europameister Spanien als durch die schwere Sprunggelenkverletzung, die sich der Leverkusener Detlef Schrempf bereits in der neunten Minute des Spiels in Paris zuzog. Sein weiterer Einsatz ist in Frage gestellt.

Sturzangriff verboten

Mailand (sid) – Der Kongreß des Internationalen Fecht-Verbandes (FIE) beschloß in Mailand, die Festigkeit für Schutzmasken um 70 Prozent zu erhöhen und den Sturzangriff, der zahlreiche Unfälle provoziert, zu verbieten. Zudem wurden Verbesserungen an der Schutzkleidung gebilligt, aber nicht vorgeschrieben. Der Einsatz einer bruchsicheren Klinge wurden auf 1985 vertagt.

Millionen-Offerte

Bochum (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub Bayer Leverkusen will sich weiter verstärken. Gedacht ist an den Bochumer Stürmer Christian Schreier, der für eine Ablösesumme von zwei Millionen Mark verpflichtet werden soll.

Handball-Nostalgie

Elsenfeld (sid) – Beim Abschiedsspiel des 104maligen Handball-Nationalspielers Kurt Klühspies in Elsenfeld erreichte der TV Großwallstadt gegen die deutsche WM-Mannschaft von 1978 ein 34:34. Den Erlös aus der Veranstaltung stellt Klühspies einer Sonderschule zur Verfügung.

Wentz wurde nur Dritter

Götzis (dpa) – Der Mainzer Zehnkämpfer Siegfried Wentz belegte in Götzis (Österreich) mit 8401 Punkten Platz drei hinter dem Sowjetrussen Grigori Degtjarow (8579) und dessen Landsmann Alexander Newski (8476). – In Münster erreichte Claudia Losch (Fürth) mit 20,38 m eine neue deutsche Jahresbestleistung im Kugelstoßen.

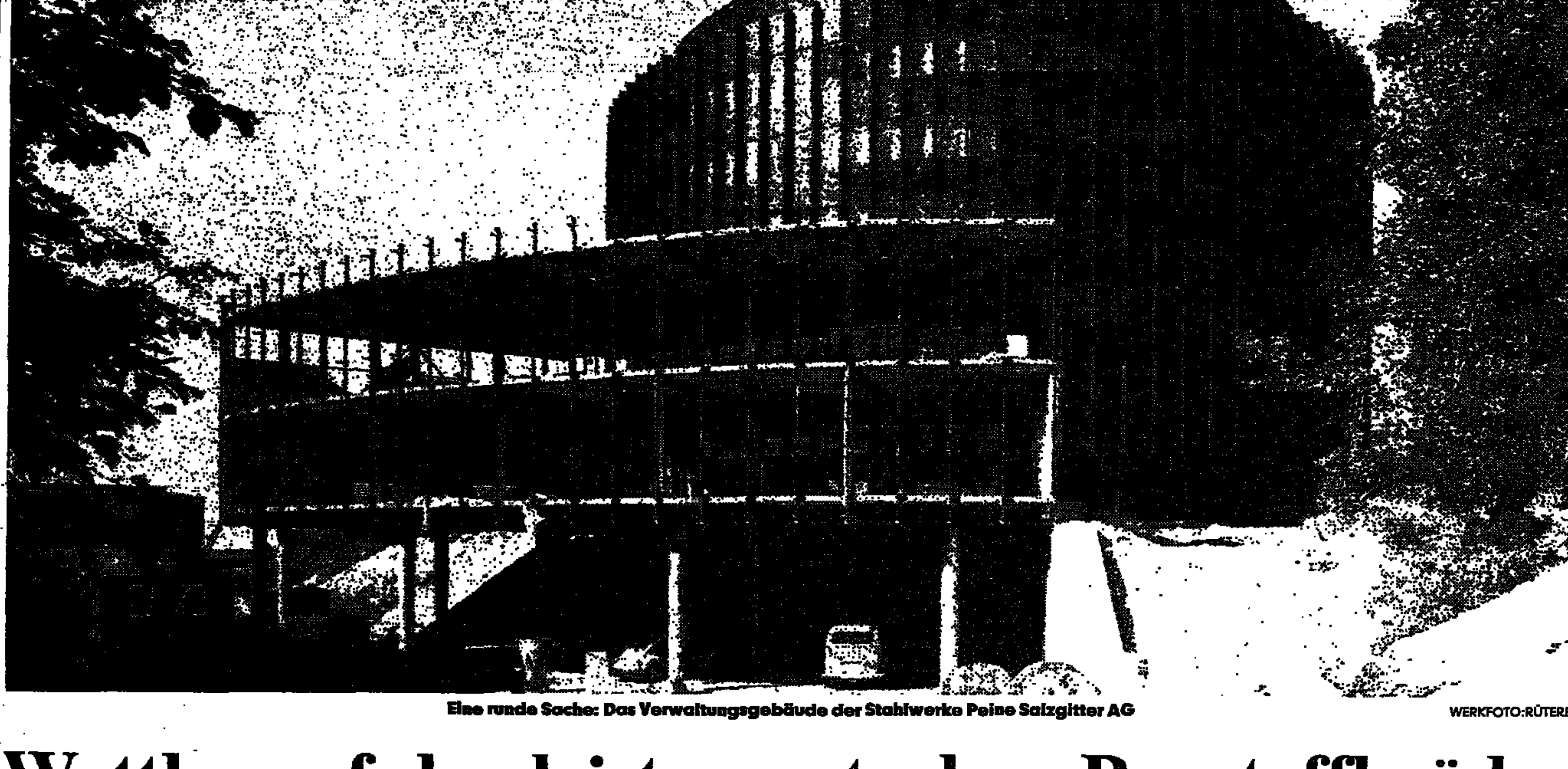
Geschoßbau mit Stahl

In den USA und Japan spielt Stahl im Geschoßbau eine herausragende, oft sogar dominierende Rolle. In der Bundesrepublik Deutschland ist das nicht der Fall. Die Gründe dafür sind vielfältiger Art. Etwa:

- Unterschiedliche Bau-Tradition. (Mehr Holz in USA und Japan, vorwiegend Stein bei uns.)
- Größere Gefährdung durch Erdbeben. (Eine in sich federnde Stahlkonstruktion übersteht Erdstöße wesentlich besser als Massivbauten.)

Nun gibt es aber auch bei uns etliche Bereiche, in denen die Vorzüge des Stahls unbestritten sind. Zu nennen wären hier der Industrie- und Hallenbau (die eigentliche Domäne des Stahlbaus) sowie viele Ingenieurbauwerke wie Brücken, Wasserbauten, Radioteleskope. Und nach dem Willen der deutschen Stahlbauindustrie läge es ganz im Sinne eines wirtschaftlichen, umweltfreundlichen, menschengerechten Bauens, den seit Jahrhunderten bewährten, nach wie vor aktuellen Baustoff Stahl mehr als bisher auch im Geschoßbau einzusetzen.

WOLFGANG B. HANN



Eine runde Sache: Das Verwaltungsgebäude der Stahlwerke Peine Salzgitter AG

WERKFOTO:RÜTERBAU

Wie dem Feuer Gefahr genommen werden kann

Katalog des Deutschen Stahlbau-Verbandes gibt Tips

Zum Thema Brandschutz hat der Deutsche Stahlbau-Verband DSTV eine Liste mit Grundsätzen und Argumenten erarbeitet. Nachstehend werden daraus einige Abschnitte zitiert:

1. Stahlbauten erfüllen alle Brandschutzanforderungen – man kann sie vor jedem Feuer schützen

- Mit Stahl läßt sich brandsicher bauen – Stahl brennt nicht und leitet das Feuer nicht weiter.
- Durch Beschichten, Ummanteln, Abschirmen und Wasserkühlen läßt sich jede geforderte Feuerwiderstandsdauer erzielen.
- Wenn besondere architektonische Wirkungen erzielt werden sollen, bieten sich dämmschichtbildende Beschichtungen als Brandschutz an.
- Der Brandschutz ist bei Stahlbauten oft in die bauphysikalische Gesamtlösung integriert, Unterdecken sind zugleich Raumabschluß, Wärmeschutz, Schallschutz und Brandschutz.
- Das Brandverhalten von Stahlbauteilen ist gründlich erforscht. Der Planer findet Tabellen für die Mindestdicken von Bekleidungen in DIN 4102, im Stahlbau-Kalender und in den Stahlbau-Arbeitshilfen.
- Holoribbleche mit Aufbeton als Stahlblech-Verbunddeckenplatten benötigen keinen unterseitigen Brandschutz.

2. Brandschutz ja – wenn er notwendig ist

Brandschutzanforderungen sollten der Brandgefährdung entsprechen. Es gibt brauchbare und natürlich baustoffneutrale Bewertungsverfahren zur Einstufung von Gebäuden, wie DIN 18 230 „Baulicher Brandschutz im Industriebau".

- Brand ist ein (Katastrophen-) Lastfall und keine Ermessenssache. Das Brandgeschehen und seine Einflußgrößen sind weitgehend erforscht. Der notwendige Brandschutz läßt sich berechnen.
- „Brandschutz nach Maß" ist vernünftig – auch volkswirtschaftlich gesehen. Die Brandschutzanforderungen lassen sich nach der Brandgefährdung differenzieren. Das hilft Geld sparen, ohne daß die Sicherheit zu kurz kommt.
- Die Brandbelastung ist die wichtigste Einflußgröße im Brandablauf.
- Wo nichts brennen kann, braucht nicht gegen Brand geschützt zu werden. Das war schon immer so.

3. Richtige Planung verringert die Brandgefahr

- Man kann die Brandgefahr durch Auslagerung größerer Brandlasten oder durch Unterteilung in Brandabschnitte verringern.
- Selbsttätige Feuerlöschanlagen geben Alarm und verhindern die Brandausbreitung. Auch Brandmeldeanlagen alarmieren die Feuerwehr.
- Rauchabzugsöffnungen erleichtern die Rettungs- und Löscharbeiten. Wärmeabzugsöffnungen verringern die Wärmebeanspruchung der Bauteile.
- Der Brandschutz von Bauteilen ist nicht immer die einzige und günstigste Lösung. Brandgefahr und Brandschutzaufwand lassen sich oft durch andere gleichwertige Maßnahmen verringern.
- Immer müssen gesicherte und freie Flucht- und Rettungswege vorhanden sein. Die meisten Brandopfer sterben, weil ihnen der Fluchtweg versperrt ist.

4. Brandschutz von Stahlkonstruktionen ist nicht immer erforderlich – unerläßlich aber sind sichere Flucht- und Rettungswege.

- Ungeschützte Stahlbauteile sind standsicher, solange der Stahl nicht wärmer wird als 500 Grad C, wie bei kurzzeitigem oder langsam abbrennendem Feuer.
- Wenn die Brandbelastung größer ist oder intensiver abbrennt, läßt der Feuerwiderstand ungeschützter Stahlkonstruktionen meist genügend Zeit für Flucht und Feuerangriff.
- Bei der Sonderregelung für eingeschossige Industriegebäude werden wie in der bisherigen Praxis keine Anforderungen an die F-Dauer der Bauteile gestellt. Voraussetzung: guter Wärmeabzug und gute Einsatzbedingungen für die Feuerwehr.
- Es ist richtig: Der Sachschutz ist nicht immer gewährleistet. Aber: Sachschutz ist eine Frage der Kalkulation. Brandschutzaufwand und verringertes Schadenrisiko (ersparte Prämie) müssen im richtigen Verhältnis stehen.
- Die Feuerwehr kann erkennen, wann sie sich aus dem brennenden Gebäude zurückziehen muß (beim Ford-Brand in Köln erst nach 60 Min. Branddauer). Auch dann stürzen Stahlbauten nicht schlagartig wie Kartenhäuser ein.
- Bei ein- und zweigeschossigen Schulen sind ebenfalls günstige Voraussetzungen für Erleichterungen gegeben. Flure, Treppen und Ausgänge sind für eine schnelle Räumung des Gebäudes ausgelegt. Während dieser Zeit bleibt eine Stahlkonstruktion standsicher.
- Turn- und Sporthallen sind auch ohne Brandschutz sicher. Die Brandlast ist minimal. Ausstellungshallen unterliegen strengen Sicherheitsbestimmungen.

WERNER BONGARD

Wettkampf der leistungsstarken Baustoffbrüder

In der Masse führt Beton, in der Frage der Ästhetik hat Stahl die Nase vorn / Vorarbeit in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten

Von GOTTLIEB W. BETZNER

Stahl und Beton sind die mit Abstand wichtigsten Baustoffe der neueren Entwicklung unserer Architektur. Ihr Verhalten untereinander gleicht dem zweier Brüder: Oft gehen sie zur Bewältigung diffiziler Bauaufgaben ohne viel zu lamentieren einen vernünftigen Verbund ein. Meist versucht jedoch der eine den anderen ehrgeizig zu übertreffen. Jeder möchte dann die weiteste Fläche überbrücken, die größte Höhe erreichen, die beste Wirtschaftlichkeit für den Bauherrn garantieren können.

Dieser nicht selten mit Verve geführte Wettkampf der beiden leistungsstarken Baustoffbrüder und -konkurrenten hat der Architektur und der Ingenieurbaukunst der letzten hundert Jahre einen gewaltigen Aufschwung gebracht. Noch ist in diesem bemerkenswerten Ringen um die Vorherrschaft kein eindeutiger Sieger auszumachen:

Gemessen allein an den Ziffern der verbauten Kubikmeter gebührt der Lorbeer zweifellos dem Beton. Dienen jedoch mehr Ästhetik, Eleganz und Leichtigkeit, auch Umweltfreundlichkeit, ja Repräsentation als Meßlatte, dann hat gerade in jüngster Zeit der Stahlbau seine Nase wieder etwas vorn.

International gesehen ist die Vorarbeit für „Geschoßbau mit Stahl" in England, Frankreich und den USA geleistet worden. Die Voraussetzung für die Massenherstellung von Roheisen hatte 1720 der Engländer Abraham Darby in Coalbrookdale geschaffen. Den ersten konsequent als Stahlskelett durchgebildeten Geschoßbau baute 1871–72 Jules Saulnier, nämlich die Schokoladenfabrik Menier in Noisiel sur Marne in der Nähe von Paris.

Von 1895 an hatte sich in den USA, vor allem in Chicago, das Stahlskelett im Stockwerksbau – nicht zuletzt beim Bau von Wolkenkratzern – schon allgemein durchgesetzt.

Deutschland zog nach

In Deutschland beginnt der Stahlskelettbau demgegenüber erst spät, nämlich nach dem Ersten Weltkrieg. Aber auch in den 20er und 30er Jahren sind unter den echten Skelettbauten die in Stahl ausgeführten noch die Minderheit.

Dennoch kann nicht gesagt werden, daß Deutschland auf diesem Terrain damals völlig unter „ferner liefen" registriert werden müßte. So gab es beispielsweise in den „Goldenen Zwanzigern" und den dreißiger Jahren in Berlin:

- das umgebaute Mosse-Haus, 1923 (von E. Mendelsohn und R. Neutra)
- das Schaltwerk-Hochhaus in Siemensstadt, 1928 (von H. Hertlein)
- das Shell-Haus, 1931 (von E. Fahrenkamp)
- das Columbushaus, 1931 (von E. Mendelsohn)

Nach dem Zweiten Weltkrieg errang der Stahlskelettbau erst 1960 wieder den Anschluß an die internationale Architektur. Und zwar durch das Phoenix-Rheinrohr-Hochhaus (heute Thyssenhaus) in Düsseldorf, gebaut von den Architekten Hentrich und Petschnigg, sowie das Mannesmann-Hochhaus von den Architekten Schneider-Esleben und Knothe (Ingenieur Lewenton), ebenfalls 1957 in Düsseldorf begonnen. Seitdem hat der Geschoßbau mit Stahl in der Bundesrepublik Deutschland sein Renommee – langsam, aber stetig – verbessern können.

Eine bunte Reihe interessanter Bauwerke ist bis heute entstanden. Am bekanntesten davon dürften sein:

- das Bundeskanzleramt in Bonn
- die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) in Berlin
- die Deutsche Welle in Köln.

Nur zwei der vielen sehr unterschiedlichen Möglichkeiten der Stahlbauweise seien hier abschließend kurz skizziert:

Die Europäische Gemeinschaft Kohle und Stahl EGKS vergab Anfang der 70er Jahre den Auftrag zum Bau eines Terrassen-Wohnhauses nach Berlin (Planung: brandi + partner, Berlin, Statik: S. Polonyi). Es handelte sich um ein Pilotprojekt. Getestet werden sollte, wie sich Bausysteme mit industriell vorgefertigten Elementen für den Wohnungsbau eignen. Auch die Konsequenzen sollten geprüft werden, welche den Bewohnern die Möglichkeit zur Beteiligung an der Gestaltung des Gebäudes und der Wohnungen gibt.

Europäische Preise

Der Versuch ist zweifellos gelungen. Für dieses Bauwerk wurden Bauherr, Architek und ausführende Stahlbaufirma 1976 mit dem Preis des Europäischen Stahlbaus ausgezeichnet. Es ist wohl der langandauernden Baurezession zuzuschreiben, daß von dieser „Versuchsstation" nicht stärkere Impulse für einen wirklich modernen, wirtschaftlichen Wohnungsbau ausgegangen sind.

Ganz anders das Bundeswehrkrankenhaus in Ulm. Die Architekten (Heinle, Wischer und Partner, Stuttgart) hatten sich die anstehende Aufgabe, nämlich den möglichst optimalen Baustoff zu verwenden, nicht leichtgemacht.

Um die Entscheidung so sachbezogen wie möglich ausfallen zu lassen, entwickelten sie eine umfangreiche Tabelle. Darin wurden die Ziele für das Objekt formuliert, die entscheidenden Kriterien dafür herausgestellt und die jeweiligen Auswirkungen auf die beiden Baustoffe Beton und Stahl gegenübergestellt.

Fünf Aspekte sollten dabei besonders berücksichtigt werden. Und zwar: Funktion, Technik, Gestalt, Zeit und Kosten. Die Entscheidung lautete: In den Untergeschossen Stahlbetonkonstruktion, in den Geschossen über dem Erdreich reiner Stahlbau.

Das Architektenteam begründete seine Entscheidung für Stahl unter anderem wie folgt:

- Der Stahlbau benötigt kleine Stützen- und Trägerabmessungen (wenig Raum- und Nutzflächenverlust);
- gleiche Stützabmessungen mit abgestuften Blechdicken durch alle Geschosse und Bauteile (Vereinheitlichung der Elemente für Fassade, Trennwände, abgehängte Decken usw.;
- größere Installationshöhen bei gleich großem Deckenhohlraum;
- Erweiterungen, Umbau und Demontage sind relativ unproblematisch;
- bei Demontage Wiederverwendungsmöglichkeit des Materials (umweltfreundlich).

Auch dieses Objekt wurde mit dem Preis des Europäischen Stahlbaus (für 1979) ausgezeichnet.

Flexibilität ist ein Trumpf für die Architekten

Die architektonischen und technischen Anforderungen im Geschoßbau sind außerordentlich vielfältig. Je flexibler eine Bauweise ist, um so besser vermag sie den hohen Anforderungen gerecht zu werden. Hier einige Bemerkungen zu den wichtigsten Kriterien im Geschoßbau aus der Sicht eines Stahlbauers:

Tragsysteme:

Als Tragsystem kommt entweder eine Stahl- oder eine Stahl-Beton-Verbundkonstruktion in Betracht. Je nach zulässiger Bauhöhe und geforderter Durchlässigkeit für Installationen werden Unterzüge und Deckenträger als gewalzte oder geschweißte Vollwandträger, Fachwerkträger, Vierendelträger oder Verbundträger ausgebildet.

Stützen sind aus Walz- oder Hohlprofilen. Dabei können Hohlprofilstützen als wasserdurchströmte Fassadenstützen zugleich für Heizung und Brandschutz genutzt werden. Geschoßdecken führt man je nach Belastungshöhe und Spannhöhe als Trapezblechdecke oder Profilblech-Beton-Verbunddecke aus, bei extrem hohen Belastungen auch aus schweren Betonfertigteilen.

Gestaltung und Raumabschluß:

Mit diesen Tragwerkteilen in komplettierter Stahlbauweise ist die Gestaltung von Gebäuden beliebiger Grundrisse und Aufrisse möglich. Von großer architektonischer Bedeutung ist die Fassade, die als Sandwich-, Stahlblech-, Aluminium-, Waschbeton- oder Glasfassade ausgeführt werden kann. Ihre Befestigung ist wegen der Flexibilität und Paßgenauigkeit der Stahlkonstruktion mit einfachen Mitteln in kurzen Zeiträumen möglich.

Innen- und technischer Ausbau:

Die Vorzüge des Stahlbaus kommen auch zur Geltung, wenn es um Innenausbau und Installationsführungen geht: Stützen in großem Abstand und von kleinem Querschnitt erlauben große Freizügigkeit bei der Anordnung von Innenwänden. Die horizontale Führung von Installationsleitungen im Zwischendeckengeschoß ist wegen der Durchlässigkeit der Tragwerkskonstruktion unproblematisch und läßt auch später Veränderungen, zum Beispiel bei Umbaumaßnahmen, in einfacher Weise zu.

Bauabwicklung:

Bei der Bauabwicklung führt die Stahlbauweise durch Vorfertigung und Vormontage der Bauelemente im Werk, enge Toleranzen sowie paßgenauer und witterungsunabhängiger Montage der Bauteile und Ausbauelemente zu sehr kurzen Bauzeiten und damit schneller Inbetriebnahme des Gebäudes. Manche Terminvorstellungen des Bauherrn werden durch die Stahlbauweise überhaupt erst realisierbar.

Nutzung und Änderungen:

Hinsichtlich der Nutzung von Stahlgeschoßbauten gibt es praktisch keine Einschränkungen: die Palette reicht von Büro- und Verwaltungsgebäuden über Kaufhäuser, Krankenhäuser und Universitätsgebäude bis zu vielgeschossigen Repräsentationsbauten.

KLAUS STAMM

Das Billigstangebot kann teuer werden

Welcher Baustoff zu welchem Gebäude am besten paßt

Zwischen Beton und Stahl und den daraus resultierenden Technologien hat es immer einen unnötigen Zwist gegeben. Der Bau-Praktiker weiß, daß beides hervorragende Baustoffe sind, daß der eine ohne den anderen kaum auskommen kann, daß jeder allerdings andere Vorzüge hat.

Für moderne Architekten und Bauingenieure sollte es deshalb selbstverständlich sein, bei jedem Bauauftrag objektiv zu prüfen, wo denn die Vorzüge der beiden Kontrahenten optimal zum Tragen kommen. Aus der Praxis hier einige Beispiele:

Wie Bauzeit verkürzt wird

Bürogebäude: Nehmen wir ein typisches sechsgeschossiges Bürogebäude mit einer Geschoßfläche von 600 Quadratmeter. Es ist auf einem kleinteiligen Raster von fünf mal fünf Meter aufgebaut und weist in der Flurzone die üblichen Doppelstützen auf.

Beim Vergleich einer Betonlösung mit einer Stahlvariante würden beide Lösungen dasselbe Bauvolumen besitzen und damit preislich etwa gleichwertig sein. Die Bauzeit läßt sich jedoch durch eine Stahlbaulösung um ein bis zwei Monate verkürzen. Und Zeit ist gerade am Bau: Geld.

Eine Stahlbetonfertigteillösung würde den gleichen Zeitvorteil bringen, allerdings bei gleichzeitiger Vergrößerung des Bauvolumens. Die Anteile der Fassaden- und Innenwandfläche steigen, und damit auch die Betriebskosten. Selbst wenn dies nur drei bis fünf Prozent sind, so läßt sich mit diesen zusätzlichen Kosten leicht eine der lästigen Stützenreihen in der Flurzone unseres Beispiel-Gebäudes einsparen.

Diese Gegenüberstellung, in der sich Stahl und Stahlbeton noch etwa die Waage hielten, zeigt aber eindeutig in Richtung Stahlbau, sobald die Stützweiten größer werden. Besonders prägnant sind die Beispiele aus dem Wirtschaftsbau, da hier immer schon mit dem spitzen Bleistift gerechnet wurde.

Einkaufszentrum: Ein mehrgeschossiges Einkaufszentrum mit einer Geschoßfläche von 20 000 Quadratmeter läßt sich mit 9000 Kubikmeter umbauten Raumes weniger realisieren, wenn eine Stahlkonstruktion gewählt wird, da die Deckenkonstruktion fast einen halben Meter niedriger ist. Daß sich dadurch immense Einsparungen an Fassaden- und Innenwandflächen, an Investitionen für die Heizungs- und Lüftungsanlage sowie Betriebskosten erzielen lassen, liegt auf der Hand. Zusätzlich wirkt sich noch eine Bauzeitverkürzung aus, die im Stahlbau bei richtiger Ausnutzung der Vorfertigung mindestens drei Monate betragen dürfte.

Ein weiteres aktuelles Beispiel aus der Praxis: Ein Bürogebäude von fast 60 000 Quadratmeter in Stahlkonstruktion konnte sechs Monate früher als ein Alternativentwurf in Massivbauweise realisiert werden. Dies bedeutete für den Bauherrn unter anderem: sechs Monate mehr an Mieteinnahme. Das aber machte bei diesem Komplex rund zwei Millionen Mark aus.

Man sieht: Wer bei einem Bauwerk nur die reinen Erstellungskosten nimmt und sich lediglich nach dem Billigstangebot richtet, zahlt – mitunter recht beachtlich – drauf.

Das Thema „Kurze Bauzeit" ist für den Stahlbau jedoch noch nicht endgültig ausgereift. Eine zwischen Planer und Stahlbauer gut überlegte, eng verzahnte Abfolge der Gewerke läßt den Vorsprung gegenüber konkurrierenden Bauweisen sicher noch vergrößern.

Saldo spricht für Stahl

Zum Schluß noch eine Zahl, die ein Bauherr unbedingt im Gedächtnis haben sollte: Der Anteil einer Stahlskelettkonstruktion macht lediglich rund zehn Prozent des Gesamtbauvolumens aus. Selbst wenn der reine Materialpreisvergleich für den Stahl ungünstig ausfällt, wirkt sich das nur unwesentlich aus. Per saldo schlägt die Gesamtheit der Vorzüge des Stahls im Geschoßbau jedoch eindeutig positiv zu Buche – sofern richtig gerechnet wird.

HANS-MARTIN HARING

Geschwindigkeit ist für Stahlbauer keine Hexerei

„Maße sind am Bau zu nehmen" gehört schon längst der Vergangenheit an

Mit der Entscheidung für eine Stahlkonstruktion zur Errichtung eines Bauwerkes ist auch eine kurze Bauzeit garantiert. Dieser Zusammenhang wird in vielen Fällen nicht deutlich genug erkannt, da überwiegend nur die reine Technik und er Angebotspreis als Bewertungskriterien herangezogen werden. Ein glatter, schneller Ablauf auf der Baustelle hat jedoch einen so erheblichen Einfluß auf Wirtschaftlichkeit, Ausführung und Umweltbelastung, daß es erforderlich erscheint, die Fakten ein wenig näher zu beleuchten.

Lückenloser Bauablauf ist gewährleistet

Nach heutigem Stand der Technik werden Stahlkonstruktionen in modernen Betrieben auf automatischen Bearbeitungsstraßen (Entzundern, Sägen, Bohren, Schweißen) industriell vorgefertigt und auf der Baustelle lediglich paßgenau zusammengefügt.

Die Bearbeitungsgenauigkeit ist so hoch, daß neben der Stahlkonstruktion gleichzeitig sämtliche Ausbaugewerke, wie Fenster, Fassadenelemente, Türen, Innenausbau, geplant und hergestellt werden können, so daß ein lückenloser Bauablauf gewährleistet werden kann. „Maße sind am Bau zu nehmen" gehört für Stahlbauer seit langem der Vergangenheit an.

Bei einer Stahlkonstruktion ist es nicht nur üblich, sondern unumgänglich, eine exakte Planung sowie die vorherige Produktion sämtlicher Teile und Anschlüsse vorzunehmen. Diese konstruktive Vorarbeit führt dazu, daß nur bewährte und erprobte Details Verwendung finden und auf der Baustelle keine improvisierten Lösungen beziehungsweise Nach- und Anpaßarbeiten in Kauf genommen werden müssen. Eine solide Konstruktion ist die beste Gewähr für hohe Qualität, kurze Bauzeit und geringe Baukosten.

Ein weiterer wesentlicher Grund für eine kurze Bauzeit ist die witterungsunabhängige Montage von Stahlkonstruktionen. Wer als Bauherr aus terminlichen Gründen gezwungen ist, im Herbst oder gar im Winter den Rohbau herzustellen, erkennt sehr schnell, welche zusätzlichen Vorzüge der Stahlbau hier hat.

Trotz schlechtester Voraussetzungen (anhaltender Frost, Schnee oder Regen) kann die Montage erfolgen, so daß auch die Nachfolgegewerke ausgeführt werden können. Die Länge der Bauzeit wird natürlich nicht nur vom Rohbau und den Folgegewerken beeinflußt, sondern auch von den vorausgehenden Arbeiten.

Ein optimales Stahlbau-System ermöglicht eine minimale Fundamentierung. Dieser (geld- und zeitsparende) Faktor wird noch von vielen Bauherren und Architekten zu wenig berücksichtigt. In Verbindung mit einer Stahlkonstruktion sind darüber hinaus die Gründungsmaßnahmen im allgemeinen so klar und einfach, daß sofort damit begonnen werden kann.

Die Zeit für die Herstellung der Fundamente und der Sohle reicht dann aus, um die Zeichnungen für die Stahlkonstruktion herzustellen und die Elemente zu fertigen. Ein lückenloser Bauablauf ist dadurch möglich.

Für eine Bauweise mit kurzer Bauzeit spricht auch die dadurch erreichte geringere Belastung der Umwelt beziehungsweise der Umgebung allgemein. Hier hat sich die beim Stahlbau heute übliche „Schraubmontage" sehr bewährt, bei der die Konstruktionselemente auf der Baustelle nur noch durch Schraubverbindungen zusammengefügt werden.

Was durch Stahlbaukonstruktionen im Geschoßbau zum Nutzen von Bauherren erreicht werden kann, mögen die drei folgenden aktuellen Beispiele aus der Praxis andeuten:

Ein viergeschossiges Verwaltungsgebäude in Stahlbauweise konnte – mit darauf abgestimmten Ausbaugewerken – in einer um fünf Monate kürzeren Bauzeit erstellt werden, als ein gleichgroßes Gebäude in direkter Nachbarschaft, das als Massivbau realisiert wurde. Der Nutzungsvorteil von fünf Monaten beträgt in diesem Fall mindestens 100 000 Mark. Darüber hinaus ist aber auch die geringere Umweltbelastung zu bewerten, da beide Baustellen im Zentrum einer mittleren Großstadt lagen.

Wie die Kosten gesenkt werden können

Bei dem Neubau einer kompletten Speditionsanlage ergab der Baustoffvergleich erhebliche Vorteile für die Stahlbauweise. Vor allem die erforderlichen Gründungsmaßnahmen gaben hier den Ausschlag. Da ungünstige Bodenverhältnisse vorlagen, war dieses Gewerk entscheidend für die Wirtschaftlichkeit des gesamten Bauvorhabens. Bei dem statischen Konzept der Stahlkonstruktion konnten sowohl die Baukosten als auch die Bauzeit durch Optimierung der Gründung minimiert werden.

Der Erweiterungsbau einer Produktionshalle von rund 5000 Quadratmeter war nicht bei laufendem Betrieb möglich, da zum Teil Fundamente in der vorhandenen Halle hergestellt werden mußten und Wandverkleidungen, Fenster und Tore umzubauen waren.

Die Baumaßnahme mußte also – so schnell wie möglich – in den Betriebsferien durchgeführt werden. Das aber war nur in Stahlbauweise mit weitestgehender Vorfertigung und optimalem Montageablauf möglich. In diesem Fall spielte auch eine große Rolle, daß die vorhandene Hallenkonstruktion durch Anschweißen von Profilen verstärkt werden konnte und so der Anbau sehr vereinfacht wurde.

DIETER POHLMANN

In vierzehn Monaten fertig

Ein Braunschweiger Architekturbüro kam zum Zuge, als es darum ging, den geeigneten Entwurf für das neue Büro- und Verwaltungsgebäude der Noell GmbH, einer Tochtergesellschaft des bundeseigenen Salzgitterkonzerns, zu finden. Wichtige Kriterien der Entwurfs-Ausschreibung waren folgende Forderungen: Das Gebäude muß sehr kostengünstig sein, den Erfordernissen der Zukunft aber dennoch genügen. Die Ausführung muß in möglichst kurzer Zeit realisiert werden. Der Entwurf der Archiktengemeinschaft Pook + Saalmann (siehe Foto) überzeugte durch seine Konzeption. Er zieht einen achtgeschossigen Stahlskelettbau mit naturfarbener Aluminiumfassade vor. Der Neubau, für den ein Investitionsvolumen von 17 Millionen Mark veranschlagt ist, umfaßt eine Bruttogeschoßfläche von 12 000 Quadratmeter und ein Bauvolumen von 37 000 Kubikmeter. Die Ausführung des Projekts wurde einer Firma in Hannover-Langenhagen als Generalunternehmer übertragen. Sie bestimmte die wirtschaftlich optimale Auswahl und Kombination der Baustoffe nach den modernsten Regeln der Bautechnik und sorgt für die exakte Einhaltung des Bauzeitplanes. Nach 14monatiger Bauzeit wird Noell im Herbst das neue Gebäude beziehen können.

H. R.



Es fehlt am Schmieröl

cf – Da könnte Brünnhilde „Hojotoho!" rufen, bis sie schwarz wird – die Götterdämmerung wird nun frühestens im Jahre 1986 stattfinden. Auch Siegfrieds Eintreffen ist verschoben worden, mindestens bis zum nächsten Februar. Das kommt daher, daß die Ölpreise gefallen sind, wenn auch nicht gerade an der Tankstelle: Amoco spendet allenfalls noch Bruchteilchen der früheren Unterstützung für die Kunst. Mit den fünfzehn Millionen Mark, die den öffentlichen Kunsträten herauszulocken sind (dem von Großbritannien und dem, der speziell für Wales zuständig ist), macht der ganze Wagner keinen Spaß mehr. Brünnhilde legt sich ohnehin am Schluß der „Walküre" für eine Generation schlafen.

Kurzum, bei der walisischen Nationaloper, einem ausgezeichneten Institut von internationalem Ruf, ist jeder Zuschauerplatz (an der Kasse zu haben von 60 bis 120 Mark) mit etwa zwanzig Mark subventioniert, und so schön sind die Zeiten nun auch nicht mehr. Große Firmen als Mäzene: Das ist immer löblich, solange es dauert, aber es dauert eben nie lange genug. Zudem, Sportveranstaltungen haben wesentlich mehr Werbewert als solche mit Rheintöchtern: Da kommt vor lauter Gesang der Name des Spenders nicht recht zum Tragen.

Die Kunstfreunde allenthalben werden schon aus Prinzip sehr, sehr besorgt sein – ob sie nun jemals in der walisischen Nationaloper gewesen sind oder nicht. Am Ende wird dann ein Spender auftauchen. Und wenn es schließlich doch zur Götterdämmerung kommt, haben sich Nervosität und die ganze Sache gewiß auch gelohnt.

Aus Prag nach Manhattan: New York zeigt „Das kostbare Vermächtnis"

Die Geheimnisse des Golem

Das kostbare Vermächtnis", so könnte jede historische Ausstellung heißen. Der Ort, an dem sie stattfindet, das Jüdische Museum in New York, legt jedoch schon nahe, daß es sich um mehr als nur um die Präsentation wertvoller alter Kunstwerke handelt. Gezeigt also werden Schätze des Jüdischen Museums Prag, die Geheimnisse des Golem gewissermaßen, aus deren riesigem Bestand von 145 000 Gegenständen mehr als dreihundert ausgewählt wurden. Sie sollen einerseits ein Bild von der Geschichte und der Kultur der Juden in Böhmen und Mähren geben, andererseits an das Schicksal der wohl ältesten kontinuierlich bestehenden jüdischen Gemeinde in Europa erinnern, die während der Nazizeit mehr als 77 000 Menschen in Theresienstadt, Auschwitz und anderen Vernichtungslagern verlor.

Das Staatliche Jüdische Museum in Prag ist eine einzigartige Einrichtung, dessen Geschichte selbst schon museumswürdig ist. Gegründet wurde es 1906 von dem Historiker Salomon Hugo Lieben, der sich bemühte, Kult- und Kunstgegenstände aus den zahlreichen nicht mehr benutzten Prager Synagogen der Nachwelt zu bewahren. Bald dehnte er seine Sammeltätigkeit auf das ganze Land aus und bezog auch die Angebote der Antiquitätenhändler ein. Mit etwa tausend Ausstellungsstücken und anderthalbtausend Handschriften und Büchern legte er den Grundstock für das Museum. Die Prager Judengemeinde stellte ihm 1912 dafür ein Gebäude zur Verfügung, und 14 Jahre später zog es in die Festhalle inmitten des jüdischen Viertels um.

Es ist eine seltsame Fügung des Schicksals, daß die Erhaltung und sogar die Erweiterung des Museums auf die Nazis zurückgeht. Nach der Besetzung der Tschechoslowakei wurde angeordnet, daß die zahlreichen und weit verstreuten jüdischen Besitztümer, die einigen historischen oder künstlerischen Wert hatten, in Prag gesammelt und gelagert würden. Je weiter die Deportationen fortschritten, je mehr sich die Konzentrationslager füllten, desto größer wurde der Bestand des „Jüdischen Zentralmuseums". Bald waren die Kustoden mit dem Gelben Stern nicht mehr in der Lage, alle die Neuzugänge ordentlich zu inventarisieren. Und als sie dann selbst deportiert wurden, verwandelten sich die einstigen Prager Kultstätten in Lagerhallen, die ein erstaunliches Gut bargen.

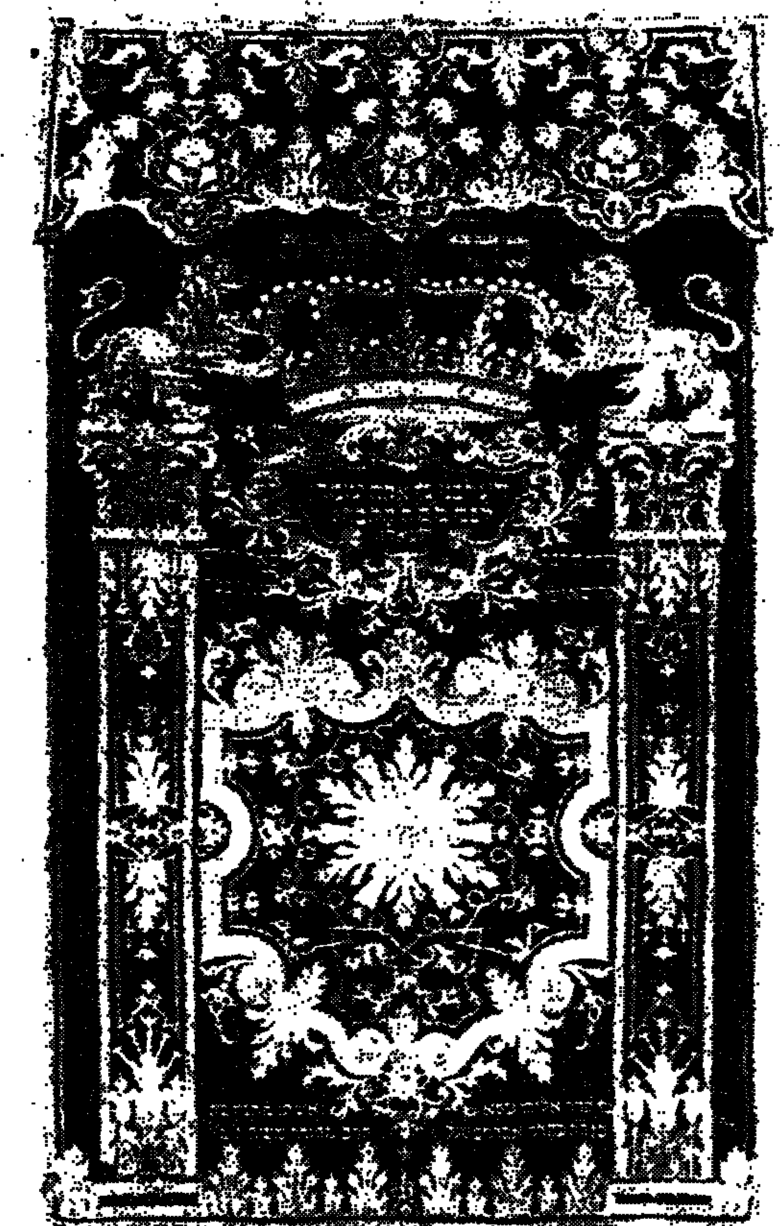
Mit Fotos wird in der Ausstellung gezeigt, wie da Thorarollen zu Hunderten in Regalen liegen, wie Flügel und Klaviere herumstehen, während die Geigen säuberlich aufgereiht an den Wänden hingen. Da sieht man Gemälde und Bücher übereinandergestapelt und vieles andere mehr. Bis heute konnte nicht geklärt werden, was die Nationalsozialisten mit dieser Sammelaktion bezweckten. Manche meinen, nach dem Krieg sollte damit ein Propaganda-Museum zur Legitimation der Judenausrottung bestückt werden. Da sich die dezimierte Prager Judengemeinde nach 1945 außerstande sah, die Verantwortung für das Museum und die hinzugekommenen wertvollen Bestände zu übernehmen, übergab sie alles der tschechoslowakischen Regierung, die es in ihre Staatssammlungen aufnahm.

Die amerikanische Ausstellung, deren Zustandekommen sich über vierzehn Jahre hinzog, weil die Prager Regierung den amerikanischen Organisatoren keine freie Auswahl der Gegenstände zubilligen wollte, ist in fünf Sektionen gegliedert. Die ersten beiden beschäftigen sich mit der Geschichte Böhmens und Mährens und dem jüdischen Erbe dieser beiden Provinzen. Dann wird das Leben in der Gemeinde und in der Familie dargestellt. Im Mittelpunkt der fünften Abteilung steht Theresienstadt, das von den Nazis als „Muster-Ghetto" eingerichtet wurde. Von den rund 150 000 in Theresienstadt Internierten starben jedoch rund 33 000 an Unterernährung und Krankheiten, während rund 88 000 in Vernichtungslager gebracht und dort ermordet wurden. Ihr Schicksal spiegelt sich in zwei Begleitausstellungen. In „Bild und Realität: Leben in Theresienstadt" sind fünfzig Kinderzeichnungen zu sehen. Obwohl nur knapp hundert der zeitweilig 15 000 Kinder überlebten, wird in diesen einfachen Bildern das Leben meist von der sonnigen Seite gezeigt. Ganz anders stellt sich das „Muster-Ghetto" dagegen in den Aquarellen und Zeichnungen von Norbert Troller, Leo Haas, Fritz Fabian und Jo Spier dar - die das Leo Baeck-Institut beisteuerte. In ihnen tritt die Unbarmherzigkeit und die Grausamkeit des Lagerlebens in aller Härte zutage.

So bedeutend auch der künstlerische Wert vieler Gegenstände sein mag, die die Zeit vom 14. bis zum 20. Jahrhundert umspannen, der alten Manuskripte, des Kultgerätes aus Silber, der reich bestickten Thoravorhänge, aber auch des häuslichen Geschirrs und der Gemälde mit Szenen aus dem jüdischen Leben, die meisten Besucher sehen die Ausstellung eher als eine historische Dokumentation.

HENRY MARX

Bis 26. August; San Diego: 22. Sept. bis 11. Nov.; Detroit: 12. März 1985 bis 5. Mai; Hartford, Conn.: 3. Juni bis 29. Juli.



Kostbarkeiten, aus den verwaisten Synagogen in Prag zusammengetragen: Thoravorhang mit passendem Volant, Seide und Samt, 1730/31
FOTO: QUICKSILVER

JOURNAL

Veräußert Polen wertvolle Gemälde?

JGG. New York

Die polnische Regierung hat in den USA mit dem Verkauf wertvoller Gemälde begonnen, berichtet das Organ der „Polnisch-Amerikanischen Industrie- und Handelskammer" in New York, „Life of Polonia". Mit dem Verkauf wurde der in New Orleans lebende Kunsthändler Kurt E. Schonn betraut. Er versicherte, daß es sich um Gemälde des späten Barocks und frühen Rokokos handelt. „Sie wurden bisher in keiner Galerie gezeigt", erklärt er. „Life of Polonia" vermutet, daß Warschau mit dem Verkauf seine leeren Devisenkassen auffüllen will. In US-polnischen Kreisen wird zudem vermutet, daß es sich hier um Gemälde aus ostdeutschem Besitz handeln könnte.

Informationssystem zum deutschen Musiktheater

DW. Bayreuth

Das Deutsche Theatermuseum in München und das Forschungsinstitut für Musiktheater sowie das Rechenzentrum der Universität Bayreuth haben ein elektronisches Informations- und Dokumentationssystem entwickelt, das sämtliche Musiktheater-Aufführungen in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz seit der Spielzeit 1981/82 gespeichert hat. Das „Tandem" getaufte System kann detaillierte Angaben über Daten und Besetzungen liefern und soll Wissenschaftlern, Praktikern sowie der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Harappa-Ausstellung in Aachen geplant

lnw. Aachen

Die Ergebnisse der mehrjährigen Ausgrabungen eines Forscherteams der Technischen Hochschule Aachen im Gebiet der Harappa-Kultur in Mohenjo-Daro (Pakistan) sollen im Spätsommer 1985 in einer von der Unesco und dem Auswärtigen Amt geförderten Ausstellung in Aachen vorgestellt werden. Die Ausstellung will einen Einblick in diese noch wenig bekannte Kultur geben, die zu den ältesten Kulturkreisen der frühgeschichtlichen Welt (von ca. 7000–3000 vor Chr.) zählt. Die pakistanische Regierung hat bereits ihr Einverständnis erklärt, einige hundert Objekte für eine mehrjährige weltweite Tournee der Ausstellung zur Verfügung zu stellen.

Open-air-Konzerte '84 mit Baez und Dylan

DW. Hamburg

Joan Baez, Bob Dylan und Carlos Santana sind die Stars einer Serie von Open-air-Konzerten, die am 31. Mai im Hamburger St.-Pauli-Stadion beginnt. Weitere Tourneeorte: das Münchner Olympiastadion am 3. Juni, das Stadion Bieberer Berg in Offenbach am 11. Juni, die Berliner Waldbühne am 13. Juni und das Müngersdorfer Stadion in Köln am 16. Juni. In München kommt Udo Lindenberg hinzu, in Köln Wolf Maahn.

Paris zeigt die Kunst des alten Nigeria

AFP, Paris

Rund hundert Skulpturen, die im wesentlichen aus den Beständen des Nationalmuseums von Lagos stammen, werden zur Zeit im Pariser „Grand Palais" ausgestellt. Zuvor waren sie in London (s. WELT v. 30. 11. 82) und Hildesheim zu sehen.

Köln spielt Gershwins Frühwerk „Blue Monday"

Ein fatales Telegramm

Am 28. August 1922 wurde sie unter der Stabführung von Paul Whiteman in der Revue „George White's Scandals" uraufgeführt; am Tag darauf war sie bereits wieder in der Versenkung verschwunden: George Gershwins Kurzoper „Blue Monday". Es war der erste Versuch des Komponisten, Klassik mit Jazz zu einer Synthese zu verschmelzen.

Das Projekt mußte zwangsläufig scheitern. In den jährlich neuaufgelegten „Scandals" erwartete man, neue Schlager zu hören und rassige Mädchenbeine zu sehen. Ein geschlossener Einakter hochdramatischen Inhalts war in diesem Rahmen total fehl am Platz. Hinzu kam die – selbst für damalige Verhältnisse – bemerkenswert hanebüchene Handlung. Der Sänger Tom erzählt der eifersüchtigen Vi, einem eher leichten Mädchen, ihr Freund Joe, der Glücksspieler, erwarte ein Telegramm von einer Frau. Das stimmt zwar – nur verschweigt er ihr, daß es von seiner Mutter ist. Damit erhofft Tom, die Liebe Vis zu erringen. Die Rechnung geht jedoch nicht auf: Vi erschießt Joe, und dann stellt sie fest, daß das Telegramm von seiner Schwester ist, die ihm mitteilt, er brauche nicht mehr nach Hause zu kommen: Mutter ist schon seit drei Jahren tot.

Die Kölner Oper richtete jetzt im Theater Kefka die deutsche Erstaufführung von „Blue Monday" aus. Jütta Gleue, mit der Inszenierung betraut, tat das einzig Richtige: Sie ließ die Kuriosität in der Originalsprache als pralle Opernparodie über die Bühne gehen. Dafür standen ihr aus dem Kölner Opernstudio mit Gary Bennett, Liat Himmelheber und Bruce Hall in den Hauptrollen spielfreudige Volontäre zur Verfügung. In Jorge Villareals Bühnenbild, das sowohl an Gefängnisgitter wie an die in New York an allen Ecken vorzufindenen Baseball-Courts erinnerte, gaben sie ihrem Affen gehörig Zucker.

Das (verkleinerte) Gürzenich-Orchester unter der Leitung von Antony Beaumont allerdings wußte mit Gershwins Musik nichts Rechtes anzufangen. In seiner Interpretation war von Parodie nur wenig zu spüren, und außerdem wollte sich der rechte Swing nicht einstellen.

Gershwin war in „Blue Monday" jedenfalls auf dem Weg zu seinem musikalisches Idiom. Zwar reiht er mehr musikalische Einfälle aneinander, als daß er zur durchkomponierten Form fände, aber es tauchen bereits die Spielereien um die große und kleine Terz auf, Pentatonik und Synkopen, die charakteristisch werden sollten für Gershwins Musik. Auch der stampfende Rhythmus und die jaulende Klarinette, die zwei Jahre später in der „Rhapsody in Blue" zur vollen Entfaltung kommen sollten, haben ihre Wurzeln im „Blauen Montag". Nicht zuletzt setzte Gershwin hier den Keim zu der amerikanischen Oper, die sich als einzige Weltgeltung verschaffen konnte: „Porgy and Bess".

RAINER NOLDEN

Moskau: Maßregelungen für den sowjetischen Film

Zurück zum Heldentum

Die leichte Auflockerung im sowjetischen Filmschaffen der letzten Jahre ging der Parteiführung schon zu weit. Anstößig fand sie vor allem die Tendenz, die Probleme einzelner Menschen aufrichtig und ohne ideologische Scheuklappen zu schildern. Die Herrlichkeit des „neuen Menschen" verblaßte, die gesellschaftlichen Verhältnisse verloren ihren strahlenden Glanz und erwiesen sich gar als Ursache menschlicher Nöte. Am Ende käme sie selbst noch in den Verdacht, mußte die Partei befürchten, an den Kümmernissen der Sowjetmenschen mitschuldig zu sein. Ein Filmschaffen, das sich ihrem Herrschaftsanspruch immer mehr entzog, konnte nur politischen Schaden anrichten.

„Schluß damit!" hatten in jüngster Zeit immer mehr „Briefe aus der Bevölkerung" gefordert. Da die Filmkritik versagte, was auch schon ein bedenkliches Zeichen ideologischer Schwäche war, ließen die Gralshüter der zukunftsfrohen Lehre erst einmal damit operieren. Dann schlugen sie selbst zu: Zum Wochenende beriefen sie eine „Allunionsversammlung der Filmschaffenden" nach Moskau ein, auf der drei leitende ZK-Funktionäre für Ideologie und Propaganda erschienen und ein leibhaftiges Politbüro-Mitglied, Gajdar Alijew, dem Filmvolk die Leviten las.

In den Mittelpunkt stellte er die Forderung nach dem „echten positiven Helden". Statt der überhand nehmenden „negativen Figuren" müsse wieder der starke, klare und überzeugende, schaffensfrohe und mutige Mensch die Leinwand bevölkern. Die „eindeutige und prinzipienfeste Linie" des Filmschaffens soll natürlich nicht die Widersprüche des Lebens ausklammern. Es gehe nicht an, alles nur positiv zu zeichnen. Aber es sei auch nicht zulässig, die Kritik an negativen Erscheinungen in eine einzige Ansammlung von Deformationen zu verwandeln.

Bereits zwei Wochen zuvor hatte ein Partei- und Regierungsbeschluß daran Anstoß genommen, daß sich viele Filme mit „erfundenen Konflikten" weitab von den „wirklichen Problemen des Lebens" beschäftigten, mit „unerfreulichen Kleinigkeiten" und „trüben Alltagserscheinungen". Sozialistischer Aufbau der Gegenwart und die heroische Tradition revolutionärer wie militärischer Kämpfe müßten nun wieder in den Vordergrund treten, verlangte Alijew. Die Jugend empfahl er auch mit den Mitteln des Kinos „militär-patriotisch" zu erziehen.

Es gibt also viel zu tun. Die sowjetischen Filmemacher wissen jetzt, was sie der Partei schuldig sind. Als Gegenleistung stellte sie eine Reihe materieller Verbesserungen in Aussicht – von der Modernisierung der Studios und Filmtechnik über den Neubau von Kinos bis zur Erhöhung der Honorare, gestaffelt nach dem jeweiligen „ideologisch-künstlerischen Wert" der Leistung.

FRIED H. NEUMANN

Drei Große in Cannes: Bergman, Allen und Leone

Das Salz in der Suppe

Drei große Namen präsentieren sich am Rande der 37. Filmfestspiele von Cannes: Ingmar Bergman, Woody Allen und Sergio Leone. Ihre neuen Arbeiten laufen außer Konkurrenz und sind für das Festival gewissermaßen das Salz in der Suppe.

Bergman, der doch unlängst „Fanny und Alexander" zu seinem „ein für allemal letzten Film" erklärte, überrascht mit einem intimen Kammerspiel, das er fürs schwedische Fernsehen gedreht hat: „Nach der Probe". Nur mit drei Personen ausgestattet, ist es ein ungemein intelligenter Exkurs auf das Theater und die Schauspieler und natürlich auch auf das Leben selbst. Ein alter Theaterdirektor und Regisseur blickt auf seine Vergangenheit zurück, ihm zur Seite eine junge Schauspielerin, der er in Strindbergs „Traum" gerade eine Chance gibt, und seine frühere Geliebte, die ebenfalls Schauspielerin war, an den Härten des Berufes aber zerbrach und zur Alkoholikerin wurde. Ist – so fragt sich der Regisseur – das Theater solche Opfer wert? Eine gute Stunde gefilmte Konversation, aber von einer Intensität, wie wir sie nur noch aus „Szenen einer Ehe" kennen.

Der Kontrapunkt zu Bergman: Woody Allens „Broadway Danny Rose", schwerelos zwischen Heiterkeit und Ernst balancierend. Dieser Film, in den fünfziger Jahren spielend und in Schwarzweiß gedreht, ist Woodys Huldigung an all jene Kollegen vom Kabarett, mit denen er einst als Entertainer in einem New Yorker Nachtclub seine Karriere begann. Im Mittelpunkt steht der Westentaschen-Impresario Danny Rose, den Allen selber spielt.

Danny läuft sich am Broadway buchstäblich die Hacken ab, um seine Klienten zu plazieren. Die aber haben meist mehr guten Willen als Talent, sind oft genug komische, oder besser: tragikomische, Figuren wie Danny selbst. Da ist die Tänzerin mit nur einem Bein, der Artist mit den Pinguinen, die wie Rabbis gekleidet sind, oder der mit den Spatzen, die Klavier spielen können. Nur manchmal gerät Danny an einen echten Senkrechtstarter, freilich nur, um ihn gleich wieder zu verlieren. Denn kaum haben die Begabungen halbwegs Karriere gemacht, verlassen sie Danny, um sich fortan von „bedeutenderen Agenten" managen zu lassen.

Natürlich gibt es auch wieder eine Romanze Danny-Allens mit einem Mädchen, das von Mia Farrow gespielt wird. Aber das große Glück findet ein Danny in diesem Leben nicht; er muß schon damit zufrieden sein, daß am Ende der Spezialhamburger eines Artistenrestaurants nach ihm benannt wird.

New York steht auch im Mittelpunkt von Sergio Leones Film „Es war einmal in Amerika", der in Cannes seine Welturaufführung erlebte. Mit diesem Mammutwerk von knapp vier Stunden Länge, an dem Leone zehn Jahre gearbeitet hat, schließt er seine Amerika-Trilogie ab, die 1968 mit „Spiel mir das Lied vom Tod" begann. Die Autobiographie eines berüchtigten New Yorker Verbrechers, den man Noodles nannte, liegt dieser grandiosen Gangsterballade zugrunde.

Das Abenteuer von Noodles, den Robert De Niro bravourös spielt, und seines Freundes Max (James Woods) beginnt im ärmlichen jüdischen Getto auf der Lower East Side zur Zeit der Prohibition. Da sind die beiden gerade vierzehn und machen schon die Straßen unsicher. Ihre Jugend ist voller Brutalität, mit Bandenkriegen und Schlägereien, mit Mord und Totschlag und Gefängnis. Noodles erste und einzige große Liebe scheitert an den Umständen. Zusammen mit Max häuft er in fünfzehn Jahren ein Vermögen an, aber er verliert es auch wieder. Nach einem mißglückten Coup flüchtet er aus New York, um erst 35 Jahre später zurückzukommen, jetzt fast schon ein alter Mann, müde, verhärtet, einsam. Ein Gangstersyndikat ist ihm auf der Spur, und er weiß, daß er ihm nicht entgeht.

Leones Film, ein Spiel mit raffinierten Rückblenden und einem De Niro von seltener Wandlungskraft, besitzt alle Zutaten, um ein Publikumsrenner ersten Ranges zu werden. Nur nicht die nötige Kürze. In Amerika hat man ihn schon – zu Leones Verdruß – auf gute zwei Stunden gestutzt. Jetzt hofft der Regisseur auf die Geduld der Europäer.

DORIS BLUM



Mr. Noodles mißglückte Geschäfte: Robert De Niro und James Woods in Sergio Leones neuem Mammutfilm „Es war einmal in Amerika"
FOTO: DIE WELT

Wien: Grillparzers „Goldenes Vlies" an der Burg

Hellenische Dunkelheit

Grillparzer läßt seine Medea nach dem griechischen Desaster und der Ermordung ihrer Kinder nach Delphi gehen, um das Urteil des Priesters zu empfangen, während sie in der Legende auf ihrem Drachenwagen nach Athen und zu weiteren Morden auszieht und schließlich sogar göttliche Verehrung erfährt. Diese Änderung ins Westlich-Moralische, die Grillparzer in seiner Einleitung selbst als Mangel an „Griechheit" charakterisiert, verleiht der Tragödie eine Modernität, die so weit geht, daß man als Theaterbesucher zum eigenen Erstaunen ein klassisches Drama mit Spannung und Erregung aufzunehmen bereit ist.

Daß das Burgtheater Grillparzer die seltene Ehre angedeihen läßt, das ebenfalls selten gegebene „Goldene Vlies" aufzuführen, dürfte auf den Wunsch Gerhard Klingenbergs zurückgehen, der sich gern mit der Einrichtung älterer Stücke betätigt. Wobei ihm von bösen Zungen nachgesagt wird, daß er die hohe Dotierung solcher Redigierarbeit neben dem Regiehonorar nie aus den Augen verloren habe. Wie er die im Kleindruck 244 Seiten lange Trilogie Grillparzers auf das erträgliche Maß von dreieinhalb Stunden gebracht hat, war aber ein deutlicher Beweis für sein Bühnenverständnis, es gab keine leeren Stellen, und die ungewöhnlich lange Spieldauer wurde in keinem Augenblick als unnötig empfunden.

Das einzig Störende war, teilweise, die Kostümierung der Darsteller durch Jan Skalicky. Es war wohl symbolträchtig gemeint, daß er die ollen Griechen in Drillichanzügen mit Knobelbechern auf die Bühne brachte, das blanke Schwert im Gürtel. Kreon mit seinem Hof kleidete er in fußlange Gehröcke, was den König, der sehr scharf von Sebastian Fischer gegeben wurde, mitunter goethehaft-geheimrätlich erscheinen ließ, während sein Gefolge in seinen weißen Mänteln wie bei einer Arztvisite im Spital wirkte.

Die Hauptrolle wurde von Elisabeth Orth sehr eindrucksvoll im Sinne der Grillparzerschen Anmerkung „tiefes Gemüt" gegeben. Zu Beginn vielleicht etwas zu heiter, aber immer eine volle und von innerem Feuer erfüllte Persönlichkeit mit exorbitant gut gespielten Momenten weiblichen Nachgebens, die auf dem Hintergrund einer eingeborenen Härte um so eindrucksvoller waren. Ihr zur Seite stand, im Text stark verkürzt, die Amme Gora (Heidemarie Hatheyer) voll dunkler, fremder Dämonie.

Für den Jason hatte man offenbar im riesigen Ensemble der Burg keinen Darsteller finden können, denn er wurde von dem Gast Matthias Habich gegeben. Es gelang ihm nicht so recht, die innere Tragik des überforderten Menschen sichtbar zu machen. Eine Sonderleistung: der Aietes des Horst Christian Beckmann. Das wesentliche Bühnenbild Günter Walbecks bemühte sich um eine Aussage über die Herabminderung, die Medea, als eine dunkle Fremde im hellen Hellas, erleidet. Ein der Burg durchaus würdiger Abend. Langer Beifall.

ERIK G. WICKENBURG

Noch eine neue „Carmen": Ballettpremieren an der Deutschen Oper Berlin

Der Matador heißt jetzt Mephisto

Assistentinnen haben Hochkonjunktur. Berlins Deutsche Oper bestritt gleich einen ganzen Premierenabend mit drei Rekonstruktionen aus dem tänzerischen Versand-Katalog, die dort seit langem mit dem Test-Gütesiegel „empfehlenswert" verzeichnet sind. Drei Damen, Annegien Sneep, Anne-Marie Lagerborg und Airi Hynninen, haben werkgetreu die Schritte ihrer choreographischen Meister nachgezeichnet.

Da sieht man Jiři Kyliáns von Panflöten umklagte „Blaue Haut", ein lyrisches Poem, das mit vier Pas de deux und schließlicher Vereinigung der Paare schöne Zeichen menschlicher Sehnsucht in den Raum setzt. Die Story ist mehr als fragwürdig – und die Berliner Aufführung macht sie schon maskentechnisch nicht gerade verständlicher: Die Individuen sehnen sich nach einer gemeinsamen „Haut", nach Einklang von Gefühl und Charakter.

Die beiden anderen Ballette stammen aus der späten Werkphase des Briten Antony Tudor. Sein „Echoing of Trumpets" ist 1963 erstmals in Schweden gezeigt worden. Die Handlung wurde durch die schreckliche Erinnerung an die Zerstörung von Lidice angeregt. Hunger, Klage und Demütigung. Frauen werden von einer fremden Soldateska gequält, sie nehmen Rache für einen geschundenen Partisanen und werden selbst wiederum zu Opfern. Die Wirkung dieses Stücks ist allein moralisch. Tänzerisch fehlt ihm die Schärfe, die Expression, die Brutalität. Der Stil hinkt dem bitteren „Anliegen" hinterher: Die Frauen zurren das tragische Kopftuch, und die Unterdrücker springen sich eins – der Kampf um Freiheit und Existenz wippt auf sauberer Ballettsohle. Das Stück mit der allerdings dramtisch ebenso gereizten wie depressiven Musik Bohuslav Martinus wirbelt Staub auf, freilich nur jenen einer überholten und betulichen Tradition.

Versöhnlicher Schluß: Tudors „The Leaves are Fading". Lichte Rückerinnerung von jugendlicher Zärtlichkeit und unschuldiger Liebe. Ein Pastell, eine Impression, bei der die Paare durcheinanderflirren und -schweben. Jede Willkommensgeste spricht schon ein Lebewohl. Alles blüht und hat doch schon welken Hauch geatmet. Tudors Dvořák-Klassizismus ist auf fast schon genialische Weise hübsch. Und gleich auch ein bißchen passé – wie all die Liebeserinnerungen da oben.

Um die Dame aus der Zigarettenfabrik, wieder einmal, dreht es sich dann bei einer veritablen Uraufführung zu Beginn des zweiten Abends dieser Ballettwoche. Bei „Carmencita", wie Patrice Montagnon die Sache sieht, geht es allerdings weniger um Schicksal und große Erregung: In Michael Simons kontinuierlich sich zur Rampe hin verengendem Abstrakt-Raum, einem Atelier mit Bodenscheinwerfern, vollzieht sich eine Art Psychogramm Josés. Vladimir Gelvan hat eine Menge am Boden auszuleiden, er ruckelt zerquält mit dem Stuhl herum, den er schließlich in die Ecke feuert – eine tänzerisch nicht eben ergiebige Partie. Und Eva Evdokimova muß sich hier mit bemühter Leidenschaft an José heran- und wieder davonmachen. Das Ganze ist ein kühler Alptraum, in dem einem Dritten, dem hoch und wirbelnd springenden Jan Broeckx, die dankbarste Rolle zufällt: ein Mephisto in dreifacher Gestalt. Zweimal von José getötet und schließlich als Matador schon wieder auf den enorm talentierten Beinen. Das mach mal einer nach!

Für Montagnons Choreographie – wie übrigens auch für Antonio Madigans solistisch angelegte, von Gitarre und Cello dominierte Musik – spricht ihre wohltuende Absage an folkloristischen Nippes. Die Gruppen werden in großzügigen Feldern über die Bühne bewegt, während sich die beiden tragischen Helden mühen, Freiheitsdrang und Liebesverlangen, je nachdem, in mühsamer Körperverstrickung zu lösen. Daß die Geschichte, trotz Gades und Saura, ihren Beifall immer finden wird – dafür spricht allein schon die sprichwörtliche Robustheit Carmens, wohl nicht nur psychisch.

PETER HANS GÖPFERT

Verdun – Lebensaufgabe eines Deutschen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Zum ersten Mal, seit sein Name vor beinahe 70 Jahren zum Symbol der tragischsten Konfrontation zwischen Deutschen und Franzosen in diesem Jahrhundert wurde, wehten auf dem Fort Douaumont bei Verdun die französische und die deutsche Nationalfahne nebeneinander im Westwind. Am Fuße der nackten Gesteinsmasse, um deren Besitz die Grenadiere des Kronprinzen und die Chasseurs des Generals Pétain sich vom 25. Februar bis zum 24. Oktober 1916 die blutigsten Kämpfe des Ersten Weltkrieges lieferten, fand eine nachdenklich stimmende Feier statt. Der deutsche Generalkonsul in Metz, Werner Montag, heftete dem Wärter des Forts Douaumont, Henry Sturges, im Auftrag des Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz an die Brust – im Beisein von französischen und deutschen Würdenträgern, Offizieren, Abgeordneten und Stadtvätern der umliegenden Ortschaften.

Nachdenklich war die Feier, weil Henry Sturges, der Wärter eines der geheiligtesten Mahnmale der französischen Nation, Deutscher ist. Seit 1980 hütet er die Reste des Forts und die umliegenden, noch heute vom



Henry Sturges

Stahlgewitter der Artillerieduelle gezeichneten Wälder und Brachflächen mit ihren Gräbern und Erinnerungssteinen, erläutert er den Besuchern, was hier geschah, kümmert er sich um die jungen Deutschen und Franzosen der „Aktion Douaumont", die seit Jahren freiwillig ihre Sommerferien opfern, um die Höhlen und Keller der alten Festung sauberzuhalten.

Sturges, 1926 in Kordel bei Trier geboren, hatte im Lokalblatt „Republicain Lorraint" eine Stellenanzeige für einen zweisprachigen Führer im Fort Douaumont gelesen. Er bewarb sich, und nachdem Barat-Dupont, Bürgermeister von Verdun und oberster Hüter der anliegenden Schlachtfelder, seine Lebensgeschichte gelesen hatte, befürwortete er die Einstellung des Bewerbers.

Henry Sturges wurde 16jährig 1943 zur Arbeitsdienst-Flak eingezogen. In Cherbourg geriet er am 22. Juni 1944 in amerikanische Gefangenschaft, blieb bis 1946 in den USA, dann fast noch einmal solange in französischen Lagern, ehe er 1947 wie zehntausend andere deutsche Kriegsgefangene eine Stelle als freier Arbeiter in Frankreich annahm. Im November 1948 heiratete er eine Französin, Tochter eines von den Deutschen zum Tode verurteilten Widerstandskämpfers, der seine Flucht und sein Überleben einem unbekannten deutschen Feldwebel verdankt. 1960 wurde Henry Sturges Franzose.

Inzwischen war er zum Vorsitzenden des Verbandes der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich aufgerückt und vertrat vor dem Europarat in Straßburg gleichzeitig die Interessen der französischen Frontkämpfer. Nach zwanzig Jahren Arbeit in der Grube und vier weiteren Jahren als Handelsvertreter fiel ihm die Anzeige im Lokalblatt seiner neuen Heimatstadt Metz richtig in die Hand. Unter dem rostbraunen Gemäuer des zertrümmerten Forts Douaumont will er sich für den Rest seiner Tage „mit der allein glücklich machenden Aufgabe meines Lebens, dem Werben um die deutsch-französische Aussöhnung", beschäftigen.

Oberammergau feiert sein 350. Jubiläum

Kirche beunruhigt über Geschäftssinn der Passionsstadt

P. SCHMALZ, Oberammergau

Hätte doch Johannes Rau, der so eifrig für sein Nordrhein-Westfalen hinter dem Technologie-Vorsprung des deutschen Südens herrennt, an diesem Sonntag still dabei sein können im neuen „Ammergau-Haus" in Oberammergau, wo Franz Josef Strauß und Lothar Späth in der Pause des Passionspiels die Köpfe zusammensteckten und in offenkundiger Gemeinsamkeit über ihre Passion, die Politik, plauderten. Er hätte womöglich von neuen Plänen der beiden Süd-Fürsten erfahren können, mit Sicherheit aber wäre er zu der Erkenntnis gekommen, daß die Landesherren aus München und Stuttgart sich verbunden fühlen in einem kraftstrotzenden Selbstbewußtsein, das für den Rest der Republik nur mehr milde Ironie übrig hat. Lothar Späth, auf mögliche Rivalitäten zu Bayern angesprochen, mit schmallippigem Humor: „Der Abstand von Bayern und Baden-Württemberg zu den anderen Bundesländern ist so groß, daß unsere Differenzen nur noch marginalen Charakter haben."

Auch der Bundeskanzler und sein Vize hätten rote Ohren bekommen können, wären sie Zeugen dieses Meinungsaustausches in der Pause eines Spiels gewesen, bei dem es auf der Bühne um den historischen Verrat geht, der selbst als Spiel schon so ernst genommen wurde, daß Bayerns König Ludwig II. einst nach einer Privatvorstellung allen Spielern einen Silberlöffel schenkte – bis auf Judas, den der König lediglich mit einem Löffel aus billigem Blech bedachte.

Auch Theo Waigel, der CSU-Landesgruppenchef in Bonn hätte hören können, wie Strauß erstmals den Spekulations-Schleier um die anstehende bayerische Kabinettsumbildung ein wenig lüftete und verriet, sein Staatssekretär Edmund Stoiber werde sicher irgendwann einmal nach Bonn gehen.

Daß Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling der ersten von insgesamt 100 Aufführungen im 350. Oberammergauer Jubiläumsjahr die Ehre gegeben hat, wird an den Nachbartischen so begründet: Der sei nur gekommen, heißt es, um nun auch das Festspielhaus am Alpenrand zu verkabeln. So schlecht ist die Idee eigentlich gar nicht, denn dann müßten die erwarteten rund 400 000 Amerikaner nicht die lange Reise über den Atlantik machen und könnten – wie auch die gut 100 000 europäischen Gäste – die „Tragedi zu Ehren dess bitteren Leydens und Sterbens Jesu Christi" am Bildschirm verfolgen und die Oberammergauer könnten vor leeren Zuschauerrängen der Bitte des Münchners Erzbischofs Friedrich Wetter nachkommen, das eigene Gewissen zu erforschen.

„Liebe Oberammergauer", hat der Münchner Kirchenführer am Vorabend der Premiere die 4700 Einwohner in einem Eröffnungs-Gottesdienst aufgefordert, „überlegen Sie sich einmal, ob Sie die Passion auch dann spielen würden, wenn kein einziger Besucher von auswärts käme. Diese Frage ist ein Prüfstein für die Echtheit Ihrer Beweggründe."

Die Kirche fühlt sich erkennbar belastet durch den Geschäftsrummel, der in dem Passionsort im Namen Jesu veranstaltet wird. „Ihr habt eine Räuberhöhle daraus gemacht", wettert der Christusdarsteller auf der Bühne und stößt mit dem Fuß die Kannen und Töpfe der Händler im Gotteshaus um. Da bieten sich Parallelen zur Gegenwart an. Vor dem Festspielhaus wird ebenfalls im Namen Gottes Kasse gemacht. „Ein riesiger monotoner Supermarkt des Souvenirs", beschreibt das bayerische Fernsehen den Ort, in dem Max Jabolkna, einer der beiden diesjährigen Christus-Darsteller, als Geschäftsführer des größten Oberammergauer Andenkenladens freimütig zugibt: „Unser Geschäft ist speziell abgestellt auf Amerikaner."

Der neue Bürgermeister Klement Fend, der im Wahlkampf hart gegen die Geschäftemacherei ins Feld gezogen ist, deutete schon eine leise Abkehr von einst starken Worten an. Nachdem er soviel Prominenz begrüßt hatte, legte er ein gutes Wort für den Ort ein: „Mit der Erfüllung des Gelübdes meinen wir es ernst. Das wird aber in der Presse oft verzerrt dargestellt." Viele der altgedienten Politiker nickten zu diesen Worten, leidgeprüft.



Wie ein Mahnmal ragt die Heckflosse der abgestürzten Piper aus dem sumpfigen Boden. Es dauerte Stunden, ehe die Leichen geborgen werden konnten. FOTO: AP

Der Todesflug von Hannover

Drei Menschen starben beim Absturz einer Maschine nach Kollision in der Luft

C. GRAF SCHWERIN, Hannover

Von einem Flugzeugunglück, das drei Todesopfer forderte, wurde der erste Tag der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) in Hannover überschattet. Am Sonntag nachmittag kollidierte eine „Beech 1900", ein Ausstellungsstück der amerikanischen Firma Beechcraft, mit einer in London gecharterten „Piper Aztec". Die Piper stürzte über dem Lichten Moor bei Nienburg nordwestlich von Hannover ab.

„Plötzlich hörte ich über mir ein Dröhnen und sah zwei Maschinen viel zu dicht beieinander über das Moor hinwegziehen", erklärte ein Augenzeuge am Unfallort. „Wenig später hörte ich ein berstendes Geräusch: Die kleinere der beiden Flugzeuge stürzte mit abgeknickter Tragfläche senkrecht zu Boden."

Die beiden Flugzeuge waren gegen 14 Uhr im Formationsflug vom Flughafen Langenhagen aufgestiegen und gingen Kurs Nord-Ost. Der britische Pressefotograf Steven Piercey, der mit der gecharterten Piper aus London gekommen war, hatte den Auftrag, für die Zeitschrift „Flight International" Fotos vom Fluge der amerikanischen „Beech" für einen Testbericht zu machen. In Hannover war er mit dem ihm befreundeten brasilianischen Fotoreporter Alberto Fortner zusammengetroffen, der um Mitnahme bat. Die beiden Flugzeuge blieben während des Fluges dicht zusammen, so erklärte Peter Middleton, Chefredakteur der „Flight International", der in der anderen Maschine saß. „Die beiden Besatzungen mußten sich durch Handzeichen verständigen". Der britische Fotograf, der im Heck der Kanzel saß, hatte „weder Kopfhörer noch Mikrophon".

„Plötzlich spürten wir in der Beech zwei, drei harte Schläge, dann war die Piper plötzlich verschwunden", berichtete Middleton. Unterdessen stellte der beunruhigte Pilot der Beech fest, daß an seiner Maschine die linke Landeklappe beschädigt war. Er entschloß sich sofort zur Umkehr und landete sicher.

„Erst als wir ausgestiegen waren", so Middleton, „sahen wir, daß die Beschädigungen an unserem Flugzeug doch erheblich schwerer waren, als wir zunächst angenommen hatten."

Die kleine Sportmaschine mit ihrem Piloten Cliff Barnett und den beiden Fotografen an Bord war abgestürzt und hatte sich mit dem Bug tief ins Moor gebohrt. Nur das Heck, das wie ein Mahnmal steil aufragte am Unfallort, konnte zunächst geborgen werden. Da es nicht gelang, das Wrack mit Stahlseilen aus dem Boden zu ziehen – „die Teile knickten ab wie Pergamentpapier", erzählte ein Zeuge –, wurde der Boden rund um die Maschine ausgebaggert, so daß die drei Leichen erst spät abends gefunden wurden.

Tiefe Risse an der Nahtstelle zwischen Tragfläche und Rumpf der gelandeten „Beech" lassen vermuten, daß die abgestürzte „Piper" das amerikanische Flugzeug mit der Tragfläche berührt hat.

Von den Gästen der Ausstellung bemerkte niemand etwas von diesem Drama.

Mit den Wölfen heult er aus Forscherdrang

Als Leittier vom Rudel anerkannt, lebt ein Bundeswehr-Ausbilder in einem saarländischen Freigehege

dpa, Merzig

Mit den Wölfen seines Rudels spricht Werner Freund wie mit einem Hausdackel: „Ja, Siegfried, bist ein guter Wolf, ein guter Wolf ..." Wer das Märchen von „Rotkäppchen und dem bösen Wolf" kennt und zum ersten Mal zum Wolfsfreigehege der saarländischen Stadt Merzig gelangt, dem kann schon eine Gänsehaut über den Rücken laufen angesichts der jaulenden Meute. Seit 1981 läßt sich dort der 51jährige Wolfsforscher und Einzelkämpfer-Ausbilder der Bundeswehr von Wölfen liebevoll mit der Zunge über das Gesicht lecken – und nicht nur das. Freund verbringt fast jede Nacht mit ihnen in einer Strohhütte, er spricht und heult mit ihnen, und er trägt einen Parka, den er mit den Exkrementen der Tiere eingerieben hat – „wegen des Artgeruchs". Freunds bisherige Erkenntnis: „Wölfe sind sehr sensibel". Es handelt sich bei ihnen keineswegs um den „bösartigen Mörder" aus den Märchen.

Als 17jähriger Löwenpfleger fing der in Wölfe vernarrte Mann an, sich mit Verhaltensforschung zu beschäftigen, und kam nach einem guten Dutzend Safaris in Asien, Afrika und Südamerika nach Merzig. Vor zwölf Jahren erwarb er seinen ersten Wolf bei einem Tierhändler, zog später Wolfsbabies mit der Flasche groß und ist heute Herr über ein achtzehnköpfiges Rudel, von dem er nur Gutes zu berichten weiß: „Ich bin inzwischen fast selbst ein Wolf, denke wie einer und lerne von ihm."

Drei stecknadelkopfgroße Narben an Stirn, Hinterkopf und Rücken verunsichern ihn nicht: Das seien Bisse seiner Lieblinge gewesen, gibt er zu, „es geschah aber nur deshalb, weil ich zweimal gegen Wolfsart verstoßen habe."

Einmal nachts, als eines der Tiere auf seinem Bauch eingeschlafen war, und von Freund geweckt wurde: „Da hat es mich zunächst in die Stirn und dann in den Hinterkopf gebissen, und mir war klar: Ich hatte mich nicht an die Gesetze des Rudels gehalten. Wenn ein Wolf schläft, wird er von keinem anderen gestört." Trotzdem wurde der Wolfs-Fan noch einmal gebissen: „Einer der Wölfe", so sagt er heute, „war damals etwas grob zu mir, wollte mir aber nur ankündigen, daß er zu mir will. Das hatte ich damals jedoch mißverstanden und trat mit dem Fuß nach ihm. Daraufhin hat er stärker zugebissen." Freund, der auch schon mit seinen Wölfen im amerikanischen Fernsehen war, blutete zwar, doch leckten ihm die anderen Tiere seine Wunden. „Wichtig ist nur, die Rangfolge der Wölfe untereinander zu kennen", erklärt der Stabsfeldwebel, der sich selbst gern als „Oberwolf" bezeichnet und den das Rudel „als Meister" anerkannt habe. Freund: „Sie apportieren mir sogar rohes Fleisch, das ich ihnen selbst erst kurz zuvor ins Gehege geworfen habe – ein notgeschlachtetes Kalb oder Küchenabfälle aus einem nahegelegenen Hotel, beispielsweise."



Ein Mann und sein Wolf: Werner Freund während der „Lagebesprechung" mit dem Führer des 18köpfigen Rudels. Wissenschaftler sind geteilter Meinung über den Autodidakten von der Bundeswehr. FOTO: DPA

Freund fühlt sich inzwischen allen Situationen gewachsen. „Wenn es sein muß, versetze ich ihnen auch einmal einen Kinnhaken zur Abwehr", gesteht er, aber das sei nicht der Sinn seiner Forschungen. Er hat festgestellt, daß Wölfe vor einem Angriff die Augen verdrehen und die Fellhaare sträuben, und er kennt ihren Sammelruf. Die Wissenschaft ist geteilter Meinung über seine Experimente: „So etwas hat es noch nicht gegeben", begeisterte sich der Direktor des Berliner Zoos jüngst. Sein Wiener Kollege hingegen fragte, wann er den Kranz zur Beerdigung schicken solle. Dazu, beschied ihn Freund, werde es keinen Anlaß geben. Er habe sein Leben den Wölfen verschrieben und durch sie eine andere Welt kennengelernt".

UDO LORENZ

LEUTE HEUTE

Scheidung

Gütlich einigten sich die Eastwoods nach 31 Ehejahren über die Aufteilung ihres Vermögens: **Maggie Eastwood**, seit fünf Jahren von ihrem Mann, dem Filmstar **Clint Eastwood**, getrennt, erhielt die Hälfte des Vermögens, rund 50 Millionen Mark. Gestern wurde in Monterey bei San Francisco die Scheidung eingereicht. Eastwood lebt seit Jahren mit seiner 20 Jahre jüngeren Berufskollegin **Sondra Locke** zusammen.

Stern-Segler

Nur nach den Sternen segelte der Amerikaner **Marvin Creamer** (68) alleine um die Welt. Am Sonntag traf er wieder an der amerikanischen Ostküste ein, von wo aus er im Dezember '82 in See gestochen war. Kompaß, Sextant und anderes Navigationsbesteck befanden sich für den Notfall an Bord seiner Zwölf-Meter-Yacht – gut verschnürt in einem Seesack unter Deck.

Präsidenten-Kleidung

Ronald Reagan wurde schon mehrfach in die Liste der bestgekleideten Männer des New Yorker Modeinstituts Fashion Foundation of America aufgenommen, so auch in diesem Jahr. Zum ersten Mal jedoch – im Jahr der Präsidentschaftswahl – befindet sich auch sein Herausforderer **Walter Mondale** in der illustren Runde.

Brückenstatiker weisen Kritik zurück

dpa, Stuttgart

Die Bundesvereinigung der Prüfingenieure für Baustatik hat gestern die Behauptung eines Münchner Ingenieurs zurückgewiesen, 8000 Spannbetonbrücken in der Bundesrepublik Deutschland seien infolge von Rißbildungen einsturzgefährdet. Die Zahl, so schreibt der Vorsitzende der Organisation, Heinrich Bechert (Stuttgart), sei von keiner umfassenden Untersuchung erhärtet. Nach Feststellungen des Bundesverkehrsministeriums seien lediglich an etwa 950 Spannbetonbrücken „kleinere Schäden" festgestellt worden. Der Ingenieur Philip Schreck hatte die Herstellungstechnik von Spannbetonbrücken in Deutschland kritisiert. Dazu meinte Bechert, diese Technik sei weltweit anerkannt. Die von Schreck beanstandete Rißbildung bis zu Rißbreiten von 0,2 Millimetern an Brücken sei ungefährlich.

Stützpunkt überflutet

AP, Anchorage

Wegen einer schweren Überschwemmung des Yukon im US-Staat Alaska mußte die amerikanische Luftwaffe am Sonntag ihren der Sowjetunion am nächsten gelegenen Luftstützpunkt Galena räumen. Ein Sprecher der US-Luftwaffe teilte in Anchorage mit, die rund 350 Mann Besatzung und eine nicht genannte Zahl von Kampfflugzeugen des Typs F-15 seien auf den bei Anchorage gelegenen Luftstützpunkt Elmendorf evakuiert worden. Die in Galena, 560 Kilometer nordwestlich von Anchorage am Yukon stationierten Flugzeuge befinden sich in ständiger Alarmbereitschaft, um möglicherweise in den amerikanischen Luftraum eindringende sowjetische Flugzeuge abzufangen.

Wachbeamter als Geisel

dpa, Celle

Zwei Insassen der Justizvollzugsanstalt Celle halten seit gestern morgen einen Justizbeamten in einem Dienstraum mit schußsicherem Glas als Geisel gefangen. Die beiden Gefangenen – beide sind zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt – fordern ein Lösegeld von 300 000 Mark und die Bereitstellung eines schnellen Fluchtautos, andernfalls wollen sie ihre Geisel umbringen und einen Sprengsatz zünden.

Ungarn bald bleifrei?

dpa, Budapest

Als erstes Ostblockland will Ungarn ab 1. Januar 1986 ausländischen Touristen an besonders gekennzeichneten Zapfsäulen bleifreies Benzin anbieten. Schon ab 1. Juni 1984 soll das Normalbenzin durch Zusätze in Ungarn die Oktanzahl der westlichen Marken erreichen.

Verbrecher-Treibjagd

SAD, Annecy

In einer der größten Menschenjagden der vergangenen Jahre suchen fünfhundert Polizeibeamte, mehrere Dutzend Bluthunde, zwei Hubschrauber einen 18jhrigen. Zusammen mit einem Komplizen hatte er vor vier Tagen auf der Flucht zwei Menschen umgebracht und zwei verletzt.

US-Altersrekord

AFP, Washington

Mit 30,6 Jahren hat die Bevölkerung der Vereinigten Staaten gegenwärtig das höchste Durchschnittsalter ihrer Geschichte erreicht. Am 1. Januar 1983 belief sich die Bevölkerungszahl der USA auf 233 Millionen.

Turteltauben geschützt

dpa, Bordeaux

Die Jagd auf Turteltauben in Südwestfrankreich soll eingedämmt werden. Das kündigte die französische Staatssekretärin für Umweltfragen, Huguette Bouchardeau, am Sontag zum Ende der dreiwöchigen Jagdsaison in Bordeaux an. Die Jagd auf Turteltäubchen ist aufgrund einer Ausnahmeregelung der EG in ganz Europa nur im Medoc-Gebiet nördlich von Bordeaux erlaubt.

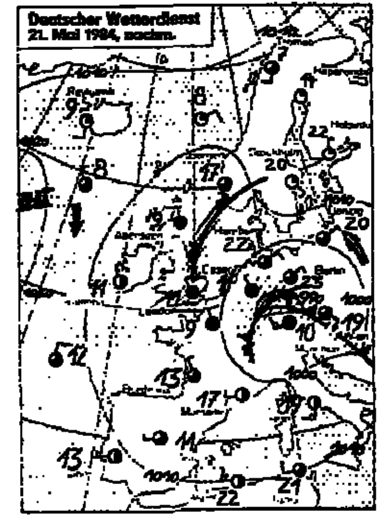
Gipfelstürmerin

AFP, Kathmandu

Zwei Mitglieder der internationalen Frauen-Bergexpedition im Himalaya haben den 8201 Meter hohen Mount Chou You bereits am vergangenen Sonntag bezwungen. Dies meldete das nepalesische Fremdenverkehrsamt mit einwöchiger Verspätung. Bei den beiden Bergsteigerinnen handelte es sich um die 42jährige Veru Komarková, eine Wissenschaftlerin aus Boulder, US-Bundsstaat Colorado, und die 44jährige Margita Dina Sterbova, eine Mathematikdozentin aus Colomouc, CSSR.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Das Tief mit Kern über Norddeutschland verlagert seinen Schwerpunkt zur südlichen Nordsee und verliert allmählich seinen Einfluß auf unser Wetter.



Vorhersage für Dienstag

Bundesgebiet und Berlin: Im Norden bedeckt und zum Teil länger andauernder Regen, nach Süden zu wolkig mit zunehmenden Aufheiterungen und kaum noch Niederschlag. Tageshöchsttemperaturen im Norden um 13 Grad, im Süden bei 18 Grad. Tiefsttemperaturen in der Nacht zum Mittwoch um 10 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten

Vorübergehend freundlich mit etwas höheren Temperaturen.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	23°	Kairo	32°
Bonn	11°	Kopenhagen	20°
Dresden	17°	Las Palmas	19°
Essen	11°	London	11°
Frankfurt	12°	Madrid	11°
Hamburg	22°	Mailand	13°
List/Sylt	18°	Mallorca	17°
München	10°	Moskau	21°
Stuttgart	11°	Nizza	17°
Algier	22°	Oslo	16°
Amsterdam	10°	Paris	9°
Athen	28°	Prag	16°
Barcelona	15°	Rom	19°
Brüssel	10°	Stockholm	20°
Budapest	18°	Tel Aviv	30°
Bukarest	28°	Tunis	21°
Helsinki	22°	Wien	19°
Istanbul	22°	Zürich	10°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 5.20 Uhr, Untergang: 21.18 Uhr. Mondaufgang: 3.11 Uhr. Untergang: 13.08 Uhr.
* In MEZ, zentraler Ort Kassel

Der Schmuddel-Look gehört zum Udo-Fan

Lindenbergs Faszination ungebrochen bei den Jugendlichen aus den Arbeitervierteln / Tätowierung ist Trumpf

DETLEV AHLERS, Hamburg

Vor der Hamburg-Alsterdorfer Halle kreist eine Literflasche Cola mit Cognac. Sie muß bis zur Kontrolle am Eingang geleert sein. Die jungen Leute auf dem Weg zu Udo Lindenbergs Konzert sind eintönig gekleidet: Jeans und Turnschuhe, T-Shirt und irgendeine Jacke. Etwas glänzendes schwarzes Leder ist auch dabei, mit passenden Stiefeln. Die Gesichter stammen aus den Beton- und Arbeitervierteln der Stadt, kaum ein paar Studenten, viele Tätowierungen, schlechte Zähne und abgekaute schmuddelige Fingernägel. Die Mädchen legen wenig Wert auf eine Betonung ihrer Formen.

Das Alter der Fans zwischen 14 bis 21 Jahre; viele von ihnen haben sich vor dem Konzert „bedröhnt" und prahlen mit dem alkoholischen Gesellenstück am Steuer auf dem Weg nach hier. Das Konzert beginnt später, lange Schlangen bilden sich vor den überforderten Schankdamen. Niemand drängelt sich vor, und wer dran ist, hilft beim Einschenken.

Danach steht man beisammen, doch auch unter Freunden werden nur wenige Worte gewechselt, der Gesprächsstoff geht aus, der Blick schnell ins Leere. Wenn überhaupt, dann kommt gelegentlich ein wenig Imponiergehabe vor den gelangweilt herumstehenden Mädchen auf. Dann klettert schon mal jemand am Geländer hoch und verknüpft verbale Anmacherei mit rüpelhafter Herzlichkeit – es scheint ein Höhepunkt des Gemeinsamkeitsgefühls zu sein, wenn der Andere versteht, daß man genau das Gegenteil dessen meint, das man sagt.

Auch die Stunde Verzögerung kann die Halle nicht ganz füllen; es bleibt bei etwa 6000 Fans. Veranstalter wissen, daß diese Zielgruppe deutlich weniger Geld in der Tasche hat als früher. Unter den 8000 beschäftigungslosen Jugendlichen in Hamburg sind sicher viele Udo-Fans. Das Geld von Eltern und Verwandten fließt spärlicher. Außerdem ist parallel zu Udo auch Nena auf Tournee, da müssen sich viele Anhänger zwangsweise entscheiden.

Dennoch: Der alternde Rockstar hat sein Publikum behalten – ein Phänomen, das vor einem Dutzend Jahren den Rock'n Roll der deutschen Sprache eröffnet hat.

Udo hat speziell die Gassensprache zur Textform stilisiert. Die Zuhörer sind heiß auf den Mann auf der Bühne, der ihre Sprache verdichtet wie kein anderer. Sie verstehen die Politiker im Fernsehen schon lange nicht mehr. Sie umnebelt bereits auf dem ersten Schritt zum Verständnis politischer Zusammenhänge ein dumpfes Gefühl von Absurdität, sie haben keine Helden: Um so mehr wird dieses Publikum von Udos Texten gepackt und von fetzigen Rhythmen mitgerissen.

In vielem ist ein Udo-Konzert heute den Jazz-Veranstaltungen der fünfziger und den Beatkonzerten der sechziger Jahre ähnlich. Die Menge vor der Bühne drängelt, ächzt und klatscht. Der Rhythmus schlägt unter Umgehung des Kleinhirns eintönig in die Bewegungsabläufe. Der Hallenboden (für die Füße von Handballern gefedert) vibriert unter dem Stampfen.

Auch beim Blues – so heißen heute schmerztriefende Liebesballaden – wird mitgeklatscht: „Wenn du willst, dann nimm mich, es kann für immer sein"; es ist fürs Herz. Auch für solche Empfindungen kommt man hier zusammen. Je melodramatischer der Text, um so mehr flammende Feuerzeuge werden in die Höhe gestreckt.

Anders als bei früheren Beat-Konzerten kommt kaum Aggressivität auf; es handelt sich um Ausgelassenheit, die in der Hingabe, nicht in der Konfrontation, ihre Erfüllung findet.

Die Halle ist hingerissen vom 38jährigen Sänger. Doch das reicht ihm nicht. Einige seiner witzigen Texte haben den Weg vom Bauch, auf den Rock wirkt, in die Köpfe gefunden. So glaubt Udo, daß nicht der Rock allein, sondern die Botschaft, die mit ihm transportiert werden kann, seine eigentliche Berufung ist. Also hämmert er gegen Raketen, gegen Kirche und Tierversuche, gegen „Bonner Politverbrecher", Neonazis und Ausländerfeindlichkeit. Das Publikum läßt sich packen – der Applaus ist ihr Protest gegen die Vielschichtigkeit politischer Zwangslagen.

ZU GUTER LETZT

Der englische Berufsverband der Elektro-Ingenieure mußte eine Fachtagung im Farnborough College über „Erfindungen, die nicht einschlugen", kurzfristig absagen, weil ein Blitz in ein Umschaltwerk eingeschlagen war.